

JAHRESBERICHT 2008

DEUTSCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG SPEYER

FORSCHUNG ÜBER UND FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Jahresbericht 2008

JAHRESBERICHT 2008

**DEUTSCHES FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SPEYER**

2008

ISSN 1865-1917

Die aktuellen Teile (Mitglieder und Mitarbeiter, Organisation, Rechtsgrundlagen)
befinden sich auf dem Stand von Mai 2008.

Herstellung:

DEUTSCHES FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SPEYER

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagentwurf:

© 8/97 TRIFTY ART Grafik Design • 67550 Worms • Hauptstr. 32 • Tel.: 0 62 41/95 15 38

1. Grußwort des Direktors	1
2. Grundlagen des Forschungsinstituts	2
2.1 Leitbild	2
2.2 Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts	4
2.3 Mitglieder des Forschungsinstituts	7
2.3.1 Ordentliche Mitglieder	7
2.3.2 Korrespondierende Mitglieder	16
2.3.3 Ehrenmitglieder	18
2.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	19
2.4.1 Forschungs- und Sektionsreferentinnen und -referenten	19
2.4.2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung	32
2.5 Organe des Forschungsinstituts	33
2.5.1 Institutsvorstand	33
2.5.2 Direktorium	33
2.5.3 Institutsverwaltungsrat	34
2.5.4 Wissenschaftlicher Beirat	35
3. Forschungstätigkeit der Sektionen	39
3.1 Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung	41
3.1.1 Leitung	41
3.1.2 Mitglieder	41
3.1.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2009-2013	41
3.1.3.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance	42
3.1.3.2 Folgenabschätzung	44
3.1.4 Projekte	45
3.1.4.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance	45
3.1.4.1.1 Laufende Projekte	45
3.1.4.1.2 Abgeschlossene Projekte	73
3.1.4.2 Folgenabschätzung	82
3.1.4.2.1 Laufende Projekte	82
3.1.4.3 Perspektivplanung	93

3.1.5	Arbeitskreise	94
3.1.5.1	Beendete Arbeitskreise	94
3.1.6	Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007	96
3.1.6.1	Publikationen	96
3.1.6.1.1	Monographien/Herausgeberschaften	96
3.1.6.1.2	Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen	97
3.1.6.1.3	Aufsätze in Sammelwerken	99
3.1.6.1.4	Weitere Veröffentlichungen	102
3.1.6.2	Vorträge	103
3.2	Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik	110
3.2.1	Leitung	110
3.2.2	Mitglieder	110
3.2.3	Forschungsprogramm für den Zeitraum 2009-2013	110
3.2.3.1	Der Europäische Verwaltungsraum – Formelle und informelle Strukturen und Prozesse	112
3.2.3.2	Analyse und Vergleich föderaler Systeme	113
3.2.4	Projekte	115
3.2.4.1	Der Europäische Verwaltungsraum	115
3.2.4.1.1	Laufende Projekte	115
3.2.4.1.2	Abgeschlossene Projekte	120
3.2.4.2	Analyse und Vergleich föderaler Systeme	125
3.2.4.2.1	Laufende Projekte	125
3.2.4.2.2	Abgeschlossene Projekte	129
3.2.4.3	Perspektivplanung	132
3.2.5	Arbeitskreise	132
3.2.6	Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007	133
3.2.6.1	Publikationen	133
3.2.6.1.1	Monographien/Herausgeberschaften	133
3.2.6.1.2	Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen	133
3.2.6.1.3	Aufsätze in Sammelwerken	134
3.2.6.1.4	Weitere Veröffentlichungen	137
3.2.6.2	Vorträge	137
3.3	Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren	141
3.3.1	Leitung	141
3.3.2	Mitglieder	141

3.3.3	Forschungsprogramm für den Zeitraum 2009-2013	141
3.3.3.1	Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)	142
3.3.3.2	Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften	143
3.3.4	Projekte	145
3.3.4.1	Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)	145
3.3.4.1.1	Laufende Projekte	145
3.3.4.1.2	Abgeschlossenes Projekt	153
3.3.4.2	Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften	155
3.3.4.2.1	Laufende Projekte	155
3.3.4.2.2	Abgeschlossene Projekte	158
3.3.4.3	Weitergeführte Projekte	162
3.3.4.3.1	Abgeschlossenes Projekt	165
3.3.4.4	Perspektivplanung	167
3.3.5	Arbeitskreise	167
3.3.6	Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007	168
3.3.6.1	Publikationen	168
3.3.6.1.1	Monographien/Herausgeberschaften	168
3.3.6.1.2	Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen	170
3.3.6.1.3	Aufsätze in Sammelwerken	171
3.3.6.1.4	Weitere Veröffentlichungen	174
3.3.6.2	Vorträge	174
3.4	Sektionsübergreifender Programmschwerpunkt: Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung – Theoretische und methodische Grundlagen	179
3.4.1	Symposienreihe: Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur	180
3.4.2	Interdisziplinäre Arbeitsgruppe	181
4.	Programmungebundene Drittmittelforschung und Servicebereich	182
4.1	Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)	182
4.2	Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen (AfV)	185

4.3	Drittmittelprojektbearbeitung im Servicebereich	189
5.	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	196
6.	Veranstaltungen	198
6.1	Forschungskolloquien	198
6.1.1	Wintersemester 2006/2007	198
6.1.2	Sommersemester 2007	199
6.1.3	Wintersemester 2007/2008	200
6.1.4	Sommersemester 2008	200
6.2	Forum des Akademischen Mittelbaus in Speyer	201
6.3	Forschungsseminare	201
6.3.1	Rückblick 2007	201
6.3.2	Ausblick auf die nächste Berichtsperiode (2008)	212
7.	Nationale und internationale Beziehungen	213
7.1	Aufbau und Pflege von Netzwerken	213
7.2	Kooperationsvereinbarungen	214
7.3	Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern	217
8.	Strategische Partnerschaften	219
8.1	Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	219
8.2	Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)	219
9.	Statistischer Teil	222
9.1	Organisation	222
9.2	Finanzierung	222
9.2.1	Gesamtbudget (in Euro)	223
9.2.2	Drittmittel 2007 aufgeteilt nach Zuwendungs- gebern	223
9.2.3	Drittmittel 2007 aufgeteilt nach Arbeitsschwerpunkten	224
9.2.4	Haushaltsausgaben	225
9.3	Personaldaten	225
9.3.1	Personalübersicht	225
9.3.2	Merkmale des wissenschaftlichen Personals	227

9.4	Stellenplanung für den Programmzeitraum	228
Anhang		
I.	Projektübersicht (Graphik)	229
II.	Übersicht über die in den letzten fünf Jahren abgeschlossenen Forschungsvorhaben	241
III.	Übersicht über die in den letzten fünf Jahren durchgeführten verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagungen und Forschungsseminare	269
IV.	Rechtsgrundlagen	279
	Auszug aus dem Verwaltungshochschulgesetz	281
	Landesverordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer	283
	Institutsordnung	288
V.	Personenverzeichnis	295
VI.	Speyerer Forschungsberichte	301
VII.	Selbständige Verlagspublikationen	323
VIII.	FÖV Discussion Papers	343
IX.	Vorträge	349

1. Grußwort des Direktors



Liebe Freunde und Partner des FÖV,

das Jahr 2008 gibt dem FÖV die Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz seiner Erneuerungsbestrebungen. Der Anlass dazu ist ein außerordentlich erfreulicher: Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat gegenüber der neugegründeten Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (der Nachfolgerin der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) empfohlen, das Forschungsinstitut für weitere sieben Jahre gemeinschaftlich zu fördern. Damit hat das FÖV die höchstmögliche Förderungsdauer zugesprochen bekommen, da die Voraussetzungen der gemeinschaftlichen Finanzierung durch Bund und Länder in siebenjährigen Abständen überprüft werden. Das FÖV wird die gebotene Chance nutzen, die von der Evaluationskommission herausgearbeiteten Stärken des FÖV weiter auszubauen und diejenigen Bereiche und Strukturen zu optimieren, in denen die Evaluationskommission derartige Möglichkeiten aufgezeigt hat.

Der Jahresbericht 2008 soll Ihnen die FÖV-Forschung umfassend vorstellen. Er informiert Sie daher in einem aktuellen Teil über die Mitglieder des FÖV und seiner Gremien sowie über seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der aktuelle Abschnitt enthält unter anderem auch das Leitbild des FÖV und seine Rechtsgrundlagen. Den zentralen Teil bildet die Darstellung des Forschungsprogramms der Sektionen, der auch prospektive Elemente, insbesondere das nach Sektionen aufgeteilte Forschungsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 enthält. Einen rückblickenden Bericht schließlich enthält die Darstellung der Publikationen jeder Sektion, der am Ende der Darstellung jeder Sektion vorgenommen wird. So erhalten Sie – ausgehend von den Sektionen – einen umfassenden Überblick über die Forschungstätigkeit des FÖV, eingebettet in den Rückblick auf die Publikationstätigkeit des vergangenen Jahres und die Planungen für das neue.

Dem Charakter der FÖV-Forschung entsprechend, der Ihnen auf den nächsten Seiten genauer vorgestellt werden wird, finden sich sowohl die prospektiven Teile wie der Bericht über die Publikationstätigkeit des vergangenen Jahres bei der Darstellung der einzelnen Sektionen bzw. dem sektionenübergreifenden Servicebereich. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.foev-speyer.de

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Ziekow', written in a cursive style.

Prof. Dr. Jan Ziekow
Direktor des FÖV

2. Grundlagen des Forschungsinstituts

2.1 Leitbild

Selbstverständnis

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) versteht sich als ein Maßstäbe setzendes Kompetenzzentrum deutscher und europäischer verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL). Ihm obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

Das FÖV zeichnet sich durch eine besondere Interdisziplinarität im Bereich der deutschen, europäischen und internationalen Verwaltungsforschung aus. Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, psychologische, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie Methoden der Verwaltungsinformatik erlauben einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik. Die am FÖV durchgeführten Projekte sollen multidisziplinär angelegt sein. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Ordentliche Mitglieder aus verschiedenen nationalen *scientific communities* angehören. Diese sorgen für die Diffusion der Forschungsergebnisse des FÖV in ihre nationalen Forschungszusammenhänge und liefern Anregungen aus diesen für die künftige Forschungsarbeit des FÖV. Ein internationales Netzwerk von Korrespondierenden Mitgliedern sorgt überdies für einen Austausch mit den Nachbarwissenschaften und anderen nationalen *communities*.

Das Forschungsinstitut strebt gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

danach, eine international herausgehobene Position im Bereich der Verwaltungsforschung einzunehmen. Es reagiert andererseits in besonderem Maße auf Forschungsbedarfe aus der Verwaltungspraxis und zielt dabei darauf ab, standardisierende Methoden für die Gestaltung und Evaluierung von Verwaltungsorganisation und Verwaltungshandeln zu entwickeln. Dabei erfolgt die Weitergabe praxisnaher Erkenntnisse an die Verwaltung auch durch die Serviceelemente des FÖV.

Forschung

Das Forschungsinstitut orientiert sich am Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses aus grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung, die unter Nutzung der Vielfalt der am FÖV vertretenen Disziplinen in Forschungsschwerpunkten erarbeitet wird. Die Forschungsschwerpunkte werden aus den Sektionen des Forschungsinstituts heraus entwickelt. Das Forschungsinstitut gestaltet seine For-

schungsprojekte im engen Austausch mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Verwaltungsrat.

Internationale Zusammenarbeit

Zur Förderung der Verwaltungsforschung pflegt das Forschungsinstitut die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Einrichtungen. Zwar sind einige Diskurse im Bereich der Verwaltungsforschung traditionell national angelegt und bedienen sich – etwa im Bereich des Verwaltungsrechts – wissenschaftlicher Veröffentlichungen im nationalen Raum. Gleichwohl verfolgt das Forschungsinstitut im Rahmen seiner Ressourcen einen konsequenten Ausbau seiner internationalen Netzwerke, auch durch die Berufung von ausländischen Wissenschaftlern als Mitglieder.

Wissenschaft und Öffentlichkeit

Das Forschungsinstitut informiert die wissenschaftliche Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger in der Praxis über die erzielten Forschungsergebnisse. Wissenschaftliche Veranstaltungen sollen die Begegnung und den Austausch fördern.

Die Ergebnisse und Zwischenergebnisse der Forschungsprojekte sind zu veröffentlichen. Im Rahmen der für den jeweiligen Kontext geltenden Regeln sollen nach Möglichkeit referierte Publikationsorgane bevorzugt werden. Hinsichtlich seiner Eigenveröffentlichungen sorgt das Institut für eine Qualitätssicherung. Die Ergebnisse der Forschungsprojekte sollen auch über das Internet zu erschließen sein.

Qualität

Das Forschungsinstitut verfolgt eine umfassende Strategie der Sicherung der Qualität seiner Forschung. Das Forschungsprogramm des Instituts wird laufend überprüft und fortgeschrieben. Anträge auf Durchführung von Forschungsprojekten werden zunächst durch die Sektion hinsichtlich der Vereinbarkeit der Anträge mit dem Sektionsprogramm begutachtet. Der Wissenschaftliche Beirat nimmt zu den Forschungsvorhaben, dem jährlichen Arbeitsplan sowie dem mittelfristigen Forschungsprogramm im Dienste der Qualitätssicherung Stellung. Die Beachtung der Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis ist selbstverständlich.

Effizienz

Das Forschungsinstitut achtet auf die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit durch ein hohes Kostenbewusstsein und die Herstellung effizienter Vorgänge. Diese beachten die gesetzlichen Vorgaben und die notwendigen Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch ein kollegial strukturiertes Institut unter Begleitung des Wissenschaftlichen Beirats.

Nachwuchsförderung und Mitarbeiterorientierung

Das FÖV versteht sich als personeller Motor der Rekrutierung und Ausbildung verwaltungswissenschaftlicher Exzellenz. Seine herausgehobene Stellung im Bereich der deutschen verwaltungswissenschaftlichen Forschung wird unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass zahlreiche führende Persönlichkeiten der deutschen Verwaltungswissenschaft und der staatlichen Institutionen frühere oder aktuelle Mitglieder oder Mitarbeiter des FÖV sind.

Das Forschungsinstitut fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (*Gender Mainstreaming*).

Im Dienste einer konsequenten Nachwuchsförderung strebt das FÖV eine auf hoher Qualität aufbauende Personalauswahl, die Förderung wissenschaftlicher Weiterqualifikation sowie die Schaffung von Bewährungs- und Aufstiegsmöglichkeiten an.

2.2 Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer¹ wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet.

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung versteht sich als ein Maßstäbe setzendes Kompetenzzentrum deutscher und europäischer verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL). Ihm obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

Das FÖV zeichnet sich durch eine besondere Interdisziplinarität im Bereich der deutschen, europäischen und internationalen Verwaltungsforschung aus. Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, psychologische, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie Methoden der Verwaltungsinformatik erlauben einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik. Die am FÖV durchgeführten Projekte sollen multidisziplinär angelegt sein. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Ordentliche Mitglieder aus verschiedenen nationalen

¹ Durch Änderungsgesetz vom 18.12.1997 (GVBl. 1997 S. 463) wurde die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer mit Wirkung vom 31.12.1997 in „Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer“ umbenannt. Die Organstruktur des Instituts wurde durch Landesverordnung vom 5. Juli 1994 (GVBl. 1994, S. 314) um einen Wissenschaftlichen Beirat erweitert. Durch das Erste Gesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 19.10.2005 (GVBl. Rheinland-Pfalz 2005, S. 488) wurde das Forschungsinstitut in „Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung“ Speyer umbenannt.

scientific communities angehören. Diese sorgen für die Diffusion der Forschungsergebnisse des FÖV in ihre nationalen Forschungszusammenhänge und liefern Anregungen aus diesen für die künftige Forschungsarbeit des FÖV. Ein internationales Netzwerk von Korrespondierenden Mitgliedern sorgt überdies für einen Austausch mit den Nachbarwissenschaften und anderen nationalen *communities*.

Das Forschungsinstitut strebt gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

danach, eine international herausgehobene Position im Bereich der Verwaltungsforschung einzunehmen. Es reagiert andererseits in besonderem Maße auf Forschungsbedarfe aus der Verwaltungspraxis und zielt dabei darauf ab, standardsetzende Methoden für die Gestaltung und Evaluierung von Verwaltungsorganisation und Verwaltungshandeln zu entwickeln. Dabei erfolgt die Weitergabe praxisnaher Erkenntnisse an die Verwaltung auch durch die Serviceelemente des FÖV.

Die Rechtsstellung des FÖV ist im Gesetz über die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer näher geregelt. Es wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet. Nach einer grundlegenden Neufassung des Verwaltungshochschulgesetzes im Jahr 2004 ist nunmehr das Erste Gesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 19. Oktober 2005 (GVBl. Rh.-Pf. 2005, S. 488) in Kraft. Das Forschungsinstitut ist Regelungsgegenstand der §§ 67-70 des Verwaltungshochschulgesetzes (DHVG). Die Institutsordnung vom 7. Dezember 2004 (verkündet im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz am 7. Dezember 2004, S. 16 ff.) novellierte die Institutsordnung vom 27. September 1977 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 27. Dezember 1977, S. 922) und passte die Organisation des Instituts an die gewandelten Anforderungen an ein konkurrenzfähiges Forschungsinstitut in der sich wandelnden Wissenschaftslandschaft an. Die neugefasste Landesordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, welche am 13. Januar 2006 in Kraft trat, vollendete die Neufassung der Rechtsgrundlagen.

Das Institut hat derzeit die Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts im Ressortbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Das Institut wird im Rahmen der Ausführungsvereinbarung zu Art. 2 Abs. 1 Nr. 5 der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG von den Vertragsschließenden gemeinschaftlich finanziert. Die Einnahmen und Ausgaben des Instituts sind in einem selbständigen Kapitel des Haushaltsplans des Landes Rheinland-Pfalz – Einzelplan Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur – veranschlagt.

Organe des Instituts, das der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) angehört, sind der Institutsvorstand, der Direktor/die Direktorin, der Institutsverwaltungsrat und der Wissenschaftliche Beirat. Der Institutsvorstand besteht aus fünf Ordentlichen Mitgliedern und zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern. Die Mitglieder des Institutsvorstands werden für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Berufung des Direktors oder der Direktorin und seines Stellvertreters bzw. seiner Stellvertreterin erfolgt auf Vorschlag des Insti-

tutsvorstands durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz. Über den Vorschlag hat der Institutsvorstand das Einvernehmen mit der Hochschule herzustellen. Die Berufung bedarf der Zustimmung des Institutsverwaltungsrates. Der Institutsverwaltungsrat besteht aus je drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einer Vertreterin oder einem Vertreter der übrigen Bundesländer. Er dient insbesondere der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis und vermittelt den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis. Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus fünf, nicht dem FÖV angehörenden Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland. Dem Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung der Forschungsleistung und die Unterstützung von Evaluierungen des Instituts sowie die Durchführung von Zwischenevaluationen im Rahmen der Programmbudgetierung.²

Das Institut stellt einen jährlichen Arbeitsplan und ein mittelfristiges Forschungsprogramm auf, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte sowie der für die Durchführung erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergeben. Das Forschungsprogramm wird vom Institutsvorstand im Zusammenwirken mit dem Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet und ist jährlich fortzuschreiben. Mit dem mittelfristigen Forschungsprogramm wird ein Planungsabschnitt von fünf Jahren beschrieben, wobei der jährliche Arbeitsplan den ersten Teil des Programms darstellt.³ Dieser wird durch den Verwaltungsrat des FÖV erörtert (§ 6 Abs. 1 Satz 2 der Landesverordnung).

2 Vgl. die „Mindestanforderungen an Programmbudgets und Handreichung für die Erstellung von Programmbudgets in Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)“ in der Fassung vom 7. Oktober 2003.

3 So die Beschlüsse des Vorstands des Forschungsinstituts vom 11. Juli 1977 sowie vom 15. Juni 1981 und des Institutsverwaltungsrats vom 24. Juli 1981.

2.3 Mitglieder des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder. Zu Ordentlichen Mitgliedern kann der Institutsvorstand für die Dauer von fünf Jahren auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesene Wissenschaftler aus dem In- und Ausland berufen. Voraussetzung der Berufung ist die Vorlage eines individuellen Forschungsplans, der sich in das Forschungsprogramm des Instituts einfügt.

2.3.1 Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder des Forschungsinstituts sind folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:



Univ.-Prof. Dr. iur. *Hans Herbert von Arnim*,
Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-343

E-Mail: vonarnim@foev-speyer.de

Entpflichteter Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunalrecht und Haushaltsrecht, und Verfassungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Leiter der Sektion I des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Verfassungslehre und Demokratietheorie, Finanzrecht, Parteienrecht und Politikfinanzierung, Kommunalrecht und Kommunalpolitik sowie Korruption und Ämterpatronage.

Univ.-Prof. Dr. iur. *Hartmut Bauer*, Potsdam

Tel.: 0331/977-3264

E-Mail: hbauer@rz.uni-potsdam.de

Inhaber des Lehrstuhls für europäisches und deutsches Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Sozialrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität Potsdam. Herr Professor Bauer hat sich der Sektion II des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Europäisches und Deutsches Verfassungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Sozialrecht sowie Verwaltungswissenschaften.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Eberhard Bohne*, M.A.

Tel.: 06232/654-326

E-Mail: bohne@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Politik und Recht im Bereich von Umwelt und Energie an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie Leiter der Sektion III des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Gesetzgebung und Vollzug von Umwelt- und Technikrecht in Deutschland, Europa und den USA, die Regulierung der Strom- und Gasmärkte, europäische und internationale Governance-Konzepte sowie Organisationstheorie in der öffentlichen Verwaltung.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Bernard Dafflon*, Fribourg (Schweiz)

Tel.: ++41(0)26 300-8269

E-Mail: bernard.dafflon@unifr.ch

Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg (Schweiz). Herr Professor Dafflon hat sich der Sektion II des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Dezentralisierung und Föderalismus, Finanzmanagement in lokalen Gebietskörperschaften, Finanzierung der Sozialversicherung sowie Staatsverschuldung.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Gisela Färber*

Tel.: 06232/654-363

E-Mail: faerber@foev-speyer.de

Inhaberin des Lehrstuhls für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Leiterin der Sektion II des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind Probleme der Finanzpolitik, insbesondere der öffentlichen Personalausgaben und der Subventionen, Folgen der demographischen Entwicklung für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherung, das öffentliche Haushaltswesen, Haushaltsreformen im nationalen und internationalen Kontext, Privatisierung und Verwaltungsmodernisierung, Föderalismus und Finanzverfassung sowie Probleme der finanzpolitischen Willensbildung in föderativen Staaten.



em. Univ.-Prof. Dr. phil. *Rudolf Fisch*

Tel.: 06232/654-347

E-Mail: fisch@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für Empirische Sozialwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung. Herr Professor Fisch hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Führung und Zusammenarbeit, Problemlösen und Entscheiden, Kleingruppenforschung (zum Beispiel Teamarbeit und Kreativität), Projektgruppenarbeit, Arbeitsengagement und Verantwortung sowie Organisationskultur.



Univ.-Prof. Dr. phil. *Stefan Fisch*

Tel.: 06232/654-342

E-Mail: sfisch@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Prorektor der DHV sowie stellvertretender Leiter der Sektion III des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind die Entstehung von moderner Stadtplanung in der Verwaltungspraxis, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Elsass im Übergang vom deutschen Kaiserreich zur französischen Dritten Republik, Staat, Wirtschaft und Sozialpolitik, Technik, Natur und Modernisierung, protestantische und katholische Lebenswelten, Kultur- und Gelehrten-geschichte der Frühen Neuzeit, Verwaltungskulturen und -traditionen sowie Föderalismus.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Hermann Hill*, Staatsminister a.D.

Tel.: 06232/654-328

E-Mail: hill@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, seit 1.7.2007 Leiter der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT). Herr Professor Hill hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Gesetzgebung und parlamentarische Steuerung, Verwaltungsmodernisierung und modernes Verwaltungsmanagement, Staatskommunikation und Bürgermitwirkung, Informations- und Wissensmanagement, Electronic Government, Neue Medien sowie Lernen im öffentlichen Dienst.



Univ.-Prof. Dr. rer. soc. *Dorothea Jansen*

Tel.: 06232/654-364

E-Mail: ls_jansen@foev-speyer.de

Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie der Organisation an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Stellvertretende Direktorin des FÖV und stellvertretende Leiterin der Sektion II des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind Organisations- und Interorganisationsforschung, Umweltsoziologie, Wissenschafts- und Technikforschung, Rechtssoziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung sowie die Netzwerkanalyse.

em. Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Helmut Klages*

Tel.: 06232/654-252

E-Mail: klages@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für empirische Sozialwissenschaften, insbesondere Soziologie (Organisations- und Verwaltungssoziologie) an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Klages hat sich der Sektion I zugeordnet und ist Leiter der Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen.

Seine Forschungsschwerpunkte sind gesellschaftlicher Wandel (insbesondere Einstellungs- und Wertewandel), Modernisierungsforschung (insbesondere in der öffentlichen Verwaltung), Erfolgsfaktoren organisatorischer Entwicklung, Messung und Evaluierung von Verwaltungseigenschaften und -leistungen, Organisationsentwicklung sowie Befragungsforschung.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Andreas Knorr*

Tel.: 06232/654-157

E-Mail: knorr@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere nationale und internationale Wirtschaftspolitik, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Knorr hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Verkehrspolitik, insbesondere Luftverkehrs- und Eisenbahnpolitik, Wettbewerbs- und Ordnungspolitik sowie Europäische Integration.



em. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. *Klaus König*,
Ministerialdirektor a.D.,

Tel.: 06232/654-369

E-Mail: k.koenig@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für Verwaltungswissenschaft, Regierungslehre und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor König hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind theoretische Ansätze in der Verwaltungswissenschaft, Regierung und öffentliche Verwaltung im allgemeinen, Planung und Gesetzgebung, öffentliche Aufgaben, Regierungs- und Verwaltungsorganisation, öffentlicher Dienst, internationale Verwaltungszusammenarbeit, derzeit: Transformation der realsozialistischen Verwaltung, insbesondere Neuordnung des öffentlichen Vermögens, Kritik öffentlicher Aufgaben sowie Modernisierung der Verwaltung.



Univ.-Prof. Dr. phil. *Thomas König*

Tel.: 0621/181-2073

E-Mail: t.koenig@uni-mannheim.de

Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft II an der Universität Mannheim. Herr Professor König hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind die Internationale und Vergleichende Politik, insbesondere Fragen der Europäischen Integration sowie der deutsche Föderalismus.



Univ.-Prof. Dr. rer.soc. *Georg Krücken*

Tel.: 06232/654-453

E-Mail: kruecken@foev-speyer.de

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Krücken hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Wissenschafts- und Hochschulforschung, Organisationsforschung sowie Neo-Institutionalismus.

Univ.-Prof. Dr. iur. *Siegfried Magiera*

Tel.: 06232/654-348

E-Mail: s.magiera@foev-speyer.de

Jean Monnet-Professor für Europarecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Magiera hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind deutsches und amerikanisches Verfassungsrecht (Parlament und Regierung, Bundesstaat, Wahlen und Parteien), Recht der Europäischen Union (Verfassung, Institutionen und Verfahren, Haushalt und Finanzen, Beihilfen, Strukturfonds, Europa der Bürger) sowie das Völkerrecht (Beziehungen zwischen staatlichem und internationalem Recht, Internationale Organisationen).



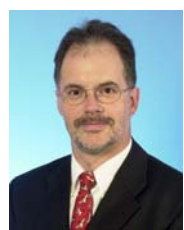
em. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. *Detlef Merten*

Tel.: 06232/654-349

E-Mail: merten@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für öffentliches Recht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht und Sozialrecht, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Merten hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Verfassungsrecht, Verfassungsgeschichte, Europarecht, Sozialrecht, Beamtenrecht sowie Gesetzgebungslehre.



Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*

Tel.: 06232/654-329

E-Mail: muehlenkamp@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Mühlenkamp hat sich der Sektion I zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Sektor, öffentliche Unternehmen, Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichen) Interesse („Daseinsvorsorge“), Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und Privaten („Public Private Partnerships“) sowie ergebnisorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Sektor.



Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*

Tel.: 06232/654-345

E-Mail: rpitschas@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Entwicklungspolitik und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Pitschas hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Internationale Verwaltungszusammenarbeit und vergleichende Verwaltungswissenschaft, Public Management, Europarecht, Öffentliches und Sozialrecht sowie Sozialpolitik.



em. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*

Tel.: 06232/654-365

E-Mail: siedentopf@foev-speyer.de

Emeritierter Professor für Vergleichende Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Siedentopf hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Öffentlicher Dienst und Regierungsorganisation, Aus- und Fortbildung von Führungskräften, Kommunale Selbstverwaltung und staatliche Verwaltung sowie Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten der EU.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Karl-Peter Sommermann*

Tel.: 06232/654-344

E-Mail: sommermann@foev-speyer.de

Rektor der DHV Speyer und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtsvergleichung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Sommermann hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte: Europäisierung des Staats- und Verwaltungsrechts, Rechtsvergleichung, Staatlichkeit und Globalisierung, internationaler Menschenrechtsschutz, Entwicklungszusammenarbeit.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Ulrich Stelkens*

Tel.: 06232/654-365

E-Mail: stelkens@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Recht der Mehrebenenbeziehungen und Normsetzungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Stelkens hat sich der Sektion II des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahrenrecht und Staatshaftungsrecht, Europäisches Verwaltungs- und Verfassungsrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Subventionsrecht, Vergaberecht, Telekommunikationsrecht, Kommunalrecht, Rechtsbeziehungen im Bund-Länder-Verhältnis. Ferner befasst er sich mit der Entwicklung von Möglichkeiten internetgestützten Lernens in den Bereichen Staats- und Verwaltungsrecht und Europarecht.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Hans-Heinrich Trute*, Hamburg

Tel.: 040 / 42838-5721

E-Mail: hans-heinrich.trute@jura.uni-hamburg.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Medien- und Telekommunikationsrecht an der Universität Hamburg. Herr Professor Trute hat sich der Sektion III des FÖV zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen im allgemeinen Verwaltungsrecht und seiner Reform einschließlich ihrer theoretischen Grundlagen, im Medien- und Telekommunikationsrecht und Wissenschaftsrecht, der Verwaltungswissenschaft sowie im europäischen Rechtsvergleich und seinen methodischen Grundlagen.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Wolfgang Weiß*

Tel.: 06232/654-283

E-Mail: weiss@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Europa- und Völkerrecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Weiß hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte umfassen das Europäische Verfassungs- und Verwaltungsrecht, das europäische und internationale Wirtschaftsrecht und Grundfragen des Völkerrechts und des Staatsrechts.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Joachim Wieland*

Tel.: 06232/654-355

E-Mail: wieland@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Herr Professor Wieland hat sich der Sektion II zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Probleme des Verfassungsrechts, des Finanzrechts, des Steuerrechts und des Öffentlichen Wirtschaftsrechts.



Univ.-Prof. Dr. rer. pol. *Bernd W. Wirtz*

Tel.: 06232/654-296

E-Mail: wirtz@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Informations- und Kommunikationsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und stellvertretender Leiter der Sektion I des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Informations- und Kommunikationsmanagement, Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im öffentlichen Sektor, Marketing und Kommunikationsmanagement, Medienmanagement und Internetökonomie sowie E-Business und Internetmarketing.



Univ.-Prof. Dr. iur. *Jan Ziekow*

Tel.: 06232/654-360

E-Mail: ziekow@foev-speyer.de

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer. Herr Professor Ziekow hat sich der Sektion III zugeordnet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind öffentliches Wirtschafts- und Vergaberecht, Privatisierung, Public Private Partnership, Verwaltungsmodernisierung, Gestaltung von Organisation und Organisationsrecht sowie von Verfahren und Verfahrensrecht, Folgenabschätzung und Evaluation.

2.3.2 Korrespondierende Mitglieder

Korrespondierende Mitglieder des Instituts wirken beratend und unterstützend bei den Forschungsprojekten mit und sind Teil eines wissenschaftlichen Netzwerks, das die Forschungskooperation des Instituts unterstützt. Seit Juli 2007 gehören dem Forschungsinstitut 18 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Korrespondierende Mitglieder an:

Prof. Dr. *Peter Becker*, Universität Linz (Österreich)
em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, Speyer
Prof. Dr. *Geert Bouckaert*, Leuven (Belgien)
Prof. Dr. *Ernst Buschor*, Zürich (Schweiz)
Univ.-Prof. Dr. *Hans-Ulrich Derlien*, Bamberg
Univ.-Prof. Dr. *Constance Grewe*, Sarajewo (Bosnien-Herzegovina)
Univ.-Prof. Dr. *Meinhard Hilf*, Hamburg
Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Hrbek*, Tübingen
Univ.-Prof. Dr. *Beate Kohler-Koch*, Mannheim
Privatdozentin Dr. *Angelika Menne-Haritz*, Berlin
Prof. Dr. *María Jesús Montoro Chiner*, Barcelona (Spanien)
Univ.-Prof. Dr. *Hans-Jürgen Papier*, Karlsruhe
em. Univ.-Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Potsdam
Univ.-Prof. Dr. *Heinz Schäffer*, Salzburg (Österreich)
Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Michael Stolleis*, Frankfurt
Univ.-Prof. Dr. *Roland Vaubel*, Mannheim
Univ.-Prof. Dr. *Rainer Wahl*, Freiburg
em. Univ.-Prof. Dr. *Hellmut Wollmann*, Berlin
em. Univ.-Prof. Dr. *Horst Zimmermann*, Marburg

2.3.3 Ehrenmitglieder

Das Forschungsinstitut kann Persönlichkeiten, die sich besonders um das Institut verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.



Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke* ist emeritierter Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie. Er hat Nationalökonomie und Rechtswissenschaft studiert, war Redakteur einer juristischen Fachzeitschrift, Assistent, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht und wurde 1969 an die Universität Mannheim berufen. Er war Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV von 1995 bis 2001. 2002 wurde er zum Ehrenmitglied des FÖV ernannt und bekam zugleich die Ehrenmedaille des FÖV verliehen.



Der Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* im Wissenschaftlichen Beirat des Forschungsinstituts endete zum 23. Januar 2005. Herr *Bull* studierte von 1956 bis 1960 Rechtswissenschaft in Hamburg, Marburg und an der FU Berlin und promovierte 1963. Nach seiner Habilitation im Jahre 1972 war er von 1973 bis 1978 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Danach übernahm er die Funktion des Bundesbeauftragten für den Datenschutz. Zwischen 1983 und 1988 war er erneut Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, um von 1988 bis 1995 dann das Amt des Innenministers des

Landes Schleswig-Holstein zu übernehmen. 1996 kehrte er an die Universität Hamburg zurück und übernahm dort das Seminar für Verwaltungslehre als Geschäftsführender Direktor. Er wurde 2000 zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV berufen und übernahm 2001 den Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke*. Die Ehrenmitgliedschaft und die Ehrenmedaille des FÖV wurden ihm am 21. Juni 2005 in Speyer verliehen.

2.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2.4.1 Forschungs- und Sektionsreferenten

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten die am Institut durchgeführten Forschungsprojekte:

	<p>Sven Barnekow, Dipl.-Soziologe Tel.: 06232/654-392 E-Mail: barnekow@foev-speyer.de Forschungsreferent, Sektion III seit 2005 Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen) „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“ Studium der Soziologie (Dipl.) an der FU Berlin 1997-2004; Schwerpunkte Technik- und Innovationssoziologie; 2001-2005 Mitarb. in der strategischen Kommunikationsagentur Johanssen + Kretschmer in Berlin.</p>
	<p>Dr. phil. Olaf Bartz, M.A. (Januar bis Februar 2008) Tel.: 06232/654-384 E-Mail: bartz@foev-speyer.de Forschungsreferent, Sektion III von Januar bis Februar 2008 Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch) „Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Verwaltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der Bundesrepublik Deutschland“ Studium der Geschichte, Philosophie, angloamerikanischen Geschichte und Chemie in Köln. Verschiedene Tätigkeiten in der Hochschulpolitik, Promotion und Post-doc-Forschungen über die Geschichte der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik. Z.Z. Referent in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Köln.</p>
	<p>Christian Bauer, M.A., Mag. rer. publ. Tel.: 06232/654-375 E-Mail: cbauer@foev-speyer.de Sektionsreferent der Sektion III seit dem 1.5.2007 2000-2005 Studium der Politikwissenschaft mit den Nebenfächern Öffentliches Recht und Neuere und Neueste Geschichte an der WWU Münster; 2006-2007 verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium an der DHV Speyer.</p>



Jörg Bellmann, Dipl.-Politologe, Mag.rer.publ.

Forschungsreferent, Sektion III seit August 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*): "Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing"

1999-2005 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig; 2005-2007 verwaltungswissenschaftliches Ergänzungs- und Aufbau-studium an der DHV Speyer.



Albrecht Blümel, Diplom-Politologe

Tel.: 06232/654-439

E-Mail: bluemel@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*): „Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem“

Studium der Politikwissenschaft und International Relations (FU Berlin, Warwick).

Forschungsinteressen: Governanceforschung im Bildungs- und Hochschulbereich, Reformprozesse und Umsetzung von Public Management im öffentlichen Sektor sowie Ideenbasierte Ansätze in der Policyforschung.



Harald Johannes Dalezios, Dipl.-Volkswirt, Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-301

E-Mail: dalezios@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II bis Ende März 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*) „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“

Studium der Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München (2002: Diplom-Volkswirt). Aufbaustudium der Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer (2005: Mag.rer.publ.).



Carmen Daramus, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin

Tel.: 06232/654-431

E-Mail: daramus@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2002

Aktuelle Projekte (unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*) „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“ und „Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar“

2000 Abschluss des Studiums an der Universität Mannheim. Anschließend Kommunale Jugendreferentin. Arbeitsschwerpunkte: Bürgerbefragungen und Bürgerbeteiligung.



Melanie Funke, Assessorin, LL.M.

Tel.: 06232/654-301

E-Mail: funke@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit März 2008

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*): „Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung“

Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Wellington (Neuseeland); Referendariat am Oberlandgericht Köln; Verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium an der DHV Speyer, Schwerpunkte: Staat und Wirtschaft, Öffentliches Management – Öffentliches Dienstrecht



Andreas Glöckner, Dipl.-Kaufmann

Tel.: 06232/654-437

E-Mail: gloeckner@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*): „Analyse und Evaluation des neuen doppel-schen kommunalen Haushaltsrechts sowie Rechtsvergleich Doppik“

Sein Forschungsinteresse gilt den neuen Formen von öffentlichem Management und Governance, der Analyse und (Weiter-)Entwicklung finanzieller, organisatorischer und strategischer Steuerungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften, derzeit vornehmlich dem neuen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesen.



Regina von Görtz, M.A.

Tel.: 06232/654-429

E-Mail: goertz@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*): „Organisatorische, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“

Studium der Soziologie, Politik-, Kultur- und Medienwissenschaften (Düsseldorf, Duisburg, Cardiff). Mitglied der Forschungsgruppe „Kulturen der Verantwortung“ (KWI Essen).

Forschungsinteressen: Theorien rationalen Handelns, Sozialkapital und Vertrauen, soziale Netzwerkanalyse.



Richard Heidler, Dipl.-Soziologe

Tel.: 06232/654-429

E-Mail: heidler@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2006

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“

2006 Abschluss des Studiums der Soziologie an der FU Berlin. Zu den besonderen Forschungsinteressen zählen Wissenschaftssoziologie, Netzwerkanalyse und Methoden der empirischen Sozialforschung.



Privatdozent Dr. rer. soc. *Hans-Willy Hohn, M.A.*

Tel.: 06232/654-372

E-Mail: hohn@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2002

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Transformationspfade des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung – Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Merkmale und Bedingungen erfolgreicher Produktinnovation“

Forschungstätigkeiten am Wissenschaftszentrum Berlin, an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Venia für das Fach Soziologie (Universität Köln, 1998).



Christian Jock, Assessor

Tel.: 06232/654-394

E-Mail: jock@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Servicebereich seit 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*) „Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)“

Studium der Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Referendariat beim OLG Koblenz, Ergänzungsstudium an der DHV Speyer.

Forschungsinteressen: Verwaltungsmodernisierung, Struktur und Funktionswandel der Fachaufsicht



Dr. iur. *Martin Kellner*, Assessor, LL.M.

Tel.: 06232/654-432

E-Mail: kellner@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Servicebereich Februar bis September 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Joaquim Wieland*) „Kommunales Vermögen: Erwerb, Bestand, Veräußerung“

Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Bielefeld, der Vanderbilt University, USA, und der DHV Speyer, Schwerpunkte: Verfassungs- und Verwaltungsrecht, insbes. Kommunalrecht, Rechtsvergleichung.



Andrei Király, Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-156

E-Mail: kiraly@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim) „Whistleblower und Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung“

Studium der Volkswirtschaftslehre und der Betriebswirtschaftslehre, Universität Hamburg und Babes-Bolyai Universität Klausenburg (Rumänien)



Katharina Kloke, Dipl.-Soziologin

Tel.: 06232/654-155

E-Mail: kloke@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*): „Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem“

Studium der Soziologie (Bielefeld, Paris) mit dem Schwerpunkt „Wissenschafts- und Technologiepolitik“.

Forschungsinteressen: Hochschulforschung, insbesondere Akkreditierung, wissenschaftliche Weiterbildung sowie Professionalisierung, Wissenschafts- und Organisationssoziologie und Neo-Institutionalistische Theorie.



Privatdozent Dr. iur. *Christian Koch*, Assessor

Tel.: 06232/654-371

E-Mail: ckoch@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2004

Aktuelles Projekt (unter Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*) „Grundrechte in Deutschland und Europa“

Rechtsanwalt; Jurastudium Universitäten München und Bonn; Staatsprüfungen Köln (1983) und München (1986); Promotion (1990) Universität Frankfurt/Main (*Dieter Simon / Gerhard Thür*). Habilitation (DHV, 2004).



Dennis Kutting, M.A., Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-384

E-Mail: kutting@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 1.5.2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*) „Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Verwaltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der Bundesrepublik Deutschland“

Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der FU Berlin, der Università Ca'Foscari Venedig und der Universität zu Köln (1999-2006); Mitarbeiter des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs Köln und der Agentur für Auto-Biografien Bonn (2006-2007), verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium an der DHV Speyer (2007-2008).



Alexandra Lessau, Dipl.-Betriebswirtin (FH)

Tel.: 06232/654-393

E-Mail: lessau@foev-speyer.de

Projektmitarbeiterin, Servicebereich seit 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*) „Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)“

Ausbildung zur Bankkauffrau bei Deutsche Bank AG, Studium der Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Personalwirtschaft an der FH Jena, verschiedene nationale und internationale Praktika im Personalbereich, eLearning- und Marketing-Referentin bei Birgin Unternehmensberatung GmbH

Forschungsinteressen: Neue Medien, eLearning



Burkhard Margies, M.A.

Tel.: 06232/654-397

E-Mail: margies@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2004

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*) „Entwicklung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts für die Optimierung von Bescheiden und Informationsschreiben der Deutschen Rentenversicherung“

Studium der Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaft (Düsseldorf) sowie Rechtswissenschaft (Hagen). Arbeitsschwerpunkte: Verwaltungskommunikation, bürgerorientierte Organisation der öffentlichen Verwaltung, empirische Sozialforschung, Umweltsoziologie.



Dr. *Klaus Margreiter*

Tel.: 06232/654-383

E-Mail: margreiter@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Programmungebundene Drittmittelforschung seit 2007

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*) „Geschichte der europäischen Verwaltungssprachen und ihrer Reformen, 1750-2000: Vergleichende und transnationale Perspektiven“

Studium der Geschichte und Philosophie in Salzburg, Promotion zum Dr. der Geschichte und Kulturgeschichte am Europäischen Hochschulinstitut.



Dr. rer. publ. *Kai Masser*, M.A., Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-302

E-Mail: kmasser@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Programmungebundene Drittmittelforschung seit 2000

Aktuelle Projekte (unter Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*) „Kombination von Mitarbeiterbefragung und CAF bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau“ sowie „Durchführung eines Führungskräftefeedbacks (FFB) beim Landesamt für Bürgerangelegenheiten und Ordnung Berlin unter Nutzung der im Rahmen des Monitoring-systems für die Berliner Bürgerämter entwickelten Methoden und Instrumente“

Arbeitsschwerpunkte: Verwaltungsmodernisierung, Internetnutzung in der öffentlichen Verwaltung, Methodenfragen zur Marktforschung im öffentlichen Sektor und zur Evaluation öffentlichen Handelns. Mitarbeit bei der Begleitung zahlreicher Modernisierungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung (u. a. viele Workshops und DV-gestützte Befragungen).



Linda Mory, BA, MA

Tel.: 06232/654-436

E-Mail: mory@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion I seit 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*): „e-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“

Bachelor-Studium der Medienkommunikation an der Technischen Universität Chemnitz, Master-Studium im Bereich European Public Relations am Dublin Institute of Technology und der Leeds Metropolitan University.

Schwerpunkte: Internationale Public Relations, Marketingkommunikation, Internationale Beziehungen.



Dr. rer. pol. *Nils Otter*, Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-398

E-Mail: otter@foev-speyer.de

Sektionsreferent der Sektion II bis Februar 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*): „Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“

1992-1998 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg; 1998-2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Philipps-Universität Marburg.



Stefan Preller, Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-300

E-Mail: preller@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*): „Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst“

Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Studienschwerpunkte Öffentliche Betriebe und Verwaltungen und Unternehmenskooperation.



Daniel Richter, Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Volkswirt

Tel.: 06232/654-384

E-Mail: richter@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Programmungebundene Drittmittelforschung März bis Juni 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber* und Univ.-Prof. Dr. *Joachim Wieland*): „Einkreisung kreisfreier Städte in Mecklenburg-Vorpommern“

Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim; Ergänzungsstudium der Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer; Praktika für die GTZ und InWEnt in Manila/Philippinen, das paraguayische Finanzministerium in Asunción/Paraguay und die ecuadorianische Zentralbank in Quito/Ecuador; seit 2007: Forschungsreferent am FÖV, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der DHV Speyer.



Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, Assessorin, M.A., Geschäftsführerin des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer.

Tel.: 06232/654-387

E-Mail: seckelmann@foev-speyer.de

Studium der Rechtswissenschaften, der Geschichte und Germanistik in Heidelberg und Berlin; Erstes Juristisches Staatsexamen 1996 in Berlin; Magistra Artium 1998; Zweites Juristisches Staatsexamen 1999 in Berlin mit Wahlstation in Brüssel; 1999 – 2002 Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte, Dissertation Januar 2004 in Frankfurt am Main.



Tobias Semmet, Dipl.-Politologe, Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-396

E-Mail: semmet@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2006

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“

Studium der Politologie in Frankfurt/M. und Southampton, Aufbaustudium Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer, Schwerpunkte: Europäische Integration, Internationale Beziehungen, Projektkoordination.



Dr. iur. *Corinna Sicko*, Assessorin

Tel.: 06232/654-370

E-Mail: sicko@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Programmungebundene Drittmittelforschung seit 2008

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*) „Probleme der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie am Beispiel des Bundeslandes Rheinland-Pfalz“

Studium der Rechtswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Erstes Jur. Staatsexamen 2003 an der Universität Heidelberg, Zweites Jur. Staatsexamen 2007 in Heidelberg/Stuttgart; Promotion zum Dr. iur. an der Fernuniversität Hagen; Ergänzungsstudium Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer.



Dr. rer. publ. *Thorsten Siegel*, Assessor

Tel.: 06232/654-379

E-Mail: siegel@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2002

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*) „Evaluation der Vergabep Praxis im Gebäudemanagement des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes Nordrhein-Westfalen“

Nach mehrjähriger Anwaltstätigkeit hat Dr. *Thorsten Siegel* am FÖV grundlagenbezogene wie auch empirische Forschungsprojekte bearbeitet. Zu seinen durch zahlreiche Veröffentlichungen ausgewiesenen Forschungsschwerpunkten zählen das allgemeine Verwaltungsrecht, das Umwelt- und Planungsrecht sowie das Vergaberecht.



Benedikt Speer, M.A., Mag.rer.publ.

Tel.: 06232/654-377

E-Mail: speer@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion II seit 2005

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* und em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*) „Entsendung deutscher öffentlicher Bediensteter zur Europäischen Kommission“

Studierte Politikwissenschaft, Hispanistik, Öffentliches Recht/Europarecht (Würzburg, Heidelberg, Zaragoza) und Verwaltungswissenschaften (Speyer). Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind v.a. die Europäisierung von Staat und Verwaltung sowie die Europafähigkeit des deutschen öffentlichen Dienstes.



Ulrike Stoll, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin

Tel.: 06232/654-391

E-Mail: stoll@foev-speyer.de

Forschungsreferentin, Sektion III von 2005 bis April 2008

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*) „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“

2004 Abschluss des Studiums an der Universität Mannheim. Danach Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem EU-Projekt am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung mit Fokus auf der Entwicklung der Bildungschancen in verschiedenen europäischen Regionen.



Sebastian Ullrich, B.A. Economics, Master of International Business

Tel.: 06232/654-436

E-Mail: ullrich@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2006

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Bernd Wirtz*): „e-Health-Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“

Studium der VWL (Universität Siegen) und internationalen BWL (University of Newcastle, Australien), seit Dezember 2006 Doktorand an der DHV. Forschungsinteressen: Statistik, Ökonometrie und Marketing.



Larissa Vettters, M.A., Mag. rer. publ.

Tel.: 06232/654-376

E-Mail: vettters@foev-speyer.de

Sektionsreferentin der Sektion I seit 2007

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*): „'Public Integrity' in Deutschland. Eine explorative Untersuchung zur Grundlegung eines theoretisch-methodischen Rahmenkonzepts für die Entwicklung rechtspolitischer Vorschläge zur Sicherung öffentlicher Integrität“

Studium der Ethnologie und Neueren Geschichte mit Schwerpunkt Osteuropa in Tübingen und Athen. Ergänzungs- und Aufbaustudium Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer. Seit 2004 Doktorandin an der DHV. Forschungsinteressen: Transfer, Implementierung und Evaluation von Verwaltungsmodellen und Rechtssystemen in nicht-westlichen, v. a. postsozialistische Gesellschaften.



Steffen Walther, Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

Tel.: 06232/654-301

E-Mail: walther@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion I seit 2008

Aktuelles Projekt (unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*): „Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung“

Studium der Volkswirtschaftslehre (FU Berlin, Athen); zuvor gehobener Dienst in der Rentenversicherung; Studium an der FH des Bundes für öffentliche Verwaltung Berlin

Forschungsinteressen: Finanz- und Wirtschaftspolitik, Alterssicherung, Sozialversicherung, Potenzialanalysen.



Dr. rer. publ. *Alexander Windoffer*, Assessor

Tel.: 06232/654-399

E-Mail: windoffer@foev-speyer.de

Forschungsreferent, Sektion III seit 2001

Aktuelles Projekt (unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*) „Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit“.

Promotion zum Dr. rer. publ. an der DHV Speyer; Studienabschluss: 1. Jur. Staatsexamen Universität Tübingen; 2. Jur. Staatsexamen in Baden-Württemberg; Verwaltungserfahrung als Leiter des Rechtsamts beim Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis.

2.4.2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung



von links nach rechts: Frau Nothnagel, Frau Jungkind,
Frau Eggensberger, Frau Dr. Seckelmann, Frau Hübers,
Herr Dipl.-Kaufmann Jug, Frau Gerhards

Geschäftsführerin

Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, Assessorin, M.A.

Sachbearbeiter

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug*

Sekretariat

Sigrid Hübers (bis 31.3.2008)

Irene Eggensberger

Elisabeth Gerhards

Ursula Jungkind

Ruth Nothnagel

2.5 Organe des Forschungsinstituts

2.5.1 Institutsvorstand

Der Institutsvorstand besteht gemäß § 1 Abs. 1 der Institutsordnung aus fünf bis zehn Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern. Die Vorstandsmitglieder werden aus der jeweiligen Gruppe des Forschungsinstituts für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Wahl des gegenwärtig amtierenden Institutsvorstands erfolgte im Mai 2005. Mitglieder des Institutsvorstands für die Dauer der Wahlperiode 2005 bis 2009 sind:

Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Privatdozent Dr. *Christian Koch*

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin *Ulrike Stoll (bis 30.4.2008)*

Dr. *Alexander Windoffer*

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*

2.5.2 Direktorium

Der Direktor bzw. die Direktorin wird aus der Mitte des Vorstands gewählt. Er oder sie bereitet die Beschlüsse des Vorstandes vor und führt sie aus, vertritt das Institut nach außen und führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte. Unterstützt wird er oder sie hierbei durch die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer, den Sachbearbeiter oder die Sachbearbeiterin und das Institutssekretariat. Zum Direktor hat der Institutsvorstand im Mai 2005 Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* gewählt, zu seiner Stellvertreterin am 21. Mai 2007 Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*. Diese wurde zur Nachfolgerin von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* gewählt, der wegen seiner Wahl zum Rektor der DHV Speyer von diesem Amt zurücktrat.

2.5.3 *Institutsverwaltungsrat*

Der Institutsverwaltungsrat dient der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis. Er setzt sich aus je drei Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einem Vertreter der übrigen Bundesländer zusammen. Ihm gehören an:

Staatssekretär *Michael Ebling*, Vorsitzender
(Rheinland-Pfalz)

Staatssekretärin *Beate Reich*, Stellvertretende Vorsitzende
(Rheinland-Pfalz)

Vizepräsident des Bundesrechnungshofes *Norbert Hauser* (Bund)

Ministerialrat Dr. *Heribert Schmitz* (Bund)

Ministerialdirektor Dr. *Reinhard Timmer* (Bund)

Regierungsvizepräsident *Eberhard Wurster* (Baden-Württemberg)

Ministerialdirigent Dr. *Jörg Jung* (Bayern)

Senatsdirigent *Udo Rienaß* (Berlin)

Ministerialdirigent *Rudolf Keseberg* (Brandenburg)

Dr. *Reinhold Zech* (Bremen)

Leitende Regierungsdirektorin *Angelika Grubert* (Hamburg)

Ministerialdirigent *Werner Koch* (Hessen)

Ministerialdirigent Dr. *Joachim Krech* (Mecklenburg-Vorpommern)

Ministerialdirigent *Hans-Christian Vollmer* (Niedersachsen)

Ministerialrat *Godehard Elsner* (Nordrhein-Westfalen)

Dr. *Rainer Frank* (Rheinland-Pfalz)

Ministerialrat *Rolf Steinmetz* (Saarland)

Ministerialdirigent *Dietrich Gökelmann* (Sachsen)

Ministerialrat *Michael Plaßmann* (Sachsen-Anhalt)

Ministerialdirigent *Konrad Stege* (Schleswig-Holstein)

Ministerialrat *Franz-Josef Schwarte* (Thüringen)

2.5.4 Wissenschaftlicher Beirat

Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Instituts. Er unterstützt nach § 5 Abs. 1 S. 2 der Landesverordnung über das FÖV Evaluierungen des Instituts. Dem fünfköpfigen Wissenschaftlichen Beirat gehören folgende Mitglieder an:



Univ.-Prof. Dr. *Janbernd Oebbecke* (Universität Münster)
(Vorsitzender)

Herr Univ.-Prof. Dr. *Janbernd Oebbecke* studierte von 1969-1974 Rechtswissenschaft in Münster. Nach dem Ersten Staatsexamen folgte das Referendariat und ein Ergänzungsstudium an der Verwaltungshochschule Speyer. 1979 wurde er in Münster über „Rechtsfragen der Eigenkapitalausstattung der kommunalen Sparkassen“ promoviert. Von 1979-1981 war er Verwaltungsbeamter beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster. Daran schloss sich 1981-1987 eine Tätigkeit als Leiter des Freiherr-vom-Stein-Instituts, Wissenschaftliche Forschungsstelle des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, an. 1986 erfolgte die Habilitation durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster (Thema der Habilitationsschrift: Weisungs- und unterrichtungsfreie Räume in der Verwaltung). 1986/87 übernahm er die Vertretung des Amtes eines Professors für das Fach Öffentliches Recht an der Universität Münster. Daraufhin wurde er 1987-1993 Beigeordneter, seit 1992 Erster Beigeordneter des Landkreistages NW in Düsseldorf. 1991 wurde er zum apl. Professor an der Universität Münster ernannt. 1993 erhielt er Rufe an die Universität Düsseldorf und an die Verwaltungshochschule Speyer, von denen er den erstgenannten annahm. Von 1994-1997 war er Universitätsprofessor für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und zugleich von 1994-1996 Gründungsdekan und Dekan der Juristischen Fakultät. 1996 erhielt er einen Ruf an die Universität Münster. Seit 1.4.1997 ist Herr *Oebbecke* Universitätsprofessor an der Universität Münster und Geschäftsführender Direktor des Freiherr-vom-Stein-Instituts des Landkreistags NRW an der Universität Münster. Seit 1.3.2000 ist er Geschäftsführender Direktor des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Münster.



Univ.-Prof. Dr. *Arthur Benz* (FernUniversität Hagen)

Nach seinem Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und seiner Promotion an der Universität Duisburg im September 1983 war Herr *Benz* von 1984 bis 1987 als Forschungsreferent am FÖV und von 1987 bis 1993 – unterbrochen von einem Gastforscher-aufenthalt am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsfor-schung in Köln – als Assistent an der Deutschen Hoch-schule für Verwaltungswissenschaften Speyer tätig. Dort habilitierte er sich 1993. In diesem Jahr wurde er zum Pro-fessor für kommunale und regionale Entwicklungspolitik und Infrastrukturplanung an der Fakultät für Verwaltungs-wissenschaft der Universität Konstanz ernannt. Im Jahr 1995 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Regierungs-lehre und Policyforschung am Institut für Politikwissen-schaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 1999 ist Herr *Benz* Professor für Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen. Er ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, unter anderem stellver-tretender Vorsitzender der *Deutschen Vereinigung für Poli-tische Wissenschaft*. Aus seinem umfassenden Werk seien hier die Monographien „Kooperative Verwaltung. Funktio-nen, Voraussetzungen und Folgen“, (Baden-Baden 1994), „Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Ana-lyse“ (München 2001) und die von ihm herausgegebenen Sammelbände „Governance – Regieren in komplexen Re-gelssystemen“ (Wiesbaden 2004) sowie (mit Yannis Papa-dopoulos) „Governance and Democracy“ (London 2006) erwähnt.



Univ.-Prof. Dr. *Christoph Engel* (Max-Planck-Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter, Bonn)

Herr Univ.-Prof. Dr. *Christoph Engel* promovierte nach seinem Studium der Rechtswissenschaften (Erstes Staatsexamen 1981 in Tübingen) im Jahre 1988 bei Univ.-Prof. Dr. *Hans von Mangoldt* in Tübingen über „Völkerrecht als Tatbestandmerkmal deutscher Normen“. Er habilitierte sich 1992 in Hamburg über „Privater Rundfunk vor der Europäischen Menschenrechtskonvention“. Zu dieser Zeit arbeitete er am Max-Planck-Institut für Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht in Hamburg (Univ.-Prof. Dr. *Ernst-Joachim Mestmäcker*). 1992 wurde Herr *Engel* auf einen Lehrstuhl in Osnabrück berufen. 1997 wurde er zum Leiter der Max-Planck-Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“ ernannt. Im Jahr 2003 erfolgte die Berufung zum Direktor des neu gegründeten Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter und zugleich zum Universitätsprofessor an der Universität Bonn. Herr *Engel* wurde darüber hinaus 2004 zum Honorarprofessor an der Universität Osnabrück ernannt. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Ministerium für Wirtschaft und Technologie, Mitglied der *Academia Europea*, und – neben seiner Tätigkeit im Wissenschaftlichen Beirat des FÖV – auch Mitglied der Wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.



Prof. Dr. *Andrea Schenker-Wicki* (Universität Zürich)

Frau o. Prof. Dr. *Andrea Schenker-Wicki* studierte von 1978 bis 1986 an der ETHZ und der Universität Zürich und schloss dort 1983 als diplomierter Lebensmittelingenieur ETH und 1986 als lic.oec.publ ihre Studien ab. Sie promovierte 1990 an der Universität Fribourg mit Schwerpunkt Operations Research und Informatik zum Thema „Krisenmanagement und Entscheidungsprozesse“. Anschließend arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Nationalen Alarmzentrale (Einsatzorganisation des Bundes) und während der letzten fünf Jahre dort als Informationschefin. Parallel dazu habilitierte sie sich an der Universität St. Gallen zum Thema „Evaluation von Hochschulleistungen“. 1997 wechselte sie ins Bundesamt für Bildung und Wissenschaft als Sektionschefin Universitätswesen. 2001 wurde sie an die Universität Zürich zur ordentlichen Professorin und Direktorin des Executive MBA Programms berufen. Sie ist Ord. Prof. für BWL, Lehrstuhl für Performance Management, Institut für Strategie und Unternehmensökonomik an der Universität Zürich und Direktorin des dortigen Executive MBA Programms.



Univ.-Prof. Dr. *Jacques Ziller* (Europäisches Hochschulinstitut Florenz)

Herr Prof. Dr. *Jacques Ziller* nahm nach einer Professur am Europäische Forschungsinstitut in Florenz und zahlreichen früheren Tätigkeiten unter anderem an der Université de Paris I (Panthéon-Sorbonne), für das Institut Européen d'Administration Publique (EIPA/IEAP) in Maastricht, dem Collège d'Europe (Brügge) und der Universitat Autònoma de Barcelona einen Ruf an die Università di Pavia (Lehrstuhl für das Recht der Europäischen Union, Fakultät für Politikwissenschaften) an. Zu seinen zahlreichen Beratungstätigkeiten gehören unter anderem die Beratung der OECD und die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Formulierung des Europäischen Verfassungsvertrags sowie die Beratung des Ausschusses der Regionen. Herr *Ziller* ist Mitglied in der Steuerungsgruppe der European Group of Public Administration (EGPA/GEAP) und hatte von 1992 bis 1995 die Stelle eines Director für Forschung und Publikationen am Pariser Institut International d'Administration Publique (IIAP) und die damit verbundene Funktion des Chefredakteurs der *Revue française d'administration publique* inne. Aus seinen vielfältigen Publikationen seien nur die Arbeiten *Siedentopf/Ziller*. „Making European Policies Work. The Implementation of Community Legislation in the Member States“ (London 1988) sowie „The Europeanization of Constitutional Law in the Light of the Constitution for Europe“ (Paris 2003) und die nachfolgenden Bücher über den Europäischen Verfassungsvertrag erwähnt.

3. Forschungstätigkeit der Sektionen

Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut obliegt dem Institut die Verwaltungsforschung, insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung. Konzentriert auf den Gegenstand der öffentlichen Verwaltung widmet sich die anwendungsorientierte verwaltungswissenschaftliche Grundlagenforschung des Forschungsinstituts den Herausforderungen, die

- die begrenzte Problemlösungsfähigkeit des öffentlichen Sektors im Zeichen knapper Kassen,
- die europäische Mehrebenenpolitik und die Globalisierung sowie
- die wechselnden Interaktionsmöglichkeiten und -formen öffentlicher und privater Akteure

aufwerfen.

Über Einzelanalysen hinaus verfolgt das FÖV auch ein grundlegendes theoretisch-methodisches Anliegen, nämlich die Entwicklung einer integrierenden Verwaltungstheorie, die ein Kernanliegen der Verwaltungsforschung markiert und auf den einzelnen Disziplinen der Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Politischen Wissenschaft, Philosophie und anderen verwaltungsbezogenen Disziplinen basiert, aber über ihre bloße Summierung hinausgeht. Die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten genuiner verwaltungswissenschaftlicher Forschung stellt sich im Zeichen der Re-Etablierung staatswissenschaftlicher Forschungsprogramme und Studiengänge neu. Vor diesen positioniert sich das FÖV mit seiner besonderen Zugangsweise an der Theorie-Praxis-Grenze und der Möglichkeit, grundständig zu forschen. Der Frage nach den Grundlagen der Verwaltungswissenschaft soll insbesondere in dem überwölbenden Forschungsschwerpunkt *Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung* nachgegangen werden.

Die Forschungstätigkeit des Instituts entfaltet sich in Forschungsschwerpunkten, die aus den drei Sektionen des Instituts heraus entwickelt werden:

- ⇒ Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung
- ⇒ Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik
- ⇒ Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Daneben wird derzeit ein sektionsübergreifender Forschungsschwerpunkt „Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung – Theoretische und methodische Grundlagen“ eingerichtet.

Den Sektionen kommt die Aufgabe zu, das Forschungsprogramm der jeweiligen Sektion fortzuschreiben und zu aktualisieren. Darüber hinaus überprüfen die Sektionen, ob sich ein neu beantragtes Forschungsprojekt in das jeweilige Sektionsprogramm einfügt. Die Projekte werden sodann in Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Forschungsprogramm des FÖV durch den Wissenschaftlichen Beirat begutachtet. Die Koordinierung der die Sektion betreffenden Angelegenheiten ob-

liegt dem jeweiligen Sektionsleiter oder der jeweiligen Sektionsleiterin, der/die die Sektion im Institutsvorstand vertritt.

3.1 Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

3.1.1 Leitung

Leiter der Sektion: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

Stellvertreter: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*

Sektionsreferentin: *Larissa Vettters*, M.A., Mag. rer.publ.

3.1.2 Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*

Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*

em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*

Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*

Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*

Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*

3.1.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2009-2013

Sektion I befasst sich vorzugsweise mit den Fragen der Struktur und Steuerung öffentlicher Verwaltungen, insbesondere mit deren Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie deren Anpassungs-, Veränderungs- und Modernisierungsnotwendigkeiten. Die in der Sektion angesiedelte Forschung fokussiert im Wesentlichen auf das Analysieren und Gestalten von Modernisierungsprozessen in Staat und Verwaltung.

Die doppelte Herausforderung sich wandelnder und teilweise zunehmender Anforderungen bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen erhöht den Druck, Rationalitätsreserven der Verwaltung auszuschöpfen, ohne aber demokratisch-rechtsstaatliche Errungenschaften aufs Spiel zu setzen, und verlangt nach Konzepten, die die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Verwaltung weiter erhöhen sowie Reformhindernisse möglichst abbauen. Die Sektion I sieht ihre Aufgabe darin, solche Konzepte zu entwickeln, Rationalitätskriterien zu bestimmen und in Kooperation mit der Praxis die organisatorischen und verfahrensmäßigen Bedingungen ihrer Anwendbarkeit zu erweitern. Das setzt selbstverständlich auch Grundlagenforschung und Methodenentwicklung voraus.

Die Sektion berücksichtigt bei ihren Forschungen die sich wandelnden Rahmenbedingungen von Staat und Verwaltung. Dazu gehören zum Beispiel die Bevölkerungsentwicklung, der gesellschaftliche Wandel einschließlich des Werte-

wandels, der europäische und internationale Wettbewerb bei anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit sowie die Möglichkeiten und Grenzen neuer Informations- und Kommunikationstechniken. Vor diesem Hintergrund setzt sich Sektion I folgende Aufgaben:

- Die Herausarbeitung der Konsequenzen und die Entwicklung von Handlungskonzepten, die sich angesichts jener sich verändernden Rahmenbedingungen für die öffentliche Verwaltung, insbesondere für ihre Struktur, ihre Organisation und ihre Verfahren, speziell bei knappen Ressourcen, ergeben.
- Die Entwicklung von Anschlusspunkten für eine intensivere Zusammenarbeit von Verwaltungsforschung und Verwaltungspraxis.

Um zusätzliche Bezugsgrößen für die Analyse und die Beurteilung von Struktur- und Steuerungsfragen zu gewinnen, müssen nicht nur Modernisierungsansätze in den einzelnen Bundesländern und Kommunen, sondern auch in den Verwaltungen anderer EU-Staaten sowie in Ländern mit starker Entwicklungsdynamik außerhalb Europas verfolgt und auf ihre Bedeutung für die deutsche Verwaltung untersucht werden. Verwaltungsforschung über Struktur- und Steuerungsfragen sollte daher auch vergleichend erfolgen. Insbesondere aus diesem Grund ist die Arbeit der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern für die Sektion I von grundlegender Bedeutung.

Vom Forschungsansatz her ist in der Mehrzahl der Fälle eine problemorientierte Vorgehensweise angezeigt. Das betrifft das Forschungsdesign ebenso wie den Einsatz von Verfahren oder Instrumenten der Erkenntnisgewinnung. Der problemorientierte Forschungsansatz impliziert, auf praktischer Ebene des Forschens, von Anfang an eine durch die Frage- und Problemstellung gesteuerte Mischung disziplinärer Forschungsansätze, bei denen zum Beispiel sozialwissenschaftliche, historische oder wirtschaftswissenschaftliche Methoden mit verwaltungsrechtlichen Notwendigkeiten durchsetzt und durch sie so modifiziert werden, dass die Vorgehensweise und die Instrumente es erlauben, aufgabenadäquate Antworten zu finden, die in die Praxis der öffentlichen Verwaltung transferierbar werden. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das in Speyer entwickelte Verfahren der Gesetzesfolgenabschätzung, das juristischen wie sozialwissenschaftlichen Ansprüchen genügen kann und brauchbare Antworten liefert.

Diesem Generalanliegen dienen die zwei Schwerpunkte „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ und „Folgenabschätzung“.

3.1.3.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance

Mit diesem Forschungsschwerpunkt werden klassische Grundlinien des Speyerer Forschungsauftrags zur Staats- und Verwaltungsreform fortgeschrieben, die sich unter dem Vorzeichen von Management und Governance auf innovative Fragestellungen ausrichten. Zum hier vornehmlich relevanten Innenbereich der öffentlichen Verwaltung hat das FÖV vielfältige Organisations-, Prozess- und Personalstudien vorgelegt.

Die deutsche Verwaltung ist dem Grundcharakter nach aus vielen Gründen eine legalistische, regelorientierte Verwaltung geblieben. Neue Anforderungen an

Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns sind damit nicht immer kompatibel oder stehen dem sogar entgegen. Aktuelle Modernisierungsstrategien (etwa im Sinne von Doppik, Kosten- und Leistungsrechnung, Informations- und Kommunikationstechniken) lassen die Frage entstehen, ob und wie zum Beispiel einschlägige betriebswirtschaftliche Managementkonzepte in eine Verwaltung kontinental-europäischer Prägung eingebaut werden können, und zwar ohne die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte hintanzusetzen. Das erfordert fachübergreifende theoretische Überlegungen. Diesem Themenspektrum widmet sich die Sektion I nicht nur im Kernbereich der staatlichen Verwaltung, sondern auch auf benachbarten Gebieten wie etwa der Reform von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft.

Der Governance-Begriff ist in der jüngsten internationalen Diskussion zu einem interdisziplinären Brückenbegriff geworden. Er greift über die staatlich autorisierten Institutionen und Zuständigkeiten hinaus und bezieht sich auf die Steuerungs-, Koordinierungs- und Regelungsstrukturen, die in einem sozio-politischen System als Ergebnis interagierender Kräfte aller beteiligten Akteure bestehen. Sektion I beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragestellungen auf dem Gebiet der „Public Governance“. Hier widmet sie sich schwerpunktmäßig organisatorischen und verfahrensmäßigen Aspekten, die Staat und Verwaltung in den Stand setzen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Dabei wird auch die Wechselbezüglichkeit von staatlichen Akteuren, Wirtschaft, Gesellschaft und Bürgern berücksichtigt. Die eingangs beschriebenen, sich verändernden Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an „Good Governance“. Bisherige Modelle zur Erzielung von Effizienz, Transparenz, Partizipation, Verantwortlichkeit und Kohärenz sind zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Modernisierung unter Governance-Gesichtspunkten ist folglich eine Daueraufgabe der Verwaltungsforschung. Sektion I möchte diesen Prozess mit Analysen und Empfehlungen begleiten und in der Governance-Diskussion eigene Akzente setzen.

Vor diesem Hintergrund zielt die Sektion I auf grundlegende und aktuelle Fragen der Modernisierung öffentlicher Verwaltungen. Beispiele für Untersuchungsbereiche sind:

- Entwicklungspfade zur Modernisierung von Staat und Verwaltung,
- Schwierigkeiten notwendiger Reformen und ihrer Umsetzung,
- Voraussetzungen und Grenzen systemischer Steuerung,
- Informations- und Kommunikationstechniken im Hinblick auf Verwaltungsstrukturen und -prozesse,
- Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgern,
- Organisations- und Verfahrensgestaltung in der öffentlichen Verwaltung,
- Sicherung der Integrität der öffentlichen Verwaltung unter Einschluss von Gegenbeispielen guter Verwaltung wie Korruption und Ämterpatronage,
- Effektivierung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems in staatlicher Trägerschaft.

3.1.3.2 Folgenabschätzung

Ziel dieses Forschungsschwerpunkts ist die Optimierung von Rechtsvorschriften, Normsetzungsverfahren und Organisationsstrukturen auf der Grundlage folgenreicher theoretischer Ansätze. Folgenabschätzung ist der methodische Versuch, Normen und sonstige Maßnahmen von Politik und Verwaltung daraufhin zu überprüfen, ob die angestrebten Zwecke erreicht werden und welche unerwarteten Nebenfolgen auftreten. Den staatlichen Akteuren soll die Möglichkeit zur Bilanzierung und gegebenenfalls zu Korrekturen gegeben werden. Angesichts der Spannung zwischen sich wandelnden Aufgaben und abnehmenden Ressourcen ist die Anwendung und Verfeinerung der Optimierungsmethode „Folgenabschätzung“ besonders angezeigt. Die Sektion I widmet sich vorrangig drei Teilbereichen der Folgenabschätzung: Gesetzesfolgenabschätzung, Evaluierungsforschung und Nachhaltigkeitsforschung.

Das FÖV war und ist Pionier bei der Entwicklung der Methodik der Gesetzesfolgenabschätzung und beim Testen ihrer praktischen Anwendbarkeit. Das wird zunehmend auch international anerkannt. Die Gesetzesfolgenabschätzung wird denn auch in Deutschland inzwischen von allen politischen Kräften grundsätzlich als notwendig erachtet, spielt aber in der Praxis gerade bei bedeutenden Gesetzesvorhaben bisher nur eine geringe Rolle. Beim derzeitigen Stand von Forschung und Anwendung der Gesetzesfolgenabschätzung gilt es, die Erfahrungsmenge auszuweiten und dadurch auch das anwendungsbezogene Wissen in der Gesetzgebungspraxis zu erhöhen. Es wird unter anderem die Aufgabe des Forschungsschwerpunktes sein, die Gesetzesfolgenabschätzung im Zuge ihrer praktischen Anwendung und der systematischen Erfahrungsauswertung von der methodischen Seite her fortzuentwickeln. Die intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit der Gesetzesfolgenabschätzung lässt auch einen Schub für eine künftig bessere Gesetzgebung erwarten.

Die verwaltungswissenschaftliche Evaluierungsforschung widmet sich der begleitenden oder ex post erfolgenden Analyse konkreter Modernisierungsvorhaben in Politik und Verwaltung. Dieser Ansatz ermöglicht Qualitätssicherung durch eine schrittweise Rückkoppelung von Zwischenresultaten und zielt so auf kontinuierliche Verbesserungen im Modernisierungsprozess. Institutionalisierte Qualitätsmanagementsysteme werden ihrerseits – über die Evaluierung der jeweiligen Modernisierungsvorhaben hinaus – durch eine Evaluierungsforschung auf höherer Stufe evaluiert.

Nachhaltigkeit ist heute ein allgemein anerkanntes Leitmotiv in Staat und Verwaltung. Es steht für die angemessene Berücksichtigung der Interessen künftiger Generationen und hat in Art. 20a Grundgesetz auch verfassungsrechtlichen Ausdruck gefunden. Unter Berücksichtigung insbesondere seiner wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension ist staatliches Handeln darauf auszurichten, dass ein Leben in der Gegenwart auf Kosten der Zukunft vermieden wird. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur dem Gesetzgeber und – innerhalb der rechtlichen Grenzen einer Folgenorientierung – der Rechtsprechung, sondern auch der Verwaltung, vor allem in Gestaltungs- und Ermessensbereichen. Allerdings haben die Verwaltung und die Verwaltungsforschung bislang eine eher untergeordnete Rolle in der Diskussion über Nachhaltigkeit in Deutschland gespielt. Die Sektion I will diesem Defizit begegnen. Gerade auch im Zusammenhang mit der Folgenab-

schätzung und der Evaluierungsforschung gilt es, in transparenter Weise die Interessen gegenwärtiger und künftiger Akteure gegenüberzustellen und dabei dem Gedanken der Nachhaltigkeit ein methodisch verankertes Gewicht zu verschaffen.

Folgenabschätzung und Evaluierungsforschung, beide auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit, müssen interdisziplinär ausgerichtet sein und im Rahmen eines integrativen Ansatzes wirtschaftliche, soziale, umweltbezogene und sonstige Aspekte umfassen. Die systematische Anwendung folgentheoretischer Konzepte auf Innovationen – verstanden in einem umfassenden Sinn als technische, soziale und institutionelle Neuerungen – kann sich als Schlüssel für die Aktivierung von Synergien zwischen den verschiedenen beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen und Politiken – mit dem Ziel der Optimierung – erweisen.

3.1.4 Projekte

3.1.4.1 Neue Formen von öffentlichem Management und Governance

3.1.4.1.1 Laufende Projekte

I/1. *Klages/Daramus/Masser: „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“*

Laufzeit: 1.11.2002 bis 30.11.2004 (1. Projektphase)
 1.12.2004 bis 28.2.2007 (2. Projektphase, Finanzierung:
 Hans-Böckler-Stiftung)
 1.12.2007 bis 31.3.2008 (3. Projektphase)

Finanzierung: Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz

1. Hintergrund

Die Möglichkeiten für aktive Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene wurden bisher nur vereinzelt und relativ unkoordiniert ausgeschöpft. Es mangelt an einem Ansatz, der als integrative Plattform und Impulszentrum dienen könnte. Erfahrungen in anderen europäischen Ländern (insb. Großbritannien) legen die Hypothese nahe, dass das lokale „Bürgerpanel“ (citizen’s panel) diese Funktionen zu leisten vermag. Das Projekt soll – unter Zugrundelegung der spezifischen Rahmenbedingungen in Deutschland – der Überprüfung dieser Hypothese dienen.

Der Stand der Forschung charakterisiert sich durch das Vorliegen aufschlussreicher Evaluationsstudien vor allem in Großbritannien, während das Thema in Deutschland bisher – aufgrund einer überraschenden Forschungslücke – eher eine terra incognita darstellt. Das Forschungsvorhaben soll dementsprechend dezidiert und explizit zur Schließung einer Forschungslücke beitragen.

Eigene Vorarbeiten liegen auf verschiedenen relevanten Arbeitsgebieten (politische Kulturforschung, Forschungen zum freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement, Wertewandelsforschung, kommunale Befragungsforschung, Evaluationsforschung auf kommunaler Ebene, Recherche zu den

Konzepten, Einführungsstrategien und Ergebnissen lokaler Bürgerpanels in Großbritannien) vor.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Zielsetzung des Vorhabens besteht in der methodisch gesicherten Überprüfung der Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen mit Hilfe eines bestimmten, in anderen Ländern bereits eingeführten und getesteten Ansatzes, eben des „lokalen Bürgerpanels“, eine stärkere Mobilisierung und Nutzung des großenteils noch latenten Bürgerbeteiligungspotenzials erreichbar ist. Die maßgeblichen Forschungsfragen, die im vorliegenden Rahmen nicht im Einzelnen darstellbar sind, leiten sich aus dieser Zielsetzung stimmig ab.

Im Laufe der bisherigen Projektbearbeitung konnten hinsichtlich der Beantwortung einer ersten sehr wichtigen Teilfrage (Inwieweit sind unter den Bedingungen aktueller kommunaler Interessenlagen und der „politischen Kultur“ auf lokaler Ebene in Deutschland häufigere (unterjährige) Bürgerbefragungen möglich? Inwieweit sind im Rahmen solcher Befragungen Beteiligungsbereitschaften konkret, d.h. themen- und personenbezogen, identifizierbar?) in den am Projekt beteiligten Kommunen bereits sehr positive Resultate erzielt werden.

In der dritten Projektphase geht es nun darum zu prüfen, inwiefern der bislang in Mittelstädten (50.000 bis 80.000 Einwohner) erfolgreich erprobte Ansatz auch auf kleine Gemeinden bzw. andere Gebietskörperschaften wie Landkreise übertragbar ist.

In einer weiteren, vierten Projektphase ist geplant, eine Gruppe von Kommunen dafür zu gewinnen, das Panel regelmäßig einzusetzen; also institutionell zu nutzen.

3. Vorgehen

Dem Projekt liegt das methodische Konzept einer aktiv begleitenden, d. h. die Verfügbarkeit der Beobachtungsbedingungen und -objekte (mit-)garantierenden Evaluation zugrunde. Es wird in Kooperation mit einer Anzahl von Kommunen, die auf der Grundlage einschlägiger Kriterien (insb. Beteiligungsbereitschaft, Größenklasse, geographische Lage, bisherige Praxis der Bürgerbeteiligung) ausgewählt wurden, im Wege einer koordinierten Kombination von Einzelfallstudien durchgeführt. Dem Konzept des „citizen's panel“ entsprechend werden zunächst – unter Nutzung verschiedenartiger Kanäle einschließlich des Internet – in allen beteiligten Kommunen in relativ kurzen Abständen Bürgerbefragungen durchgeführt, die einen repräsentativen Kern haben, jedoch für alle teilnahmebereiten Bürger/innen geöffnet sind. Die Ergebnisse werden vom Projektteam ausgewertet und an die Kommunen rückgekoppelt. Die Bereitschaft und Fähigkeit der kommunalen Organe zur Einbeziehung der Ergebnisse in kommunale Entscheidungsprozesse wird durch Beobachtungen, Einzelinterviews und durch die Befragung der Mitglieder der Vertretungskörperschaften überprüft. Die an den Befragungen teilnehmenden Bürger/innen erhal-

ten die Möglichkeit, ihre persönliche Bereitschaft zur Teilnahme an weiteren Befragungen und intensiveren Formen der Bürgerbeteiligung zu dokumentieren. Die Tragfähigkeit der Bereitschaftserklärungen der Bürger/innen wird durch nachfolgende Beteiligungsaufforderungen getestet. Hierbei sollen verschiedene Zugangs- und Mobilisierungswege erprobt werden. In allen einschlägigen Teilschritten wird das hochentwickelte, professionelles Spitzenniveau repräsentierende Datengenerierungs- und -auswertungs-Knowhow der „Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen“ eingebracht.

4. Erwartete Ergebnisse

Von dem Projekt sind sowohl weiterführende wissenschaftliche Erkenntnisse über die „systeminternen“ und im Bereich der „politischen Kultur“ vertretbaren Möglichkeiten und Bedingungen einer erweiterten Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, wie auch erweiterte, unmittelbar nutzbare Kenntnisse hinsichtlich der für eine erweiterte Bürgerbeteiligung verfügbaren praktischen Verfahrenswege zu erwarten. Das Projekt hat den Anspruch, ein „Modellprojekt“ zu sein, dessen Ergebnisse grundsätzlich auf die Gesamtheit der Kommunen in Deutschland übertragbar sind.

5. Publikationen 2007/2008

Carmen Daramus, Dritte Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Herford: Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt Herford, Speyer 2007; *Carmen Daramus*, Dritte Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Viernheim: Innenstadtmarketing - Tabellenband, Speyer 2007; *Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser*, Das Bürgerpanel – Ein Weg zu breiter Bürgerbeteiligung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 255, Speyer 2008.

I/2. *Jansen/Hohn*: „Transformationspfade des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung – Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Merkmale und Bedingungen erfolgreicher Produktinnovation“

Laufzeit: 1.1.2005 bis 30.9.2005; 1.8.2006 bis 28.2.2009

Finanzierung: Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF)

Das Vorhaben ist Teil des Projektverbundes „Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Charakteristika und Bedingungen für erfolgreiche Produktinnovation – InnoMat“, an dem sich neben dem FÖV das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, Forschungszentrum Karlsruhe (ITAS) sowie die Forschungsstelle Internationales Management und Innovation, Universität Hohenheim beteiligen, und das von der HGF finanziert wird.

1. Hintergrund

Das Projekt untersucht die Auswirkungen und Folgen der gegenwärtigen organisatorischen Reformen im System der außeruniversitären Forschung in Deutschland und das Anpassungspotential dieses Systems an die Erfordernisse der wirtschaftlichen Globalisierung und zunehmenden Ökonomisierung von Wissenschaft und Forschung. In einem ersten Schritt hat es sich mit der Fusion der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) mit der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) als der bislang größten forschungspolitischen Reform im Bereich der informationstechnischen Forschung in Deutschland befasst. Dieses Teilprojekt ist mittlerweile abgeschlossen, und seine Ergebnisse sind z.T. bereits veröffentlicht bzw. werden derzeit publiziert. Auf ihm baut nun ein Vorhaben auf, das die Fragestellung zur Entwicklung des deutschen Innovationssystems unter den Bedingungen der globalen wirtschaftlichen und politischen Integration unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit der Governanceformen im Bereich der Materialforschung weiterführen soll.

Seit die Innovationsforschung die Annahme der Linearität des Transferprozesses weitgehend verworfen hat, finden sich in der Literatur wie etwa mit dem „zirkulären“, dem „rekursiven“ und dem „interaktiven“ Modell des Wissenstransfers Konzepte, die sehr unterschiedliche Wirkungszusammenhänge in den Blick nehmen. Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Ansätzen nur, dass sie die Bedingungen des Erfolgs von Transferprozessen in der engen Kooperation und Vernetzung der Produzenten und Anwender von neuem Wissen sehen. Welche Mechanismen der Kooperation und Vernetzung zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und insbesondere mittelständischen Unternehmen förderlich sind bzw. entgegenstehen, ist bislang jedoch kaum untersucht worden. Die wenigen Arbeiten, die sich dies zum Ziel gesetzt haben, beschränken sich bislang auf eine primär betriebswirtschaftliche Perspektive und lassen governance-theoretische Variablen weitgehend außer Acht.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt soll vor dem Hintergrund einer Rekonstruktion des institutionellen Status Quo u.a. die Auswirkungen und Folgen dieses Umbruchs insbesondere für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Industrie in Deutschland und ihre Konkurrenzstrategie der „diversifizierten Qualitätsproduktion“ untersuchen. Die Materialforschung stellt ein Gebiet dar, auf dem der öffentlichen Forschungsförderung eine entscheidende Bedeutung für die wirtschaftliche Performanz der mittelständischen Industrie in Deutschland zukommt. Kleine und mittlere Betriebe sind zwar im Prinzip flexibler und leistungsfähiger als vertikal integrierte Großunternehmen, können aber anders als diese die Voraussetzungen für Innovationen in der Regel nicht intern erzeugen. Sie sind dementsprechend auf die Existenz kollektiver Wettbewerbsgüter angewiesen, die von der öffentlichen Forschungsförderung zur Verfügung gestellt werden. Die Governanceformen der staatlichen geförderten Forschung und der Kooperationsnetzwerke in der deutschen Materialforschung sind vielfältig und seit

einigen Jahren – wie etwa mit ihrer Umstellung auf die Programmorientierte Forschungsförderung im Rahmen der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF) – in einem institutionellen Umbruch begriffen. Ergebnisse des ersten Teilprojekts deuten darauf hin, dass die gegenwärtigen Reformen der außeruniversitären Forschung, die auf den Versuch hinauslaufen, die deutsche Industrie zu mehr Produktinnovationen zu befähigen, durchaus auch in der Gefahr stehen, diese traditionelle Stärke des deutschen Innovationssystems zu beeinträchtigen.

Entsprechend zum Stand der Forschung besteht ein dringender Bedarf an Untersuchungen, die der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit unterschiedlicher intra- und interorganisatorischer Governancestrukturen in der außeruniversitären Forschung für die Organisation des Technologietransfers in der Materialforschung nachgehen. Zugleich zeigen die Ergebnisse des ersten Teilprojekts, dass die gegenwärtigen reformpolitischen An- und Umbauten an der institutionellen Architektur der außeruniversitären Forschung in unbeabsichtigter Weise latente Funktionen beeinträchtigen können, und damit möglicherweise Stärken des deutschen Innovationssystems schwächen, ohne seine Schwächen unbedingt zu kompensieren.

3. Forschungsdesign

Experten-Interviews, Leitfaden-Interviews, teilnehmende Beobachtung, Literaturstudien und Dokumentenanalyse, Workshops (mit Experten und Materialforschern aus den begleiteten Projekten).

4. Erwartete Ergebnisse

Angesichts der Vielfalt der Governanceformen in der staatlich finanzierten Materialforschung in Deutschland werden unterschiedlich leistungsfähige Transferstrukturen erwartet, die zum Teil großen Spielraum für die Optimierung des jeweiligen institutionellen Designs der Forschungsorganisationen bieten werden. Zugleich ist aber auch zu vermuten, dass die gegenwärtigen forschungspolitischen Reformen unintendierte Effekte haben, die gerade effiziente Arrangements tangieren.

Ziel des Projektes ist es, Erfolgsfaktoren für innovative Produktentwicklung am Beispiel von Neuentwicklungen innerhalb der Materialforschung exemplarisch herauszuarbeiten. Der Transfer der Ergebnisse des Projekts an die Praxis des Wissenschaftsmanagements erfolgt unter Beteiligung des Zentrums für Wissenschaftsmanagement (ZWM).

I/3. **Klages/Masser(Fallberg/Hayn): „Aufbau eines kennzahlengestützten Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter“**

Laufzeit: 1.10.2004 bis 30.9.2005 (1. Projektphase)
1.8.2006 bis 31.1.2008 (2. Projektphase)

Finanzierung: Land Berlin

1. Hintergrund

Aufgabe des Projektes war es, ein kennzahlengestütztes Monitoringsystem für die Berliner Bürgerämter aufzubauen, das die Messung der

- Wirtschaftlichkeit,
- Bürger- und Kundenzufriedenheit sowie –anforderungen,
- Mitarbeiterzufriedenheit und
- Qualität und Organisationsstandards

umfasst und diese in einem einheitlichen System integriert.

In der zweiten Projektphase wurde die Qualifizierung des Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter zu einem Managementinformationssystem angestrebt, d.h. es geht um die Optimierung und Verstetigung der im Rahmen der ersten Phase erzielten Ergebnisse.

Zum verwaltungspolitischen Hintergrund siehe: *K. Masser, et. al., Developing a Performance Indicator based Monitoring System for the Citizens Offices of Berlin, Paper presented at the EGPA annual conference in Bern, Switzerland (31 Aug.-3 Sep., 2005) Public Sector Performance Measurement: The Contingencies of Performance Measurement Systems, <http://www.egpa2005.com/>.*

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Berliner Bürgerämter und die entsprechenden Leitungsinstanzen in Politik und Verwaltung sollten mittels des angestrebten Monitoringsystems in die Lage versetzt werden, die Leistungen der Bürgerbüros mittels Benchmarking eigenständig zu steuern und laufend zu verbessern (im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Kundenorientierung). Das System stellt damit ein wichtiges neues Managementinstrument für die Praxis dar.

Zentrale Forschungsfragen waren:

1. Welche Kennzahlen werden für ein integriertes Kennzahlensystem im Bereich Bürgerämter benötigt?
2. Wie können integrierte, vernetzte Kennzahlen (z.B. Kundenorientierung in Relation zu Kosten (input-effectiveness, domination concept nach Bouckaert) für den Bereich Bürgerämter aussehen?
3. Mit welchen Instrumenten und Methoden können die Kennzahlen ermittelt/gemessen werden?
4. Wie können die Kennzahlen in einem laufenden (Zeitreihen) datenbankgestützten Managementinformationssystem abgebildet werden? Dieses System soll möglichst anwenderfreundlich gestaltet sein.

5. Wie können anhand der ermittelten Informationen Verbesserungen bzw. Reorganisationen initiiert werden (z.B. mittels einer „Stärken-/Schwächenanalyse“)?

3. Vorgehen

Im Gegensatz zur ersten Projektphase wurde im Rahmen der 2. Phase nur noch mit einer zentralen Arbeitsgruppe gearbeitet. Dies lag nahe, da es im wesentlichen um die Überarbeitung und Optimierung der im Rahmen der ersten Phase erfolgreich entwickelten Erhebungsinstrumente und Vorgehensweisen ging.

Die Befragungen wurden wiederum in Form inter-/intranetgestützter schriftlicher Befragungen oder durch, diesmal allerdings externe, Interviewer (Kundenbefragung) durchgeführt. Daneben kamen weitere im IKO-Netz der KGSt erprobte Datenabfragen zur Anwendung. Im Rahmen der Datenauswertung kamen die gängigen Verfahren der deskriptiven und schließenden Statistik zur Anwendung.

Die Integration von betriebswirtschaftlichen und Befragungsdaten konnte deutlich weiterentwickelt werden, sodass nun Kennzahlen und graphische Auswertungen zur Verfügung stehen, die integriert und synoptisch die Wirtschaftlichkeit, Kunden- und Mitarbeiterorientierung erfassen. Der in Kürze erscheinende Abschlussbericht zur 2. Projektphase wird dieses für die Verwaltungsmodernisierung bahnbrechende Konzept eingehend behandeln.

Ein weiterer Schwerpunkt der 2. Projektphase waren dezentrale Workshops zur Erläuterung und Aufarbeitung der Erhebungsergebnisse in allen 12 Berliner Bezirken. Diese 12 jeweils eintägigen Workshops wurden in einem Zeitraum von zwei Wochen durchgeführt.

4. Erwartete Ergebnisse

Als zentrales Ergebnis der ersten Projektphase konnte festgehalten werden, dass es im Rahmen des Projektes innerhalb von weniger als einem Jahr gelungen ist, ein Konzept für ein kennzahlengestütztes Monitoring-system u. a. zur Messung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit, Wirtschaftlichkeit, Qualität und Organisationsstandards für die Berliner Bürgerämter zu entwickeln.

Das im Rahmen der ersten Projektphase entwickelte Monitoringsystem wurde in der zweiten Phase erheblich „verschlankt“, um eine regelmäßige Anwendung des Systems zu gewährleisten. Ziel war es, einen maximalen Informationsertrag bei gleichzeitig minimalem Aufwand zu erzielen. Darüber hinaus gelang es, wie oben bereits erwähnt, die Integration der Daten aus den verschiedenen Erhebungsbereichen (Wirtschaftlichkeit/KLR, Mitarbeiter- und Kundenbefragung) weiter zu integrieren und ein hochverdichtetes Kennzahlensystem zu entwickeln.

Hinsichtlich der Ergebnisse im Detail muss aufgrund des Umfangs der Ergebnisse auf den Abschlussbericht zu Phase 1: *H. Klages* (Hrsg.), Aufbau

eines Monitoringssystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Speyerer Forschungsbericht 244, 2006, verwiesen werden.

Der Abschlussbericht zu Phase 2 ist derzeit in Bearbeitung.

I/4. Jansen/Semmet/Pruisken: Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen“ Phase II

Laufzeit: 1.12.2006 bis 30.11.2009

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft/Forschungsinstitut

Folgeprojekt des Projekts „Forschergruppe ‚Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen‘ Phase I.

1. Hintergrund

Der Reformdruck auf Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen hat sich im Vergleich zu den Befunden aus Phase I der Forschergruppe (2003-2006) verstärkt. In vielen Bereichen sind Umstrukturierungsmaßnahmen umgesetzt worden. Diese neuen Strukturen, beispielsweise die Stärkung der Dekane in den Fachbereichen, beginnen, sich auch auf die Ebene der Forschung auszuweiten: Forschungsstrategien, Kooperationen und sowie das Entstehen von Netzwerken werden zunehmend von externer und interner Governance, insbesondere von verschiedenen Wettbewerbsinstrumenten bestimmt.

Diese und weitere Ergebnisse flossen in die Forschungspolitischen Thesen der Forschergruppe ein, die während einer wissenschaftspolitischen Tagung in Berlin zum offiziellen Abschluss der Phase I am 14.-15. März 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Reformen im deutschen Wissenschaftssystem werden von der Forschergruppe weiterhin systematisch, empirisch und theoretisch aus der Perspektive der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften untersucht. Ziel ist die Entwicklung einer Theorie mittlerer Reichweite, aus deren Umsetzung Gestaltungsoptionen für die Governance von Forschung hervorgehen sollen.

- (1) Aus der Zielstellung und ersten Ergebnissen der Forschergruppe ergeben sich folgende Forschungsfragen:
- (2) Welche Auswirkungen der neuen Governanceformen, insbesondere auf die Performanz, sind mittel- und langfristig zu beobachten?
- (3) Welche (veränderte) Rolle spielen Drittmittelgeber (z. B. EU)?
- (4) Wie sieht das Zusammenspiel zwischen externem Wettbewerb und interner Governance aus, etwa bei der zunehmenden Institutionalisierung von internen und externen Evaluationen und bei der Exzel-

lenzinitiative? Inwiefern kommt es zu einer Stärkung der Leitungsebenen?

- (5) Welche Bedeutung haben intermediäre Akteure (z. B. DFG, Wissenschaftsrat, Europäischer Forschungsrat) auf nationaler und EU-Ebene und inwiefern verändert sich deren Rolle im Zuge der Reformen?
- (6) Findet ein Wettbewerb verschiedener Governanceformen in Europa statt und führt dieser zu einer stärkeren Heterogenität oder im Gegensatz dazu zu einer Harmonisierung der europäischen Governance der Forschung? Wie wirkt dies auf die Performanz von Forschung in unterschiedlichen Forschungsfeldern und -organisationen?

3. Vorgehen

Die einzelnen Forschungsfragen werden von verschiedenen Teilprojekten auf mehreren Ebenen und mit unterschiedlichen disziplinären Schwerpunkten bearbeitet. Sowohl anwendungs- als auch grundlagenorientierte Forschungsorganisationen werden vergleichend für traditionell disziplinär ausgerichtete Forschungsfelder („Mode 1“) und in hohem Maße transdisziplinäre, mit industriellen und gesellschaftlichen Nutzern vernetzte, „Mode 2“-Felder in die Analyse einbezogen.

Die Forschergruppe bearbeitet einen Teil der Fragen in einem longitudinalen Design, da davon ausgegangen wird, dass einige Wirkungen erst mittel- bis langfristig zu erkennen sind. Außerdem trägt der internationale Vergleich dazu bei, Deutschland als latecomer den „Reformländern“ und den dort ggf. schon zu beobachtenden, teilweise unintendierten, Wirkungen gegenüberzustellen.

Das Koordinationsprojekt Z1 dient der Integration der (Zwischen-)Ergebnisse sowie der Weiterentwicklung des gemeinsamen theoretischen Rahmens. Dies wird u. a. durch die halbjährliche Organisation von internen Workshops, dem Aufbau und der Pflege gemeinsamer Datenbanken sowie einer Intranet-Plattform gesichert. Über das Koordinationsprojekt werden auch gemeinsame Publikationsprojekte der Forschergruppe in Form von Herausgeberschaften koordiniert.

Ein gemeinsamer Internet-Auftritt dient der Darstellung der Arbeit der Forschergruppe in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus werden durch einen externen Experten-Workshop in Kooperation mit dem ZWM Speyer sowie eine Abschlusstagung die Befunde der Forschergruppe mit der wissenschaftspolitischen Öffentlichkeit rückgekoppelt.

4. Erwartete Ergebnisse

Das zentrale Koordinationsprojekt bündelt die von der Forschergruppe angestrebte Integration der Forschung zu folgenden Ergebnissen:

- Typenbildung von Governancekombinationen in Universitäten und Forschungsorganisationen.
- Typenbildung zu externen, wettbewerbsorientierten Governanceakteuren (Forschungsförderern).

- Vor- und Nachteile der ermittelten Typen und Aussagen über deren Performanz.
- Aussagen zu Bewertungen von Hochschulgesetzgebung, Satzungen von Wissenschaftsorganisationen, Förderern im Hinblick auf Ziel- und Wirkungsbeziehungen/Verbesserungsoptionen.

Darüber hinaus haben die bisherigen Untersuchungen der einzelnen Teilprojekte unter anderem folgende Zwischenergebnisse hervorgebracht, die in einem weiteren Schritt zusammengeführt werden sollen:

- Bibliometrische Messungen bilden die Leistung einzelner Disziplinen und Fächer unvollständig ab. Notwendig sind differenzierte, mehrdimensionale und disziplinspezifische Messungen.
- Ein Mindestmaß an Grundfinanzierung ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Forschungseinheiten. Eine wachsende Drittmittelabhängigkeit kann sich negativ auf die Performanz und Autonomie der Forschung auswirken.
- Durch ihre relative Anwendungsorientierung und Interdisziplinarität weist die Nanowissenschaft Mode 2-Merkmale auf. Diese Mode 2-Orientierung wird teils durch die Politik induziert. Der Einfluss von Drittmittelgebern ist disziplinbedingt besonders stark. Gleichzeitig weist aber auch die Nanowissenschaft Charakteristika von Grundlagenforschung auf. Eine „Störung“ der entsprechenden Abläufe, z. B. durch eine zu hohe Zahl von Industriekooperationen, führt zu einem Verlust an wissenschaftlicher Performanz.
- New Public Management und Organisationsformen beeinflussen die Performanz der Doktorandenausbildung: Fachbereiche mit mittleren Finanzressourcen oder hoher Motivation einer kritischen Masse von Professoren mit vielen zeitlichen Freiräumen sind erfolgreich in der Doktorandenausbildung. Eine niedrige Finanzausstattung lässt sich zum Teil durch hohe zeitliche Freiräume und zusätzliche Motivation kompensieren. Zeitliche Freiräume und Chancen zur Verbesserung der finanziellen Situation sind daher wichtige Faktoren für die Förderung einer wissenschaftsorientierten Doktorandenausbildung. Dagegen führt eine Situation der zeitlichen Überbelastung, in der Doktoranden in das Alltagsgeschäft eingespannt werden müssen, zu einem unterdurchschnittlichen Erfolg. Dies hat zur Folge: eine unterdurchschnittliche Platzierung der Nachwuchswissenschaftler, zu wenig Promotionen, eine unterkritische Zahl an motivierten Betreuern und eine unterdurchschnittliche Publikationsbilanz. Die Konsequenz jedes einzelnen dieser negativen Faktoren ist, dass eine erfolgreiche wissenschaftsinterne Platzierung der Doktoranden unwahrscheinlich wird.
- New Public Management kann die Effizienz auf der Ebene von Forschungseinheiten positiv beeinflussen, jedoch die Funktionsbalance auf der Ebene des gesamten Forschungssystems stören. Leistungsindikatoren müssen entsprechend breit angelegt sein, um die Funktionsbalance des Forschungssystems zu gewährleisten.

- DFG-Graduiertenkollegs weisen eine Heterogenität bezüglich ihrer Forschungsperformanz sowohl zwischen einzelnen Kollegs als auch zwischen Fachdisziplinen auf. Eine erste Analyse des Effizienzgrades der Graduiertenkollegs mit der Data Envelopment Analysis (DEA) bestätigt diesen deskriptiven Befund. Eine weitere Aufklärung der Determinanten von Effizienz steht noch aus.

Die Umsetzung einer gegenstandsspezifischen Theorie mittlerer Reichweite zur Governance von Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie der Transfer der Ergebnisse in die Praxis erfolgt u. a. unter Beteiligung des Zentrums für Wissenschaftsmanagements (ZWM), einem strategischen Partner der Forschergruppe. Ferner ist eine zweite forschungspolitische Konferenz zur Präsentation der Ergebnisse der Phase II vorgesehen. Gestaltungsoptionen sollen so in den Reformprozess zurückgekoppelt werden.

5. Publikationen 2007/2008

Jansen, Dorothea (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, Dordrecht 2007; *Jansen, Dorothea* (Hrsg.), *Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe "Governance der Forschung" – Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung*, Speyer, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 2007; *Jansen, Dorothea*, *Governance of Research – Working towards Interdisciplinary Concepts*, in: dies. (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, Dordrecht 2007, S. 109-133; *Jansen, Dorothea/Wald, Andreas*, *Netzwerktheorien*, in: Arthur Benz/Susanne Lütz/Uwe Schimank/Georg Simonis (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden 2007, S. 188-199; *Wald, Andreas/Jansen, Dorothea*, *Netzwerke*, in: Arthur Benz/Susanne Lütz/Uwe Schimank/Georg Simonis (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden 2007, S. 93-105.

I/5. ***Jansen/von Görtz/Heidler: „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“***

Laufzeit: 1.11.2006 bis 31.10.2009

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Folgeprojekt des Projekts „Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“.

1. Hintergrund

Das Projekt „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“ ist ein Teilprojekt der ortsverteilten Forschergruppe „Governance der Forschung“,

deren Sprecherin Frau Prof. Dr. *Jansen* ist und deren Fortsetzung von der DFG im Juli 2006 bewilligt wurde.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

In der zweiten Projektphase wird die geplante Längsschnittanalyse der drei zentralen Variablenbündel interne und externe Governance, Netzwerkstrukturen und Netzwerkstrategien sowie Performanzvariablen fortgesetzt. Im Zentrum steht der Zusammenhang zwischen Netzwerkstrategien und -kapazitäten und der Fähigkeit, offene Netzwerke zu gestalten sowie auf die Volatilität von Forschungsprogrammen und wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen zu reagieren. Hinsichtlich der Auswirkungen von Governancevariablen auf Netzwerkstrategien und -strukturen wird überprüft, inwiefern die Art der Verknüpfung von internen und externen Governancemechanismen ursächlich für die in der ersten Phase beobachteten geringen Einflüsse der Organisationen auf die Forschungs- und Netzwerkstrategien sein könnten. Aktuelle Veränderungen (Exzellenzinitiative, W-Besoldung) könnten geeignet sein, die bisherige Konsenskultur in den Organisationen aufzubrechen und die Optionen für eine interne hierarchische oder eine auf Mehrheiten basierende Steuerung zu erweitern. Ferner wird der Einfluss externer wettbewerbsorientierter Governancemechanismen und der Förderprogrammatiken von Drittmittelgebern, insbesondere der EU, detaillierter untersucht.

3. Vorgehen

- 1) Fortsetzung der Fallstudien in den Feldern Astrophysik, Mikroökonomik und Nanotechnologie (je 25 Fälle und zwei Messzeitpunkte)
 - Die Erhebung der Netzwerkdaten sowie der Input-, Governance- und Outputdaten für den Zeitpunkt t_2 wurde mittels Telefoninterviews durchgeführt. Auf gleiche Weise sollen zum Zeitpunkt t_3 insbesondere die Governance- und Outputdaten fortgeschrieben und erhoben werden.
 - Die Struktur- und Governancevariablen wurden systematisiert und Typen gebildet.
 - Erste multivariate Analysen zur Abhängigkeit der Netzwerkfähigkeiten und Netzwerkstrukturen von den Governancetypen (Clusteranalysen, Regressionsanalysen) liegen vor.
 - Erste multivariate Analysen zur Abhängigkeit der Performanz von Governancetypen direkt und vermittelt über Netzwerkstrukturen (Clusteranalyse, Regressionen), (dis-)economies of networks und Einfluss von Governance auf ihr Entstehen liegen vor.
- 2) Ego-Netzwerke, Kopublikationsanalysen und Netzwerkdynamik
 - Die Analyse der Veränderung der Ego-Netzwerke erfolgt auf der Ebene von Statistiken für die Akteure und Netzwerke (Dichte, Effizienz, Constraint). Multivariate Analysen für Paneldaten schließen sich an.

- Simulationsmodelle der Evolution von Koautorennetzwerken (Netzwerkdynamik) für ein ausgewähltes Feld, die Astrophysik (SIENA).
- Verortung der untersuchten Forschungsgruppen in Kopublikationsnetzwerken für die naturwissenschaftlichen Felder (Zulieferung durch Partnerprojekt) für zwei Zeitintervalle.

4. Erwartete Ergebnisse

Das Projekt wird wesentliche Beiträge zur aktuellen Reformdiskussion und zur Bewertung und Nachsteuerung der Reformen im deutschen Wissenschaftssystem liefern.

- 1) Bewertung von Reformmaßnahmen wie Netzwerkaufbau, Schwerpunktbildung, Orientierung auf Drittmittelinwerbung, Orientierung auf critical mass. Hier deutet sich an, dass der Nutzen derartiger Strategien in hohem Maße disziplin- und institutionenspezifisch ist, einheitliche Steuerungsinstrumente also fehlen müssen.
- 2) Für die Nanowissenschaft lässt sich zeigen, dass diese nur sehr partiell den theoretisch postulierten Charakteristika des „Mode 2“ der Wissensproduktion entspricht. Nichtsdestotrotz orientiert sich dagegen die Forschungsförderung an den hier als performanzfördernd unterstellten Kriterien. Für den Effekt der oft geförderten Industriekooperationen lässt sich – ähnlich wie auch für den Anteil der Drittmittelforschung – ein negativer Effekt jenseits eines disziplinspezifischen Schwellenwerts nachweisen.
- 3) Analysen zu den Determinanten der verschiedenen Performanzdimensionen in den drei Forschungsfeldern auf der Basis eines aufgestockten Samples (Kooperation mit Teilprojekt „Performanzindikatoren“) liefern belastbarere Daten zum Zusammenhang von Input und Output und deren disziplinärer und institutioneller Spezifik.
- 4) Analyse der Voraussetzungen der Strategiefähigkeit von Universitäten, Fachbereichen, Forschungsinstitutionen. Hier deutet sich an, dass das NPM-Modell der Governance von Forschungsinstitutionen trotz einiger negativer Auswirkungen insgesamt positiv auf die Performanz von Forschungsgruppen wirkt. Allerdings kann durch einseitige Anreizmechanismen die funktionelle Balance auf der Ebene des gesamten Forschungssystems gefährdet sein.

5. Publikationen 2007/2008

Jansen, Dorothea, Theoriekonzepte in der Analyse sozialer Netzwerke. Entstehung und Wirkungen, Funktionen und Gestaltung sozialer Einbettung, FÖV Discussion Paper Nr. 39, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2007; *Jansen, D. / Wald, A. / Franke, K. / Schmoch, U./Schubert, T.*, Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 59, Nr. 1/2007, 125-149; *Jansen, D. / Wald A.*, Netzwerktheorien, in: *Benz, A. / Lütz, S. / Schimank, U. / Simonis, G. (Hrsg.)*, Handbuch Go-

vernance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden 2007, 188-199; *Wald, A.*, Effects of 'Mode 2'-Related Policy on the Research Process: The Case of Publicly Funded German Nanotechnology, in: *Science Studies*, Vol. 20, Nr. 1/2007, 26-51; *Wald, A. / Jansen, D.*, Netzwerke, in: *Benz, A. / Lütz, S. / Schimank, U. / Simonis, G.* (Hrsg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden 2007, 93-105.

I/6. Krücken/Blümel/Kloke: „Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem“

Laufzeit: 15.4.2007 bis 14.4.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Gegenwärtig findet im Hochschulsystem ein Modernisierungsschub statt, der in vielfältiger Art und Weise auch Auswirkungen auf die Organisation und Steuerung von Hochschulen hat. Ein zentraler Aspekt dieser Veränderungen aus Sicht der Organisationsforschung bildet die Entwicklung der Hochschule zum korporativen Akteur mit eigener Handlungsfähigkeit (*Krücken/Meier 2006*).

Aus dieser Transformation zum korporativen Akteur resultieren umfangreiche Reorganisationsprozesse innerhalb der Hochschulen, die mit einem Auf- und Ausbau spezialisierter Funktionalbereiche auf der Ebene der Hochschulverwaltung und des Hochschulmanagements verbunden sind. Es ist anzunehmen, dass mit diesen Prozessen zumeist auch Spezialisierung der Arbeitsprofile, Veränderungen bei der Personalrekrutierung sowie eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen innerhalb der Hochschulen einhergehen (*Nickel/Ziegele 2007; Leichsenring 2007; Nullmeier 2001*). Hierbei handelt es sich zum einen um institutionelle Veränderungsstrategien der Hochschulen, zum anderen aber auch um individuelle oder berufsgruppenspezifische Bemühungen der Statusverbesserung durch Mitarbeiter in den jeweiligen Funktionalbereichen. In Anlehnung an Untersuchungen in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors bzw. anderen Hochschulsystemen werden diese im Forschungsprojekt als Professionalisierungsprozesse verstanden (*Stichweh 1992; Lounsbury 2001; Wallerstedt 2002; Baird 2006; Gornizka/Larsen 2004; Moodie 1995*).

Ungeachtet einer mittlerweile breiten Diskussion zu Professionalisierungsprozessen in der hochschulpolitischen Öffentlichkeit ist eine differenzierte Erhebung der unterschiedlichen Dimensionen von Professionalisierungsprozessen sowie eine systematische Analyse ihrer Folgen bislang ein Forschungsdesiderat. Während zu Professionalisierungsprozessen auf der Ebene der Hochschulleitungen in angloamerikanischen Hochschulsystemen bereits erste Untersuchungen durchgeführt wurden, gibt es zu den Entwicklungen in Deutschland, insbesondere für den Bereich des mittleren Managements, kaum empirisch gestützte Untersuchungen. Zudem fehlt es

an einer theoretischen Konzeptionalisierung von Professionalisierungsprozessen auf der Basis soziologischer Theorien.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Insofern ist es Ziel des Forschungsprojektes, auf der Grundlage einer konzeptionellen Differenzierung von Professionalisierungsprozessen im Hochschulbereich, eine darauf abzielende empirisch gestützte Analyse an deutschen Hochschulen durchzuführen.

In Anlehnung an Untersuchungen in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors werden daher im Projekt unterschiedliche Dimensionen von Professionalisierungsprozessen innerhalb von Hochschulen untersucht. Ziel ist, zwischen Funktionalbereichen und Hochschultypen differenzierende Aussagen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Hinblick auf Rekrutierung, Personalentwicklung, Arbeitsprofile, Karrierewege sowie Rolle von professionellen Netzwerken zu geben. Dabei fokussieren die Analysen auf Mitarbeiter des mittleren Managements, welche eine operative Mittlerfunktion zwischen Hochschulleitungen und akademischen Einheiten einnehmen, die jedoch nicht zur Routineadministration gehören (Rosser 2004). Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt des Forschungsprojekts:

- Was sind die institutionellen und personellen Voraussetzungen für Professionalisierungsprozesse im Hochschulbereich und wie lassen sich diese konzeptionell zusammenbringen (Organisation, Prozesse, Status, Rekrutierung, Aus- und Fortbildung)?
- Lassen sich Veränderungen bei der Zusammensetzung des Hochschulpersonals oder im Hinblick auf den Status von Mitarbeitern im Bereich der Hochschulverwaltungen feststellen?
- Inwiefern verändern sich Rekrutierungsmodi, Zugangskriterien, Aus- und Fortbildung sowie der Werdegang von Mitarbeitern im mittleren Management innerhalb der Hochschulen?
- Inwiefern sind Professionalisierungsprozesse im Hochschulwesen mit dem Entstehen neuer Berufsbilder und veränderter Identitätskonzepte der Mitarbeiter/Innen der Hochschulverwaltung verbunden?
- Woher und wie beziehen Mitarbeiter ihr Wissen & Kompetenzen für ihre Arbeit und welche Rolle spielen professionelle Netzwerke?
- Welche Rolle spielen Unterschiede zwischen verschiedenen Hochschultypen, insbesondere zwischen Universitäten und Fachhochschulen bzw. staatlichen und privaten Hochschulen?

3. Methodik

Methodisch basiert das Projekt auf der Kombination quantitativer und qualitativer Verfahren. Neben der längs- und querschnittsbasierten Datenanalyse von Personaldaten wird eine Inhaltsanalyse von Stellenausschreibungen im Zeitraum 1997-2007 von deutschen Hochschulen durchgeführt.

Wichtigstes Instrument ist eine Fragebogen-gestützte Untersuchung von fünf Funktionalbereichen sowie der Position des Hochschulkanzlers bzw. hauptamtlichen Vizepräsidenten. Die Ergebnisse dieser quantitativen Untersuchungen bilden dann den Ausgangspunkt für vertiefende Einzelfallstudien zu Professionalisierungsprozessen an ausgewählten Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland.

4. Erwartete Ergebnisse

Das Projekt soll Aufschluss über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten sowie Grenzen von Modernisierungsstrategien im öffentlichen Sektor geben, die sich auf einen spezifischen Typus öffentlicher Organisationen (Hochschulen) und eine spezifische Strategie (Professionalisierung) richten. Dabei geht es weniger um Fragen der konkreten Zielerreichung, da es sich nicht um spezifische Einzelmaßnahmen handelt, deren Zielerreichungsgrad sich messen ließe. Wichtiger erscheinen stattdessen die unterschiedlichen Muster und Einflussfaktoren von Professionalisierungsprozessen sowie deren Folgen für das Selbstverständnis der Mitarbeiter und mögliche Implikationen für die Steuerungsprozesse innerhalb von Hochschulen.

5. Publikationen 2007/2008

Blümel, Albrecht, Reorganisation und Professionalisierung von Hochschulleitungsstrukturen, in: Smeddinck, Ulrich (Hrsg.) Aspekte der Deregulierten Hochschule, Speyerer Arbeitshefte, Nr. 189, Speyer 2007, S. 57-96; *Krücken, Georg/Kosmützky, Anna/Torka, Marc* (Hrsg.), Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions. Bielefeld 2007.

I/7. Mühlenkamp/Glöckner: „Analyse und Evaluation des neuen doppel-schen kommunalen Haushaltsrechts“

Ursprüngliche Laufzeit: 1.6.2007 bis 31.5.2009

Das Projekt ist aufgrund des Bertelsmann-/KGSt – Drittmittelprojektes derzeit unterbrochen (siehe I/9.).

Voraussichtliche Wiederaufnahme der Laufzeit: 1.7.2008 bis 31.3.2010

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

In der öffentlichen Rechnungslegung wird seit Jahren ein Paradigmenwechsel vollzogen: Das jahrhundertalte System der Verwaltungskameralistik wird durch die in der Privatwirtschaft angewandte kaufmännische doppelte Buchführung (Doppik) abgelöst – mit entsprechendem Niederschlag im kommunalen Haushaltsrecht. Im Zentrum der Überführung der Gebietskörperschaften von der rein zahlungsorientierten zur ressourcenverbrauchsorientierten Rechnungslegung steht das Ziel einer effizienteren Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Zur wirkungsvolleren externen Kon-

trolle des politisch-administrativen Handels durch den Prinzipal Wähler und zur internen Steuerung der Kommunalverwaltungen als Dienstleistungsbetriebe bedarf es sowohl auf einer Planungs- (ex ante) als auch einer Rechenschaftsebene (ex post) detaillierter Informationen über deren Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. In Deutschland vollzog sich der Wechsel zur Doppik zunächst mittels (Pilot-)Projekten wie dem „Neuen kommunalen Finanzmanagement“ (NKF), dem „Neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystem“ (NKRS) und dem „Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen“ (NKHR – sog. Speyerer Verfahren). Die zunächst wünschenswerte Kreativität und Bandbreite an Lösungsansätzen führte jedoch durch die ausschließliche Kompetenz der Bundesländer in Fragen kommunaler Rechnungslegung zur „doppischen Konfusion“ – einem Zustand der Zersplitterung, in dem jedes Bundesland unterschiedliche Doppik-Modelle entwickelte und darauf aufbauend ein eigenständiges kommunales Haushaltsrecht beschloss.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Zielstellung des Forschungsprojektes ist es, nach Abschluss der Bestandaufnahme des neuen (doppischen) kommunalen Haushaltsrechts (hier wird diese Forschungsarbeit zum Teil auf den Ergebnissen des Drittmittelprojekts Mühlenkamp/Glöckner aufbauen) dieses anhand eines zu erarbeitenden konzeptionellen und theoretischen Fundamentes zu analysieren und zu evaluieren. Länderspezifische Besonderheiten und Unterschiede in begrifflichen und technischen Details, die zum Teil bereits im KGSt- und Bertelsmann-Drittmittelprojekt aufgezeigt wurden, werden hierfür aufgegriffen und darauf aufbauend grundlegende Überlegungen zu Jahresplanung und -abschluss in einer öffentlichen Verwaltung zur Erfüllung von Informations- und Steuerungsbedürfnissen angestellt. Ziel der Forschungsarbeit ist es, zur wissenschaftlich angeleiteten Harmonisierung im kommunalen Haushaltsrecht sowie allgemein in der öffentlichen Rechnungslegung beizutragen. Hierzu werden auf Basis der konzeptionellen und theoretisch fundierten Überlegungen konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeitet bzw. sich dabei eröffnende Harmonisierungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Bundesländern aufgezeigt.

3. Vorgehen

Bei der Bearbeitung wird insbesondere auf betriebswirtschaftliche Grundsätze, Konzepte, Methoden und Theorien zurückgegriffen. Um ein Projekt im Themenspektrum des neuen kommunalen Haushaltsrechts adäquat zu bearbeiten, ist allerdings ein interdisziplinärer Ansatz zwischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften notwendig. So werden auch juristische Aspekte der haushaltsrechtlichen Regelungen aufgegriffen.

4. Erwartete Ergebnisse

- Konzeptionelle und theoretische Fundierung des neuen doppischen kommunalen Haushaltsrechts;

- Messung der bestehenden haushaltsrechtlichen Konzepte anhand der erarbeiteten gemeinsamen konzeptionellen Basis;
- Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen der Informations- und Steuerungswirkung des Rechnungswesens der Kommunen;
- Auf den vorherigen Punkten aufbauend: Aufzeigen von bundesweiten Harmonisierungsmöglichkeiten im kommunalen Haushaltsrecht zur Lösung der „doppischen Konfusion“;
- Beleuchten von Schnittpunkten zum kaufmännischen Rechnungswesen und dessen rechtlicher Grundlage (HGB) aber auch notwendiger kommunaler Spezifika.

5. Bereits vorhandene Publikation zum Thema

Glöckner, Andreas, Die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IPSAS/IFRS) auf ausgewählte Bilanzierungsprobleme der doppelten kommunalen Rechnungslegung, veröffentlichte Diplomarbeit am Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Public und Nonprofit Management der Universität Mannheim, Mannheim 2007.

I/8. **Klages/Daramus: Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar**

Laufzeit: 1.6.2007 bis 31.7.2008

Finanzierung: Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) GmbH
Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Mit dem Projekt Regionales Bürgermonitoring wird praktisch wie auch wissenschaftlich Neuland betreten. Das Projekt integriert auf innovative Weise Bürgerbefragungen als Beteiligungsverfahren, die repräsentative Ergebnisse liefern und gleichzeitig alle interessierten Bürger an den Befragungen teilnehmen lassen. Innovativ ist auch der Ansatz, Bürgerbeteiligung über kommunale Grenzen hinweg in einer Metropolregion zu etablieren. Das vorliegende Projekt hat die Aufgabe, das Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar, das zukünftig alle zwei Jahre durchgeführt werden soll, zu initiieren und zu etablieren, so dass langfristig und nachhaltig die Einbindung der Bürger in die Regionalentwicklung möglich werden soll.

Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt zwischen dem FÖV und der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH. Die organisatorische Projektleitung obliegt der MRN GmbH, die wissenschaftliche Leitung hat Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer. Projektpartner sind ebenso die Universität Jena, und sinus sociovision, Heidelberg. Die Telefonbefragung wird von C.M.R, Mannheim durchgeführt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt verfolgt das Ziel, die bisherige Lücke der auf Beteiligung angelegten Regionalentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar zu schließen und nach der Einbindung funktionaler Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden nun auch die Bürger aktiv einzubinden und deren Potenziale zu erschließen. Das Projekt ist zugleich ein Aktivierungstool, durch das die Bürger für die Arbeit der Regionalentwicklung sensibilisiert werden, ein Analysetool, um die Interessen der Bürger in die Arbeit der Regionalentwicklung aufnehmen zu können, und ein Controllingtool zur Erfolgskontrolle der Arbeit der Regionalentwicklung. Inhaltlich strukturiert sich das Bürgermonitoring in zwei Bereiche: Erstens die Wahrnehmung und Kenntnis der Region und die Identifikationsmuster in der Region und zweitens der Bewertung der zentralen Arbeitsfelder der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung durch die Bürger.

3. Vorgehen

Im Vorfeld der Hauptbefragung wird eine Pilotstudie mit 300 Telefoninterviews durchgeführt. Die Ergebnisse liefern unmittelbar methodische und inhaltliche Erkenntnisse, die in das Befragungsdesign der Hauptbefragung einfließen. Die Hauptbefragung wird ebenfalls telefonisch (CATI) durchgeführt. In der Metropolregion Rhein-Neckar werden 2000 Haushalte zufällig ausgewählt und die Zielperson nach der „Last-birthday-Methode“ ausgewählt und befragt. Befragt werden Personen ab 16 Jahre, die in der Metropolregion Rhein-Neckar leben. Neben der repräsentativen Stichprobe hat jeder Bürger die Möglichkeit, sich an dieser Befragung zu beteiligen. Dies kann sowohl über den internetbasierten Fragebogen erfolgen als auch postalisch. Der abschließende Bericht wird flankiert von Stellungnahmen seitens der Verantwortlichen der Regionalentwicklung zu Anregungen, Interessen und Vorschlägen der Bürger.

4. Erwartete Ergebnisse

Das Bürgermonitoring erweitert die durch die kommunale Statistik zur Verfügung stehenden objektiven Daten der Region um die subjektive Wahrnehmung und Einschätzung unterschiedlicher Lebensbereiche durch die Bürger. Gleichzeitig können mit der Institutionalisierung des Bürgermonitorings auch regionale Veränderungen und Entwicklungen bezüglich der Zufriedenheiten und der Veränderungen der regionalen Identität dokumentiert werden. Die Ergebnisse des Bürgermonitoring bilden die Grundlage für Maßnahmen des Regionalmarketing und beteiligen Bürger somit an der Gestaltung der Metropolregion. Das Projekt leistet auch für andere Metropolregionen eine wichtige Vorreiterfunktion, indem es das Beteiligungsmodell in der Praxis anwendet und Erfahrungen bezügl. Vorgehen und inhaltlichen Schwerpunkten zur Verfügung stellt.

5. Publikation 2007/2008

Klages, Helmut/Daramus, Carmen, Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar. Ergebnisse der ersten Hauptstudie, Speyer 2007.

I/9. **Mühlenkamp/Glöckner: „Rechtsvergleich Doppik“**

Voraussichtliche Laufzeit: 1.9.2007 bis 31.6.2008

Finanzierung: Bertelsmann Stiftung und Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt))

1. Hintergrund

Das kommunale Haushaltsrecht wurde bzw. wird derzeit in den meisten Bundesländern novelliert, wobei Übergangsfristen in Bezug auf dessen Umsetzung in der kommunalen Praxis eingerichtet wurden, die teilweise bis in das Jahr 2016 reichen. Auf der Basis des Beschlusses der Innenministerkonferenz zur „Reform des Gemeindehaushaltsrechts – Von einem zahlungsorientierten zu einem ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen“ im Jahr 2003, der aus heutiger Sicht lediglich eine grobe Richtschnur darbot, wurden dabei in den Bundesländern stark differenzierte haushaltsrechtliche Regelungen erlassen. Neben der gemeinsamen Ausgangsbasis in der doppischen Systematik finden sich bei Vergleich der Länderregelungen zum Teil gewichtige inhaltliche Detailunterschiede in Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisfragen aber zum Teil auch bei der verwendeten Terminologie.

In einer Kooperation mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat sich die Bertelsmann Stiftung zum Ziel gesetzt, die Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland konstruktiv zu begleiten und auf eine Standardisierung der in den Bundesländern unterschiedlichen Modelle von Gemeindehaushaltsverordnungen / Gemeindehaushalts- und Kassenverordnungen und ggf. grundlegenden Regelungen der Gemeindeordnungen/ Kreisordnungen hinzuwirken. Im Zuge der Durchführung des Projektes hat das Deutsche Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung Speyer, in Person von Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp* (Projektleiter) sowie Dipl.-Kaufmann *Andreas Glöckner* (Projektbearbeiter), hierbei die wissenschaftliche Begleitung übernommen.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Ziel des Forschungsprojektes ist zunächst die Wahrung und Verbesserung einer bundesweiten inhaltlichen und terminologischen Verständnisbasis in Bezug auf das kommunale Haushaltsrecht. Diese soll auf der Grundlage einer bisher nicht vollzogenen Gesamtbestandsaufnahme der Regelungsgemeinsamkeiten und -unterschiede der Bundesländer gelegt werden. Durch das gesamte Projekt werden interkommunale Vergleichsmöglichkeiten sowie ein Erfahrungsaustausch ermöglicht bzw. initiiert. Ferner erhalten die Kommunen Anregungen zur örtlichen Ausgestaltung von Wahl-

rechtsoptionen und für die Steuerung der Kommunen mittels der neuen Daten (doppische Informationen als neue Steuerungsgrundlage). Darüber hinaus werden Vorschläge für die Weiterentwicklung des Haushalts- und Rechnungswesens im Kontext der von den Ländern ohnehin vorgesehenen Überprüfungen / erneuten Novellierungen des kommunalen Haushaltsrechts erarbeitet. Dabei sind bestehende Unterschiede im „föderalen Rechnungswesen“ auf ihre Notwendigkeit zu prüfen. Das Projekt soll dazu beitragen, die Vergleichbarkeit zu verbessern bzw. wiederherzustellen. Auch wird beabsichtigt, die internationalen Entwicklungen – insbesondere die internationalen Regelungen zur Rechnungslegung – einzubeziehen und in ihren Konsequenzen zu berücksichtigen.

3. Vorgehen

Zunächst werden die bestehenden Länderregelungen zum neuen kommunalen, doppelten Haushaltsrecht in ausgewählten, relevanten Bereichen vergleichend dargestellt und im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie deren Auswirkungen aus ökonomischer Sicht analysiert und kommentiert. In einem weiteren Schritt entwickelt das Projektteam Kriterien für eine Weiterentwicklung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens und zuletzt, darauf aufbauend, unterbreitet es Vorschläge zur bundesweiten Annäherung oder – soweit möglich – zur Vereinheitlichung des kommunalen Haushaltsrechts. Die wissenschaftliche Projektbegleitung berücksichtigt dabei neben dem öffentlichen Informationsbedarf (orientiert an den Bedürfnissen der Adressaten) auch die gesamtstaatliche Perspektive. Lösungsansätze im erwerbswirtschaftlichen Bereich werden ebenso herangezogen wie Entwicklungen im internationalen (öffentlichen) Umfeld. Die gutachterliche Arbeit des FÖV-Projektteams fließt in die Projektsteuerungsgruppe ein. Diese besteht aus der wissenschaftlichen Begleitung selbst und den beiden Projektträgern. Die Gutachten sind zugleich Ausgangspunkt für Diskussion und Beratung im Rahmen eines Projektbeirats, welcher sich aus fachlich fundierten Wissenschaftlern, kommunalen Verbänden und Führungskräften zusammensetzt. Letzteres Gremium wird auf Basis der wissenschaftlichen Gutachten und der Diskussionsergebnisse Empfehlungen zur bundesweiten Harmonisierung der haushaltsrechtlichen Regelungen publizieren.

4. Erwartete Ergebnisse

Im Rahmen der wissenschaftlichen Projektbegleitung, werden zu ausgewählten Problemfelder des neuen doppelten Haushalts- und Rechnungswesens Teilstudien erstellt, die nach Projektende zu einer Gesamtstudie zusammengefasst und (von den Projektträgern) veröffentlicht werden.

Die Teilstudien dienen ferner als Beratungs- und Diskussionsvorlagen für die genannte Projektsteuerungsgruppe, den erwähnten Projektbeirat sowie eine Arbeitsgruppe (bestehend aus kommunalen Praktikern) der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement.

5. Publikationen 2007/2008

Mühlenkamp, Holger, Vom Neuen Öffentlichen Rechnungswesen zu einer gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung, in: Dietmar Bräunig/Dorothea Greiling (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre II – Festschrift für Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Eichhorn anlässlich seiner Emeritierung, Berlin 2007, S. 705-718; *Glöckner, Andreas*, Die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IPSAS/IFRS) auf ausgewählte Bilanzierungsprobleme der doppelten kommunalen Rechnungslegung, veröffentlichte Diplomarbeit am Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Public und Nonprofit Management der Universität Mannheim, Mannheim 2007.

I/10. **von Arnim/Király: „Whistleblower und Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung“**

Laufzeit: 1.1.2008 bis 31.12.2009

Finanzierung: Das FÖV hat eine Anschubfinanzierung von 9 Monaten bewilligt. Zur Weiterfinanzierung des Projekts wird eine Drittmittelfinanzierung angestrebt.

1. Hintergrund

Korruption ereignet sich im Verborgenen. Geber und Nehmer wirken kollusiv zusammen und verschleiern ihre Tat gemeinsam. Außerdem gibt es meist keinen individuell Geschädigten, kein konkretes Opfer, das ein natürliches Interesse daran hätte, die Tat anzuzeigen. Die aufgedeckten und sanktionierten Korruptionsfälle sind deshalb nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs. Für die Bekämpfung der Korruption kommt deshalb Hinweisen aus dem Inneren der jeweiligen Organisationen eine zentrale Bedeutung zu. Als Whistleblower (Hinweisgeber) werden Personen bezeichnet, die über illegales Handeln, über Missstände oder Gefahren innerhalb ihres Unternehmens, ihrer Behörde oder ihrer sonstigen Organisation die zuständigen Stellen oder die Öffentlichkeit informieren und so zu deren Bekämpfung beitragen.

Bisher befasst sich die Forschung ausgiebig mit Korruption. Sie befasst sich auch mit Whistleblowing, jedenfalls im Bereich privater Unternehmen. Zu kurz kommen dagegen Whistleblowing in der öffentlichen Verwaltung und das Zusammenspiel von Whistleblowing und Korruption, also der Bezug beider Forschungsbereiche aufeinander. In der Korruptionsforschung wird zwar häufig die Bedeutung des Whistleblowings als wichtige Quelle von Informationen über Missverhalten im öffentlichen und privaten Bereich hervorgehoben. Eine tiefer gehende Analyse der Wirkungsweise und der Gestaltungsmöglichkeiten, zumal im Rahmen der deutschen öffentlichen Verwaltung, fehlt aber.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt will den tatsächlichen und rechtlichen Status von Whistleblowern, die auf Korruptionsfälle hinweisen, ermitteln, analysieren und Änderungsvorschläge erarbeiten. Darüber hinaus werden Möglichkeiten und Grenzen organisatorischer Vorkehrungen (Bestellung von Ansprechpersonen für Hinweisgeber, Hinweishotlines und -Internetportale) untersucht und auf ihre Anwendbarkeit in der öffentlichen Verwaltung geprüft. Das Schwergewicht liegt dabei auf Deutschland. Auch ein vergleichender Blick auf andere Rechtsordnungen ist vorgesehen, insbesondere auf den anglo-amerikanischen Rechtskreis. Dort sind Whistleblower seit langem teilweise recht umfangreich geschützt. In Deutschland ist ihr Status dagegen bislang weitgehend ungesichert.

Forschungsleitend sind folgende Fragen:

1. Wie ist der derzeitige Status von Whistleblowern in Deutschland?
2. Welche weiteren Whistleblower-Regelungen sind denkbar, um zuverlässige Informationen über korrupte Handlungen zu erhalten?
3. Welche negativen Effekte entstehen, gegen die abgewogen werden muss, und wie können sie minimiert werden?

3. Vorgehen

Geplant ist eine problemorientierte interdisziplinäre Vorgehensweise unter Heranziehung rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Methoden, um Whistleblowing im Kontext von Korruption zu untersuchen. Whistleblower werden als rationale Entscheider betrachtet, die die Nutzen und die Kosten abwägen, die mit der Preisgabe der Informationen entstehen. Gesetzliche und untergesetzliche Regelungen, informelle soziale und gruppenbezogene Normen sowie organisatorische Vorkehrungen bestimmen die für die Entscheidung relevante Anreizstruktur. Vor diesem Hintergrund werden Regelungen aus dem In- und Ausland untersucht und die Möglichkeit ihrer Erweiterung bzw. ihre Anwendbarkeit im Kontext der deutschen öffentlichen Verwaltung erörtert. Um Erfahrungen mit den bereits bestehenden Maßnahmen zu bewerten, sind qualifizierte Interviews mit Praktikern (Korruptionsbeauftragte in Behörden, Korruptionsermittler) vorgesehen.

4. Erwartete Ergebnisse

Erarbeitet werden soll eine Theorie über Whistleblowing zur Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung. Auf ihrer Grundlage werden konkrete praxisrelevante Vorschläge entwickelt, die der Erweiterung bestehender und der Einführung neuer Whistleblower-Instrumente in der öffentlichen Verwaltung als Grundlage dienen. Dadurch soll ein Beitrag zur effizienten Bekämpfung von Korruption geleistet werden.

I/11. *Fisch, R./Margies: „Entwicklung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts für die Optimierung von Bescheiden und Informationsschreiben der Deutschen Rentenversicherung“*

Laufzeit: 1.4.2008 bis 31.5.2009

Finanzierung: Deutsche Rentenversicherung Bund

1. Hintergrund

Die Deutsche Rentenversicherung wird hinsichtlich ihrer Beratung und ihres Erscheinungsbildes als kompetent, zuverlässig und seriös wahrgenommen. Informationsschreiben und Bescheide vermitteln jedoch häufig noch das Bild einer veralteten, schwerfälligen und unpersönlichen Behörde. Die Versicherten haben darüber hinaus große Schwierigkeiten, den Inhalt der Schriftstücke der Deutschen Rentenversicherung richtig zu verstehen und die sich daraus ergebenden Handlungsanweisungen richtig abzuleiten.

Der hergebrachte Sprachstil des Schriftverkehrs der Deutschen Rentenversicherung ist Teil einer spezifischen Organisationskultur und Ausdruck eines spezifischen Selbstverständnisses der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung. Diesen Sprachstil haben sich die Beschäftigten im Laufe ihrer Ausbildung und Sozialisation in der Organisation angeeignet. Durch seine Verwendung demonstrieren die Beschäftigten nach innen und außen ihre Expertise und Professionalität. Nicht zuletzt unterstreichen bestimmte Elemente des Sprachstils auch das vorhandene Machtgefälle zwischen Beschäftigten und Kunden.

Eine Veränderung des Sprachstils mit dem Ziel verbesserter Allgemeinverständlichkeit kann daher von den Beschäftigten als Bedrohung ihres professionellen Selbstverständnisses sowie als Entwertung ihres sprachbezogenen Fachwissens aufgefasst werden. Entsprechende Maßnahmen laufen Gefahr, auf organisationsinterne Widerstände zu stoßen. Das gilt insbesondere für Versuche, einen neuen Sprachstil durch Diktat von Außen zu implementieren.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Rahmen des Projekts sollen Möglichkeiten entwickelt und erprobt werden, den Sprachstil der Deutschen Rentenversicherung mit dem Image als kundenorientierter Dienstleister in Einklang zu bringen. Die Beschäftigten der Deutschen Rentenversicherung sollen in die Lage versetzt werden, kundenorientierte, allgemein verständliche Texte zu verfassen, die gleichzeitig verlässliche Rechtsinformation bieten und rechtlicher Überprüfung standhalten können.

Gemeinsam mit den Beschäftigten soll ein kommunikatives Gesamtkonzept für die Deutsche Rentenversicherung entwickelt werden. Darin werden ein einheitlicher Stil sowie einheitliche Standards für Inhalt, Sprache, Struktur und Gestaltung von Bescheiden und Informationsschreiben festgelegt. Die wesentlichen Elemente des neuen Corporate Designs der

Deutschen Rentenversicherung wie Logo, Hausfarben oder Schriftarten, sollen Bestandteil des Konzepts werden.

Hinweise zur Gestaltung vergleichbarer Projekte in sehr großen Verwaltungsorganisationen sollen gewonnen werden. Darüber hinaus wird angestrebt, Implikationen und Konzepte für die Ausbildung künftiger Verwaltungsbeschäftigter abzuleiten.

3. Vorgehen

Die im früheren Forschungsprojekt "Bürgernahe Verwaltungssprache für das LBV NRW" entwickelten grundlegenden Parameter und Verfahren zur dauerhaften Veränderung der Verwaltungskommunikation sollen auf eine sehr große, selbstverwaltete Verwaltungsorganisation übertragen werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung werden aktiv und weitreichend in das Projekt eingebunden, um deren Beratungserfahrungen und -strategien für die Erstellung der Kommunikationsstandards nutzbar zu machen. Gleichzeitig sollen durch die intensive Einbindung der Beschäftigten in das Projekt mögliche Vorbehalte gegen die Veränderung des Sprachstils vermindert werden.

Die beabsichtigte Veränderung in der Wahrnehmung der Deutschen Rentenversicherung durch die Kunden soll im Laufe des Projekts empirisch überprüft werden.

I/12. **von Arnim/Vetters: „Public Integrity in Deutschland. Eine explorative Untersuchung zur Grundlegung eines theoretisch-methodischen Rahmenkonzepts für die Entwicklung rechtspolitischer Vorschläge zur Sicherung öffentlich Integrität“**

Laufzeit: 5.5.2008 bis 31.12.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Das Forschungsprojekt ist als eine auf zehn Monate angelegte Vorstudie konzipiert, die den Stand der Forschung und gegenwärtige Tendenzen in der Praxis erfassen soll, um auf diese Weise die Grundlage für mögliche weitere Forschungen zu legen und ein Rahmenkonzept für die Entwicklung rechtspolitischer Vorschläge zur Sicherung der öffentlichen Integrität bereitzustellen.

Das Thema ‚Public Integrity‘ hat in jüngerer Zeit auch Deutschland einen unübersehbaren Aufschwung genommen, nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch in Wissenschaft und Praxis. Deutschland hinkte zwar lange – vor allem gegenüber dem angelsächsischen Verständnis von ‚Public Integrity‘ – hinterher, scheint jetzt aber nachzuziehen. Das dürfte unter anderem darauf beruhen, dass das überkommene Bild vom korrekten deutschen Beamten durch eine Reihe von Skandalen Kratzer bekommen hat. Zudem zwingen einerseits die Ökonomisierung, die die Verwaltung im Zuge der Implementierung neuer Modelle der Steue-

rung seit gut zwei Jahrzehnten erfasst und größere Handlungsspielräume eröffnet hat, andererseits der sogenannte Wertewandel zum Überdenken überkommener Werte und Kontrollen. Schließlich geht auch mit den Integritätsanforderungen inter- und supranationaler Organisationen wie der OECD, der Europäischen Union, dem Europarat und den Vereinten Nationen ein erhöhter Druck einher, nationale Standards zu überprüfen.

Die wissenschaftliche Diskussion um öffentliche Integrität befindet sich allerdings in den deutschen Verwaltungswissenschaften noch in den Anfängen. Während das Thema Korruption und ihre Bekämpfung inzwischen erhebliche Beachtung in der Wissenschaft findet (siehe z.B. für den Bereich der politischen Korruption: *von Alemann* (Hrsg.) 2005 oder zur Korruptionsprävention: *Dölling* (Hrsg.) 2007), ist das weit darüber hinausgehende Thema ‚Public Integrity‘ noch unterentwickelt. Neben einzelnen Aufsätzen aus rechts- und verwaltungswissenschaftlicher Sicht (*Sommermann* 2001 und 2003, *Pitschas* 2006), beschränkt sich die Literatur im Wesentlichen auf die Veröffentlichung von Tagungsbeiträgen (*Hofmeister* (Hrsg.) 2000, *von Maravic & Reichard* (Hrsg.) 2005) sowie einige wenige deutsche Dissertationen mit überwiegend politik- bzw. betriebswissenschaftlicher Orientierung (*Behnke* 2004, *Faust* 2003). Weitergehende Forschungen, die insbesondere die Thematik transdisziplinär – auch unter Einbeziehung der Rechtswissenschaften und mit Blick auf rechtspolitische Anpassungsvorschläge – angehen, fehlen. Auch die Lehrbücher der Verwaltungslehre und *Schupperts* „Verwaltungswissenschaften“ behandeln das Thema Integrität (oder Verwaltungsethik) bisher nicht ausreichend und bieten keine Anhaltspunkte für verwaltungsorganisatorisch begründete Handlungsempfehlungen.

Angesichts der Bedeutung der Thematik tut sich hier ein erheblicher Forschungsbedarf auf, der zunächst erst einmal darin besteht, die Konturen des Forschungsfeldes klar zu umreißen, angemessene begriffliche Definitionen, die den Eigenheiten des deutschen Kontexts Rechnung tragen, zu finden und darauf aufbauend eine Zusammenschau der aktuellen und zukünftig relevanten Fragestellungen für Forschung und Praxis zu entwickeln. Dabei sollen die neueren Forschungsansätze und -fragen in diesem Gebiet im Lichte der spezifischen deutschen beamtenrechtlichen und verwaltungswissenschaftlichen Traditionslinien überprüft werden.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt soll einen Überblick geben über die Bedeutung, die dem Thema ‚Public Integrity‘ in Deutschland – vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen – in Wissenschaft und Praxis derzeit beigemessen wird und in Zukunft beigemessen werden sollte. Es geht darum, Anhaltspunkte für administrativen und politischen Handlungsbedarf sowie für wissenschaftlichen Forschungsbedarf zu gewinnen. Auf der Grundlage dieser Bedarfsanalyse soll ein theoretisch und methodisch fundiertes Raster entwickelt werden, anhand dessen weitere Forschungen durchgeführt und rechtspolitische Verbesserungsvorschläge gemacht werden können.

Mit ‚Public Integrity‘ befassen sich auf wissenschaftlicher Seite mehrere Disziplinen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Der Rechtswissenschaftler dürfte zur Sicherung von Integrität vor allem auf die Steuerung durch Befehle setzen, auf Hierarchie und gesetzliche Gebote (den beamtenrechtlichen Pflichtenkatalog) und Verbote (die Tatbestände für Straftaten im Amt: §§ 331-358 StGB). Der Wirtschaftswissenschaftler sucht, das Verhalten durch Anreize (incentives und disincentives) zu steuern. Der Ethiker möchte das Handeln der Akteure dagegen nicht von außen durch Befehle oder Anreize, sondern von innen, durch Schulung des Gewissens, der Moral, kurz: des menschlichen Empfindens für gut und schlecht, beeinflussen. Unterschiede lassen sich auch auf der Ebene der Adressaten ausmachen, während einige Ansätze einen dezidierten methodologischen Individualismus verfolgen, sind andere Ansätze auf die Ebene der Organisation oder sogar des gesamtgesellschaftlichen Systems ausgerichtet.

In diesem Forschungsprojekt soll ‚Public Integrity‘ sich vorderhand auf die Integrität öffentlicher Amtsträger beziehen. Unter Amtsträgern sollen Beamte im staatsrechtlichen Sinne sowie Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst verstanden werden. Inwieweit auch andere Personengruppen, etwa Amtsträger im strafrechtlichen Sinne (siehe § 11 Abs. 1 Nrn. 2ff StGB), ehemalige Amtsträger, kommunale Mandatsträger und Manager sowie Angehörige privatrechtlich organisierter Unternehmen in öffentlicher Hand einzubeziehen sind, kann erst im Zuge der Bearbeitung des Projekts abgeschätzt werden. Als Ausgangspunkt werden zunächst die hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und der Katalog der gesetzlich kodifizierten Beamtenpflichten (der mit dem Disziplingesetz auch ein eigenes Sanktionsverfahren besitzt), bzw. die einschlägigen Tarifverträge gewählt. Besonders der Katalog der Beamtenpflichten prägte lange das Bild öffentlicher Integrität in Deutschland. Es gilt deshalb zunächst, die Literatur daraufhin zu überprüfen, ob dieser Katalog – auch im Spiegel der gegenwärtigen Dienstrechtsreformdebatten – noch als zeitgemäß empfunden und ob er von der Praxis noch ernst genommen wird. Wenn und soweit dies nicht der Fall ist, muss gefragt werden, aus welchen Faktoren sich diese Überholtheit bzw. Nicht-Einhaltung ergibt und welche anderweitigen ergänzenden Maßnahmen zur Sicherung der Integrität ergriffen wurden bzw. in der wissenschaftlichen Literatur zur Verbesserung des Integritätsniveaus empfohlen werden.

Hieraus ergibt sich ein zweigleisiges Vorhaben, das sich in einen Fragenkomplex zum Stand der Forschung und einen Fragenkomplex zum Stand der Praxis untergliedert:

a) Wie ist der Stand der Forschung zu ‚Public Integrity‘ in verschiedenen Einzeldisziplinen und was ist davon in der Verwaltungswissenschaft rezipiert und im Sinne einer integrativen Verwaltungswissenschaft zu eigenständigen Modellen fortentwickelt worden?

Welche theoretischen Hauptströmungen lassen sich ausmachen und welche empirischen Erhebungsmethoden werden herangezogen?

Was liegt an Verbesserungsvorschlägen auf nationaler und internationaler Ebene vor und welche Anregungen hat die deutsche wissenschaftliche

Diskussion dieser Thematik aus europäisch-internationalen Forschungsdebatten übernommen?

b) Wie ist der Stand von Ethik-Maßnahmen im deutschen öffentlichen Sektor?

An welchen Adressatenkreis richten sie sich?

Wo setzen diese Maßnahmen jeweils an (Ge- bzw. Verbot, Anreiz, Einwirkung auf moralisches Bewusstsein) und was für ein Steuerungsmechanismus liegt ihnen zugrunde?

Wie lässt sich diese deutsche Infrastruktur zur Sicherung von Integrität öffentlicher Amtsträger im europäischen und internationalen Kontext verorten und mit neu entstehenden inter- und supranationalen Vorgaben in Einklang bringen?

Aus dieser Zusammenschau theoretischer Ansätze und in der Praxis angewandter Steuerungsversuche zur Sicherung öffentlicher Integrität soll ein Rahmenkonzept entwickelt werden, das eben diese unterschiedlichen Steuerungsebenen (Individuum, Organisation, Gesamtsystem) und -mechanismen (Befehl, Anreiz, inneres Gewissen) berücksichtigt und es ermöglicht, daraus Anforderungen abzuleiten, denen rechtspolitische Verbesserungsvorschläge Rechnung tragen sollten, um eine optimale Wirkung zu entfalten. Gleichzeitig kann ein solches Rahmenkonzept auch zur Konzipierung zukünftiger empirischer Forschungsvorhaben genutzt werden.

3. Vorgehen

Gearbeitet werden soll mit dem methodischen Rüstzeug einer integrativen Verwaltungswissenschaft, die sich die Erkenntnisse unterschiedlicher Disziplinen zu eigen macht und bezogen auf den Gegenstand des Forschungsprojekts integrativ miteinander verknüpft (*König* 1970 und 2003). Angestrebt wird die Grundlegung für ein transdisziplinäres theoretisches Konzept mittlerer Reichweite für den Gegenstand ‚Public Integrity‘.

Die oben genannten Fragenkomplexe zur Relevanz der Beamtenpflichten, zum Stand der Forschung, zum Stand der in der Praxis angewandten Ethikmaßnahmen und zu den daraus abzuleitenden Anforderungen an zukünftige Konzepte zur Sicherung der Integrität sollen parallel verfolgt und zu einem Forschungskonzept miteinander verknüpft werden, das seine Stärke aus eben diesem wechselseitigen Aufeinanderbeziehen von Theorie und Verwaltungswirklichkeit zieht.

Eigenständige empirische Erhebungen sollen im Rahmen dieser Vorstudie nicht vorgenommen werden; allerdings sollen – sofern notwendig – einzelne Hintergrundgespräche mit Verwaltungspraktikern durchgeführt und eine Sammlung der relevanten Primärdokumente (Gesetze, Verwaltungsvorschriften, gerichtliche Entscheidungen, Empfehlungen, Berichte, Materialien für Aus- und Fortbildungszwecke etc.) erstellt werden.

4. Erwartete Ergebnisse

Für die Verwaltungswissenschaften besteht der Ertrag der explorativen Studie in einer Bestandsaufnahme, die es ermöglichen soll, einen integrierten transdisziplinären Rahmenansatz mittlerer Reichweite zu entwickeln. Dieses Rahmenkonzept kann dann die Erarbeitung theoretisch fundierter Steuerungsansätze und - darauf aufbauend – rechtspolitischer Empfehlungen stützen und leistet damit langfristig einen Beitrag für Verwaltung und Gesellschaft.

Mittelfristig soll durch die in der Studie auch geklärt werden, in welcher Form ein weitergehender Bedarf nach Forschungsaktivitäten in diesem Gebiet gedeckt werden könnte. Das Forschungsprojekt bildet damit die Grundlage für Überlegungen zur Einrichtung eines Verbundes oder eines Arbeitskreises zu dieser Thematik.

3.1.4.1.2 Abgeschlossene Projekte

I/13. ***Fisch, R./Beck: „Aufgaben für die öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhundert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung“***

Laufzeit: 1.10.2003 bis 30.9.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Im Mittelpunkt des Projektes stand die Frage nach der erfolgreichen Gestaltung von Veränderungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung. Veränderungsprozesse finden statt, wo sich Verwaltungen auf veränderte oder neue Aufgaben und Herausforderungen einstellen müssen. In der Regel geht es darum, die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit von Einrichtungen angesichts knapper werdender Ressourcen und gestiegener Leistungsanforderungen zu erhöhen.

Seit den 1990er Jahren stehen in Deutschland Veränderungsprozesse zunehmend auf der Agenda von Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Eine Zwischenbilanz der Veränderungen fällt nicht leicht: Unbestritten sind Verbesserungen in Organisationsstrukturen und in Arbeitsabläufen, die vielfach mit der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien einhergingen. Auf der anderen Seite kann man von Verwaltungspraktikern vielfach kritische Kommentare hören. Ein Hauptargument ist, dass oftmals ein gut nachvollziehbares, verwaltungsgemäßes (Gesamt)konzept für die jeweiligen Organisationsänderungen fehle. Überdies erreichen zahlreiche Veränderungsvorhaben, für alle sichtbar, nicht die Ziele, die mit ihnen angestrebt wurden. Angesichts des hohen institutionellen Aufwands und der menschlichen Zumutungen, die mit Veränderungen verbunden sind, ist dies kaum vertretbar und hebt nicht das Ansehen der Leitungsinstanzen bei den Beschäftigten. Letztendlich wird ihnen, zu Recht oder zu Unrecht, Führungsschwäche und Nichtwissen attestiert.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Bei dem hier gewählten Zugang wurde davon ausgegangen, dass bei der Planung und Umsetzung organisationeller Veränderungen den Entscheidungsträgern eine zentrale gestaltende und steuernde Funktion zukommt. Ihre Kognitionen über die Organisation, über deren „Funktionieren“ und deren Veränderbarkeit stellen die Grundlage für das veränderungsbezogene Handeln dar. Sie standen im Mittelpunkt der Untersuchung:

- Welche Faktoren bestimmen aus der Sicht der Akteure Erfolg oder Misserfolg von Veränderungsprozessen, bezogen auf die jeweilige Behörde oder Einrichtung?
- Welche praktischen Erfahrungen und welches wissenschaftliches Wissen können genutzt werden, um die Verantwortlichen oder Beteiligten besser zu orientieren und die Veränderungen gegebenenfalls erfolgreich zu beeinflussen?

Das wissenschaftliche Interesse an der Bedeutung und Funktion aufgabenbezogener Vorstellungen und Annahmen von Akteuren geht auf frühe Forschungen in der Sozialpsychologie zurück. In den 1980er Jahren wurden auch in der kognitiv orientierten Organisationspsychologie entsprechende Konzepte entwickelt. Diese wurden jedoch kaum in empirischen Untersuchungen weiterverfolgt und geprüft. Entsprechend wurde hier auch ein Stück methodisches Neuland betreten.

3. Vorgehen

Zur Bestandsaufnahme von empirisch abgesicherten Befunden über förderliche und hinderliche Faktoren der Gestaltung von Veränderungsprozessen wurde als Erstes eine Analyse der sozial- und organisationspsychologischen Forschungsliteratur durchgeführt. Zum Zweiten wurden qualitative Experteninterviews mit hochrangigen Entscheidungsträgern durchgeführt, die selbst Veränderungsprozesse gesteuert hatten. Diese führten zu einer Sammlung, teilweise alltagspsychologischer, sonst fachlich begründeter, erfahrungsgestützter Vorstellungen über die erfolgreiche Gestaltung von Veränderungsprozessen allgemein. Um die Befunde zu ordnen und in einen einheitlichen Zusammenhang zu bringen, wurde ein theoretischer Bezugsrahmen zur Beschreibung und Analyse von Veränderungsprozessen eingeführt und eine Methode zur ganzheitlichen Darstellung der jeweiligen individuellen kognitiven Landkarten entwickelt.

Parallel zu den eigenen empirischen Arbeiten wurde am 15. Juni 2007 ein interdisziplinär besetztes Forschungskolloquium „Veränderungen in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung“ am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung durchgeführt. Die wissenschaftliche Leitung hatte Prof. Dr. Hermann Hill übernommen. Die Organisation lag am Lehrstuhl für Empirische Sozialwissenschaften des Projektleiters. Führende Wissenschaftler aus Deutschland und der Schweiz präsentierten in eingeladenen Beiträgen ein Bild vom aktuellen Forschungsstand aus sozial-, rechts- und politikwissenschaftlicher Sicht.

4. Ergebnisse

Aus dem Abgleich der Vorstellungen und Erfahrungen hochrangiger Entscheidungsträger mit den Forschungsbefunden ergaben sich sowohl signifikante Hinweise auf Erleichterungen und Erschwernisse bei Veränderungen in staatlichen Institutionen mit ihrer jeweiligen Spezifik als auch auf Handlungsstrategien und Verhaltensweisen beim praktischen Vorgehen. Zugleich erfüllte das Forschungsvorhaben grundlagenwissenschaftliche Aufgaben der Weiterentwicklung von Theorieansätzen über Struktur- und Prozessveränderungen in Organisationen. Der dabei entwickelte Orientierungsrahmen hilft, sich in Veränderungsprozessen besser und rascher zu orientieren und gegebenenfalls steuernd im Sinne der Zielerreichung oder Schadensabwendung einzugreifen. Gleichzeitig wurde die Methodik zur Erfassung und ganzheitlichen Darstellung von handlungsleitenden Vorstellungen und Erfahrungen als relevante Ziel- und Steuerungsgrößen des eigenen Handelns und des koordinierten Handelns verschiedener Akteure weiterentwickelt.

Die Ergebnisse der eigenen Forschung werden in einem Forschungsbericht dokumentiert, der derzeit vorbereitet wird. Darüber hinaus ist eine Buchpublikation in Vorbereitung, in der auf der Grundlage der überarbeiteten Beiträge des Kolloquiums sowie unter Einbezug weiterer renommierter Forscher der aktuelle Forschungsstand sowie Methoden zum Umgang mit Veränderungsprozessen zusammengestellt sind.

5. Publikationen 2007/2008

Rudolf Fisch, Führungskräfte als Modernisierer: Ihre Vorstellungen, ihr Handeln, Speyerer Vorträge 87, Speyer 2007; *Rudolf Fisch/Dieter Beck*, Organisationskultur als kritischer Faktor des Veränderungsmanagements, in: Winfried Kluth (Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2006, Baden-Baden 2007, S. 117-138.

In Vorbereitung:

Dieter Beck/Rudolf Fisch Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im 21. Jahrhundert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung. Alltagspsychologische Vorstellungen und wissenschaftliche Ansätze über Organisationswandel und –design; *Rudolf Fisch/Andrea Müller/Dieter Beck* (Hrsg.), Veränderungen in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.

I/14. *Fisch, R./Margies: „Bürgernahe Verwaltungssprache“*

Laufzeit: 1.6.2004 bis 28.02.2007

Finanzierung: Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

1. Hintergrund

Behördlicher Schriftverkehr, der an Bürger adressiert ist, ist implizit immer auch an andere Rezipientengruppen gerichtet. Neben den eigentlichen

Adressaten sind dies insbesondere Vorgesetzte sowie die Gerichte, an welche die Schriftstücke zur Überprüfung gelangen können. Die Sprache, die üblicherweise in Behördenschreiben verwendet wird, ist jedoch nur unzureichend auf diese Mehrfachadressierung ausgerichtet. Es wird ein besonderer Akzent auf rechtlich präzise Formulierungen gelegt. Ob das Schreiben von den Bürgern verstanden werden kann, tritt demgegenüber eher in den Hintergrund.

Für die öffentliche Verwaltung ist es in mehrfacher Hinsicht problematisch, wenn ihre Mitteilungen von den Bürgern nicht verstanden werden. Es treten Effizienzverluste auf, da zu den Kosten für die Herstellung die Kosten der Bearbeitung von Rückfragen und Beschwerden kommen. Für die Beschäftigten wird es zur frustrierenden Erfahrung, dass sie den Bürgern Informationen mehrfach vermitteln müssen. Auf Seiten der Bürger entsteht schwerlich eine Akzeptanz des Verwaltungshandelns. Dies kann zu einem Legitimitätsproblem der Verwaltung führen.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen (LBV-NRW) war auf das FÖV zugekommen, um in Kooperation mit dem Forschungsinstitut einen Weg zu finden, für seine weitgehend standardisierten Schriftstücke eine Balance zwischen alltäglicher Verständlichkeit und juristischer Präzision zu schaffen.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Zentrum des Vorhabens stand die Entwicklung und Implementation einer „bürgernahen Verwaltungssprache“ für das LBV-NRW. Damit wurden verschiedene, eng miteinander verbundene pragmatische Ziele verfolgt:

- Die Verständlichkeit der Verwaltungssprache des Landesamtes sollte hergestellt und gewährleistet werden.
- Die Belastung der Beschäftigten durch Rückfragen und Beschwerden sollte verringert werden.
- Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns sollten erhöht werden.
- Die Zufriedenheit der Empfänger der Texte und die Akzeptanz des Verwaltungshandelns sollten vergrößert werden.
- Unter grundlagenwissenschaftlichen Gesichtspunkten waren die Anforderungen der spezifischen Verwaltungssprache des Landesamtes zu identifizieren. So ergaben sich folgende allgemeinere Zielsetzungen:
 - Auf der Grundlage der Analysen sollte ein Leitfaden für die Gestaltung bürgernaher Verwaltungstexte erstellt werden, der die Ergebnisse der psycholinguistischen Verständlichkeitsforschung berücksichtigt.
 - Dieser Leitfaden sollte Eingang finden in ein Schulungskonzept für die Beschäftigten des Landesamtes.

3. Vorgehen

Das Projekt folgte einer sequentiellen Vorgehensweise. Bestimmte Schritte des Projektdesigns wurden im Laufe der Bearbeitungszeit mehrfach ausgeführt.

Zunächst wurden Sachbearbeiter mit Kundenkontakt interviewt, um qualitative Einblicke in die Verständnis- und Akzeptanzprobleme, die im Zusammenhang mit den Schreiben des LBV-NRW auftreten sowie die besonders problematischen Schriftstücke und den Grad der von den Mitarbeitern empfundenen Belastung durch Rückfragen und Beschwerden zu gewinnen.

Die dadurch identifizierten Formulierungen wurden unter Beachtung der Ergebnisse der psycholinguistischen Verständlichkeitsforschung modifiziert. Regelmäßige Abstimmungen mit einer behördeninternen Arbeitsgruppe gewährleisteten die Beachtung der inhaltlichen und rechtlichen Anforderungen des LBV.

Einige Zeit nach der Veröffentlichung der überarbeiteten Texte wurde die Wirkung der Veränderungen im Rahmen von weiteren Mitarbeiterbefragungen überprüft.

Im Rahmen von Workshops wurde den Mitarbeitern des LBV der parallel entwickelte Leitfaden für die Gestaltung bürgernaher Verwaltungstexte vermittelt.

4. Ergebnisse

Ein Jahr nach Veröffentlichung der Texte der ersten Abteilung wurden die Beschäftigten nach Auswirkungen der Überarbeitung befragt. Es zeigte sich, dass die Belastung der Beschäftigten durch telefonische Rückfragen verringert werden konnte und sich die Beratungszeit bei Rückfragen verkürzt. Ein überarbeitetes Merkblatt für Bezügeempfänger wird von den Beschäftigten als Nachschlagewerk für die eigene Arbeit verwendet und herangezogen, um komplizierte Sachverhalte besser erklären zu können. Das Projekt hat positiven Rückhalt bei den Beschäftigten und hat deren Sprachbewusstsein verbessert. Die Beschäftigten formulieren eigene Texte auf Grundlage der Schulungsunterlagen und nach dem Beispiel der bereits überarbeiteten Schriftstücke.

Im Rahmen des Projekts *„Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation“* wurden die Beamtinnen und Beamten des Landes NRW nach Ihrer Zufriedenheit mit dem Schriftverkehr des LBV befragt. Im Vergleich mit nicht überarbeiteten Textsorten ergab sich eine deutlich höhere Zufriedenheit mit der Verständlichkeit überarbeiteter Schriftstücke.

5. Publikationen 2007/2008

Burkhard Margies, „Fremdwörter“, Serie „Praxistipps Verwaltungssprache“, in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 50. Jahrgang, Ausgabe 6/2007, S. 49; *Burkhard Margies*, „Höflichkeit“, Serie „Praxistipps Verwaltungssprache“, in: Der Gemeinderat - Das

unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 50. Jahrgang, Ausgabe 5/2007, S. 49; *Burkhard Margies*, „Fachbegriffe“, Serie „Praxistipps Verwaltungssprache“, in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 50. Jahrgang, Ausgabe 4/2007, S. 47.

I/15. Wirtz/Lütje/Schierz: „E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung“

Laufzeit: 1.10.2004 bis 31.3.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Bedeutung der Informationstechnologie nimmt im öffentlichen Sektor immer stärker zu. Insbesondere bei der Beschaffung versprechen internetbasierte Katalog- und Ausschreibungssysteme sowie elektronische Marktplätze nicht nur eine Reduzierung der Beschaffungskosten, sondern auch eine Optimierung von Prozessabläufen bei gleichzeitig steigender Qualität. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie mithilfe internetbasierter Anwendungen eine effizientere und effektivere öffentliche Beschaffung erreicht werden kann.

Das Forschungsfeld zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung kann als weitgehend unbearbeitet bezeichnet werden. Bei den bisherigen Forschungsarbeiten zum e-Procurement im öffentlichen Bereich sind insbesondere Recht, Technik und Mitarbeiterqualifizierung die Themenschwerpunkte gewesen. Im Wesentlichen lassen sich theoretisch-konzeptionelle Beiträge finden, die dieses Thema deskriptiv bearbeiten. Die wenigen empirischen Arbeiten, die sich mit e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung befassen, sind beschreibender Natur.

Es besteht ein erheblicher Forschungsbedarf zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung. Generell lässt sich ein junges Forschungsstadium attestieren. Existierende Arbeiten widmen sich insbesondere rechtlichen und technologischen Fragestellungen. Wichtige ökonomische Aspekte wurden bisher weitgehend ausgeblendet.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Analyse des Widerspruchs zwischen dem hohen Potential des e-Procurement einerseits und dem niedrigen Umsetzungsgrad in der öffentlichen Verwaltung andererseits - insbesondere die Aufdeckung der Barrieren, welche eine Einführung von e-Procurement verhindern - war das Ziel der Untersuchung. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von Hypothesen entwickelt, welche auszugsweise hier dargestellt sind:

- H1: Je stärker die Barrieren der Mitarbeiter ausgeprägt sind, desto stärker sind die Barrieren der handlungsleitenden Ordnung des Implementierers.
- H2: Je stärker die Barrieren der handlungsleitenden Ordnung ausgeprägt sind, desto höher ist der Widerstand gegen die Einführung von e-Procurement.

H3: Je höher der Widerstand gegen die Einführung von e-Procurement ist, desto niedriger ist der Implementierungsgrad.

3. Vorgehen

Ein grundlegendes Desideratum der geplanten Untersuchung zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung bestand in der Verfolgung des Postulates der theoriegeleiteten Forschung sowie in der empirischen Überprüfung der Ergebnisse. Aufgrund der geringen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema waren im Zuge der Arbeit zunächst wissenschaftliche Grundlagen zu schaffen.

In Analogie zu Forschungsarbeiten zum e-Procurement bei privatwirtschaftlichen Unternehmen, die die Wirkung von e-Procurement-Lösungen auf den e-Procurement-Erfolg (als wesentliches Untersuchungsziel der Arbeit) darstellen, stand für die angestrebte Untersuchung das konfirmatorisch-explikative Forschungsdesign im Vordergrund. Das Postulat theoriegeleiteter Forschung setzte ein gewisses Mindestmaß an Analyse verfügbarer Theorien zur Problemstellung voraus. Dieser analytische Rekurs wurde insbesondere durch die Entwicklung eines theoretischen Bezugsrahmens zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt.

Das zum e-Procurement in der öffentlichen Verwaltung entwickelte Hypothesensystem wurde einer empirischen Überprüfung in der Verwaltungspraxis unterzogen. Dazu wurde das erarbeitete Kausalmodell in einen Fragebogen umgesetzt, der internetbasiert erhoben wurde. Die Grundgesamtheit der Untersuchung bildete dabei die öffentliche Verwaltung auf kommunaler Ebene in Deutschland.

4. Ergebnisse

Als Ergebnis dieser Untersuchung hat sich gezeigt, dass die Widerstände gegen die Implementierung von e-Procurement in nicht unerheblichem Maße durch Barrieren der handlungsleitenden Ordnung des Implementierers hervorgerufen werden. Diese werden wiederum sehr stark durch Barrieren der Mitarbeiter bestimmt. Dass diese Widerstände dafür verantwortlich sind, dass e-Procurement tatsächlich nicht implementiert wird, klingt zwar zunächst nahe liegend, konnte jedoch durch die im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen Daten nicht vollständig bestätigt werden. Es konnte lediglich ein schwach negativer Zusammenhang nachgewiesen werden, der statistisch nicht signifikant ist.

I/16. von Arnim/Wolf: „Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse“

Laufzeit: 1.4.2005 bis 14.08.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Bekämpfung der Korruption in den Mitgliedstaaten steht erst seit Mitte der 90er Jahre prominent auf der Agenda verschiedener internationaler und supranationaler Organisationen. Neben zahlreichen „soft law“-Dokumenten wurden seit 1996 mehrere internationale Rechtsnormen mit unterschiedlicher Reichweite, Zielsetzung und Bindungswirkung entwickelt. Dieser Prozess fand Ende 2003 mit der Unterzeichnung der VN-Konvention gegen Korruption einen vorläufigen Höhepunkt. Nun geht es im Wesentlichen um die Umsetzung der unterschiedlichen Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten sowie um das diesbezügliche Monitoring seitens verschiedener internationaler Gremien.

Die Forschung hat sich bisher hauptsächlich mit Korruption und Korruptionsbekämpfung im nationalen Kontext befasst. Studien, die sich den Antikorruptionspolitiken internationaler Organisationen widmen, sind eher rar gesät. Sie befassen sich zudem häufig mit der Korruptionsproblematik in Entwicklungsländern und den entsprechenden Maßnahmen internationaler Einrichtungen. Der Beitrag internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den europäischen Staaten ist hingegen bisher kaum erforscht. Die wenigen vorhandenen Arbeiten sind zudem vorwiegend monodisziplinär (insbesondere juristisch). Das Projekt leistete einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Forschungsvorhaben beabsichtigte in erster Linie eine kritische Analyse der in den letzten Jahren entwickelten Antikorruptionspolitiken internationaler Organisationen. Folgende Fragen waren hierbei forschungsleitend:

- Aus welchen Gründen und mit welchen Zielen machen inter- und supranationale Organisationen die Bekämpfung von Korruption auf nationaler Ebene zu ihrer Aufgabe?
- Welche Schritte zur Korruptionsbekämpfung werden von den Organisationen gewählt? Existieren Verfahren zur Überprüfung der Umsetzung internationaler Antikorruptionsvorgaben, und wie sind diese gegebenenfalls beschaffen?
- Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen zwischen- und überstaatlicher Organisationen zur Bekämpfung von Korruption auf nationaler Ebene?

Vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse sollten schließlich auch Empfehlungen für Verbesserungen bei der Bekämpfung der Korruption formuliert werden.

3. Vorgehen

Zunächst wurde ein genaues Bild von Organisation, Verfahren, Zielen und Methoden der internationalen Einrichtungen im Hinblick auf die Bekämpfung von Korruption gewonnen. Hierfür wurden die einschlägigen Rechtsinstrumente, „soft law“-Dokumente und sonstigen offiziellen Publikationen unter Zuhilfenahme der Fachliteratur ausgewertet. Auch Presseartikel sowie Analysen und Indizes von NGOs, z. B. von Transparency International, wurden herangezogen. Das Projekt konzentrierte sich auf internationale Organisationen, deren Antikorruptionsmaßnahmen auch für Deutschland relevant sind, d. h. auf EU, Europarat, OECD und Vereinte Nationen.

Im weiteren Verlauf wurde untersucht, wie die auf internationaler und supranationaler Ebene entwickelten rechtlichen und politischen Vorgaben in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden und welche Rolle hierbei die unterschiedlichen Monitoringverfahren der Organisationen spielen. Ein Schwerpunkt der Untersuchung lag – entsprechend der Perspektive der Sektion I – auf Deutschland. Für die Mitgliedstaaten der EU wurde vorwiegend anhand der umfangreichen Monitoringberichte von Europarat und OECD ein Überblick über die Wirksamkeit internationaler Maßnahmen erstellt.

4. Ergebnisse

Es wurde eine umfangreiche Sammlung von Rechtsnormen, offiziellen Dokumenten, NGO-Materialien, Fachliteratur und Presseartikeln angelegt und kontinuierlich ausgebaut. Die bisherigen Forschungen zeigen u. a., dass

- das Fehlen einer allgemein akzeptierten Definition von „Korruption“ offenbar kein großes Hindernis für die Arbeit der internationalen Organisationen darstellt;
- die Wirksamkeit internationaler Impulse zur Korruptionsbekämpfung vermutlich weniger mit der Rechtsform der gewählten Maßnahme als mit dem jeweiligen Monitoringmechanismus zusammenhängt;
- in Deutschland ein massives Umsetzungsdefizit besteht, insbesondere im Bereich der Abgeordnetenbestechung.

5. Publikationen 2007/2008

Sebastian Wolf, Internationalisierung des Antikorruptionsstrafrechts: Kritische Analyse zum Zweiten Korruptionsbekämpfungsgesetz, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 40. Jg., Heft 2/2007, S. 44-46; *Sebastian Wolf*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law: The Next Steps, in: German Law Journal, 8. Jg., Ausgabe 3/2007, S. 295-302; *Sebastian Wolf*, Kriminalisierung der Abgeordnetenbestechung: ein Paradigmenwechsel durch Internationalisierung?, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 56. Jg., Heft 2/2007, S. 161-165; *Sebastian Wolf*, Der Beitrag internationa-

ler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten, Speyerer Forschungsberichte Nr. 253, Speyer 2007.

3.1.4.2 Folgenabschätzung

3.1.4.2.1 Laufende Projekte

I/17. *Färber/Dalezios: „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“*

Laufzeit: 1.4.2007 bis 31.3.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Neben den gesetzlichen Sozialversicherungen verursachen die Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes (Beamtenversorgung, VBL) einen erheblichen Teil der Tragfähigkeitslücke des öffentlichen Sektors. Nach aktuellen überschlägigen Berechnungen liegt die implizite Verschuldung bei der Beamtenversorgung trotz Kürzungen der Leistungen und der Einrichtung eines kleinen Versorgungsfonds, der sich aus Gehalts- und Pensionskürzungen speist, bei mehr als der Hälfte der fundierten Schulden des Staates, d.h. bei einem Barwert von mehr als 700 Mrd. €. Hinzu kommen Belastungen für weitgehend umlagefinanzierte Leistungen der Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter, deren Barwert bis heute unbekannt ist. Vorsorge ist für diese Zahlungsverpflichtungen keine bzw. nicht in nennenswertem Umfang getroffen worden. Vielmehr werden Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten seit mehr als 15 Jahren durch eine Abkopplung des öffentlichen Dienstes von der Reallohnentwicklung und Pensionskürzungen über sog. wirkungsgleiche Übertragungen von Rentenreformen „gestopft“, ohne dass eine nachhaltige Finanzierung und eine Reduzierung der expliziten und impliziten Defizite erreicht worden wäre.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen des Projektes untersucht werden,

- wie hoch die Tragfähigkeitslücke im Bereich der Alterssicherungen des öffentlichen Dienstes (begrenzt auf Bund Länder, Gemeinden) genau ist,
- mit welchen Instrumenten (Pensionsfonds, Verzicht auf explizite Verschuldung, Pensionsrückstellungen im Falle der Doppik, Stellenrückbau auf ein finanzierbares Maß, Steuererhöhungen) sie geschlossen werden kann,
- welche Finanzierungsanteile die Beschäftigten in den verschiedenen Statusgruppen bereits jetzt durch Gehaltsverzicht oder explizite Beiträge aufgebracht haben und welche die öffentlichen Arbeitgeber und wie sich diese zu den Finanzierungsanteilen in den ersten beiden

Säulen von anderen betrieblichen Alterssicherungen großer Arbeitgeber verhalten,

- wie die Alterssicherungen im öffentlichen Dienst so modernisiert und stabilisiert werden können, dass sie – unter Beachtung des Art. 33 Abs. 5 GG – in Zukunft so in ein Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllendes Finanzierungssystem überführt werden können, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch unter den schwierigen Wettbewerbsbedingungen der demographischen Entwicklung gesichert wird.

3. Schließung des Projektes zum 31.03.2008

Die Anforshung hat ergeben, dass es sich bei dem Projekt um eine besonders komplexe Fragestellung handelt. Daher empfahl es sich, die Fragen der Zusatzversorgung und der Beamtenversorgung zu trennen, weswegen eine Aufspaltung in zwei Projekte erfolgte. Diese Projekte werden unter Punkt I/21. und I/22. vorgestellt.

I/18. Wirtz/Ullrich/Mory: „E-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“

Laufzeit: 1.4.2007 bis 31.3.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die dynamische Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologie schlägt sich in enormem Maße entlang der gesamten Versorgungskette im Gesundheitssektor nieder. Krankenhäuser ebenso wie Krankenkassen, Apotheken und niedergelassene Ärzte können durch den Einsatz dieser neuen Technologien in verschiedenen Bereichen erheblich profitieren. So messen mehr als 80 % der Investitionsentscheider im Gesundheitsbereich dem Thema e-Health in den kommenden 3 Jahren eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei.

Die elektronische Gesundheitskarte kann als prototypische Anwendung von e-Health angesehen werden. Sie berührt Patienten und die Versorgungskette gleichermaßen. Bisherige Reaktionen auf die elektronische Gesundheitskarte waren jedoch eher verhalten, da besonders Aspekte des Datenschutzes kritisiert wurden. Vor diesem Hintergrund scheint eine Untersuchung der Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte zwingend notwendig.

Generell ist das Forschungsfeld zu e-Health bisher nur sehr dürftig bearbeitet und erste Arbeiten greifen bspw. die Thematik der Erfolgsrechnung oder die der Organisationsgestaltung auf. Wissenschaftliche Untersuchungen zur Akzeptanz von e-Health-Anwendungen liegen nicht vor.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor dem Hintergrund des Bedeutungsgewinns von e-Health lautet die zentrale, nachhaltigkeitsorientierte Forschungsfrage deshalb: „Welche Aktionsparameter determinieren die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte entlang der Versorgungskette.“

Im Fokus der Untersuchung stehen dabei eine Reihe von Arbeitshypothesen, wobei hier einige beispielhaft angeführt werden.

H1: Die elektronische Gesundheitskarte führt zu einer nachhaltigen Verringerung der Prozesskosten bei Krankenkassen.

H4: Die elektronische Gesundheitskarte stellt insgesamt ein wichtiges Steuerungsinstrument nachhaltiger Entwicklung im Gesundheitssektor dar.

H7: Die elektronische Gesundheitskarte stellt ein effektives Mittel zu Vermeidung von Leistungsmisbrauch dar.

H9: Sicherheits- und Datenschutzaspekte stellen eine Akzeptanzbarriere für die elektronische Gesundheitskarte und damit eine Barriere für die nachhaltige Entwicklung im Gesundheitssektor dar.

3. Vorgehen

Ein grundlegendes Desideratum der geplanten Untersuchung zum Thema e-Health besteht in der Verfolgung des Postulates der theoriegeleiteten Forschung und empirischen Überprüfung. Dieses erfordert es, neben einem ausführlichen analytischen Rekurs auf relevante Theorien, ein adäquates Forschungs- bzw. Untersuchungsdesign zu entwickeln. Das zum Thema „Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“ entwickelte Hypothesensystem soll einer empirischen Überprüfung in der Verwaltungspraxis unterzogen werden, wobei die Grundgesamtheit der Untersuchung die Gesundheitsinstitutionen des 10000 Tests zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte darstellen.

Die zu überprüfenden Hypothesen bilden zusammen ein komplexes Wirkungsgefüge, da die exogenen Aktionsvariablen bei der Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte auf ein Akzeptanzmodell mit internen Beziehungen wirken. Hierbei kommt zwar eine separate Betrachtung der exogenen, jedoch nicht der endogenen Variablen in Betracht. Diesem Sachverhalt und den besonderen Variablentypen muss das zu verwendende Auswertungsverfahren gerecht werden. In der Literatur wird für diese Art von Auswertungen vor allem die Kausalanalyse empfohlen, welche sich international als sehr leistungsfähiges Verfahren durchgesetzt hat.

4. Erwartete Ergebnisse

Durch die empirische Überprüfung der aufgestellten Hypothesen sollen wichtige Erkenntnisse aus den Testfällen der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte gewonnen werden, wie z.B.

- Identifikation von Schlüsselfaktoren, die die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte beeinflussen

- Identifikation von Implementierungshindernissen und Ableitung von Handlungsempfehlungen
- Erkenntnisse bzgl. der Erschließung der nachhaltigen ökonomischen Potenziale der elektronischen Gesundheitskarte

Aus wissenschaftlicher Perspektive trägt das Projekt in zweierlei Hinsicht zum Erkenntnisfortschritt bei. Zum einen wird die Akzeptanzforschung allgemein weiter vorangetrieben. Zum anderen wird die empirisch gesicherte Erkenntnisbasis im Themenfeld der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Verwaltung weiter vergrößert. Für die Praxis kann davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse einen enormen Beitrag zur Testphase und der späteren Implementierung der Gesundheitskarte leisten.

I/19. *Fisch, R./Margies/Winkler: „Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation“*

Laufzeit: 1.6.2007 bis 29.2.2008, 1.9.2008 bis 30.11.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Gegenstand des Forschungsvorhabens sind die Ergebnisse und Wirkungen des Modernisierungsprojekts „Bürgernahe Verwaltungssprache“ des Landesamts für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen (LBV), dass von Mitte 2004 bis 28.02.2007 am FÖV unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch* durchgeführt wurde.

Die Orientierung an den Bedürfnissen des Adressaten wird als „Eckpfeiler der Staatsmodernisierung“ angesehen. Dabei nimmt die Qualität des Zugangs der Bürger zu Verwaltungs-(dienst-)leistungen eine zentrale Rolle ein. Der Zugang des Bürgers zur Verwaltung und mehr noch der Zugang der Verwaltung zum Bürger ist in hohem Maße durch Schriftlichkeit gekennzeichnet, da Schriftlichkeit und Aktenmäßigkeit aller Vorgänge zu den Grundprinzipien bürokratischer Organisation gehören. Adressatenbezogene Verwaltungsmodernisierung muss daher notwendigerweise auch am behördlichen Schriftverkehr ansetzen.

Die Veränderung des „bürokratischen“ Sprachstils ist schon mehrfach Gegenstand von Reformprojekten gewesen. Diesen Projekten mangelt es jedoch in der Regel an einer aussagefähigen Erfolgskontrolle. Wissenschaft und Praxis artikulieren hier gleichermaßen großen Untersuchungsbedarf, der mit dem aktuellen Projekt gestillt werden soll.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Mittelpunkt steht die Nachhaltigkeit der im Rahmen des Modernisierungsprojekts implementierten Maßnahmen. Die Fragestellung des Projekts geht auf unterschiedliche Verständnisse des Nachhaltigkeitsbegriffs ein: Sind die Modernisierungsmaßnahmen der Verwaltungskommunikation nachhaltig,

- indem sie zu einem schonenderen Umgang mit den Ressourcen der Behörde beitragen,
- indem sie zu einer verbesserten Beteiligung betroffener oder interessierter Akteure am Verwaltungshandeln führen,
- indem sie dauerhaft in die Prozesse und Strukturen der Verwaltungsorganisation implementiert werden konnten?

3. Vorgehen

Das Untersuchungsvorhaben hat zwei Schwerpunkte:

1. die Untersuchung der Veränderung des Adressatenbezugs der Verwaltungskommunikation und die daraufhin erwartete Ressourcenschonung durch die Modernisierungsmaßnahmen,
2. die Veränderung der kommunikativen Haltung der Organisationsmitglieder und die dauerhafte Verankerung der Modernisierungsmaßnahmen.

Als konzeptionelle Basis des ersten Schwerpunkts werden Ansätze aus der Kommunikationstheorie, Sozialpsychologie und Psycholinguistik herangezogen und Untersuchungen zu Textverständlichkeit, Akzeptanz des Verwaltungshandelns und Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeiten durch die Adressaten vorgenommen. Im zweiten Schwerpunkt wird die Veränderung der kommunikativen Haltung und die Dauerhaftigkeit der Verankerung der Modernisierungsmaßnahmen auf der Basis theoretischer Modelle organisationaler Veränderung, zur Organisationskultur sowie zur bürokratischen Sozialisation untersucht.

Es kommen quantitative als auch qualitative, reaktive und nicht-reaktive Erhebungsmethoden zum Einsatz. Generell werden vergleichende Untersuchungen vorgenommen, die das Kommunikationsverhalten vor und nach der Modernisierungsmaßnahme abbilden. Geplant sind Adressaten- und Mitarbeiterbefragungen, die Auswertung von Prozess- und Controllingdaten sowie des Schriftverkehrs des LBV.

4. Erwartete Ergebnisse

4.1 Erwarteter Ertrag für vergleichbare Verwaltungsorganisationen

Es sollen grundlegende Parameter und Verfahren ermittelt werden, die zum Erfolg von Maßnahmen zur Erhöhung der Nachhaltigkeit der Verwaltungskommunikation und zur nachhaltigen Veränderung der Kommunikationskultur in Verwaltungsorganisationen beitragen, dadurch wird die öffentliche Verwaltung bei der Optimierung der Wahrnehmung ihrer Ressourcen- und Bedingungsverantwortung unterstützt. Aus den Forschungsergebnissen lassen sich Implikationen für die Ausbildung künftiger Verwaltungsbeschäftigter ableiten.

4.2 Erwarteter Ertrag für die Gesellschaft

Der Erfolg der Modernisierungsmaßnahmen bietet über die nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung Einsparpotentiale im Bereich von Bearbei-

tungs- und Prozesskosten. Mittelbar kann mit der Übertragung der Forschungsergebnisse auf andere Verwaltungsorganisationen eine Verbesserung der Teilhabechancen jedes Bürgers an der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht werden, da der Zugang zu Verwaltungsinformationen mit der Verbesserung der Verständlichkeit erleichtert wird.

4.3 Erwarteter Ertrag für die Wissenschaft

Schließung der oben benannten Forschungslücken, insbesondere im Hinblick auf die Wirksamkeit und nachhaltige Implementierbarkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Verständlichkeit von Behördentexten und zur Veränderung der Kommunikationskultur in der öffentlichen Verwaltung. Die Forschungsergebnisse sollen durch Publikationen und im Rahmen einer fachwissenschaftlichen Tagung an die scientific community weitergegeben werden.

4.4 Erwarteter Ertrag für das FÖV

Die vom FÖV im LBV NRW implementierten Modernisierungsmaßnahmen werden auf Ihre Wirksamkeit hin überprüft und der Übertragung auf andere Verwaltungsorganisationen zugänglich gemacht. Das FÖV erwirbt durch die mit dem Projekt erreichte Expertise ein Alleinstellungsmerkmal auf dem Gebiet der Verwaltungskommunikation.

I/20. **Ziekow/Windoffer: „Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit“**

Laufzeit: 1.7.2007 bis 30.6.2010

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Nachhaltige Entwicklung ist vielfach erklärtes Leitziel und Gegenstand politischer Strategien mit Programmsatzcharakter. Einen Ansatz zur Effektuierung des Nachhaltigkeitsziels bildet die Untersuchung der Möglichkeiten des Einsatzes und der Steuerung von Instrumenten der Folgenabschätzung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsdimension. Um diese querschnittsartige Thematik hinreichend zu durchdringen, darf die Perspektive nicht, wie gegenwärtig vielfach der Fall, auf bestimmte gegenständliche Bereiche, Akteurskreise, Handlungsformen und etwa die ökologische Dimension verengt werden. Vielmehr bedarf es einer breiter angelegten Analyse unter Herausarbeitung der gemeinschaftsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Prämissen für Folgenorientierungen aller drei Gewalten und der systematischen Analyse des Gefüges politischer und administrativer Steuerung in verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns und mittels unterschiedlicher Handlungsformen, um auf diese Weise die steuerungstheoretisch erwünschten Abstraktionen zu gewinnen.

2. Ziele/Forschungsfragen

Zur Ermittlung der Potentiale einer Steuerung von nachhaltigkeitsorientierten Folgenabschätzungsprozessen bedarf es zunächst der Klärung, welche gemeinschaftsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Ermittlung, Bewertung und Berücksichtigung von Realfolgen durch die Akteure der drei Staatsgewalten bestehen. Es schließt sich die Frage an, in welchen Bereichen staatlichen Handelns, auf welchen Rechtsgebieten und auf welcher rechtlichen Grundlage Verfahren der Folgenabschätzung implementiert worden sind, und welche Organisationsstrukturen, Verfahrensarrangements und rechtlichen Steuerungsinstrumente hierbei zum Einsatz kommen. Anschließend ist zu untersuchen, mit welchen Mitteln und in welchem Umfang eine rechtliche Steuerung von Folgenabschätzungsprozessen möglich und geboten ist, desgleichen, welche Verfahren und Kriterien die Akteure bei der Festlegung von Untersuchungsrahmen und Methodenwahl zu beachten haben.

3. Vorgehen

Einführend bedarf es einer interpretatorischen Auseinandersetzung mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ und den damit verbundenen Zielsetzungen.

Die Herausarbeitung der gemeinschaftsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Soll-Vorgaben erfolgt nach den „klassischen“ juristischen Auslegungsmethoden unter Heranziehung der üblichen Quellen (Gesetzestexte und -materialien, Rechtsprechung und Literatur). Zur anschließenden Analyse des Ist-Zustands ist anhand von Referenzgebieten zu untersuchen, wo de iure oder de facto bereits nachhaltigkeitsorientierte Folgenabschätzungen durchgeführt werden und – falls eine gezielte Institutionalisierung überhaupt erfolgt ist – auf welcher materiell- und verfahrensrechtlichen sowie organisatorischen Basis. Hierzu kommt ergänzend zur rechtlichen Analyse eine Befragung von Akteuren in Betracht, die mit den betreffenden Verfahren befasst sind.

Die gewonnenen Erkenntnisse kondensieren in einer Bilanzierung und Bewertung

- der empirisch untersuchten Instrumente mit Blick auf vorhandene rechtliche Vorgaben und
- der Potentiale einer rechtlichen Steuerung von Folgenabschätzungsprozessen. Hier steht unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entscheidungsperspektiven der jeweiligen staatlichen Organe zum einen die Wahl der Regelungsinstrumente und zum anderen die Reichweite der Regelung, insbesondere im Hinblick auf die Vorgabe von Kriterien betreffend den Umfang der Folgenabschätzung und das anzuwendende methodische Instrumentarium im Mittelpunkt der Betrachtung.

4. Erwartete Ergebnisse

Erwartete Ergebnisse sind:

- ein wissenschaftlich anschlussfähiger Beitrag zur Gewinnung eines „Allgemeinen Teils“ des Rechts der Folgenabschätzungen und erste Vorarbeiten zur Entwicklung einer Rechtsmethodologie und -dogmatik von Folgenabschätzungen, desgleichen die Erweiterung des Verständnisses der Funktionen von Recht im Zuge der Perspektivenerweiterung von der rechtsakt- und kontrollbezogenen zur handlungs- und wirkungsorientierten Betrachtung;
- ein Beitrag zur Verfahrenssicherheit und Effektuierung des Nachhaltigkeitsziels durch die empirische Aufarbeitung, Systematisierung und rechtliche Analyse von Folgenabschätzungsprozessen und die daraus erfolgende Ableitung von Verfahrensstrukturen für die staatlichen Akteure;
- mit dem Hinwirken auf Verfahrenssicherheit und effektivere Verankerung des Nachhaltigkeitsziels durch die Verwaltung zugleich ein Beitrag zu gesellschaftlichem Nutzen.

5. Publikation 2007/2008

Ziekow, Jan, Folgenabschätzung und Folgenbeobachtung durch die öffentliche Verwaltung, in: Ferdinand Kirchhof / Hans-Jürgen Papier / Heinz Schäffer (Hrsg.), Rechtsstaat und Grundrechte. Festschrift für Detlef Mer-ten, Heidelberg 2007, S. 235-246.

I/21. *Färber/Funke/Walther*: „Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung“

Laufzeit: 1.3.2008 bis 28.2.2010

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung

1. Hintergrund

Dieses Projekt ist das Nachfolgeprojekt von *Fäber/Dalezios* „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“ (siehe oben unter Punkt I/17.). Gegenstand des Forschungsvorhabens ist das Versorgungssystem der Beamten, welches neben den gesetzlichen Sozialversicherungen einen erheblichen Teil der Tragfähigkeitslücke des öffentlichen Sektors verursacht. Nach überschlägigen Berechnungen liegt die implizite Verschuldung der Beamtenversorgung trotz Kürzungen der Leistungen und der Einrichtung kleiner Versorgungsfonds, die sich überwiegend aus Gehalts- und Pensionskürzungen speisen oder für neu begründete Beamtenverhältnisse eingerichtet wurden, bei einem Barwert von mehr als 700 Mrd. €, d.h. etwa bei der Hälfte der fundierten Schulden des Staates. Vorsorge ist für diese Zahlungsverpflichtungen keine bzw. in nicht nennenswertem Umfang getroffen worden. Auch im Fall der kommunalen Versorgungskassen, bei denen kleinere Kommunen die Pensionsansprüche ihrer BeamtInnen absichern, dominiert trotz Teilkapitaldeckung das Umlagever-

fahren. Bislang werden die durch den Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger verursachten Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten durch eine Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der Reallohnentwicklung und durch Pensionskürzungen über sog. wirkungsgleiche Übertragungen von Rentenreformen "gestopft", ohne dass eine nachhaltige Finanzierung und eine Reduzierung der expliziten und impliziten Defizite erreicht worden wäre.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen des Projektes untersucht werden,

- wie hoch die Tragfähigkeitslücke für die Beamtenversorgung (begrenzt auf Bund, Länder und Gemeinden) genau ist,
- welche Finanzierungsanteile die BeamtInnen in den verschiedenen Statusgruppen bereits jetzt durch Gehaltsverzicht und Pensionskürzungen oder welche die öffentlichen Arbeitgeber aufgebracht haben und wie sich diese zu den Finanzierungsanteilen in anderen betrieblichen Alterssicherungssystemen verhalten,
- mit welchen weiteren Instrumenten (Pensionsfonds, Verzicht auf explizite Verschuldung, Pensionsrückstellungen im Falle der Doppik, Stellenrückbau auf ein finanzierbares Maß, Steuererhöhungen) die Nachhaltigkeitslücken bei Bund und Ländern sowie bei ausgewählten Gemeinden geschlossen werden können,
- wie die Beamtenversorgung so modernisiert und stabilisiert werden kann, dass sie – unter Beachtung des Art. 33 Abs. 5 GG – in Zukunft in ein Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllendes Finanzierungssystem überführt werden kann, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch unter den schwierigen Bedingungen der demographischen Entwicklung und der Dezentralisierung des Dienst- und Versorgungsrechtes gesichert wird.

3. Vorgehen

Zur Bearbeitung des beantragten Forschungsprojektes werden in methodischer Hinsicht sowohl qualitative als auch quantitative Ansätze verwendet. Konkret ist die nachfolgend genannte methodische Herangehensweise vorgesehen:

1. Status-quo-Ermittlung: Unter Verwendung des im Vorgängerprojekt entwickelten Simulationsmodells zur Beamten-, Pensionärs- und Versorgungsausgabenentwicklung wird auf Basis der Statistik des öffentlichen Dienstes des Statistischen Bundesamts zunächst die Tragfähigkeitslücke als Barwert aller zukünftigen Zahlungsverpflichtungen des Basisjahres errechnet.
2. Theorieentwicklung: Unter Rückgriff auf die Theorie der Alterssicherung, Spezifika des Dienst- und Versorgungsrechtes des öffentlichen Dienstes und die Public-Choice-Theorie erfolgt die theoretische Konstruktion eines analytischen Bewertungssystems für die Beamtenversorgung, durch das keine Lasten mehr auf zukünftige Generationen

verschoben werden. Ein weiterer Teil der Theorieentwicklung bezieht sich auf die Überprüfung, inwieweit in der Rechtsprechung entwickelte Grundsätze für betriebliche Alterssicherungen in der Privatwirtschaft auf die Beamtenversorgung übertragbar sind.

3. Berechnung der finanziellen Lasten im öffentlichen Sektor: Die verschiedenen Möglichkeiten einer Absicherung der Versorgungsansprüche sind in Bezug auf ihre haushaltswirtschaftlichen Belastungen zu berechnen und dem Bewertungssystem zu unterwerfen.
4. Berechnung und Vergleich der Verteilung der Finanzierungslasten: Die expliziten und impliziten Finanzierungsanteile der Bediensteten und der Arbeitgeber sind für verschiedene Kohorten zu berechnen und mit entsprechenden Regelungen in der Privatwirtschaft zu vergleichen.
5. Entwicklung von politischen Reformoptionen: Aufbauend auf dem zuvor entwickelten theoretischen Bewertungssystem sowie den gewonnen empirischen Ergebnissen sind alternative Reformmöglichkeiten für die Sicherung der Finanzierbarkeit der Alterseinkommen sowie für eine Modernisierung der Leistungsseite der Beamtenversorgung zu entwickeln.

Es ist außerdem geplant einen Projektbeirat einzurichten, in dem Experten aus Wissenschaft und Praxis die Arbeiten begleiten. Eine erste Projektbeiratssitzung ist für Ende Juni 2008 vorgesehen.

4. Erwartete Ergebnisse

Mitte des Jahres 2008, d.h. nach Berechnung des Barwerts der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen aus der Beamtenversorgung und der Aufarbeitung und Analyse der Reformen der Beamtenversorgung seit 1992 sollen diese Arbeitsergebnisse in einer ersten Publikation veröffentlicht werden. Am Ende des ersten Jahres soll ein Zwischenbericht angefertigt werden, der unter anderem auch die finanzpolitischen Möglichkeiten zur Schließung der Tragfähigkeitslücke thematisiert und erste Ergebnisse des Kohortenvergleichs enthält.

Ein weiterer Aufsatz zu den expliziten und impliziten Finanzierungsanteilen von Beschäftigten und öffentlichen Arbeitgebern und zur kohortenspezifischen Generationengerechtigkeit eignet sich zur Publikation in einer anerkannten Zeitschrift der Alterssicherung (Deutsche Rentenversicherung). Zu Transferzwecken sind neben dem Endbericht gegen Ende der Projektlaufzeit Aufsätze in einer referierten ökonomischen Zeitschrift, in Publikationsorganen der Tarifpartner im öffentlichen Dienst sowie in beamtenrechtlichen Fachzeitschriften angedacht.

I/22. Färber/Preller: „Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst“

Laufzeit: 1.3.2008 bis 28.2.2010

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Aufbauend auf dem Projekt „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“ (siehe oben Punkt I/17.) soll in diesem Projekt die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst analysiert werden. Die nach wie vor umlagefinanzierte Zusatzvorsorge verursacht neben den gesetzlichen Sozialversicherungen und der Beamtenversorgung ebenfalls einen erheblichen Teil der Tragfähigkeitslücke des öffentlichen Sektors. Es liegen hierfür keine validen Berechnungen vor. Das Projekt soll die vorgenommenen Änderungen der Leistungsseite des Systems in Kohortenvergleichen analysieren und dabei die Eigenfinanzierungsanteile der Arbeitgeber und der Beschäftigten verschiedener Jahrgänge ermitteln. Im weiteren Verlauf des Projektes werden Reformvorschläge erarbeitet, die einerseits eine nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung sichern und andererseits den rechtlichen Rahmenbedingungen moderner betrieblicher Alterssicherungssysteme genügen.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen des Projektes untersucht werden,

- wie hoch der Barwert der Leistungen aus der Zusatzversorgung ist,
- welche Finanzierungsanteile bereits jetzt durch die Tarifbeschäftigten durch Gehaltsverzicht und Umstellungen auf der Leistungsseite aufgebracht wurden und welchen Anteil die öffentlichen Arbeitgeber tragen,
- ob in diesem Kontext unterschiedliche Belastungen zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten bestehen, bzw. ob zwischen verschiedenen Einstellungsjahrgängen, Alterskohorten oder Laufbahngruppen die Belastungen voneinander abweichen,
- wie weit die Leistungen der Zusatzversorgung überhaupt zu kürzen sind, ohne dass grundlegende Prinzipien der betriebliche Alterssicherung verletzt würden,
- mit welchen weiteren Instrumenten (Ausbau des Kapitalstocks, Verzicht auf explizite Verschuldung, Versorgungsrückstellung im Falle der Doppik, Stellenrückbau, Steuererhöhung) die Nachhaltigkeitslücke bei Bund, Ländern und ausgewählten Gemeinden geschlossen werden kann.

3. Vorgehen

Auf Basis des Modells aus dem Projekt „Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst“ wird zunächst der Barwert aller bestehenden und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen ermittelt. Anschlie-

ßend wird ein theoretisch-analytisches Bewertungssystem konstruiert, mit dessen Hilfe Lastverschiebungen zwischen den Generationen aufgedeckt werden. Das Bewertungssystem soll weiterhin überprüfen helfen, inwieweit weiterführende Reformvorschläge zur Zusatzversorgung grundlegenden Prinzipien der modernen betrieblichen Alterssicherung entgegenstehen. Ausgewählte Reformvorschläge werden auf ihre finanziellen/haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen hin untersucht.

Die expliziten und impliziten Finanzierungsanteile der Beschäftigten und der Arbeitgeber werden für verschiedene Kohorten, Einstellungsjahrgängen und Laufbahngruppen ermittelt und mit entsprechenden Regelungen großer Arbeitgeber der Privatwirtschaft verglichen. Ferner werden verschiedene Vorschläge zur Modernisierung der Leistungsseite der Zusatzversorgung in Bezug auf die Belastungssymmetrien überprüft.

4. Erwartete Ergebnisse

Es ist vorgesehen, nach der Ermittlung des Barwertes der Leistungen aus der Zusatzversorgung einen Aufsatz in einer referierten ökonomischen Zeitschrift zu publizieren. Ein weiterer Aufsatz zu den expliziten und impliziten Finanzierungsanteilen von Beschäftigten und öffentlichen Arbeitgebern und zur kohortenspezifischen Generationengerechtigkeit eignet sich zur Publikation in einer anerkannten Zeitschrift der Alterssicherung (Deutsche Rentenversicherung). Nach etwa einem Jahr soll ein Zwischenbericht die bis dahin erarbeiteten Erkenntnisse zusammenfassen und insbesondere auch der Fachpraxis zugänglich gemacht werden.

3.1.4.3 Perspektivplanung

Das Institut ist momentan dabei, die Ergebnisse der letzten Evaluation durch die Leibniz Gemeinschaft auszuwerten und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Dies erfordert möglicherweise auch eine Anpassung der Forschungsprogramme und der Strukturen der Sektionen. Deshalb kann zu diesem Zeitpunkt keine Perspektivplanung abgegeben werden. Stattdessen werden in diesem Jahresbericht nur geplante Projekte ausgewiesen, für die bereits ein Antrag bei einem FÖV-Gremium oder einem Drittmittelgeber vorliegt oder kurz vor der Vollendung steht. Informationen zum aktuellen Stand des Sektionsprogramms und der Perspektivplanung können der Homepage der Sektion [<http://www.foevspeyer.de/ueberuns/sektionen/sektion1forschungsprogramm.asp>] entnommen werden.

Univ.-Prof. Dr. *von Arnim* plant ein exploratives Forschungsprojekt zu „Public Integrity“, das den Stand der Forschung und Tendenzen in der deutschen Verwaltungspraxis aufbereiten und damit die Grundlage für einen zukünftigen Verbund oder einen Arbeitskreis zu dieser Thematik bilden soll. Die Integrität öffentlicher Amtsträger unter sich wandelnden Rahmenbedingungen, die mit neuen Formen der governance einhergehen, hat zuletzt nicht nur in der breiteren Öffentlichkeit erhöhte Aufmerksamkeit erlangt, sondern auch in Wissenschaft und Forschung zu einer Debatte über geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Integrität in Staat und Verwaltung geführt. Das geplante Forschungsprojekt soll diese Debatte sys-

tematisieren und ein theoriegestütztes Konzept mittlerer Reichweite entwickeln, das es erleichtert, in einem darauffolgenden Schritt rechtspolitische Vorschläge zu erarbeiten.

Unter der Leitung von Frau Univ.-Prof. Dr. *Jansen* und aufbauend auf der Forschergruppe ‚Governance der Forschung‘, die seit 2003 durch die DFG gefördert wird und deren Sprecherin Frau *Jansen* ist, wird ein Neuantrag an die DFG vorbereitet. Unter dem Titel ‚Transformation der Wissensdynamik im internationalen Kontext‘ setzt die sich neu konstituierende interdisziplinäre und ortsverteilte Forschergruppe zwei thematische Schwerpunkte, in deren Mittelpunkt die Internationalisierung der Wissensproduktion steht. Den ersten Schwerpunkt wird das Thema Wissens- und Technologietransfer mit den Teilaspekten Mode 2-Forschung sowie Industriekooperationen der Wissenschaft im europäischen und internationalen Vergleich bilden. Zweiter Themenschwerpunkt wird die Internationalisierung und Europäisierung der Forschung und Forschungsförderung sein. Frau *Jansen* wird sich in ihrem geplanten Teilprojekt mit dem Thema ‚European Technology Platforms/Joint Technology Initiatives und European Research Council – Neue Formen der europäischen Forschungsförderung und ihre Wirkungen‘ befassen.

Herr Univ.-Prof. Dr. *Krücken* hat gemeinsam mit Prof. Dr. *Elke Wild* (Universität Bielefeld) im Rahmen der BMBF-Förderinitiative „Hochschulforschung als Beitrag zur Professionalisierung der Hochschullehre“ ein Projekt zum Thema „Universitäre Lehre in Zeiten der Studienreform und Exzellenz-Initiative: Multiple Zielverfolgung auf der Ebene der Organisation und ihrer individuellen Akteure“ beantragt. Darüber hinaus wird er sich an dem Nachfolgeantrag der DFG-Forschergruppe ‚Governance der Forschung‘ mit einem eigenen Teilprojekt beteiligen. Gemeinsam mit PD Dr. *Ulrich Schmoch* (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung Karlsruhe) und Prof. Dr. *Petra Moog* (Universität Siegen) wird er ein Projekt beantragen, in dem es am Beispiel der Chemie um die internationalvergleichende Analyse der Interaktionen zwischen Universitäten und Industrieunternehmen gehen wird.

3.1.5 Arbeitskreise

Für interdisziplinäre und längerfristige Fragestellungen können Mitglieder des Instituts innerhalb der Sektionen Arbeitskreise einrichten, in denen unter Beteiligung auswärtiger Wissenschaftler in regelmäßigen Sitzungen Forschungsthemen systematisch erörtert werden. Die Arbeitskreise dienen insbesondere der Pflege eines Netzwerks von Wissenschaftlern in dem jeweiligen Forschungsgebiet. Sie stellen neue Instrumente in der Forschungstätigkeit des Instituts dar, welche zusammen mit der Korrespondierenden Mitgliedschaft akademieähnliche Elemente in die Arbeitsweise des Forschungsinstituts einführen. Die Arbeitskreise fügen sich in das jeweilige Forschungsprogramm der Sektionen ein.

3.1.5.1 Beendete Arbeitskreise

Im Rahmen des von Univ.-Prof. Dr. Dr. *König* bearbeiteten Projektes „Regieren in der vorgeschrittenen Moderne“ (Laufzeit: 1.1.2002 bis 31.12.2006) wurde in Ko-

operation mit Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Universität Potsdam, ein Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ eingerichtet, in dessen Mittelpunkt das Regieren in Deutschland stand. Diese Kerngruppe setzte sich aus ausgewiesenen Wissenschaftlern der verschiedenen, für die Regierungslehre relevanten Disziplinen zusammen.

Der Arbeitskreis wurde in der Nachfolge des Arbeitskreises „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“ unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König* eingesetzt und nutzte die dort gesammelten Erfahrungen. Entsprechend stand das Regieren in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses, was Vergleiche nicht ausschließt. Die Durchführung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam und in gemeinsamer wissenschaftlicher Leitung mit Prof. Dr. *Werner Jann*.

Der Arbeitskreis bestand aus 16 Mitgliedern. Diese Kerngruppe setzte sich aus ausgewiesenen Wissenschaftlern der verschiedenen, für die Regierungslehre relevanten Disziplinen zusammen. Berücksichtigt wurden Mitglieder des Forschungsinstituts wie anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, insbesondere von Universitäten. Zur Kerngruppe traten unter thematischen Vorzeichen Gäste hinzu. Insbesondere wurden Praktiker aus dem Regierungsbereich eingeladen.

Nach den Vorgesprächen zeigte sich auch in der Praxis ein Interesse an einem solchen Arbeitskreis. Damit wird auch deutlich, dass für den Arbeitskreis von einer Anwendungsorientierung ausgegangen wird. Zwei Grundzüge der Behandlung lagen deswegen allen Themen zugrunde:

Zum einen wurde die aktuelle Lage im Sinne von Reformen, Entwicklungen, Innovationen, also weitergehender Modernisierung, behandelt. Alle Themen sollten darüber hinaus betriebliche Aspekte berücksichtigen, also zum Beispiel im Hinblick auf das Parlament: der Fraktionsvorsitzende in der Kabinettsitzung, der Beamte in parteilichen Arbeitskreisen usw.

Folgende Themen wurden von den genannten Wissenschaftlern in Teilprojekten bearbeitet:

Verfasstes Regieren im Vergleich	Prof. Dr. <i>Sommermann</i> , DHV Speyer
Regieren als Governance-Problem	Prof. Dr. <i>Jann</i> , Universität Potsdam
Regieren als Management-Problem	Prof. Dr. Dr. <i>König</i> , DHV Speyer
Regieren in Parlamentarismus und Parteiendemokratie	Prof. Dr. <i>Kropp</i> , Universität Düsseldorf
Regieren in der Wettbewerbsgesellschaft	Prof. Dr. <i>Czada</i> , Universität Osnabrück
Regieren im Sozialstaat	Prof. Dr. <i>Schimanke</i> , Universität Hamburg
Regieren in der Mediengesellschaft	Prof. Dr. <i>Schatz</i> , Universität Duisburg
Regierungsstile, bes. Kanzlerdemokratie	Prof. Dr. <i>Murswieck</i> , Universität Heidelberg

	berg
Regieren mit beamteter und nichtbeamteter Expertise	Prof. Dr. <i>Bull</i> , Universität Hamburg
Regieren mit Kommissionen	Prof. Dr. <i>Heinze</i> , Universität Bochum
Regieren mit Agenturen	Dr. <i>Döhler</i> , Universität Potsdam
Politische und administrative Eliten des Regierens	Prof. Dr. <i>Derlien</i> , Universität Bamberg
Regulative des Regierens	Prof. Dr. <i>Hill</i> , DHV Speyer
Regieren mit Budgetierung	Prof. Dr. <i>Reichard</i> , Universität Potsdam
Regieren in der Mehrebenenpolitik	Prof. Dr. <i>Benz</i> , FernUniversität Hagen
Regieren in der Europäischen Integration	Prof. Dr. <i>Thomas König</i> , DHV Speyer

Der Arbeitskreis tagte im Frühjahr und Herbst eines Jahres in Speyer und in Potsdam. Es fanden acht Sitzungen statt, an denen sich als Kommentatoren aus der Praxis unter anderem Landtagspräsident *Grimm*, Mainz, Bundestagsdirektor *Zeh*, Berlin, Landtagsdirektor *Gebauer*, Mainz, Richter des Bundesverfassungsgerichts *Broß*, Karlsruhe, Staatssekretär *Wewer*, Berlin, Ministerialdirektor *Hüper*, Berlin, Staatssekretär *Deubel*, Mainz, und der Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Staatssekretär *Stadelmaier*, beteiligt haben. Eine abschließende Sitzung fand am 4. November 2006 in Speyer statt, dort sprach Univ.-Prof. Dr. *Harald Fuhr* über „Regieren in der Globalisierung“. Kommentiert wurde er von Dr. *Manfred Konukiewitz*, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn, und Dr. *Albrecht Stockmayer*, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn.

3.1.6 Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007

3.1.6.1 Publikationen

3.1.6.1.1 Monographien/Herausgeberschaften

von Arnim, Hans Herbert (Hrsg.) Korruption und Korruptionsbekämpfung. Beiträge auf der 8. Speyerer Demokratietagung vom 27. und 28. Oktober 2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2007.

Bogumil, Jörg u. a. (einschl. *C. Reichard*) (Hrsg.), Perspektiven kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Praxiskonsequenzen aus dem Neuen Steuerungsmodell. Berlin 2007.

Fisch, Rudolf/Mühlenkamp, Holger/Siedentopf, Heinrich (Hrsg.), Anreizorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst – Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und die neue Dienstrechtsreform, Speyerer Arbeitsheft Nr. 193, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer.

- Glöckner, Andreas*, Die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IPSAS/IFRS) auf ausgewählte Bilanzierungsprobleme der doppelten kommunalen Rechnungslegung, veröffentlichte Diplomarbeit, Mannheim 2007.
- Jansen, Dorothea* (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces, and Integration*, Dordrecht 2007.
- Klages, Helmut*, *Die Zukunft ergreifen! Ein realistischer Ausblick auf die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts*, Hamburg, 2007.
- Klages, Helmut*, *Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen*, Bonn 2007 (= Gutachten für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Klages, Helmut/Daramus, Carmen*, *Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg – Partizipative Haushaltsaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin. Begleitende Evaluierung. Speyerer Forschungsberichte Nr. 249*, Speyer 2007.
- König, Klaus/Reichard, Christoph* (Hrsg.) *Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur. Speyerer Forschungsberichte Nr. 254*, Speyer 2007.
- Krücken, Georg/Kosmützky, Anna/Torka, Marc* (Hrsg.), *Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions*. Bielefeld 2007.
- Wirtz, Bernd W.* (Hrsg), *Handbuch Multi Channel Marketing*, Wiesbaden 2007.
- Wirtz, Bernd W.*, *Multi Channel Marketing – Grundlagen, Instrumente und Strategien*, Wiesbaden 2007.
- Wolf, Sebastian*, *Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten*, Speyerer Forschungsberichte Nr. 253, Speyer 2007.
- Ziekow, Jan/Windoffer, Alexander* (Hrsg.), *Ein einheitlicher Ansprechpartner für Dienstleister. Anforderungen des Vorschlags einer EU-Dienstleistungsrichtlinie und Gestaltungsoptionen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2007.

3.1.6.1.2 Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

- von Arnim, Hans Herbert*, *Parteien in der Kritik*, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Jahrgang 60, Heft 6/2007, S. 221-229.
- von Arnim, Hans Herbert*, *Wohin treibt Europa? Kommentar*, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Jahrgang 60, Heft 35/2007, S. 2531-2535.
- von Arnim, Hans Herbert*, *20 Millionen mehr Staatsgeld für die Parteien*, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 40. Jg., 7/2007, S. 223-225.
- von Arnim, Hans Herbert*, *Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten. Konsequenzen nach der Neuregelung im Bund und dem Urteil des BVerG*, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 11/2007, S. 1246-1249.

- von Arnim, Hans Herbert*, Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juli 2007, in: Die Öffentliche Verwaltung, 21/2007, S. 897-907.
- Fisch, Rudolf/Müller, Andrea*, Scheitern von Projekten in der Organisationsberatung – Editorial, in: Gruppendynamik und Organisationsberatung, 38, S. 221-222.
- Jansen, Dorothea/Wald, Andreas/Franke, Karola/Schmoch, Ulrich/Schubert, Torben*, Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 59, 1/2007, S. 125-149.
- Krücken, Georg*, Organizational Fields and Competitive Groups in Higher Education: Some Lessons from the Bachelor/Master Reform in Germany, in: "management revue", Special Issue "Managing Higher Education", Vol. 18, No. 2, 2007, S. 187-203.
- Krücken, Georg/Meier, Frank/Müller, Andre*, Information, Cooperation, and the Blurring of Boundaries – Technology Transfer in German and American Discourses, in: Higher Education, Vol. 53, No. 6, 2007, S. 675-696.
- Margies, Burkhard*, "Fremdwörter", Serie "Praxistipps Verwaltungssprache", in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 50, 6/2007, S. 49.
- Margies, Burkhard*, "Höflichkeit", Serie "Praxistipps Verwaltungssprache", in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 50, 5/2007, S. 49.
- Margies, Burkhard*, "Fachbegriffe", Serie "Praxistipps Verwaltungssprache" in: Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis, 50, 4/2007, S. 47.
- Mühlenkamp, Holger*, Theoretisch und empirisch fundierte Grundsatzüberlegungen zur Daseinsvorsorge, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 87. Jg., Heft 11, 2007, S. 707-712.
- Mühlenkamp, Holger/Gourmelon, Andreas/Bogner, Jessica*, Chancen und Risiken anreizorientierter Entgeltsysteme im öffentlichen Sektor, in: Verwaltung und Management, 13. Jg., Heft 4, 2007, S. 185-189.
- Vetters, Larissa*, The Power of Administrative Categories. Emerging Notions of Citizenship in the Divided City of Mostar, in: Ethnopolitics, Jahrgang.6, Heft 2/2007, S. 187-209.
- Wald, Andreas*, Effects of ‚Mode 2‘-Related Policy on the Research Process: The Case of Publicly Funded German Nanotechnology, in: Science Studies, Vol. 20, 1/2007, S. 26-51.
- Windoffer, Alexander*, Die Implementierung einheitlicher Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Problemfelder und Anpassungsbedarf im nationalen Recht, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ); 26. Jg., Heft 5/2007, S. 495-501.

- Windoffer, Alexander*, Einer für alles/Durch die Hintertür, in: 360 Grad - Fachmagazin für das Management im öffentlichen Sektor, Ausgabe 9, Juli/August/September 2007, S. 5-7.
- Wirtz, Bernd W./Mathieu, Alexander/Schilke, Oliver*, Strategy in Information Technology Markets, in: *Long Range Planning Journal (LRP)*, Vol. 40, No. 6/2007, S. 295-31.
- Wirtz, Bernd W./Wecker, Roman*, Erfolgswirkungen des internetbasierten Supply Chain Management, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB), 77. Jahrgang, Nr. 9/2007, S. 911-954.
- Wirtz, Bernd W./Klein-Bölting, Udo*, Markenwertmanagement, in: absatzwirtschaft (asw), Zeitschrift für Marketing, 50. Jahrgang, Nr. 4/2007, S. 46-52.
- Wolf, Sebastian*, Nachkriegsgründung und doch angebräunt. Die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Fall Erich Becker, in: Forum Recht, Heft 3/2007.
- Wolf, Sebastian*, Integration durch Kernfusion? Zur Wiederbelebung der Euratom-Gründungsmythen, in: Forum Recht, Heft 1/2007.
- Wolf, Sebastian*, Der Weg nach vorn führt zurück. Zur Bedeutung der geschichtlichen Dimension im europäischen Konstitutionalisierungsprozess, in: *integrati-on*, 30. Jg., Heft 1/2007, S. 92-96.
- Wolf, Sebastian*, Kriminalisierung der Abgeordnetenbestechung: ein Paradigmenwechsel durch Internationalisierung?, in *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 56. Jg., Heft 2/2007, S. 161-165.
- Wolf, Sebastian*, Internationalisierung des Antikorruptionsstrafrechts: Kritische Analyse zum Zweiten Korruptionsbekämpfungsgesetz, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 40. Jg., Heft 2/2007, S. 44-46.
- Wolf, Sebastian*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law: The Next Steps, in: *German Law Journal*, 8. Jg., Ausgabe 3/2007, S. 295-302.

3.1.6.1.3 Aufsätze in Sammelwerken

- von Arnim, Hans Herbert*, Die deutsche Krankheit. Organisierte politische Unverantwortlichkeit?, in: Gilbert H. Gornig/Urs Kramer/Uwe Volkmann (Hrsg.) *Staat – Wirtschaft – Gemeinde*. Festschrift für Werner Frotscher zum 70. Geburtstag, Berlin 2007, S. 267-283.
- Blümel, Albrecht*, Reorganisation und Professionalisierung von Hochschulleitungsstrukturen, in: Smeddinck, Ulrich (Hrsg.) *Aspekte der Deregulierten Hochschule*, Speyerer Arbeitshefte, Nr. 189, Speyer 2007, S. 57-96.
- Fisch, Rudolf*, Systematische Personalentwicklungen an Hochschulen – Möglichkeiten und Grenzen, in: R. Keil/M. Kerres/R. Schulmeister (Hrsg.), *eUniversity – Update Bologna*, Münster 2007, S. 197-208.
- Fisch, Rudolf/Beck, Dieter*, Organisationskultur als kritischer Faktor des Veränderungsmanagements, in Winfried Kluth (Hrsg.), *Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2006*, Baden-Baden 2007, S. 117-138.

- Jansen, Dorothea*, Introduction, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces, and Integration*, Dordrecht 2007, S. XV-XIX.
- Jansen, Dorothea*, The Role of the State and Private Actors in Governance – Comments on Gunnar Folke Schuppert from a Sociological Perspective, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces, and Integration*, Dordrecht 2007, S. 65-70.
- Jansen, Dorothea*, Governance of Research – Working towards Interdisciplinary Concepts, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces, and Integration*, Dordrecht 2007, S. 109-131.
- Jansen, Dorothea*, Summary and Conclusion, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces, and Integration*, Dordrecht 2007, S. 233-240.
- Jansen, Dorothea/Wald, Andreas*, Netzwerktheorien, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.), *Handbuch Governance*, Wiesbaden 2007, S. 188-199.
- Klages, Helmut*, Ist politische Folgenverantwortung unter Globalisierungsbedingungen möglich? Die Arbeitslosigkeit als Beispiel, in: Ludger Heidbrink/Alfred Hirsch (Hrsg.), *Staat ohne Verantwortung? Zum Wandel der Aufgaben von Staat und Politik*, Frankfurt/New York 2007, S. 283-307.
- Klages, Helmut*, Civil Society in a Future Concept of Governance, in: Hermann Hill (ed.), *Modernizing Government in Europe*, Baden-Baden 2007, S. 271-275.
- Klages, Helmut*, Voraussetzungen für „Politik“ unter Globalisierungsbedingungen, in: Werner J.Patzelt u.a., *Res publica semper reformanda*, Wiesbaden 2007, S. 567-578.
- Klages, Helmut*, Zivilgesellschaft stärken – Definitionen, Visionen und Praxis der Engagementpolitik: Zwischenruf aus der Beteiligungsforschung, in: Protokoll der 37.Sitzung des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12.Oktober 2007, S. 7-10.
- Krücken, Georg/Kosmützky, Anna/Torka, Marc*, Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions, in: Georg Krücken/Anna Kosmützky/Mark Torka (Hrsg.), *Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions*, Bielefeld 2007, S. 7-16.
- Mühlenkamp, Holger*, Vom Neuen Öffentlichen Rechnungswesen zu einer gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung, in: Dietmar Bräunig/Dorothea Greiling (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre II – Festschrift für Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Eichhorn anlässlich seiner Emeritierung*, Berlin 2007, S. 705-718.
- Mühlenkamp, Holger*, „Leistungsentgelte“ im öffentlichen Sektor – Praxis, Theorie und Empirie, in: Martin Brüggemeier/Reinbert Schauer/Kuno Schedler (Hrsg.), *Controlling und Performance Management im öffentlichen Sektor*, Festschrift

für Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich Budäus zum 65. Geburtstag, Bern u.a. 2007, S. 61-69.

Mühlenkamp, Holger, Ergebnisorientierte Entgeltsysteme aus ökonomischer Sicht, in: Rudolf Fisch/Holger Mühlenkamp/Heinrich Siedentopf (Hrsg.), Anreizorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst – Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und die neue Dienstrechtsreform, Speyerer Arbeitsheft Nr. 193, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer, S. 17-33.

Reichard, Christoph, Die Stadt als Konzern: „Corporatization“ als Fortführung des NSM? in: Bogumil, Jörg u. a. (einschl. C. Reichard) (Hrsg.), Perspektiven kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Praxiskonsequenzen aus dem Neuen Steuerungsmodell, Berlin 2007, S. 55-64.

Wald, Andreas/Jansen, Dorothea, Netzwerke, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.), Handbuch Governance, Wiesbaden 2007, S. 93-105.

Wald, Andreas/Franke, Karola/Jansen, Dorothea, Governance Reforms and Scientific Production Evidence from German Astrophysics, in: Jansen, Dorothea (Hrsg.), New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, Dordrecht 2007, 213-232.

Windoffer, Alexander, Europäische KMU-Politik: Impulse für mehr Gründungsdynamik und Perspektiven für die Kammern?, in: Kluth, Winfried (Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2006, Baden-Baden 2007, S. 91-115.

Windoffer, Alexander, in: Ziekow, Jan/ Windoffer, Alexander (Hrsg.): Ein einheitlicher Ansprechpartner für Dienstleister. Anforderungen des Vorschlags einer EU-Dienstleistungsrichtlinie und Gestaltungsoptionen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007:

- A. Einführung: II. Zum Politischen Kontext des Richtlinienvorschlags, S. 19-21
- B. Auslegung des Richtlinienvorschlags, S. 22-62
- C. Prüfung der Ansiedlungsebenen und institutionellen Formen des einheitlichen Ansprechpartners: I. Einführung, S. 63
 - II. Ansiedlungsebenen und institutionelle Formen: 3. Kommunale Ebene:
 - c) Ebene der Kreise und kreisfreien Städte (Verwaltung), S. 96-99
 - d) Ebene der kreisangehörigen Gemeinden (Verwaltung), S. 100-101
 - e) Zusammenfassung, S. 101
 - 4. Kammern: a) Modell, S. 101-102
 - c) Rechtliche Rahmenbedingungen, S. 105-109
 - d) Praktikabilität, S. 109-111
 - e) Zusammenfassung, S. 111
 - 6. Private: a) Modell, S. 124-126
 - c) Rechtliche Rahmenbedingungen, S. 127-128
 - d) Praktikabilität, S. 129-130
 - e) Zusammenfassung, S. 130
 - 7. Sowohl Kommunalverwaltung als auch Kammern: a) Modell, S. 130
 - c) Rechtliche Rahmenbedingungen, S. 131
 - d) Praktikabilität, S. 132

- e) Zusammenfassung, S. 132
- 9. Sämtliche Gestaltungsoptionen betreffende allgemeine Fragen:
 - a) Haftung für Pflichtverletzungen des einheitlichen Ansprechpartners, S. 138-142
 - d) Tätigwerden des einheitlichen Ansprechpartners außerhalb der Verbandszuständigkeit seines Rechtsträgers, S. 157-159
- F. Illustrative Fallbeispiele: I. Vorgehensweise, S. 223
- II. Überblick über die abzuwickelnden Verfahren und Formalitäten: 1. Prämissen, S. 223-224
 - 2. Freier Beruf: Ingenieur, S. 224-225
 - 3. Zulassungspflichtiges Handwerk: Friseur, S. 225-227
 - 4. Zulassungspflichtiges Handelsgewerbe: Immobilienmakler, S. 227-229

Wirtz, Bernd W./Schilke, Oliver, Kundenbindung durch E-Services, in: Bruhn, M./Homburg, C. (Hrsg.), Handbuch Kundenbindungsmanagement, 6. Auflage, Wiesbaden 2007, S. 529-548.

Wirtz, Bernd W./Pannenbäcker, Verena, Marke und Direktkommunikation, in: Herrmanns, A./Ringle, T./van Overloop, P. (Hrsg.), Handbuch Markenkommunikation, München 2007, S. 231-246.

Wirtz, Bernd W., Medienbetriebe, in: Köhler, R./Küpper, H.U./Pfungsten, A. (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 6. Auflage, Stuttgart 2007, S. 1182-1195.

Wirtz, Bernd W., Einführung zum Handbuch MultiChannel-Marketing in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Handbuch Multi-Channel-Marketing, Wiesbaden 2007, S. 3-8.

Wirtz, Bernd W./Defren, Timo, Akteure und Akteursbeziehungen in Multi-Channel-Systemen, in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Handbuch Multi-Channel-Marketing, Wiesbaden 2007, S. 9-31.

Wirtz Bernd W./Lütje, Sebastian, Design des Multi-Channel-Systems, in: Wirtz, B. W. (Hrsg.), Multi-Channel-Marketing, Wiesbaden 2007, S. 173-194.

Ziekow, Jan, Folgenabschätzung und Folgenbeobachtung durch die öffentliche Verwaltung, in: Kirchhof, Ferdinand/Papier, Hans-Jürgen/Schäffer, Heinz (Hrsg.), Rechtsstaat und Grundrechte. Festschrift für Detlef Merten, Heidelberg 2007, S. 235-246.

3.1.6.1.4 Weitere Veröffentlichungen

von Arnim, Hans Herbert/Heiny, Regina/Ittner, Stefan, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, FÖV Discussion Papers 35, Speyer 2007.

Daramus, Carmen, Dritte Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Herford: Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt Herford, Speyer 2007.

Daramus, Carmen, Dritte Bürgerbefragung im Rahmen des Bürgerpanels. Ergebnisse der Stadt Viernheim: Innenstadtmarketing - Tabellenband, Speyer 2007.

Jansen, Dorothea, Theoriekonzepte in der Analyse sozialer Netzwerke. Entstehung und Wirkungen, Funktionen und Gestaltung sozialer Einbettung, FÖV Discussion Papers 39, Speyer 2007.

Klages, Helmut/Daramus, Carmen, Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar. Ergebnisse der ersten Hauptstudie, Speyer 2007.

Mühlenkamp, Holger/Glückner, Andreas, Rechtsvergleich Doppik – Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen, Kapitel 1: Wertansätze (in der Eröffnungsbilanz), bisher unveröffentlichter Teil der Gesamtpublikation „Rechtsvergleich Doppik“, Speyer 2007; Gesamt-Veröffentlichung durch Projektträger für 2008 geplant.

Mühlenkamp, Holger/Glückner, Andreas, Rechtsvergleich Doppik – Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen, Kapitel 2: Haushaltsausgleich, bisher unveröffentlichter Teil der Gesamtpublikation „Rechtsvergleich Doppik“, Speyer 2007; Gesamt-Veröffentlichung durch Projektträger für 2008 geplant.

3.1.6.2 Vorträge

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Die europäische Union – Ziele, Chancen, Gefahren“ gehalten im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas, veranstaltet von Mehr Demokratie am 24. März 2007 in Berlin.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Wohin treibt Europa?“ gehalten bei der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft am 18. April 2007 in Frankfurt.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Organisierte Unverantwortlichkeit in Politik und Wirtschaft“ gehalten bei der Fortbildungstagung des Bundesverbandes Dentalhandel am 7. Mai 2007 in Hamburg.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Wohin treibt Europa?“ gehalten bei der Konferenz „EU-Verfassung – Perspektiven und Alternativen“, veranstaltet von der Ökologisch-Demokratischen Partei am 16. Juni 2007 in Frankfurt.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Hilft eine europäische Streitkultur gegen das EU-Demokratiedefizit?“ gehalten anlässlich einer Podiumsdiskussion mit dem rheinland-pfälzischen Justizminister Heinz Bamberger und dem Richter am EuGH Sir Konrad Schiemann, Europäische Rechtsakademie, am 8. Mai 2007 in Mainz.

von Arnim, Hans Herbert, Festvortrag „Die Freien Wähler – Bannerträger der kommunalen Demokratie“ gehalten anlässlich des 95jährigen Jubiläum der Freien Wählergruppe Neustadt am 15. September 2007 im Hambacher Schloss.

von Arnim, Hans Herbert, „Lobbying in Berlin und Brüssel“, Keynotespeech auf dem Club-Event des Clubs of Logistics, am 13. November 2007 in Luxemburg.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Was ist faul in unserem Staat?“ gehalten in der Stadthalle von Tuttlingen, Volkshochschule Tuttlingen, am 29. November 2007 in Tuttlingen.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Wie nachhaltig ist unser politisches System?“ gehalten im Rahmen der „Bayreuther Vorträge zum Recht der Nachhaltigen Entwicklung“ an der Universität Bayreuth am 4. Dezember 2007 in Bayreuth.

von Arnim, Hans Herbert, Vortrag „Defizite in Staat und Verwaltung“ gehalten beim Arbeitskreis Schule und Verwaltung der Unternehmerverbände in Südhessen am 11. Dezember 2007 in Darmstadt.

Blümel, Albrecht/Kloke, Katharina, Vortrag „Professionalisierungsprozesse im deutschen Hochschulsystem“, gehalten bei der Tagung „Dezentrale Personalbudgetierung“ der deutschen Universitätskanzler 2007 an der Universität Gießen am 20. September 2007.

Blümel, Albrecht/Kloke, Katharina, Vortrag „Professionalisierungsprozesse im deutschen Hochschulsystem: neuere Tendenzen und Forschungsansätze“, gehalten beim Tag des Wissenschaftsmanagements des ZWM Speyer an der TU Braunschweig am 23. Oktober 2007.

Daramus, Carmen, Vortrag „Einstellungen der politischen Entscheidungsträger in den Modellkommunen des Lokalen Bürgerpanels“ gehalten bei der Beiratssitzung/Hans-Böckler-Stiftung, 2007 in Düsseldorf.

Daramus, Carmen, Vortrag „Das Lokale Bürgerpanel – Entwicklung, Konzept und Potenzial“, gehalten beim Arbeitskreis 4 „Perspektiven der lokalen Bürger(innen)gesellschaft“/Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement am 19. April 2007 in Kassel.

Daramus, Carmen, Vortrag „Das Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar“ gehalten beim Procedere-Verbundtreffen/Procedere – Verbund für Prozedurale Praxis in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am 15. Juni 2007 in Mannheim.

Daramus, Carmen, Vortrag „Der Bürgerhaushalt in Lichtenberg – Teilnehmerzahlen und Teilnahmeverhalten“, gehalten beim Arbeitskreis 4 „Perspektiven der lokalen Bürger(innen)gesellschaft“/Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement am 19. Juni 2007 in Mainz.

Daramus, Carmen, Vortrag „Das Lokale Bürgerpanel in der kommunalen Praxis“ gehalten im Hauptseminar Modelle lokale Bürgerbeteiligung/Universität Heidelberg am 14. Juli 2007 in Heidelberg.

Daramus, Carmen, Vortrag „Der Bürgerhaushalt als Bürgerbeteiligungsverfahren“ gehalten anlässlich eines Expertengesprächs „Participatory Engineering“ am 23. Juli 2007 im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Mannheim.

Daramus, Carmen, Vortrag „Bürgermonitoring der Metropolregion Rhein-Neckar: Bürgerbefragung mit Online-Komponente“ gehalten anlässlich der Nacht der Wissenschaft, GESIS-ZUMA, am 10. November 2007 in Mannheim.

Färber, Gisela, Vortrag „Alterssicherung im öffentlichen Dienst“ gehalten im Rahmen einer Anhörung der Fraktion der Grünen im Landtag Baden-Württemberg am 16. April 2007 in Stuttgart.

Färber, Gisela, Vortrag „Alterssicherung im öffentlichen Dienst“ gehalten im Rahmen des Schöneberger Forums des DGB am 14. November 2007 in Berlin.

- Heidler, Richard*, Vortrag „Eine methodenkritische Betrachtung zu Richard Münch, Die akademische Elite“ gehalten anlässlich des internen Workshops 8 der Forschergruppe „Governance der Forschung“, „Nationale und Europäische Forschungsförderung“ am 21. September 2007 in Speyer.
- Heidler, Richard*, Vortrag „Zur Evolution sozialer Netzwerke – theoretische Implikationen einer akteursbasierten Methode“ gehalten anlässlich der Tagung: Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften – Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main am 27./28. September 2007 in Frankfurt.
- Hohn, Hans-Willy*, Vortrag „Transferprozesse in der Materialforschung – ein theoretischer Rahmen“ gehalten auf dem Workshop „InnoMat“ am 19. Januar 2007, Fh-ISI Karlsruhe.
- Hohn, Hans-Willy*, Vortrag „Forschungspolitik im kooperativen Föderalismus. Genese und Funktionsweise“ gehalten an der Universität Trier am 27. Juni 2007 in Trier.
- Hohn, Hans-Willy*, Vortrag „Transferstrukturen in der deutschen Materialforschung im Licht neuer Experteninterviews“ gehalten anlässlich des Workshops „InnoMat“, FZK, am 19. Oktober 2007 in Karlsruhe.
- Hohn, Hans-Willy*, Vortrag „Auswirkungen der Hausanordnung zur direkten Projektförderung“ gehalten anlässlich der Präsentation beim Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Meyer-Krahmer im Bundesministerium für Bildung und Forschung am 30. Oktober 2007 in Bonn.
- Hohn, Hans-Willy*, Vortrag „Reform des Modells Fraunhofer – Design und Wirkung der neuen Anreizstruktur“ gehalten anlässlich des Workshops InnoMat, FZK, am 12. November 2007 in Karlsruhe.
- Hohn, Hans-Willy*, Vortrag „Governance von Forschungs- und Transferprozessen – Entwurf eines Buchkapitels“ gehalten anlässlich des Workshops „InnoMat“, FZK, am 7. Dezember 2007 in Karlsruhe.
- Jansen, Dorothea*, Vortrag „Die Arbeitsebene der Forschung: Latenz der Umsetzung neuer Governance und Wirkung auf die Leistungsfähigkeit“ gehalten auf der Wissenschaftspolitischen Tagung „Neue Governance für die Forschung“ am 14./15. März 2007, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Berlin.
- Jansen, Dorothea*, Vortrag „Competition for funding and effects on research and network strategies and on performance of research groups“ gehalten anlässlich der Villa Vigoni Tagung des Wissenschaftsmanagements 2007 am 16./18. Juli 2007 in Lovenno di Menaggio (Como), Italien.
- Jansen, Dorothea/Heidler, Richard/von Görtz, Regina*, Vortrag „Differenzierung und Kooperation in Forschungsgruppen. Analysen zur performanzspezifischen Selbstbildern und Kooperationsstrategien“ gehalten anlässlich des internen Workshops 8 der Forschergruppe „Governance der Forschung“, „Nationale und Europäische Forschungsförderung“ am 20./21. September 2007 in Speyer.

Jansen, Dorothea/Pruisken, Insa/Semmet, Tobias, Vortrag „Nationale und europäische Forschungsförderung. Auswirkungen auf die Hochschul- und Forschungspolitik sowie die Mikroebene der Forschung“ gehalten anlässlich des internen Workshops 8 der Forschergruppe Governance der Forschung am 20./21. September 2007 an der Universität Hamburg.

Klages, Helmut, Vortrag „Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg. Eine neue Etappe der Bürgerbeteiligung?“ gehalten bei einer Fachkonferenz zum Thema „Evaluation von Bürgerhaushalten und partizipativer Demokratie“ im Centre Marc Bloch am 5. Januar 2007 in Berlin.

Klages, Helmut, Vortrag „Entstehung, Bedeutung und Zukunft der Werteforschung“ gehalten im Rahmen des 23. Hamburger Symposiums zur Methodologie der Sozialpsychologie an der Universität Hamburg am 12. Januar 2007 in Hamburg.

Klages, Helmut, Vortrag „Reformunwillig, egoistisch und faul? – Wertewandel in Deutschland“ gehalten an der Medizinischen Fakultät der Universität des Saarlandes am 24. Januar 2007 in Bad Homburg.

Klages, Helmut, Vortrag „Stärkung der Zivilgesellschaft durch freiwilliges Engagement – Wie lässt sich vorhandenes Potenzial aktivieren?“ gehalten im Rahmen einer Perspektiv-Konferenz des BMFFSJ am 19. April 2007 in Bergisch-Gladbach.

Klages, Helmut, Vortrag „Zivilgesellschaft stärken – Definitionen, Visionen und Praxis der Engagementpolitik: „Zwischenruf“ aus der Perspektive der Beteiligungsforschung“ gehalten im Rahmen der 37. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerschaft und aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12. Oktober 2007 in Berlin.

Klages, Helmut, Vortrag „Gesellschaftlicher Wertewandel – Bestandsaufnahme und Perspektiven“ gehalten im Rahmen der 5. Regionaltagung der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften im Kreis Steinfurt am 14. November 2007 in Emsdetten.

Klages, Helmut, Vortrag „Verschleudert dieser Staat seine Humanressourcen?“ gehalten im Rahmen eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Vom Wohlfahrtsstaat zum Sozialstaat – Sind wir am Ende der Reformen angekommen?“ am 17. November 2007 in Mainz.

Klages, Helmut, Vortrag „Die Bedeutung des Ehrenamts“ gehalten im Rahmen einer Fachkonferenz des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg am 5. Dezember 2007 in Hamburg.

Krücken, Georg, Vortrag „Turning the University into an Organizational Actor: Conceptual Ideas and Research Perspectives“, gehalten im Rahmen der Konferenz des „Research Network on the Relations between University, Culture, Society and the Economy“ an der Universität Uppsala am 24. Januar 2007 in Uppsala/Schweden.

Krücken, Georg, Vortrag „Universitäten im Wandel – neo-institutionalistisch betrachtet“ gehalten im Kolloquium des Instituts für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der EG (IAAEG) an der Universität Trier am 11. Juni 2007 in Trier.

Krücken, Georg, Vortrag "The Bologna Process in European Higher Education: Some Lessons from the German Case" gehalten am Center for Studies in Higher Education, UC Berkeley am 20. September 2007 in Berkeley/USA.

Krücken, Georg, Vortrag "Organizational Fields and Competitive Groups in Higher Education: Some Lessons from the Bachelor/Master Reform in Germany" gehalten am Scandinavian Consortium on Organizational Research (SCANCOR), Stanford University am 1. Oktober 2007 in Stanford/USA.

Krücken, Georg, Vortrag "Netzwerke im Wissenschaftssystem aus Sicht der Organisations- und Wissenschaftsforschung" gehalten beim Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM), Tag des Wissenschaftsmanagements 2007 an der Technischen Universität Braunschweig am 22. Oktober 2007 in Braunschweig.

Krücken, Georg, Vortrag „RisikoGesellschaft: Wie wir Gefahren kollektiv wahrnehmen und entscheiden“ gehalten anlässlich der Bayreuther Dialoge, Universität Bayreuth am 27. Oktober 2007 in Bayreuth.

Krücken, Georg, Vortrag „Die Transformation der Universität. Überlegungen zu den Effekten von Exzellenzprogrammen“ gehalten anlässlich der IFQ-Jahrestagung „Exzellente Wissenschaft im 21. Jahrhundert oder Harvard weltweit in fünf Jahren? Ziele, Voraussetzungen und Problemlagen von Förderprogrammen im internationalen Vergleich“, Wissenschaftszentrum Berlin am 7. Dezember 2007 in Berlin.

Krücken, Georg/Blümel, Albrecht, Vortrag „Wissenschaftler/innen als Wissenschaftsmanager/innen – Herausforderungen des Wissenschaftsmanagements?“, gehalten im Rahmen des Symposiums: „Wohin mit uns? Science Fiction – oder zwischen Bricolage und Struktur: Die WissenschaftlerInnen der Zukunft“ Ein Symposium von und für Postdocs gefördert von der VW-Stiftung, zur Zukunft von Forschenden, Lehrenden und Universitäten am 25. September 2007 in Berlin Brandenburgischen Akademie, Berlin.

Krücken, Georg/Kimmler, Johanna, Vortrag „Die Akzeptanz von Bachelorabschlüssen bei deutschen Großunternehmen: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde“, gehalten bei der 2. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung am 3. Mai 2007 in München.

Krücken, Georg/Lange, Stefan, Vortrag „Neuer gesellschaftlicher Legitimierungsbedarf der Wissenschaft – Veränderungen der Wissenschaftsgovernance“ gehalten anlässlich der deutsch/französischen Tagung „Exzellenz durch Steuerung“, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), am 29. November 2007 in Berlin.

Lange, Stefan/Krücken, Georg, Vortrag „Doing the „Two-step“ in University Research: How Academics Adapt to NPM in Research Policies and University Management“, gehalten bei Jahrestagung der European Group on Organizational Studies (EGOS), Wirtschaftsuniversität Wien am 5. Juli 2007 in Wien.

Margies, Burkhard, Vortrag „Möglichkeiten der Umsetzung bürgerorientierter Verwaltungssprache in der Kommunalverwaltung“ gehalten auf dem 3. Workshop „Kommunales Beschwerdewesen“, Verwaltung der Stadt Mönchengladbach, am 4. September 2007 in Mönchengladbach.

- Margies, Burkhard*, Vortrag „Nachhaltige Veränderung des behördlichen Sprachstils“ gehalten beim Forum Bürgerorientierte Behördensprache: Adressatengerechte Modernisierung der Verwaltungskommunikation, Messe Moderner Staat 2007 am 28. November 2007 in Berlin.
- Mühlenkamp, Holger*, Vortrag „Die deregulierte Hochschule aus ökonomischer Sicht: Zur Reform der Professorenbesoldung“ gehalten beim Zentrum für Wissenschaftsmanagement am 6. Februar 2007 in Speyer.
- Mühlenkamp, Holger*, Vortrag „Zur Aussagekraft von Kameralistik und Doppik“, gehalten beim Führungskräfteseminar des BTB „Kameralistik versus Doppik – Kosten und Nutzen in der Verwaltung“ am 18. Oktober 2007.
- Mühlenkamp, Holger*, Vortrag „Tendering or Direct Awarding of Public Services” – Plea for the Right to Choose for Territorial Authorities, NEELS 14th Meeting of Local Elected Representatives, am 25./26. Oktober 2007 in Uppsala.
- Mühlenkamp, Holger*, Vortrag „Heterogenität und Standardisierungsbedarf im öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesen – Ein Überblick“, gehalten bei der 3. Hamburger Fachtagung zur Reform des staatlichen Rechnungswesens am 9. November 2007 in Hamburg.
- Mühlenkamp, Holger*, Vortrag „Leistungsbezahlung: Was Sie kostet – was sie nutzt“ gehalten anlässlich des 10. Schöneberger Forums des DGB am 13./14. November 2007 in Berlin.
- Mühlenkamp, Holger*, Vortrag „Die Strafrechtspflege als Unternehmen’ – Zur Privatisierung von Gefängnissen aus ökonomischer Perspektive“ gehalten anlässlich der Fachtagung Privatisierung in der Strafrechtspflege der kriminologischen Zentralstelle am 3./4. Dezember 2007 in Wiesbaden.
- Vetters, Larissa*, Vortrag “Visions of a better future and strategies of securing livelihood in encounters with a changing state in contemporary Bosnia and Herzegovina” gehalten im Rahmen des Workshops „Towards an Anthropology of Hope? Comparative Post-Yugoslav Ethnographies, University of Manchester, am 9.-11. November 2007 in Manchester.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie“, gehalten anlässlich des Informationsgesprächs des Verbands Region Rhein-Neckar und der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, 16. Februar 2007 in Mannheim.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Anforderungen, Gestaltungsoptionen, Rechtsanpassungsbedarf“, gehalten anlässlich des Informationsgesprächs im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie am 6. März 2007 in München.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Anforderungen, Gestaltungsoptionen, Rechtsanpassungsbedarf“, gehalten auf der Sitzung der Projektgruppe Verwaltungsreform der Bayerischen Staatskanzlei am 6. März 2007 in München.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Gründung in sieben Tagen und Einheitlicher Ansprechpartner – Impulse aus Europa für mehr Gründungsdynamik“, gehalten

auf dem 3. ISWA-Seminar 2007 „Mehr Unternehmergeist braucht das Land – Selbständigkeit als Chance“ am 17. April 2007 in Berlin.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Kammern als einheitliche Ansprechpartner“, Impulsreferat, gehalten auf dem Kammerrechtstag 2007 des Instituts für Kammerrecht am 14. September 2007 in München.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Zugang zu Informationen privater Unternehmen, die öffentliche Aufgaben erfüllen“, gehalten auf dem Koreanisch-Deutschen Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow) am 15. September 2007 in Speyer.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Das System des einheitlichen Ansprechpartners“, gehalten auf dem 1. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht „Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – Chancen und Risiken für Deutschland“ der Universität Bayreuth (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Stefan Leible) am 28. September 2007 in Bayreuth.

Windoffer, Alexander, Vortrag „Bündelung von Dienstleistungen und Bürokratieabbau – Ein Blick auf die Herausforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie an die öffentliche Verwaltung“, gehalten auf der Tagung „Organisation komplexer Dienstleistungen“ der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen) am 18. Oktober 2007 in Speyer.

3.2 Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

3.2.1 Leitung

Leiterin der Sektion: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Stellvertreterin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Sektionsreferent: Dipl.-Volkswirt Dr. rer. pol. *Nils Otter* (bis 29.2.2008)
N.N.

3.2.2 Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bauer*, Potsdam

Univ.-Prof. Dr. *Bernard Dafflon*, Fribourg (Schweiz)

Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Univ.-Prof. Dr. *Thomas König*, Mannheim

em. Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera*

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf*

Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*

Univ.-Prof. Dr. *Ulrich Stelkens*

Univ.-Prof. Dr. *Joachim Wieland*

3.2.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2009-2013

Mit dem Ausdruck „Mehrebenensysteme“ umschreibt die Politikwissenschaft seit einigen Jahren die Analyse von Binnenstrukturen des öffentlichen Sektors, bei der die Interaktionen zwischen verschiedenen konstitutionell oder funktional selbständigen Ebenen im Mittelpunkt stehen. Die Etablierung einer supranationalen Ebene in Europa sowie die Herausforderungen im Rahmen der Globalisierung haben die Grenzen nationaler Problemlösungsmuster und traditioneller staatlicher Steuerungsinstrumente erkennbar werden lassen. Neue Interaktionsmuster haben sich etabliert, wobei sich die Politikwissenschaft verstärkt den Akteuren und ihren Interaktionen sowie den Auswirkungen dieser „Netzwerke“ auf die Problemlösungsfähigkeit und auf die Art und Weise der Steuerung des öffentlichen Sektors (Stichwort: „*governance*“) gewidmet hat.

Mit den ihnen jeweils typischen Ansätzen haben auch die Rechtswissenschaft und die Volkswirtschaftslehre auf die entsprechenden Entwicklungen reagiert. Die Veränderungen von mehr oder weniger formalen Verhandlungsnetzen und Kooperationen hat Auswirkungen auf die Binnensteuerungsfähigkeit des Rechts. Eine hierarchische Beschränkung von Kompetenzen verliert angesichts von Absprachen und Kooperationen ihre Wirkmächtigkeit, zumal wenn die jeweiligen Gebiets-

körperschaften miteinander verstärkt konkurrieren. Die Globalisierung selbst hat darüber hinaus zusätzlichen Kooperationsbedarf bewirkt, welcher die Schaffung von Vertragswerken und neuen supra- und internationalen Institutionen bzw. eine Veränderung der bestehenden Regelwerke und Institutionen erfordert.

In der Wirtschaftswissenschaft spiegeln sich diese Entwicklungen insbesondere in der Föderalismus­theorie wider. Die normativen Konsequenzen aus dem traditionell funktionalen Ansatz der „Public Finance“, die sowohl die kommunalen Gebietskörperschaften als auch Europa als integrative Einheiten eines föderativen Mehrebenensystems angesehen hat, wurden in den letzten 30 Jahren durch die Erkenntnisse der „Public Choice“-Analyse relativiert. Daraus resultierten Forderungen nach verstärkter Dezentralisierung sowie der Implementation von binnenstaatlichen Wettbewerbsstrukturen zur Intensivierung der politischen Kontrolle. In jüngster Zeit fokussiert außerdem die Neue Institutionenökonomie die Interdependenz zwischen Akteuren, Institutionen und Regelwerken bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Effizienz staatlicher Institutionen. Von der theoretischen wie von der empirischen Seite werden überdies Probleme des nationalen und internationalen Finanzausgleichs thematisiert.

Gemeinsamer Forschungsgegenstand aller am FÖV vertretenen Disziplinen unter dem Etikett „Mehrebenenpolitik“ ist die Analyse von Handlungserfordernissen und –mustern *innerhalb* des öffentlichen Sektors, an der *mindestens zwei* föderative Ebenen (im funktionalen Sinn, d.h. einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Europa sowie anderer supranationaler Organisationen) interaktiv beteiligt sind oder bei denen nachgeordnete Ebenen über die Grenzen ihrer nationalen Systeme hinaus und ohne direkte Beteiligung der nationalen Regierungen direkt miteinander kooperieren. Der Schwerpunkt der Untersuchungen wird dabei auf der Analyse der Binnenstrukturen und ggf. ihrer Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit des öffentlichen Sektors liegen, weniger auf der Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft/Markt oder auf Steuerungsproblemen, welche auch unabhängig von der Mehrebenenproblematik analysiert werden können (→ Sektion III).

Die Forschungsansätze der Sektion zur Analyse der Mehrebenenpolitik sollen sich einerseits durch interdisziplinäre Vielfalt auszeichnen, andererseits aber auch bei einer kritischen Analyse durch Gutachter und Gutachterinnen aus den Ursprungsdisziplinen Bestand haben. Es gilt, die Erkenntnisse aus den anderen Wissenschaftsdisziplinen auf den Erkenntnisgegenstand „Staat und Verwaltung“ anzuwenden. Vor diesem Hintergrund ist der empirische Bezug auf der Basis einer aus den Grundlagendisziplinen abgeleiteten theoretischen Fundierung von zentraler Bedeutung. Auf diesen theoretischen Erkenntnissen aufbauend liegt in methodischer Hinsicht ein gemeinsamer Schwerpunkt der Forschung im Bereich der Komparatistik. Die Methodik des institutionellen Vergleichs erweist sich insbesondere für solche Fragestellungen als zweckdienlich, die sich nicht allein anhand theoretischer Überlegungen klären lassen bzw. die einen starken Bezug zu interdisziplinären Problemstellungen besitzen. In internationaler Perspektive weisen sowohl die bestehenden Verfassungssysteme und Verwaltungsstrukturen als auch die korrespondierenden föderalen Finanzbeziehungen eine sehr große Heterogenität auf, so dass ihre Vergleichbarkeit nicht *prima facie* gegeben ist.

Die Forschung der Sektion konzentriert sich daher im Bereich der *Grundlagenforschung* einerseits auf die Weiterentwicklung geeigneter theoretischer Analysekonzepte und andererseits auf den Aufbau entsprechender empirischer Datenbestände. Dies gilt sowohl für den Bereich der Rechtswissenschaft, wobei der Vergleich der Rechtslage und der Rechtspraxis in unterschiedlichen Staaten im Sinne eines Rechts- und Verwaltungskulturvergleichs weiter vertieft werden soll, als auch für die sozialwissenschaftlichen Forschungsdisziplinen, zumindest sobald der zuweilen restriktive Rahmen rein modellorientierter Forschung zugunsten einer Analyse bestehender Institutionen verlassen wird (Stichwort: „*comparative institutional analysis*“). Im Hinblick auf die *Anwendungsorientierung* der Sektionsforschung soll es insbesondere durch die vergleichende empirische Analyse ermöglicht werden, die Zielkonflikte der jeweiligen Mehrebenensysteme festzustellen und damit die in der Praxis implementierten Lösungsmöglichkeiten auf ihre Leistungsfähigkeit zu untersuchen. Inhaltlich konzentriert sich das Forschungsprogramm der Sektion in den nächsten Jahren auf die nachfolgenden zwei Themenschwerpunkte:

3.2.3.1 Der Europäische Verwaltungsraum – Formelle und informelle Strukturen und Prozesse

Der Leitbegriff des Europäischen Verwaltungsraums geht davon aus, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht nur eine Rechtsgemeinschaft bilden, sondern sich zunehmend auch zu einer Verwaltungsgemeinschaft entwickeln. Zu seiner empirischen und wissenschaftlichen Erfassung und Durchdringung bedarf es einer interdisziplinären Forschungsstrategie aus verwaltungs-, rechts-, politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Trotz der Aufrechterhaltung des unionsrechtlichen Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung und der damit verbundenen Betonung einer „Verwaltungsautonomie“ der Mitgliedstaaten ist mittlerweile ein hoher Grad an Verflechtung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen wie zwischen den nationalen Verwaltungsräumen entstanden.

Die nur teilweise formalisierten Strukturen und Prozesse der zu beobachtenden Interaktionen sind bislang wenig erforscht. Während etwa die Europäisierung des Verwaltungsrechts schon seit längerem die Aufmerksamkeit der Rechtswissenschaft und der Verwaltungswissenschaft gefunden hat, fehlt es weiterhin an einer eingehenden Untersuchung der Konvergenzphänomene, ihrer Ursachen jenseits der so genannten funktionalen – durch gemeinschaftsrechtliche Erfordernisse induzierten – Konvergenzen, ihrer Reichweite, ihrer rechts- und verwaltungskulturellen Voraussetzungen sowie ihrer Auswirkungen auf die Interaktionen der Verwaltungen. Hinsichtlich der interadministrativen Kooperation und deren Vernetzung im Funktionsgefüge des Europäischen Verwaltungsraums bedürfen neue Formen der Verkoppelung von Sachverstand, Aufgabenzuschnitt und Verwaltungskapazität näherer Erforschung. Dies gilt etwa im Rahmen der sog. Komitologie oder der europäischen Agenturen im vertikalen und horizontalen Regulierungsverbund, aber auch allgemeiner bei der erforderlichen Aufgaben- und Verfahrensdifferenzierung in den einzelnen Politikbereichen im Hinblick auf initiiierende, exekutierende, kontrollierende oder sanktionierende Funktionen der verschiedenen Verwaltungsebenen. Herauszuarbeiten sind ferner gemeinsame Handlungsgrundlagen der öffentlichen Verwaltungen als Basis für neue – unions- und

mitgliedstaatsrechtlich adäquate – Gestaltungsformen im Europäischen Verwaltungsraum. Dazu gehört die Entwicklung gemeinsamer Standards im Verwaltungsverfahren, im Rechtsschutz oder auch der Verwaltungsorganisation auf komparatistischer Grundlage ebenso wie die Erfassung und Analyse eines bereits vorhandenen „non-formalized administrative acquis communautaire“ (SIGMA Papiere der OECD), der von der Europäischen Union vorauszusetzen ist.

Der Forschungsschwerpunkt „Der Europäische Verwaltungsraum“ nimmt Strukturen und Prozesse in der institutionellen Ordnung des europäischen Mehrebenensystems nicht nur phänomenologisch in den Blick, sondern macht auch sektorspezifische, d.h. an Politikfeldern ausgerichtete Entwicklungen zum Gegenstand der Forschung, wie die geplanten und erwogenen Forschungsprojekte im Rahmen der Sektion für die überschaubare Forschungsperiode im Einzelnen veranschaulichen.

3.2.3.2 Analyse und Vergleich föderaler Systeme

Föderative Staaten gehören bereits begriffsbedingt zu den Mehrebenensystemen. Ihre Konstruktionsmuster erleben seit einigen Jahren eine wachsende Bedeutung auch im Hinblick auf Konfliktlösungsmuster in multi-ethnisch strukturierten Staaten. Darüber hinaus versprechen sich vor allem Ökonomen von föderativen Strukturen einen kleineren und effizienteren, insgesamt aber auch den Präferenzen der Wählerinnen und Wähler stärker entsprechenden Staatssektor. Bemerkenswerterweise findet in den bisher zentralistisch oder unitarisch organisierten Staaten ebenfalls ein Prozess der Verlagerung von Kompetenzen und Ausdifferenzierung regionaler Eigenheiten statt. Dieser Prozess wird zur Unterscheidung von der originär föderativen Staatsordnung Regionalisierung genannt. Gemeinsam ist den Entwicklungen in beiden Staatstypen außerdem, dass insbesondere auch eine Dezentralisierung von staatlichen Aufgaben auf nachgelagerte, autonome und teilautonome Ebenen diskutiert wird. Zumindest prima facie ist eine Konvergenz der institutionellen Strukturen zu erwarten.

Ziel des Forschungsschwerpunktes ist es, die Entwicklungen in den föderativen und in den sich „regionalisierenden“ Staaten aufzuarbeiten und unter Heranziehung theoretisch fundierter Bewertungskriterien zu evaluieren. Dabei sind sowohl die rechtlich-institutionellen Arrangements und Regelwerke bezüglich ihrer Steuerungsfähigkeit durch die Politik bzw. die öffentliche Verwaltung von Bedeutung, als auch die stärker normativ geprägten Ansätze der Theorie des „Fiscal Federalism“ und deren praktische Umsetzung in die Verwaltungspraxis. Auch die räumlichen Auswirkungen des Wandels der föderativen und regionalen Beziehungen sind für weitergehende Forschungen von großem Interesse: Welchen Einfluss haben sie auf die räumliche ökonomische Entwicklung, die Einkommenssituation der Menschen, das Wanderungsverhalten, auch auf das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der herkömmlichen Nationalstaaten, und welche Rückwirkungen sind wiederum von diesen Entwicklungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in Politik und Verwaltung zu erwarten? Die Methode des empirischen Vergleichs dient vor diesem Hintergrund dazu, theoretische Hypothesen angesichts unterschiedlich ausgestalteter föderaler Systeme zu testen und wiederum neue

Erkenntnisse für die Erklärung von Wirkungszusammenhängen oder politischen Gestaltungsempfehlungen zu gewinnen.

Weiterhin stellt sich bei einem Vergleich föderativer Systeme die Frage, welche Akteure in welchen Einheiten fungieren und welche Handlungsspielräume vorhanden sind. Anschaulichstes Beispiel für diese Fragestellung der politikwissenschaftlichen Politikverflechtung(sfalle) dürfte die in Deutschland geführte Reformstau-Debatte bilden, bei der von manchen Beobachtern der Bundesrat als Bremser der notwendigen Reformen verantwortlich gemacht wird. Aus empirischer Sicht fällt jedoch auf, dass keine allgemeingültigen Ergebnisse vorliegen, d.h. lediglich Erkenntnisse aus ausgewählten Politikbereichen, aus einzelnen Perioden und nur in geringer Zahl. Historisch-quantitative Untersuchungen fehlen ebenso wie Analysen, die der relativen Erklärungskraft einzelner Merkmale und Erklärungsansätze nachgehen. Sind etwa der Bundesrat oder die Parteien verantwortlich, und gibt es noch weitere Faktoren bei der Beurteilung von Handlungsspielräumen, die noch nicht zur Diskussion standen? Diese am Beispiel von Deutschland aufgezeigten Defizite treffen durchaus auch auf andere föderale Systeme zu.

Berührungspunkte zu anderen Forschungsschwerpunkten

Berührungspunkte zu anderen Forschungsschwerpunkten am Institut bestehen zum Forschungsschwerpunkt „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ der Sektion I und zu den beiden Forschungsschwerpunkten „Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen“ sowie „Öffentlich-Private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften“ der Sektion III. Mit dem Schwerpunkt „Regulierung“ verbindet das hier skizzierte Forschungsprogramm das Interesse an der Wirkungsweise verschiedener Regelungsinstrumente, insbesondere der verstärkte Einsatz von Anreiz- und Marktmechanismen bei rechtlicher Deregulierung. Hier lässt sich auch ein deutlicher Einfluss der EU auf die nationale Ebene feststellen. Kooperationsarenen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren spielen im Forschungsprogramm sowohl bei der Politikdefinition (z.B. Komitologie, Beratungsverfahren) als auch bei der Politikimplementierung eine große Rolle.

Der Bezug auf den Schwerpunkt „Neue Formen von öffentlichem Management und Governance“ der Sektion I ergibt sich aus der Ähnlichkeit der nationalen und europäischen Modernisierungs- und Reformprozesse und der Notwendigkeit, effektive und effiziente Governancestrukturen zu entwickeln. Ein wichtiges Ergebnis der am FÖV koordinierten DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“ ist die Bedeutung der Verzahnung von organisationsinterner Governance von Universitäten und Forschungseinrichtungen und externer Governance im Sinne des Wettbewerbs um Forschungsförderungsmittel mit erheblichem Einfluss auf die Reform(un-)fähigkeit der Organisationen. Ein geplantes institutionell finanziertes Projekt der Sektion II wird sich in Abstimmung mit einem im Rahmen der DFG-Forschergruppe finanzierten Projekt eines externen ordentlichen Mitglieds der Sektion I mit der Ausgestaltung der Wettbewerbsprogramme der EG insbesondere mit der Rolle alter und neuer intermediärer Akteure im europäischen Forschungsraum befassen. Das zur Fortsetzung der Förderung positiv begutachtete Teilprojekt „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“ aus der Sektion I wird hierzu

ferner Beobachtungen der Effekte der „Europäisierung“ auf der intraorganisationalen Ebene liefern.

3.2.4 Projekte

3.2.4.1 Der Europäische Verwaltungsraum

3.2.4.1.1 Laufende Projekte

II/1. König, T./von Hagen (ZEI Bonn)/Bräuninger (Universität Konstanz)/Luetgert (Speyer)/Mäder/Treutlein (ZEI Bonn): „Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Untersuchung der Unitarisierungsauswirkungen der Europäischen Union auf die Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten“

Laufzeit: 1.2.2004 bis 31.1.2008

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

1. Hintergründe

Der europäische Integrationsprozess hat dazu geführt, dass in vielen Politikbereichen nationale Handlungskompetenzen auf die Ebene der Europäischen Union (EU) übertragen wurden. Seit Mitte der 80er Jahre droht dadurch eine politische Unitarisierung, die kennzeichnend für viele föderative Systeme ist. Von besonderem Interesse ist aus politikwissenschaftlicher Sicht die seit einigen Jahren andauernde Diskussion um das parlamentarische Defizit, die zu einer stärkeren Einbindung des Europäischen Parlaments beigetragen hat. Eine andere, bislang wenig beachtete Möglichkeit, diese Debatte zu führen, dürfte die Frage nach der Entparlamentarisierung bei der Transposition von Richtlinien in nationales Recht sein: Je seltener eine parlamentarische Einbindung und je größer die Ähnlichkeit der nationalen Übertragungsmuster, desto größer wäre die politische Unitarisierung.

Das vorliegende Forschungsprojekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1142 „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“ für den Zeitraum vom 01.02.2004 bis 31.01.2008 gefördert. Dieses interdisziplinäre Projekt, das politik- und wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen miteinander verbindet, wird von Professor Dr. *Thomas König* (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer), Professor Dr. *Jürgen von Hagen* (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Universität Bonn) und PD Dr. *Thomas Bräuninger* (Universität Konstanz) geleitet.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt soll Aufschluss geben, wie groß das Ausmaß an Unitarisierung durch EU Rechtsetzung tatsächlich ist, wie sich diese im Laufe der Jahre entwickelt hat, in welchem Zusammenhang sie mit der wirtschaftli-

chen Entwicklung Europas und der Mitgliedstaaten steht und ob sie den normativen Aussagen der Theorie des fiskalischen Föderalismus entspricht. Dies impliziert drei Teilziele: Erstens die empirische Erfassung und Nachzeichnung dieses Prozesses, zweitens die Untersuchung der Gründe für die Unitarisierung und deren zu erwartenden unterschiedlichen Geschwindigkeiten, und drittens die Abschätzung der Folgen für die mitgliedstaatlichen Gesetzgebungskompetenzen.

3. Vorgehen

Das Projekt gliedert sich in zwei Arbeitsphasen, den Aufbau einer Datenbank und die empirische Analyse des erstellten Datenmaterials. In der ersten Phase wurde eine Datenbank, welche die Grundgesamtheit aller verbindlichen EU-Rechtsakte (Verordnungen, Entscheidungen, und Richtlinien) seit der Einheitlichen Europäischen Akte abdeckt, aufgebaut. Darüber hinaus wurden in diese Datenbank auch sämtliche nationalen Rechtsakte eingegeben, welche die Mitgliedstaaten der Kommission zur Richtlinienumsetzung gemeldet haben. Zur Erstellung wurde eine vollständige Erhebung der elektronisch verfügbaren Volltextinformationen zu den einzelnen europäischen und nationalen Rechtsakten durchgeführt, die anschließend mit speziell dazu entwickelter Software textanalytisch behandelt und für eine quantitative Analyse aufbereitet wurden.

In der zweiten Arbeitsphase wird die Dynamik des Unitarisierungsprozesses untersucht und ein polit-ökonomisches Modell formuliert, aus der Ableitung von Hypothesen über die Auswirkung von spezifischen exekutiv-legislativen Beziehungen auf die Umsetzungstätigkeit der Mitgliedstaaten dient. Weiterhin soll aus ökonomischer Sicht gefragt werden, ob die Umsetzungstätigkeit der Mitgliedstaaten von deren wirtschaftlichen Entwicklungen abhängt. Die Verbindung von Akteursinteressen, politischen Institutionen und wirtschaftlicher Entwicklung soll Aufschluss über die Unitarisierung in den Mitgliedsstaaten der letzten 20 Jahre liefern, um Einsichten und Erkenntnisse der bislang vorwiegend durchgeführten Fallstudien auf quantitativ-statistischer Basis zu überprüfen bzw. zu ergänzen.

4. Erwartete Ergebnisse

Erste deskriptive Analysen zeigen, dass der Grad der parlamentarischen Beteiligung bei der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien sowohl in den untersuchten Politikbereichen als auch in den Mitgliedstaaten und über die Zeit hinweg stark variiert. Vorläufige statistische Auswertungen deuten darauf hin, dass vor allem die Eigenschaften der jeweiligen Richtlinien, bspw. die Konfliktintensität innerhalb des Ministerrats oder auch der jeweilige Richtlinientyp, den Grad der Beteiligung der jeweiligen nationalen Parlamente bei der Richtlinienumsetzung stark beeinflussen.

II/2. Siedentopf/Speer: „Europafähigkeit als Reformanforderung für den öffentlichen Dienst von Bund und Ländern“

Laufzeit: 1.8.2005 bis 31.1.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die vielfältigen Anforderungen, welche eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union an den lange Zeit als nationale „domaine réservé“ verstandenen öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten stellt, sind nur unzureichend erforscht. Ursächlich dafür ist u. a. ein geringer gemeinschaftsrechtlicher Kodifizierungsgrad, der über das tatsächliche Ausmaß nicht normierter funktioneller Anforderungen, die sich unmittelbar aus der politisch-institutionellen Funktionsweise des europäischen Mehrebenensystems ableiten, hinwegtäuscht. Auch für Deutschland ist zu beobachten, dass die Befassung mit der Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes, von der die europäische „Leistungsbilanz“ eines Staats- und Verwaltungssystems entscheidend abhängt, bislang noch erhebliche Defizite aufweist.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Primäre Zielsetzung des Projekts ist die systematische Erarbeitung sowohl gemeinschaftsrechtlicher als auch zentraler funktioneller Anforderungen der europäischen Integration für den deutschen öffentlichen Dienst, wobei zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene zu differenzieren ist. Wissenschaftliche Grundlage sind die konzeptionellen Überlegungen zum Entstehen eines Europäischen Verwaltungsraums (Siedentopf/Speer, 2002 ff.), die dadurch gleichzeitig auf ihre Validität hin überprüft werden sollen. Die erstmalige Auswertung des heterogenen verwaltungspolitischen Diskurses zur Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes und der Versuch einer Kontrastierung mit der Verwaltungsrealität – soweit sich diese überhaupt der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit eröffnet – sowie ggf. die Formulierung von Reformempfehlungen begründen angesichts des großen Wissens- und Beratungsbedarfs die verwaltungspraktische Relevanz des Projekts.

3. Vorgehen

In einem ersten Schritt werden die gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen an den deutschen öffentlichen Dienst für die Bereiche der Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes, der Arbeitsplatzsicherheit, des Gesundheitsschutzes etc. diskutiert. Demgegenüber lassen sich funktionelle Anforderungen nur indirekt aus der allgemeinen Funktionsweise der Europäischen Union und aus den diesbezüglichen Aufgaben deutscher öffentlich Bediensteter auf der supranationalen, auf der bi- und multilateralen sowie auf der national-subnationalen Ebene ableiten. Angestrebt wird die Identifizierung von Anforderungsprofilen, die sich daraus sowohl für den Idealtypus des europafähigen Bediensteten als auch für die Personalpolitik (Ausbildung, Rekrutierung, Verwendungspla-

nung, Weiterbildung) des öffentlichen Dienstes ergeben (Soll-Zustand). Ihnen sollen die vielfältigen Europafähigkeitskonzepte gegenübergestellt werden, die für Bund, Länder und Kommunen in den letzten Jahren verabschiedet worden sind. Die zumindest partielle Einschätzung der tatsächlichen Wirkkraft solcher Konzepte (Ist-Zustand) als Vorbedingung für die Entwicklung von Reformstrategien ist wegen der Vertraulichkeit personalpolitischer Entscheidungen allerdings problembehaftet und wird, wenn überhaupt, nur inkrementalistisch und unter Verwendung eines qualitativen und quantitativen Methodenpluralismus zu verwirklichen sein.

4. Ergebnisse

Sowohl zu den gemeinschaftsrechtlichen und funktionellen Anforderungen als auch zur Auswertung der deutschen Europafähigkeitskonzepte von Bund, Ländern und Kommunen liegen Ergebnisse vor und sind teilweise bereits publiziert (s. u.). Wie erwartet, war es hingegen kaum möglich, tragfähige Erkenntnisse zur personalpolitischen Realität zu erhalten. Diesbezüglich muss einerseits auf bereits vorliegende empirische Ergebnisse zur Einstellung- und Entsendungspolitik (Siedentopf/Speer, 2004) zurückgegriffen werden, während andererseits im Rahmen eines Folgeprojekts (Siedentopf/Sommermann/Speer, 2008) nochmals versucht werden soll, die vorhandene Datenbasis zu ergänzen und auszudehnen.

5. Veröffentlichungen

B. Speer, Die Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), *Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung*, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, *Speyerer Forschungsberichte* 252, Speyer 2007, S. 127-148; *H. Siedentopf/B. Speer*, La notion d'espace administratif européen, in: J.-B. Auby/J. Dutheil de la Rochère (Hrsg.), *Droit Administratif Européen*, Brüssel: Editions Bruylant, 2007, S. 299-317; *B. Speer*, Projektbericht „Europafähigkeit“ [*erscheint 3. Quartal 2008*]; *B. Speer*, Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes und Europakompetenz öffentlich Bediensteter – Anforderungen des Europäischen Verwaltungsraums an das deutsche System, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann/J. Ziller (Hrsg.), *Verwaltungswissenschaft und Verwaltungspraxis in nationaler und transnationaler Perspektive*, Schriften zum Europäischen Recht, Berlin: Duncker & Humblot [*erscheint 2. Quartal 2008*]; *B. Speer*, „Competence for Europe“ as a Challenge for the Civil Service: Looking at Germany, in: J. Beck/F. Thedieck (Hrsg.), *The European Dimension of Administrative Culture*, Baden-Baden: Nomos [*erscheint 2. Quartal 2008*].

II/3. Siedentopf/Sommermann/Speer: „Entsendung deutscher öffentlich Bediensteter zur Europäischen Kommission“

Laufzeit: 1.2.2008 bis 30.11.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Europäische Kommission setzt in erheblichem Ausmaß Zeitbedienstete („non-permanent officials“) ein, unter denen die entsandten öffentlich Bediensteten der Mitgliedstaaten („seconded national experts“ = SNEs), die ca. 15 % der Positionen der Kategorie A ausfüllen, eine Sonderrolle einnehmen. Für die Bundesrepublik Deutschland, die bei den permanenten Kommissionsbediensteten unterrepräsentiert ist (sog. „Deutsche Delle“), ist die Entsendung von ständig ca. 150 Bundes- und Länderbediensteten eine attraktive Möglichkeit, einerseits deutsche Kenntnisse, Arbeitstechniken etc. in den Kommissionsapparat einzuspeisen und andererseits die Europakompetenz der entsandte Bediensteten zu steigern. Trotz der verwaltungspolitischen – und wegen der Weiterzahlung der Bezüge durch den deutschen Dienstherrn auch finanziellen – Bedeutung des Themas liegen jedoch noch kaum wissenschaftliche Untersuchungen hierzu vor.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Untersucht werden sollen zum einen die dienst- und organisationsrechtlichen Grundlagen der Entsendungspolitik sowie mögliche Normenkollisionen, die sich insbesondere hinsichtlich der aus Art. 33 Abs. 2 GG (Leistungsprinzip) abgeleiteten Beurteilungs- und Beförderungsgrundsätze des deutschen öffentlichen Dienstes ergeben könnten. Zum anderen soll versucht werden, über eine als Vollerhebung angelegte Befragung bzw. hilfsweise über Experteninterviews die Sichtweise der entsandten öffentlich Bediensteten auf die deutsche Entsendungspolitik zu eruieren, um so einen Einblick in die verwaltungspraktische Realität von Personalentscheidungen in diesem Bereich zu erhalten.

3. Vorgehen

Die methodische Konzeption des rechtswissenschaftlichen Teils folgt der üblichen disziplinären Praxis.

Für den verwaltungswissenschaftlichen Teil muss versucht werden, bisher nicht genutzte Zugangsmöglichkeiten zu dem bei den entsandten öffentlich Bediensteten vorhandenen Expertenwissen zu erschließen. Die geplante Befragung soll beim derzeitigen Kenntnisstand anhand folgender Vorannahmen strukturiert werden:

- a) Die öffentlich Bediensteten, die sich – auf rein freiwilliger Basis – für eine Entsendung entscheiden, sind nicht primär durch die Rahmenbedingungen des deutschen Systems motiviert;
- b) Sie sind vielmehr intrinsisch motiviert oder erwarten zusätzliche Vorteile auf der nationalen und/oder der supranationalen Ebene;

- c) Abhängig von den tatsächlichen Motivationen/Erwartungen der entsandten öffentlich Bediensteten ergeben sich unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich einer planmäßigen Rückkehr nach Deutschland oder eines in den deutschen Europafähigkeitskonzepten nicht vorgesehenen Verbleibs bei der EU;
- d) Die daraus abgeleiteten Handlungsstrategien werden kaum von den erkennbaren extrinsischen Anreizen des deutschen Systems bestimmt, wohingegen den Opportunitäten auf der supranationalen Ebene ggf. ein entscheidender Einfluss zukommt.

In der Zusammenschau des rechts- und des verwaltungswissenschaftlichen Teils sollen v. a. etwaige Reformnotwendigkeiten identifiziert und im Hinblick auf bestehende oder zu erwartende Reformhindernisse diskutiert werden.

4. Erwartete Ergebnisse

Ergebnisse liegen angesichts der kurzen Projektlaufzeit noch nicht vor.

5. Veröffentlichungen

Veröffentlichungen liegen angesichts der kurzen Projektlaufzeit noch nicht vor. Derzeit geplant sind neben einem Abschlussbericht ein Artikel zu den rechtlichen Regelungen/Problemen der Entsendung in einer rechtswissenschaftlichen Fachzeitschrift sowie ein Artikel zu den empirisch-quantitativen bzw. qualitativen Ergebnissen der Befragung respektive der Experteninterviews in einer politik- oder verwaltungswissenschaftlichen Fachzeitschrift.

3.2.4.1.2 Abgeschlossene Projekte

II/4. König, T./Daimer/Finke: „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“

Laufzeit: 1.1.2006 bis 31.12.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Der Prozess der Europäischen Verfassungsbildung fand in der Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs und dessen Unterzeichnung durch alle Mitgliedstaaten einen vorläufigen Höhepunkt. Den Durchbruch hierfür brachte erst die Vermittlung der irischen Präsidentschaft im Frühjahr 2004. Allerdings geriet der Ratifikationsprozess mit den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die das Interesse der breiten Öffentlichkeit auf den Verfassungsentwurf und die Debatte um Reform und Zukunft der Europäischen Union lenkten, ins Stocken. Mittlerweile haben 15 Mitgliedsstaaten erfolgreich parlamentarisch ratifiziert, jedoch trifft dies

lediglich auf zwei (Luxemburg und Spanien) der zehn Staaten zu, die Volksabstimmungen über den Vertrag angekündigt haben. Wenngleich die parlamentarischen Ratifikationshürden in vielen Ländern den hohen qualifizierten Erfordernissen für Verfassungsänderungen entsprechen, sieht dies bei Staaten mit Volksabstimmungen anders aus. Obwohl noch unklar ist, wie der Verfassungsentwurf gerettet werden kann, liegen derzeit alle Hoffnungen auf die im Anschluss an die selbst auferlegte Reflektionsperiode beginnenden deutsche Ratspräsidentschaft. Aufbauend auf den empirischen Quellen des EU Forschungsprojekts „Domestic Structures and European Integration“ soll ein entscheidender Beitrag zur Beantwortung dieser aktuellen Frage geleistet werden. Genauer gesagt sollen die Grenzen und Möglichkeiten eines Vertragsentwurfs über die Konflikthaftigkeit der verhandelten Themendimensionen und ihrer Perzeption auf der nationalen Ebene bestimmt werden.

2. Forschungsfragen / Zielstellung

Das Forschungsprojekt stellt die folgenden Fragen: Welche Interaktion besteht zwischen den formalen institutionellen Ratifikationserfordernissen und den Einstellungen und Meinungen zum europäischen Integrationsprozess auf Seiten der politischen Parteien und der Bevölkerungen? Welche inhaltlichen Dimensionen liegen den Erwartungen und Bewertungen der Parteien und Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten zugrunde? Wie unterscheiden sich diese Dimensionen in puncto Anzahl an Dimensionen und inhaltlicher Ausrichtung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat und welche Positionen nehmen die Akteure auf diesen Dimensionen ein, die einer Ratifikation zustimmen müssen? Zentral sollen in einem zweiten Schritt die Gründe für die unterschiedlichen Ratifikationssituationen herausgearbeitet werden: Sind es die institutionellen Hürden oder die inhaltlichen Faktoren, die Wahrscheinlichkeiten für Erfolg und Scheitern in den Mitgliedstaaten bedingen? Inwieweit unterscheiden sich die Prozessmerkmale? Schließlich sollen in einem dritten Schritt die Besonderheiten von Referenden untersucht werden. Zwei Fragen stehen bei diesem Themenkomplex im Mittelpunkt, zum einen die Frage nach der Art der Referenden, zum anderen nach der Sequenzialität von Referenden in den Mitgliedstaaten, also inwieweit die Art und die Abfolge der Referenden Auswirkungen auf ihren Ausgang haben.

3. Vorgehen

Ganz allgemein stehen die Positionen der ratifizierenden Akteure im Vordergrund, wobei wir die Positionen der Parteien von denen der Bevölkerungen unterscheiden. Für die Parteien zeigt sich, dass die Programme der nationalen Parteien bislang sehr unspezifisch in bezug auf den Themenraum der EU-Verfassung sind. Dennoch sollen diese Dokumente gesammelt, verschlagwortet und mittels des computergestützten Dokumentenanalyseprogramms der DOSEI Partner (Michael Laver und Ken Benoit) ausgewertet werden. Bezüglich der Bevölkerungseinstellungen hat sich herausgestellt, dass es kaum noch möglich ist, Fragen in den Euro-

barometer-Umfragen einzubringen und so gezielt Themen zum Verfassungsentwurf abfragen zu können. Daher soll ein Mitarbeiter die vorhandenen Umfragen zusammenstellen, eine Verbindung zum Themenraum herstellen und die Auswertung für die Referenden auf dieser Grundlage begleiten.

Für die Erfassung der Parteipositionen möchten wir das erfolgreich angewandte Instrument der schriftlichen Expertenbefragung anwenden und eine Umfrage unter den ratifizierenden Parteien in den 25 Mitgliedstaaten durchzuführen, um deren Positionen zu erheben. Im Fall von Nicht-Beantwortung der schriftlichen Befragung soll von einem Mitarbeiter ein Interview vor Ort angeboten werden, durch das erfahrungsgemäß die ausstehenden Daten gewonnen werden können. Unser Einsatz von Befragungen der Delegierten der Regierungskonferenzen von Nizza (2000) und Brüssel (2003) sowie des Europäischen Konvents (2002) haben gezeigt, dass dieses Instrument hohe Antwortraten ermöglicht, wenn man die Befragten in ihrer Muttersprache anspricht und zum Ausfüllen eine Homepage zur Verfügung stellt.

Diese Vorgehen erfordert im einzelnen die folgenden Arbeitsschritte: 1.) Identifikation der Dimensionalität des Themenraumes in den Mitgliedstaaten, 2.) die Analyse der Durchsetzung der Staaten bei der Regierungskonferenz, 3.) die Analyse des strategischen Einsatzes von Referenden und 4.) die Analyse der Abfolge der Abstimmungen in den Ländern.

4. Vorläufige Ergebnisse

Als wesentliche Vorarbeit zum Projekt wurde in dem EU-Forschungsprojekt „Domestic Structures and European Integration“ (DOSEI) der Verfassungsbildungsprozess dokumentiert und bis zum Stadium der Unterzeichnung analysiert. Eines der Hauptanliegen von DOSEI ist, die verschiedenen Phasen der Verfassungsbildung und ihre Bedeutung für das Ergebnis zu untersuchen. Mit dem Anspruch, ein einzigartiges historisches Archiv über die Inhalte und Positionen der an der Verfassungsentwicklung beteiligten Akteure anlegen zu wollen, soll durch die Verbindung zu DOSEI ein besonderer Beitrag nicht nur für Erforschung der vorliegenden Fragen, sondern auch für die empirische EU-Forschung insgesamt geleistet werden.

Bislang liegen die Einstellungen und Interessen von allen relevanten (nationalen und europäischen) Akteuren aus 25 Mitgliedstaaten plus Kommission und Europäischem Parlament vor, die in die Ausarbeitungen und Verhandlungen des Vertragstextes eingebunden waren. Auf dieser Grundlage dürfte die Identifikation der inhaltlichen Dimensionen, der relevanten Ratifikationsakteure und ihrer Positionen in allen Mitgliedstaaten rasch möglich sein. Eine genauere Beschreibung des DOSEI-Projekts findet sich in: *König/Hug* (Hrsg.), *Policy-making Processes and the European Constitution: A Comparative Study of Member States and Accession Countries*, Routledge 2006.

Eine erste vergleichende Analyse zur Wahl der Ratifikationsinstrumente in 25 Mitgliedstaaten zeigt, dass Volksabstimmungen immer dann anberaumt wurden, wenn ceteris paribus die potentiellen Gewinne der Regierungen aus der Vertragsänderung (Verfassung) niedrig sind und/oder Referenden Vorteile für die Regierung im nationalen Politikwettbewerb versprechen (König et. al. 2006 i.E.).

II/5. Sommermann/von Bredow: „Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes“

Laufzeit: 1.1.2006 bis 31.12.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Der Prozess der europäischen Integration ist geprägt durch die zunehmende Verwaltungskooperation auf vertikaler und horizontaler Ebene und den Ausbau der Zusammenarbeit im justiziellen Bereich. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie ein effektiver Individualrechtsschutz gegen hoheitliches Handeln der Gemeinschaftsorgane und gemeinschaftsrechtlich determiniertes Handeln nationaler Hoheitsträger weiterhin gewährleistet werden können. Inhalt und Reichweite des auf völkerrechtlicher, gemeinschafts- bzw. unionsrechtlicher und mitgliedstaatlicher Ebene im Grundsatz anerkannten Gebots effektiven Rechtsschutzes bedürfen zunächst einer Konkretisierung, um überhaupt einen Maßstab für die kritische Betrachtung der europäischen Rechtsschutzkonzeption insgesamt bilden zu können.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Studie untersucht, anhand welcher Maßstäbe ein effektiver Verwaltungsrechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum zu gewährleisten, insbesondere wie das Zusammenspiel von Rechtsschutzinstrumenten abwehrender und kompensatorischer Art auszugestalten ist. Im Kern geht es um die Frage, ob dem Rechtsschutzsuchenden stets die vorrangige Möglichkeit zu eröffnen ist, eine Rechtsverletzung durch hoheitliches Handeln an der Wurzel zu beseitigen oder ob er in bestimmten Fällen auf die Geltendmachung von Schadenersatz verwiesen werden kann. Soweit ersichtlich, wurde dieser Aspekt eines unionsweit anerkannten Rechts auf effektiven Verwaltungsrechtsschutz bislang nicht unter Einbeziehung völkerrechtlicher, supranationaler und mitgliedstaatlicher Vorgaben betrachtet.

3. Vorgehen

Im ersten, komparativ-analytischen Teil der Arbeit wird eine rechtsvergleichende Bestandsaufnahme zum Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum und – damit verbunden – zum Verständnis vom Verhältnis abwehrender und kompensatorischer Rechts-

schutzinstrumente zueinander erfolgen. In einem zweiten, analytisch-konzeptionellen Teil wird die Ausgestaltung des europäischen Rechtsschutzsystems anhand des erhobenen Befunds analysiert und bewertet. Soweit Defizite im europäischen Rechtsschutzsystem festgestellt werden, sollen im dritten, konzeptionell-rechtspolitischen Teil der Studie Lösungsansätze erarbeitet werden.

4. Erwartete Ergebnisse

Die Untersuchung soll einen Beitrag zur weiteren wissenschaftlichen Fundierung von Reformüberlegungen zur Ausgestaltung des Systems gerichtlichen Verwaltungsrechtsschutzes in der Europäischen Union liefern. Immer mehr Lebensbereiche der Unionsbürger werden nicht länger nur mittelbar Einflüssen von fremden Hoheitsträgern – etwa durch die Überformung nationalen Rechts durch supranationale Vorgaben – ausgesetzt. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von hoheitlichen Entscheidungen, sei es im Bereich der Verwaltungskooperation, sei es im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit, bringt vielmehr einen Grad an unmittelbarer Betroffenheit der Unionsbürger hervor, der eine Effektivierung des Individualrechtsschutzes in der Europäischen Union unumgänglich macht. Ein unionsweit für alle Bürger gleichermaßen zu gewährleistender Verwaltungsrechtsschutz muss sich dabei an einem transparenten Rechtsschutzkonzept orientieren. Für eine Weiterentwicklung des europäischen Rechtsschutzsystems bedarf es daher der Benennung klarer Maßstäbe auf einer tragfähigen Grundlage gemeineuropäischer Rechtsüberzeugungen.

5. Publikationen 2007/2008

An projektrelevanten Veröffentlichungen des Projektleiters und des Bearbeiters sind aus neuerer Zeit hervorzuheben: *Lippold Frhr. von Bredow*, La responsabilidad Internacional del Estado, in: Pedro Aberastury (Hrsg.), Responsabilidad del Estado, Buenos Aires 2007, S. 429-467; *Karl-Peter Sommermann*, Entwicklungsperspektiven des Rechtsstaates: Europäisierung und Internationalisierung eines staatsrechtlichen Leitbegriffs, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Berlin 2007, S. 75-90; *Karl-Peter Sommermann*, Das Recht auf effektiven Rechtsschutz als Kristallisationspunkt eines gemeineuropäischen Rechtsstaatsverständnisses, in: F. Kirchhof/H.-J. Papier/H. Schäffer (Hrsg.), Rechtsstaat und Grundrechte. Festschrift für Detlef Merten, Heidelberg 2007, S. 443-461.

3.2.4.2 Analyse und Vergleich föderaler Systeme

3.2.4.2.1 Laufende Projekte

II/6. **Färber/Baranova: „Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa – eine empirische Untersuchung ausgewählter föderativer Steuersysteme in Europa und Russland im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Fortschritt der wirtschaftlichen Integration“**

1. Hintergrund

Nationale Steuern haben einen gewichtigen Einfluss auf Erfolg und Misserfolg wirtschaftlicher Integrationsprozesse. Nicht zuletzt deshalb übertrug bereits der EWG-Vertrag bestimmte steuerpolitische Kompetenzen auf die Union. Im Laufe der Zeit kam es zu Harmonisierungen, z.B. im Umsatzsteuerrecht und bei den speziellen Verbrauchssteuern; in jüngerer Zeit wurden einheitliche Kontrollverfahren bzw. eine Quellenabzugsbesteuerung für Kapitaleinkünfte vereinbart. Tendenzielle Zielkonflikte wohnen diesen Zentralisierungstendenzen allerdings gegenüber den Selbstbestimmungsrechten vor allem der Gliedstaaten und Kommunen in den föderativ verfassten Mitgliedstaaten inne. Denn nicht nur die nationalstaatliche Ebene, sondern auch die Ebene der Gliedstaaten und Kommunen muss ihre Besteuerungsrechte sowohl bei der Art der Besteuerung als auch bei der Detailgestaltung auf die Integrationsinteressen abstimmen, sie ihnen gegebenenfalls unterordnen.

Die früheren theoretischen und empirischen Untersuchungen (systematisch dargestellt in: *Kira Baranova, Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa, FÖV Discussion Paper Nr. 9, Speyer 2004*) zeigen, dass die Steuerpolitik nationaler Mitgliedsstaaten einen Faktor darstellt, der den Integrationsprozess weiterbringen, hemmen oder gar gefährden kann. Die Frage, welchen Einfluss die Entwicklungen nationaler Steuersysteme auf den Fortschritt der Wirtschaftsintegration in Europa haben und wie umgekehrt die Integration auf die föderalen Steuersysteme wirkt, haben die früheren Untersuchungen aber nicht beantwortet.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Rahmen des Projektes sollten die Entwicklungstendenzen in den dezentralisierten Steuersystemen der föderativ verfassten EU-Mitgliedstaaten untersucht werden, wobei das Analysekonzept eine Unterscheidung zwischen „normalen“ Optimierungen aus allgemeinen integrationspolitischen Gründen und den spezifischen föderalen Anpassungsproblemen ermöglichen soll.

Da sich die Zielkonflikte zwischen nationaler und regionaler Steuerautonomie einerseits und wirtschaftlicher Integration andererseits nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch gegenüber Drittstaaten erge-

ben, sollten auch die Steuersysteme der weiteren föderalen Staaten untersucht werden, die im Rahmen der Globalisierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Handelsraum intensivieren (z.B. die Schweiz aber auch Russland, welches insbesondere nach den Beschlüssen zur Osterweiterung der EU zu den bilateral attraktivsten europäischen Integrationspartnern in der Welt zählt).

Das Projekt sollte letztendlich zu Vorschlägen führen, wie föderative (dezentralisierte) Steuersysteme verändert werden müssen, damit sie einen positiven Integrationsbeitrag leisten können.

3. Vorgehen

Das Thema soll von zwei Seiten angegangen werden: Auf der einen Seite soll eine normativ-theoretische Analyse von Integrationsfragen und ihren steuerpolitischen Konsequenzen stehen. Auf der anderen Seite soll eine empirische Analyse der Entwicklung nationaler Steuersysteme von föderativ verfassten europäischen Ländern, deren Analyseparameter aus den theoretischen Überlegungen abgeleitet werden sollen, Hinweise darauf ergeben, wie sich diese Steuersysteme während des fortschreitenden Integrationsprozesses in Europa bereits verändert haben. Eine Beurteilung, ob diese Veränderungen die Integration unterstützt haben und wie die Nationalstaaten mit dem Konflikt föderativer Autonomie auch nachgeordneter Gebietskörperschaften und der Abgabe steuerpolitischer Kompetenzen an die EU umgegangen sind, soll Gegenstand der empirischen Analyse sein. Sowohl aus der theoretischen wie aus der empirischen Analyse können dann Vorschläge für die Weiterentwicklung der europäischen Steuerverfassung als auch für Russland entwickelt werden.

4. Erwartete Ergebnisse

Das Projekt sollte die integrationsbedingten Anpassungsveränderungen ausgewählter föderativen Steuersysteme in Europa und Russland feststellen. Besonders aktuelle praxisrelevante Ergebnisse sollten gleichzeitig die Erkenntnisse bezüglich des Ausmaßes der zukünftigen selbständigen Steuerpolitik der EU-Mitgliedstaaten sein. Diese Frage ist auch für die Drittländer relevant, welche im Rahmen der Globalisierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur EU intensivieren, u.a. für Russland.

5. Publikation 2007/2008

Kira Baranova, Steuer- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitglieder der Europäischen Union: Deutschland, Schriftreihe des Europa-Instituts, Moskau (erscheint demnächst).

II/7. **Färber/Otter: „Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“**

Laufzeit: 1.1.2006 bis 29.2.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Bereitstellung öffentlicher Güter durch Gebietskörperschaften, die untereinander im Wettbewerb stehen, gehört seit jeher zu den zentralen Problemstellungen in der Diskussion um den Systemwettbewerb (bzw. institutionellen Wettbewerb). Während dieser Wettbewerb einerseits positiv beurteilt wird, im Sinne eines Wettbewerbsprozesses, der institutionelle Verkrustungen aufbrechen kann und langfristig zur Durchsetzung überlegener institutioneller Arrangements führt (vgl. *Streit* 1995), wird andererseits befürchtet, dass hierdurch die Handlungsmöglichkeiten der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik dermaßen gravierend eingeschränkt werden könnten, dass zentrale staatliche Aufgaben nicht mehr adäquat erfüllt werden (vgl. *Sinn* 1990). Wie sowohl die wissenschaftliche als auch die tagespolitische Diskussion gezeigt haben, können sich offensichtlich bedeutsame Zielkonflikte zwischen einer erforderlichen (Mindest-) Zentralisierung/Harmonisierung einerseits und dem gewünschten wirtschaftlichen Wettbewerb (bzw. einer notwendigen Dezentralisierung) andererseits ergeben. Folglich kann die berechtigte Frage aufgeworfen werden, unter welchen Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der inter- und intrajurisdiktionelle Wettbewerbsprozess um Effizienz und Effektivität der öffentlichen Güterproduktion zu den gewünschten positiven Effekten, d.h. zu gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen führt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Projektes ist es, eine Wettbewerbsordnung für Gebietskörperschaften zu entwickeln, die einen funktionsfähigen Wettbewerbsprozess für öffentliche Güter (i.w.S.) sicherstellt. Bestandteile dieser Wettbewerbsordnung sind zum einen konstituierende Prinzipien (z.B. autonome Kompetenzen), deren Verwirklichung überhaupt erst einen effektiven Wettbewerbsprozess ermöglichen sollen, sowie regulative Prinzipien (wie bspw. ein „Kartellverbot“ für Gebietskörperschaften), deren Aufgabe im Schutz eben dieses Wettbewerbs zu sehen ist. Letztlich wird damit die Frage nach den Funktionsbedingungen sowie der Verwirklichung einer umfassenden Wettbewerbsordnung für Gebietskörperschaften aufgeworfen. Jedoch besteht nach wie vor eine intensive Diskussion darüber, ob die Wettbewerbsprozesse zwischen Gebietskörperschaften funktionieren können und welche Regeln und institutionellen Vorkehrungen hierfür ggf. erforderlich sind. Eine systematische Konzeption, die die bereits vorhandenen Erkenntnisse in Bezug auf einzelne Teilbereiche zusammenführt und integriert sowie erste Ansätze zu ihrer empirischen Fundierung liefert, steht jedoch noch aus.

3. Vorgehen

Zur Beantwortung der Problemstellung wird zunächst auf verschiedene ökonomische Theoriezweige zurückgegriffen, u.a. auf das Forschungsprogramm des Ordo-Liberalismus, als dessen zentrales Ergebnis die Erkenntnis gelten kann, dass der marktliche Wettbewerbsprozess – sofern er die gewünschten positiven Effekte hervorbringen soll – in einen Ordnungsrahmen eingebunden werden muss, der die Funktionsfähigkeit des Preissystems sicherstellt. Auf der Grundlage dieser ordnungstheoretischen Erkenntnisse soll eine Wettbewerbsordnung für den institutionellen Wettbewerb erarbeitet werden, die einen funktionsfähigen Wettbewerbsprozess zwischen Jurisdiktionen ermöglicht und erhält. Zur Entwicklung einer umfassenden Wettbewerbsordnung und entsprechender Hypothesenbildung werden folglich auch Elemente der Wettbewerbstheorie und –politik sowie der Neuen Institutionenökonomie berücksichtigt werden.

Insgesamt handelt es sich um eine primär theoretisch ausgerichtete Arbeit, die jedoch auf bereits empirisch gewonnene Erkenntnisse, wie bspw. über die Funktions- und Wirkungsweise des Steuerwettbewerbs, zurückgreifen kann. Im anschließenden empirischen Teil der Studie sollen dann real existierende föderale Systeme sowohl mit Blick auf die zuvor entwickelten Gestaltungsdimensionen als auch in Hinblick auf ihre (inter-) nationale Leistungsfähigkeit (Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz des öffentlichen Sektors, politische Stabilität, Reformfähigkeit etc.) miteinander verglichen werden

4. Erwartete Ergebnisse

Neben der wissenschaftlichen Zielsetzung, einen theoretisch fundierten Ordnungsrahmen für den Wettbewerb der Gebietskörperschaften zu entwickeln, kann als konkrete praxisbezogene Zielsetzung des Projektes die Entwicklung von Reformvorschlägen für die nationalen und insbesondere supranationalen (Finanz-)Verfassungen genannt werden. Dabei soll insbesondere auf diejenigen Probleme eingegangen werden, die sich aus einem potentiellen „Markt- bzw. Staatsversagen“ heraus entwickeln können und den Wettbewerbsprozess in seiner Entfaltung behindern.

5. Publikationen 2007/2008

Gisela Färber/Harald Dalezios, Aufkommenswirkungen und finanzielle Risiken des Optionsmodells – Eine kritische Analyse des Vorschlags des Saarlandes, FÖV Discussion Papers Nr. 40, Speyer 2007; *Gisela Färber/Harald Dalezios*, Aufkommenswirkungen und finanzielle Risiken des Optionsmodells - Eine kritische Analyse des Vorschlags des Saarlandes, in: Junkernheinrich, Martin/Scheller, Jürgen/Woisin, Matthias (Hrsg.), Zwischen Reformidee und Funktionsanspruch – Konzeptionen und Positionen zur deutschen Finanzverfassung, Berlin 2007, S. 285-309; *Gisela Färber*: Finanzausgleich; in: Baus, Ralf Thomas/Blindenbacher, Raoul/Karpen, Ulrich (Hrsg.), Competition versus Cooperation: German Federalism in Need of Reform – A Comparative Perspective, Baden-Baden 2007, S. 332-340.

3.2.4.2.2 Abgeschlossene Projekte

II/8. *Färber/Dalezios*: „Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems“

Laufzeit: 1.10.2005 bis 31.3.2007

Finanzierung: Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen

1. Hintergrund

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat, der sich in einzelne, formal eigenständige Gliedstaaten unterteilt, welche wiederum in die untergeordneten Gebietskörperschaften der Landkreise und Kommunen oder in Raumordnungsregionen untergliedert werden können. Diese „untersten“ Ebenen staatsrechtlicher Organisation unterscheiden sich untereinander im Hinblick auf ihre natürlichen, ökonomischen, sozialen und (teilweise) auch rechtlichen Voraussetzungen. In der Folge sind in Bezug auf die individuelle wirtschaftliche und damit auch steuerliche Leistungsfähigkeit über das Bundesgebiet hinweg starke Schwankungen und Unterschiede erkennbar. Aufgrund des Gebots „... zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ (Art. 72 Abs. 2 GG) betreibt der Bund eine mehr oder weniger gezielte Ausgleichs- und Raumordnungspolitik. Dabei haben alle aus Bundesmitteln finanzierten Zahlungen einen starken Effekt auf die regionale Wirtschaftsentwicklung und -kraft. Ihre Gewährung, tatsächliche Wirksamkeit und Effizienz im Hinblick auf die gewünschte Zielerreichung hängen von regionalspezifischen Voraussetzungen und Bedarfen ab. Nur wenn die regionale Zuordnung und ihre Folgewirkungen im Wirtschaftskreislauf sowie Wechselwirkungen zwischen ihnen bekannt sind, kann eine Bewertung bundesstaatlicher Steuer- und Ausgleichspolitik erfolgen und sinnvolle, d.h. ökonomisch haltbare Ergebnisse und Implikationen liefern. Das Projekt wird durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumplanung in Bonn finanziert und in Zusammenarbeit mit der Prognos AG Berlin durchgeführt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht erstmals die effektive Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel in regionalisierter Betrachtungsweise. D.h. im Einzelnen:

1. Die tatsächliche Verteilung bundesstaatlicher Fördermittel auf die einzelnen Raumordnungsregionen und/oder Kreise (formale Inzidenz).
2. Die tatsächlichen, nach den jeweiligen Anpassungsreaktionen der Wirtschaftssubjekte wirksam werdenden Einkommenswirkungen bundesstaatlicher Fördermittel in der jeweiligen subnationalen Gebietskörperschaften bzw. Raumordnungseinheiten (effektive Inzidenz).
3. Die volks- und regionalwirtschaftlichen Wirkungsketten bundesstaatlicher Fördermittel auf ausgewählte Politikbereiche, wie z.B. den Steuerehaushalt, das Bruttoinlandsprodukt oder den Arbeitsmarkt, sowohl in

der jeweiligen Gebietskörperschaft als auch in der gesamtstaatlichen Betrachtung.

3. Vorgehen

Für die Analyse der formalen und effektiven Inzidenz von Bundesmitteln auf der Ebene von Raumordnungsregionen kommt folgender fünfstufiger Untersuchungsaufbau zur Anwendung:

1. MODUL A: Entwicklung eines theoretischen Referenzrahmens für die Ermittlung der formalen und effektiven Inzidenz von Bundesmitteln.
2. MODUL B: Ermittlung der „formalen Inzidenz“ von Bundesmitteln auf Ebene von Raumordnungsregionen.
3. MODUL C: Ermittlung der „effektiven Inzidenz“ von Bundesmitteln auf der Ebene von Raumordnungsregionen.
4. Modul D: Bewertung der effektiven regionalen Wirkungen wichtiger Bundesmittel.
5. Modul E: Tool zur Fortschreibung der Berechnungen.

4. Erwartete Ergebnisse

Neben der wissenschaftlichen Zielsetzung, einen theoretisch fundierten Analyserahmen der Inzidenzwirkungen und ihrer Zuordnungen im Raum zu entwickeln, kann als konkrete praxisbezogene Zielsetzung des Projektes die Entwicklung von Reformvorschlägen für die nationalen und insbesondere supranationalen (Finanz-)Verfassungen genannt werden.

5. Publikationen 2007/2008

Gisela Färber/Olaf Arndt/Harald Dalezios/Philip Steden, Die formale und effektive Inzidenz von Bundesmitteln – Endbericht, Forschungsgutachten im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung, Speyer März 2007; *Olaf Arndt/Harald Dalezios/Gisela Färber/Philip Steden*, Die formale und effektive Inzidenz von Bundesmitteln (Vortrag nach einem Call for Papers angenommen für die Wissenschaftliche Plenarsitzung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2008 „Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung“ am 5./6.6.2008 in Berlin.

II/9. Färber/Richter: „Aufgabendezentralisierung in Nordrhein-Westfalen“

Laufzeit: 23.1.2007 bis 22.4.2007

Finanzierung: Land Nordrhein-Westfalen

1. Hintergrund

Seit geraumer Zeit führt das Land Nordrhein-Westfalen eine tiefgreifende Verwaltungsreform durch, die neben der geplanten Neueinteilung der Regierungsbezirke (die 4 Bezirks-regierungen sollen durch 3 „Regionalverwaltungen“ ersetzt werden), der Abschaffung der Landschaftsverbände und der Kommunalisierung staatlicher Aufgaben auch die Umstrukturie-

zung der Behördenlandschaft vorsieht. Mit dem „Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen“ wurden bereits in großem Stile Sonderbehörden aufgelöst bzw. in die Bezirksregierungen eingegliedert, was dort einen deutlichen Zuwachs der Beschäftigtenzahl mit sich brachte.

Nun steht das Land vor der Aufgabe, die „aufgeblähten“ Bezirksregierungen durch Ausschöpfen von Kommunalisierungspotentialen auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Hierzu wurden 5 Unterausschussgruppen gebildet, in denen unter der Leitung der im Innenministerium ansässigen „Steuerungsgruppe Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau, Binnenmodernisierung“ Möglichkeiten zum Aufgabenabbau – bzw. zur Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene oder auf Dritte – in folgenden Bereichen ausgelotet werden:

- ◆ Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- ◆ Arbeit, Gesundheit und Soziales
- ◆ Wirtschaft, Mittelstand und Energie
- ◆ Bauen und Verkehr
- ◆ Inneres

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene und im Mai 2007 abgeschlossene Drittmittelprojekt hatte

1. die Überprüfung und Beurteilung der von den Experten des Landes erstellten Voten zur Kommunalisierung bzw. Privatisierung ausgewählter Verwaltungsleistungen, und
2. die Durchführung eines Vergleichs über den Stand der Dezentralisierung dieser Leistungen mit ausgewählten anderen Bundesländern

zum Ziel.

3. Vorgehen

Ausgangspunkt der Untersuchung bildete – neben den Listen der von den Unterausschussgruppen bearbeiteten Aufgaben – der ebenfalls von der bereits erwähnten „Steuerungsgruppe Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau, Binnenmodernisierung“ zur Verfügung gestellte Produktkatalog des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Aufgabenbearbeitung erfolgte, soweit möglich, anhand der einschlägigen Rechtsvorschriften. In vielen Fällen waren die entsprechenden Zuständigkeiten jedoch nur per Behördenanfragen in Erfahrung zu bringen. Als Vergleichsmaßstab wurden im Einvernehmen mit dem Auftraggeber die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen ausgewählt.

4. Ergebnisse

Die vergleichende Analyse der Organisationsstrukturen in den ausgewählten Bundesländern war geprägt von dem Umstand, dass die Verwaltungsstrukturreformen dieser Länder zwar die gleichen Ziele – nämlich effizien-

teres Verwaltungshandeln und höhere Transparenz durch schlankere Behördenstrukturen – verfolgen, sich die hierzu eingeschlagenen Wege aber höchst unterschiedlich gestalten. Denn während der Umbau der Behördenlandschaft in Bayern und Hessen bislang auf inkrementelle Weise erfolgte, geschah dies in Baden-Württemberg und Niedersachsen auf einen Schlag. Dabei entschied sich Baden-Württemberg für eine weitgehende Abschaffung von Sonderbehörden und eine Stärkung der Bündelungsfunktion der Regierungspräsidien bzw. der unteren Verwaltungsbehörden. In Niedersachsen versucht man hingegen, die oben genannten Ziele durch die Abschaffung der Bezirksregierungen und den Übergang zu einem zweistufigen Verwaltungsaufbau zu erreichen.

Für das Reformvorhaben Nordrhein-Westfalens konnten auf Grundlage des Ländervergleichs Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die notwendige Umstrukturierungen insb. in den Bereichen der Arbeitsschutz- und der Umweltschutzverwaltung betreffen. Auf Ebene der einzelnen Produkte ließ sich zudem aufzeigen, dass vielfach Raum für weitergehende Aufgabenübertragungen auf die Kommunen bzw. für Privatisierungen vorhanden ist.

5. Publikation 2007/2008

Daniel Richter/Gisela Färber, Aufgabendezentralisierung in NRW, Gutachten im Auftrag des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, Speyer Mai 2007.

3.2.4.3 Perspektivplanung

Das Institut ist momentan dabei, die Ergebnisse der letzten Evaluation durch die Leibniz Gemeinschaft auszuwerten und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Dies erfordert möglicherweise auch eine Anpassung der Forschungsprogramme und der Strukturen der Sektionen. Deshalb kann zu diesem Zeitpunkt keine Perspektivplanung abgegeben werden. Stattdessen werden in diesem Jahresbericht nur geplante Projekte ausgewiesen, für die bereits ein Antrag bei einem FÖV-Gremium oder einem Drittmittelgeber vorliegt oder kurz vor der Vollendung steht. Informationen zum aktuellen Stand des Sektionsprogramms und der Perspektivplanung können der Homepage der Sektion [<http://www.foevspeyer.de/ueberuns/sektionen/sektion2forschungsprogramm.asp>] entnommen werden.

3.2.5 Arbeitskreise

Für interdisziplinäre und längerfristige Fragestellungen können Mitglieder des Instituts innerhalb der Sektionen Arbeitskreise einrichten, in denen unter Beteiligung auswärtiger Wissenschaftler in regelmäßigen Sitzungen Forschungsthemen systematisch erörtert werden. Die Arbeitskreise dienen insbesondere der Pflege eines Netzwerks von Wissenschaftlern in dem jeweiligen Forschungsgebiet. Sie stellen neue Instrumente in der Forschungstätigkeit des Instituts dar, welche zusammen

mit der Korrespondierenden Mitgliedschaft akademieähnliche Elemente in die Arbeitsweise des Forschungsinstituts einführen. Die Arbeitskreise fügen sich in das jeweilige Forschungsprogramm der Sektionen ein. In der Sektion II wurden bislang noch keine Arbeitskreise eingerichtet.

3.2.6 Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007

3.2.6.1 Publikationen

3.2.6.1.1 Monographien/Herausgeberschaften

Bauer, Hartmut/D'Atena, Antonio (Hrsg.), Die Wirkung der Supranationalität auf die Gewaltenteilung – The impact of supranationality on the separation of powers – L'effet de la supranationalité sur la séparation des pouvoirs, SIPE 2 (2007), Ant. N. Sakkoulas/Athens, Bruylant/Bruxelles 2007.

Bauer, Hartmut/Huber, Peter M./Schmidt, Reiner (Hrsg.), Staats- und Verwaltungsrecht, Freistaat Bayern, Textbuch Deutsches Recht, 14. Aufl., Heidelberg 2007.

Magiera, Siegfried/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Speyerer Forschungsbericht Nr. 252, Speyer 2007.

Magiera, Siegfried/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Berlin 2007.

Siedentopf, Heinrich/Fisch, Rudolf/Mühlenkamp, Holger (Hrsg.), Anreizorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst – der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und die neue Dienstrechtsreform, Speyerer Arbeitshefte 193, Speyer 2007.

Sommermann, Karl-Peter, Europäisches Verwaltungsrecht als „die großartigste Rechtsbildung der Weltgeschichte“? Die Vision von Lorenz von Stein aus heutiger Perspektive, Speyerer Vorträge, Heft 86, Speyer 2007.

3.2.6.1.2 Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

Bauer, Hartmut, Rezension von Kotzur Markus, Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit in Europa, Duncker & Humblot, Berlin 2004, in: Die Verwaltung 40 (2007), S. 447-449.

Färber, Gisela/Dietze, Doris, Ein Jahr Nationaler Normenkontrollrat – Tätigkeitsschwerpunkte, Erfahrungen und Perspektiven, in: Verwaltung und Management, H. 6/2007, S. 283-288.

Kellner, Martin, Congressional Grants of Standing in Administrative Law and Judicial Review: Proposal of a New Standing Doctrine from a Delegation Perspective, in: Hamline Law Review, New York, Bd. 30 (2007), S. 315-371.

Kellner, Martin, Legal Education in Japan, the US, and Germany: Recent Developments and Future Perspectives, in: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law*, Bd. 12 (2007), S. 195-205.

Kellner, Martin, Die E-Petition zum Bundestag: Ein Daneargeschenk, in: *Neue Justiz*, Heft 2/2007, S. 56-59.

Otter, Nils/Siemon, Cord, Coaching Academic Entrepreneurship: How to Overcome the Knowing-Doing Gap, akzeptiertes Konferenzpapier für die ECEI 2007 „2nd European Conference on Entrepreneurship and Innovation“; Utrecht/Niederlande, 8.-9. November 2007, erschienen auf der Konferenz-DVD.

Otter, Nils/Siegel, Thorsten/Weber, Mike, Der Vorrang der Öffentlichen Ausschreibung im Vergabewesen, in: *Verwaltung und Management*, 13. Jg. (2007), Heft März/April, S. 101-110.

Siedentopf, Heinrich, Randbemerkung: Freiherr vom Stein und die permanente Strukturreform der deutschen Verwaltung, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, 2007, S. 877-878.

Siedentopf, Heinrich, Freiherr vom Stein zum 250. Geburtstag, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 455, 2007, S. 55-58.

Sommermann, Karl-Peter, Europäisches Verwaltungsrecht als „die großartigste Rechtsbildung der Weltgeschichte“? Die Vision von Lorenz von Stein aus heutiger Perspektive, in: *DÖV* 2007, S. 859-867.

Wieland, Joachim, Die Bestellung des Insolvenzverwalters, *ZIP* 2007, 462-467.

3.2.6.1.3 Aufsätze in Sammelwerken

Bauer, Hartmut, Artikel 20 GG (Bundesstaat) – Ergänzende Einfügungen, in: Horst Dreier (Hrsg.), *Kommentar zum Grundgesetz*, 2. Aufl., Band II Supplementum 2007, Tübingen 2007, S. 1-6.

Bauer, Hartmut, Artikel 52 GG (Organisation und Verfahren [des Bundesrates]) – Ergänzende Einfügungen, in: Horst Dreier (Hrsg.), *Kommentar zum Grundgesetz*, 2. Aufl., Band II Supplementum 2007, Tübingen 2007, S. 38-41.

Bauer, Hartmut, Verwaltungsmodernisierung in Europa – Modernization of Administration in Europe – La Modernisation de L'Administration en Europe, Zusammenfassende Schlußbemerkungen – Conclusions, in: Heinz Schäffer/Julia Iliopoulos-Strangas (ed.), *Staatsmodernisierung in Europa – Statemodernization in Europe – La modernisation de L'État en Europe*, *SIPE* 3 (2007), S. 385-399.

Bauer, Hartmut, Entstehung und Entwicklung der Societas Iuris Publici Europaei – Zugleich ein Beitrag zur Europäischen Wissenschaft vom Öffentlichen Recht, in: Rainer Grote u.a. (Hrsg.), *Die Ordnung der Freiheit*, Festschrift für Christian Starck, Tübingen 2007, S. 485-508.

von Bredow, Lippold, La responsabilidad internacional del Estado, in: Pedro Aberastury (Hrsg.), *Responsabilidad del Estado*, Buenos Aires 2007, S. 429-467.

Färber, Gisela, Finanzausgleich, in: Ralf Thomas Baus/Raoul Blindenbacher/Ulrich Karpen (Hrsg.), *Competition versus Cooperation: German Feera-*

lism in Need of Reform – A Comparative Perspective, Baden-Baden 2007, S. 332-340.

Färber, Gisela, Asymmetrie im Finanzföderalismus: Mehr Steuerautonomie für die Länder?, in: Rudolf Hrbek/Francesco Palermo/Carolin Zwillig/Elisabeth Alber (Hrsg.), Auf dem Weg zu asymmetrischem Föderalismus? Baden-Baden 2007, S. 195-22

Färber, Gisela, Subventionen/Subventionspolitik ; in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, 4. vollst. überarb. Neuauflage, München 2007, S. 564-568.

Färber, Gisela, Ehegattensplitting und Lohnsteuerkartenverfahren; in: Seel, Barbara (Hrsg.), Ehegattensplitting und Familienpolitik, Wiesbaden 2007, S. 181-206.

Färber, Gisela/Dalezios, Harald, Aufkommenswirkungen und finanzielle Risiken des Optionsmodells – Eine kritische Analyse des Vorschlags des Saarlandes, in: Martin Junkernheinrich/Jürgen Scheller/Matthias Woisin (Hrsg.), Zwischen Reformidee und Funktionsanspruch – Konzeptionen und Positionen zur deutschen Finanzverfassung, Berlin 2007, S. 285-309.

Magiera, Siegfried, Kommentierung der Art. 38 bis 49 („Der Bundestag“), 121 („Begriff der Mehrheit“) und 137 („Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes“) Grundgesetz, in: M. Sachs (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, München, 4. Aufl. 2007, S. 1160-1253, 2326-2327, 2387-2392.

Magiera, Siegfried, Der Europäische Verwaltungsraum – Die Implementierung des Gemeinschaftsrechts, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Speyerer Forschungsbericht Nr. 252, Speyer 2007, S. 99-104.

Magiera, Siegfried, Chancen für die Europäische Verfassung nach der Erweiterung der Europäischen Union, in: W. Schäfer/A. Graf Wass von Czege (Hrsg.), Das Gemeinsame Europa – viele Wege, kein Ziel?, Baden-Baden 2007, S. 141-150.

Magiera, Siegfried, Durchsetzung der Grundrechte: Zur Freizügigkeit der Unionsbürger, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Berlin 2007, S. 145-153.

Magiera, Siegfried, Der Verfassungsvertrag als Zwischenstation im europäischen Integrationsprozess, in: F. Kirchhof/H.-J. Papier/H. Schäffer (Hrsg.), Rechtsstaat und Grundrechte, Festschrift für Detlef Merten, Heidelberg 2007, S. 429-441.

Magiera, Siegfried/Comann, Anca, Rechnungshof, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2007, S. 109-112.

Magiera, Siegfried/Niedobitek, Matthias, Gerichtshof, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2007, S. 99-108.

- Magiera, Siegfried/Trautmann, Ramona*, Europäischer Gerichtshof, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z*, Baden-Baden/Berlin, 10. Aufl. 2007, S. 197-201.
- Magiera, Siegfried/Trautmann, Ramona*, Europäischer Rechnungshof, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z*, Baden-Baden/Berlin, 10. Aufl. 2007, S. 212-214.
- Siedentopf, Heinrich*, Das Recht auf eine gute Verwaltung – eine verfassungsrechtliche Analyse, in: Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft (Hrsg.), *Verwaltung im Umbruch: Gesammelte Vorträge*, Wien/Graz 2007, S. 275-279.
- Siedentopf, Heinrich*, Dezentralisierung und Deregulierung in Deutschland – Sachstand und Perspektive, in: Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung: Korea – Deutschland*, Tagungsband zum Workshop, veranstaltet von der BAKöV (Lehrgruppe 3, Berlin) mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Experten aus der Republik Korea (12. bis 14. März 2007), Berlin 2007, S. 63-69.
- Siedentopf, Heinrich*, Leitbilder der Modernisierung des öffentlichen Dienstes – Kontinuität und Wandel, in: ders./Rudolf Fisch/Holger Mühlenkamp (Hrsg.), *Anreizorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst – der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und die neue Dienstrechtsreform*, Speyerer Arbeitshefte 193, Speyer 2007, S. 7-16.
- Siedentopf, Heinrich*, *Parlement et administration en Allemagne*, in: *Annuaire Européen d'Administration Publique*, Vol. XXIX (2006), Aix-en-Provence/Marseille 2007, S. 85-98.
- Siedentopf, Heinrich/Speer, Benedikt*, La notion d'espace administratif européen, in: Jean-Bernard Auby/Jacqueline Dutheil de la Rochère (Hrsg.), *Droit administratif européen*, Brüssel 2007, S. 299-317.
- Speer, Benedikt*, Die Europafähigkeit des öffentlichen Dienstes, in: Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), *Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung*, Speyerer Forschungsberichte 252, Speyer 2007, S. 127-148.
- Sommermann, Karl-Peter*, Entwicklungsperspektiven des Rechtsstaates: Europäisierung und Internationalisierung eines staatsrechtlichen Leitbegriffs, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), *Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa*. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Berlin 2007, S. 75-90.
- Sommermann, Karl-Peter*, Das Recht auf effektiven Rechtsschutz als Kristallisationspunkt eines gemeineuropäischen Rechtsstaatsverständnisses, in: F. Kirchhof/H.-J. Papier/H. Schäffer (Hrsg.), *Rechtsstaat und Grundrechte*. Festschrift für Detlef Merten, Heidelberg 2007, S. 443-461.
- Sommermann, Karl-Peter, Der Dialog mit dem Staatsrat und dem Obersten Verwaltungsgerichtshof Thailands - Modernisierung des Verwaltungsverfahrens und Errichtung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thailand, in: S. Magiera/K.-

P. Sommermann (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung, Speyer 2007, S. 209-212, 231-239.

Sommermann, Karl-Peter, Propädeutische Überlegungen zur Grundrechtsverglei-
chung, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), Grundfragen der Grundrechtsdog-
matik, Heidelberg 2007, S. 149-172.

Wieland, Joachim, Rechtsfragen der Regulierung von Energiepreisen, in: Martin
Führ/Rainer Wahl/ Peter von Wilmowsky (Hrsg.), Umweltrecht und Umweltwis-
senschaft, Festschrift für Eckard Reh binder, 2007, S. 653-666.

Wieland, Joachim, Wettbewerbsordnung und Gemeindegewirtschaftsrecht – ein
schwieriger Ausgleich, in: Michael Schöneich (Hrsg.), Stadt-Werke, Festschrift
für Gerhard Widder, 2007, 81-92.

Wieland, Joachim, Verfassungsrechtliche Lösungsansätze für Finanzkrisen im
Bundesstaat, in: Kai A. Konrad/Beate Jochimsen (Hrsg.), Finanzkrise im Bun-
desstaat, 2. Aufl. 2007, S. 161-171.

Wieland, Joachim, Finanzverfassungsrechtliche Aspekte neuer Finanzierungs-
modelle für die GKV unter besonderer Berücksichtigung des Risiko-Struktur-
ausgleichs, in: Rainer Pitschas (Hrsg.), Finanzreform in der gesetzlichen Kran-
kenversicherung und Zukunft des Risikostrukturausgleichs, 2007. S. 131-141.

Wieland, Joachim, Finanzierung und Finanzlage der Kommunen, in: Ralf Thomas
Baus/Raoul Blindenbacher/Ulrich Karpen (Hrsg.), Wettbewerb versus Koope-
ration, Der Reformbedarf des deutschen Föderalismus – Eine vergleichende
Perspektive, 2007, S. 348-357.

3.2.6.1.4 Weitere Veröffentlichungen

Färber, Gisela/Dalezios, Harald, Aufkommenswirkungen und finanzielle Risiken
des Optionsmodells – Eine kritische Analyse des Vorschlags des Saarlandes,
FÖV Discussion Papers Nr. 40, Speyer 2007.

3.2.6.2 Vorträge

Färber, Gisela, Vortrag „Fiscal Federalism“ im Master Course „Europäische Integ-
ration“ gehalten an der Europäischen Akademie Bozen am 23. Januar 2007 in
Graz.

Färber, Gisela, Vortrag „Im Spannungsfeld zwischen Effizienz und Daseinsvorsor-
ge – Brauchen wir noch kommunale Versorgungsmonopole?“ gehalten an der
Freien Universität Berlin am 24. Januar 2007 in Berlin.

Färber, Gisela, Vortrag „Ehegattensplitting und Lohnsteuerkartenverfahren – Eine
systematische Diskriminierung der Erwerbsaufnahme von verheirateten Frau-
en“ gehalten im Rahmen des Symposiums „Ehegattensplitting und Familienpo-
litik“ an der Universität Stuttgart- Hohenheim am 31. Januar 2007.

Färber, Gisela, Festvortrag „Better Institutions – eine Reformaufgabe zwischen
Aufgabenwandel und neuen Organisationswegen“ gehalten aus Anlass der Er-
richtung des Bundesamtes für Justiz und der Einführung seines Präsidenten,
Herrn Gerhard Fieberg, am 5. Februar 2007 in Bonn.

Färber, Gisela, Vortrag „Finanzielle Rahmenbedingungen der Daseinsvorsorge“ gehalten im Rahmen der ersten Fachtagung des MORO-Vorhabens des BBR und des BMVBS am 9. Mai 2007 in Berlin.

Färber, Gisela, Hearing im Landtag Nordrhein-Westfalen zu den Grenzen der Staatsverschuldung am 10. Mai 2007 in Düsseldorf.

Färber, Gisela, Vortrag „Die Finanzierung frühkindlicher Bildung und Betreuung – staatlich versus privat“ gehalten im Rahmen der Tagung „Reformen frühkindlicher Bildung und Betreuung aus ökonomischer Sicht – Ein Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels“ an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster am 11. Mai 2007.

Färber, Gisela, Vortrag „The Political Challenges of Implementation“ gehalten beim Symposium „How to boost Competitiveness of the Italian Economy?“ der OECD am 4. Juni 2007 in Rom.

Färber, Gisela, Vortrag zum Thema „Theorie des Fiskalföderalismus“ gehalten im Rahmen des wissenschaftlichen Seminars „Föderalismus: Modelle und Herausforderungen – Grundlagen und empirische Beispiele“ der Europäischen Akademie am 7. Juni 2007 in Bozen.

Färber, Gisela, Vortrag „Ökonomische Theorie des Föderalismus“ gehalten im Rahmen des Symposiums „Aufgaben des modernen Staates in Europa“ des Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am 28. September 2007.

Färber, Gisela, Vortrag „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen – unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Verschuldung und der Bildungsfinanzierung“ gehalten im Rahmen der Enquêtekommission „Demografischer Wandel“ des Saarländischen Landtags am 26. Oktober 2007 in Saarbrücken.

Färber, Gisela, Diskussion „Föderalismus und Regionalismus in Deutschland und Frankreich“ im Rahmen des 9e Forum franco-allemand: fédéralisme, décentralisation, la ville: quelle gouvernance? der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris und der Jean-Jaurès-Stiftung in Französischen Senat in Paris am 9. November 2007.

Färber, Gisela, Vortrag „Mehrebenenverwaltung als ‚Regulierungskaskade‘ – ein Modell für eine effiziente Verwaltung oder Quelle von Bürokratie?“ gehalten im Rahmen der Ringvorlesung „Der Europäische Verwaltungsverbund – Probleme der Mehrebenenverwaltung“ an der Universität Hamburg am 26. November 2007.

Färber, Gisela, Konzeption und Moderation des Panels „Bürokratiekostenabbau und Nationaler Normenkontrollrat: Erfahrungen, Probleme und Stand der Arbeiten im europäischen Vergleich“ auf der Messe Moderner Staat am 28. November 2007 in Berlin.

Kellner, Martin, Vortrag „Citizen Participation in Environmental Enforcement: The U.S. and the German Models“ gehalten anlässlich des International Research Workshop: The Law and Regulatory Strategies for the New Market Governance, University of Tokyo, am 12. März 2007 in Tokio, Japan.

- Kellner, Martin*, Vortrag "Comparative Constitutional Law: Judicial Review in Supreme Court and Constitutional Court Systems" gehalten an der Universidad Americana (UAM), Managua, Nicaragua im September 2007.
- Kellner, Martin*, Vortrag "Citizen Participation in Environmental Law Enforcement in the United States and Germany: Models for Nicaragua?" gehalten an der Universidad Centroamericana (UCA) und Universidad Católica Redemptoris Mater (UNICA), Managua, Nicaragua im September 2007.
- Magiera, Siegfried*, Vortrag „Die historische Zukunft Europas“ anlässlich der Wissenschaftlichen Konferenz „50 Jahre Römische Verträge: eine rückblickende Bewertung des Integrationsprozesses und Ausblick auf die Zukunft Europas“ des Instituts für Europäische Politik am 28. Juni 2007 in Berlin.
- Magiera, Siegfried*, Vortrag "Quality Education and Training in Public Administration – The Contribution of the University of Speyer" anlässlich des Kolloquiums "Adapting Universities to the Global Society" des Transatlantic Policy Consortium an der University of Indiana am 10. September 2007 in Bloomington, Indiana (USA).
- Magiera, Siegfried*, Vortrag „Die Europäische Union als Staaten- und Bürgerverbund“ anlässlich des Seminars „Der Entscheidungs- und Umsetzungsprozess in der Europäischen Union und seine Bedeutung für die deutschen Länder“ des Europäischen Instituts für öffentliche Verwaltung am 7. November 2007 in Maastricht (Niederlande).
- Magiera, Siegfried*, Vortrag „Reformvertrag und Regierungskonferenz – Institutionelle Perspektiven und EU-Entwicklung“ anlässlich des Villa-Vigoni-Gesprächs 2007 "Die Europäische Union vor zentralen Herausforderungen – Deutsche und italienische Sichtweisen" veranstaltet von dem Institut für Europäische Politik (Berlin), von dem Deutsch-italienischen Zentrum Villa Vigoni (Lovenjo di Menaggio), von dem Institut per gli Studi di Politica Internazionale (Mailand) sowie dem Centre International de Formation Européenne (Nizza) am 30. November 2007 in Menaggio (Italien).
- Otter, Nils*, Vortrag „Zum Problem einer Wettbewerbsordnung für Jurisdiktionen“ gehalten im Forschungskolloquium des FÖV am 3. Januar 2007 in Speyer.
- Otter, Nils*, Ko-Referat „Historische Erfahrungen mit dem Freigeld“, zu G. Rösl, gehalten im 40. Forschungsseminar Radein am 22. Februar 2007 in Radein.
- Otter, Nils*, Vortrag „Föderalismusreform und Reform der Finanzverfassung“ gehalten im Séminaire Franco-Allemand de Droit Public Comparé Européen am 9. März 2007 in Speyer.
- Otter, Nils*, Vortrag „Die Finanzverfassung der BRD – Dimensionen eines Länderberichts“, gehalten auf dem Wissenschaftlichen Seminar des Instituts für Föderalismus- und Regionalismusforschung am 7. Juni 2007 in EURAC Bozen.
- Otter, Nils*, Vortrag "Coaching Academic Entrepreneurship", gehalten auf der ECEI 2007 „2nd European Conference on Entrepreneurship and Innovation“ am 8.-9. November 2007 in Utrecht/Niederlande.

- Speer, Benedikt*, Vortrag „'Competence for Europe': New strategies for the civil service?“ gehalten anlässlich der Konferenz „The European Dimension of Administrative Culture“, veranstaltet von German Section of the International Institute for Administrative Sciences/Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe (u. a.) am 15./16. Mai 2007 am Council of Europe in Strasbourg.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Demokratie im Zeitalter der Globalisierung“ gehalten auf Einladung der Zentralen Einrichtung für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsethik (ZEWW) am 30. Januar 2007 an der Universität Hannover.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Die rechtsprechende Gewalt in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ gehalten im Rahmen des Deutsch-brasilianischen Workshops „Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der institutionellen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“, Bundesministerium der Justiz, am 26. März 2007 in Berlin.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Europäisches Verwaltungsrecht als ‚die großartigste Rechtsbildung der Weltgeschichte‘? Die Vision von Lorenz von Stein aus heutiger Perspektive.“, Rektoratsrede gehalten am 15. Mai 2007 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Speyer.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Herkunft und Funktionen von Verfassungsprinzipien in der Europäischen Union“ gehalten auf der Vierten Tagung der Societas Iuris Publici Europaei am 1. Juni 2007 in Göttingen.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Constitutional Change aus juristischer Perspektive“ gehalten auf dem interdisziplinären Symposium „Constitutional Change“ des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der Fernuniversität Hagen am 15. Juni 2007 in Hagen.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Veränderungen des nationalen Verwaltungsrechts unter europäischem Einfluss – Analyse aus deutscher Sicht“ gehalten auf der Tagung „Bestand und Entwicklung des europäischen Verwaltungsrechts“ an der Universität Freiburg am 4. Juli 2007 in Freiburg.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „The Significance of the Principle of the Rule of Law in Europe“ gehalten im Rahmen der Summer School in European Public Law on „The Rule of Law in Europe“ am 27. August 2007 in Lovenjo di Menaggio (Villa Vigoni).
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Perspectivas del desarrollo del Derecho administrativo en Alemania“ gehalten im Rahmen des Kolloquiums „Principios del Derecho Administrativo en Alemania y en Colombia“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universidad del Rosario am 19. September 2007 in Bogotá (Kolumbien).
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „El derecho a una tutela judicial efectiva como núcleo de un concepto europeo común del Estado de Derecho“ gehalten im Rahmen des Seminario Internacional „Retos y perspectivas del Derecho administrativo“ der Universidad del Rosario am 20. September 2007 in Bogotá (Kolumbien).

- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag "La tutela judicial efectiva en la Ley Fundamental alemana. Su aplicación en la justicia administrativa" gehalten im Rahmen der II. Jornadas de Derecho Público Argentino-Alemanas über „La tutela judicial efectiva en la Justicia Administrativa“, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Buenos Aires (Argentinien) am 24. September 2007.
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Actualidad de la regulación de los servicios públicos“ gehalten im Rahmen des 10. Encuentro Jurídico Argentino-Germano der Asociación Jurídica Argentino-Germana / Argentinisch-Deutschen Juristenvereinigung am 26. September 2007 an der Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Buenos Aires (Argentinien).
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „Novedades en el Derecho Público Alemán“ gehalten vor der Asociación Argentina de Derecho Comparado am 28. September 2007 in Buenos Aires (Argentinien).
- Sommermann, Karl-Peter*, Vortrag „El papel de la Convención europea de derechos humanos para la integración europea“ gehalten im Rahmen eines Symposiums über „El Derecho de Integración Suramericano en su contexto“ am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht am 6. Dezember 2007 in Heidelberg.

3.3 Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

3.3.1 Leitung

Leiter der Sektion: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Stellvertreter: Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*

Sektionsreferent: *Christian Bauer*, M.A., Mag. rer. publ.

3.3.2 Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*

Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*

Univ.-Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute*, Hamburg

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*

3.3.3 Forschungsprogramm für den Zeitraum 2009-2013

Zentraler Forschungsgegenstand ist das Interaktionsgefüge der öffentlichen Verwaltung mit privaten Akteuren und anderen öffentlichen Institutionen unter sich ändernden wirtschaftlichen, sozialen, demographischen, technischen, politischen und weiteren Rahmenbedingungen. Zum Forschungsgegenstand gehören insbesondere Entscheidungsprozesse zwischen der Verwaltung und den genannten Akteuren sowie organisatorische, rechtliche und sonstige strukturelle Merkmale des Interaktionsgefüges. Während die Forschungsprogramme der Sektionen I und II vornehmlich auf innerstaatliche und zwischenstaatliche Strukturen und Prozesse gerichtet sind, stehen bei der Sektion III die Außenbeziehungen der Verwaltung zu öffentlichen und privaten Akteuren im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Binnenmerkmale der Verwaltung sind miteinbezogen, soweit ihr Zusammenhang mit externen Interaktionsbeziehungen erforscht werden soll.

Das Forschungsprogramm erstreckt sich auch auf europäische und internationale Bereiche des Verwaltungshandelns. Es umfasst empirische, normativ-rechtliche und geschichtswissenschaftliche Projekte.

Das Forschungsprogramm zielt ab sowohl auf die empirische und normativ-rechtliche Analyse von Handlungsstrukturen, Interaktionsbeziehungen und Entscheidungen, einschließlich ihrer Durchführung, an der Schnittstelle von öffentlicher Verwaltung zu privaten und öffentlichen Akteuren als auch auf die Entwicklung und Bewertung von Reformkonzepten. Ansätze der Rechts- und Vergleichungsverwaltung werden einbezogen.

Die empirische Analyse kann unter zwei verschiedenen Perspektiven durchgeführt werden. Aus der ersten Perspektive richtet sich das Forschungsinteresse primär auf die Beschreibung, Erklärung und Bewertung des Verwaltungshandelns als abhängige Variable und betrachtet die Merkmale privaten Handelns als Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) in Hinblick auf das Verwaltungshandeln. Aus der anderen Perspektive liegt der Schwerpunkt des Forschungsinteresses auf der Beschreibung, Erklärung und Bewertung privaten Handelns (als abhängige Variable), das durch Merkmale des Verwaltungshandelns (als unabhängige Variable) beeinflusst wird. Die in der Verwaltungswissenschaft bisher eher vernachlässigte zweite Untersuchungsperspektive bildet mittelfristig einen Schwerpunkt des Forschungsprogramms. Die Untersuchung privaten Handelns (z.B. von Innovationsentscheidungen privater Unternehmen) unter dem Einfluss öffentlicher Verwaltung ermöglicht es, die gelegentlich festzustellende „staatszentrierte Introvertiertheit“ der verwaltungswissenschaftlichen Forschung durch die Akzentuierung privater Interessen, Einstellungen und Handlungsstrukturen zu überwinden. Zugleich eröffnen sich neue Kooperationsfelder interdisziplinärer Forschung mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.

Schließlich zielt das Forschungsprogramm auch auf die Erarbeitung und Bewertung von Reformkonzepten ab, die das Verhältnis von Verwaltung und privaten Akteuren verbessern sollen. Beispielhaft sei das Leitbild des „aktivierenden Staates“ angeführt, nach dem der Staat zwar an seiner umfassenden öffentlichen Verantwortung für die Aufgaben des Gemeinwohls festhält, jedoch nicht alle Leistungen selbst erbringen muss. Das Leitbild fordert ein Verwaltungshandeln, das private Akteure möglichst weitgehend in die Erledigung öffentlicher Aufgaben einbezieht. Das Programm konzentriert sich zunächst auf die Forschungsschwerpunkte „Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)“ sowie auf „Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften“. Der erste Schwerpunkt betrifft einen Handlungsbereich, in dem es durch das Aufbrechen staatlicher Monopole zu einem entscheidenden Wandel in den regulatorisch geprägten Beziehungen öffentlicher und privater Akteure gekommen ist. Der zweite Schwerpunkt lenkt die Forschung auf öffentlich-private Kooperationsformen der Verwaltung, die durch Bezeichnungen wie Verhandlungsstaat, Verantwortungspartnerschaft, informaler Rechts- und Verfassungsstaat oder ähnliches gekennzeichnet werden und die bei den einen als neue fortschrittliche Governanceformen auf Zustimmung stoßen, von anderen aber als Indizien für einen schleichenden Verlust an Staatlichkeit kritisiert werden.

3.3.3.1 Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)

Dieser Schwerpunktbereich beschäftigt sich mit dem Wandel der Aufgaben staatlicher und privater Akteure sowie ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen durch die Liberalisierung von Infrastrukturen. Der Begriff der Infrastruktur umfasst zunächst die netzgebundenen Infrastrukturen des Verkehrssystems, der Energie- und Wasserversorgung sowie des Telekommunikationssektors. Darüber hinaus zählen zur Infrastruktur in einem weiten Sinn alle Leistungen, die für das Funktionieren und die Entwicklung des Gemeinwesens notwendig sind, deren Erbringung durch den Markt aber zumindest zweifelhaft ist. Dementsprechend

sind die materiellen Einrichtungen (z.B. Gebäude) sowie die institutionellen und personellen Komponenten des Bildungssystems als Infrastruktur anzusehen. Dies ist eine Sichtweise, die ebenso in den Wirtschaftswissenschaften vertreten wird. Die Infrastrukturbereiche Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie Bildung wurden aufgrund der zentralen Rolle der öffentlichen Verwaltung als Betreiber von Infrastruktureinrichtungen für diesen Schwerpunkt ausgewählt. Sie sind zunächst als abschließend zu verstehen.

Lange Zeit wurde die Bereitstellung von Infrastruktur als eine originäre Aufgabe des Staates im Sinne des Konzeptes der Daseinsvorsorge begriffen. Eine Grundannahme war, dass zentrale Ordnungs- und Infrastrukturinteressen nur durch Monopole und weitreichende staatliche Kontrolle zu befriedigen seien. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes geht eine zunehmende Liberalisierung bisher gesetzlich geschützter Infrastrukturbereiche einher, die für den Wettbewerb geöffnet werden. Dabei kommt es nicht nur zu einem Abbau bestehender Regulierungen, sondern auch zum Erlass neuer Regulierungen, die den Wettbewerb auf den liberalisierten Märkten ermöglichen sollen. Ein Beispiel für umfangreiche Re-Regulierungen ist der Strom- und Gasmarkt.

Vor diesem Hintergrund richtet sich das Forschungsinteresse auf die Analyse und Bewertung von organisatorischen und rechtlichen Regulierungsstrukturen und auf die Neubestimmung der Verwaltungsaufgabe in Infrastrukturbereichen. Gerade Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse haben zu einem veränderten Verständnis staatlicher Aufgaben beigetragen. Im Rahmen eines Übergangs von der Erfüllungsverantwortung zur Gewährleistungsverantwortung verlässt sich der Staat auf Private zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, anstatt wie zuvor selbst durch eigene Behörden tätig zu werden.

Neben den sich im Wandel befindenden Regulierungsstrukturen (wozu auch die veränderte Funktion und Wirkung tradierter Instrumente der Zulassung von Vorhaben der Infrastruktur unter sich wandelnden Umfeldbedingungen gehört) sollen unter der Regulierungsperspektive auch Funktion und Wirkungen notwendiger Regulierungsinstrumente beleuchtet werden. Dabei sind Fragestellungen von Effektivität und Effizienz von Bedeutung. Ferner geht es um die Durchsetzung von Gemeinwohlbelangen. Durch den hierarchischen Steuerungsansatz ordnungsrechtlicher Instrumente ergeben sich häufig Implementationsprobleme, welche beispielsweise durch Informationsasymmetrien bedingt sind. Aus der Liberalisierungsperspektive sind die Wirkungsweise von Anreiz- und Marktmechanismen sowie von Instrumenten der Selbstregulierung Gegenstand der Forschung. Dazu gehören auch Instrumente der Marktsimulation wie beispielsweise Emissionszertifikate und Abgabenlösungen. Schließlich wird die Wirkungsweise verschiedener Instrumente und Mechanismen in vergleichender Perspektive betrachtet.

3.3.3.2 Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften

Kooperatives und konsensuales Verwaltungshandeln wird inzwischen in vielen Verwaltungsbereichen gegenüber der hierarchischen Steuerung bevorzugt. Das ursprünglich allein für den Bereich der Umweltpolitik entwickelte Kooperationsprinzip kann inzwischen als allgemeines Steuerungsprinzip verstanden werden. Dabei basiert kooperatives Handeln von öffentlicher Verwaltung mit privaten Ak-

teuren sowohl auf vertraglicher (Beispiele Vergaberecht, Fördermaßnahmen, Public Private Partnerships) als auch auf nichtvertraglicher Grundlage (Beispiel Branchenabkommen und sonstige informale Absprachen).

Der Schwerpunkt umfasst darüber hinaus auch Kooperationen auf internationaler Ebene zwischen Staaten, der EU oder internationalen Organisationen mit Akteuren der Zivilgesellschaft (Non-Profit-Organisationen) und sonstigen NGOs, die infolge der Globalisierung von zunehmender Bedeutung sind.

Obwohl Kooperationsarenen in vielen verschiedenen Verwaltungsbereichen zu finden sind, sollen unter diesem Schwerpunkt ausschließlich Kooperationsbeziehungen mit wirtschaftlicher Ausrichtung untersucht werden. Soweit Infrastrukturen Gegenstand von Forschungsvorhaben sind, sind diese allerdings dem zweiten Schwerpunkt nur dann zuzuordnen, wenn Kooperation – im Gegensatz zur Regulierung – im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht.

Aus der Sicht der öffentlichen Verwaltung sind mit dem Eingehen von Kooperationsbeziehungen häufig Vorteile in Form von Finanzierungs-, Prozess- und Organisationsentlastungen sowie von Akzeptanz- und Imagegewinnen verbunden. Es entstehen jedoch auch Risiken wie der Abbau demokratischer Kontrollen und Legitimationsdefizite sowie ein Zurücktreten von Gemeinwohlinteressen gegenüber privater Gewinnmaximierung. Eine Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren (NGOs) an Verwaltungskooperationen kann zum Ausgleich dieser Nachteile zweckmäßig sein. Somit ist nicht nur die Ausgestaltung bilateraler, sondern auch die Ausgestaltung multilateraler Kooperationsbeziehungen Gegenstand des Forschungsinteresses unter diesem Schwerpunkt.

Wichtige Fragestellungen betreffen die Entwicklung und Ausgestaltung von Verwaltungskooperationen. Da die traditionelle Verwaltungssteuerung auf dem Modell der hierarchisch strukturierten und handelnden Verwaltung basierte, wird nun zunehmend die Entwicklung und Strukturierung eines Sets von Verwaltungskooperationen gefordert, um der kooperierenden Verwaltung ein geeignetes Repertoire von Handlungsformen zur Verfügung zu stellen.

Ansatzpunkte hierfür sind beispielsweise die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie der Bereich der Public Private Partnership (PPP). Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist dadurch geprägt, dass weder die Auswahl der Kooperationspartner noch die Strukturierung der Kooperation beliebig erfolgen kann. Transparente und diskriminierungsfreie Partnerwahl auf der einen und Flexibilitäts- und Innovationsanforderungen an die öffentliche Verwaltung auf der anderen Seite geraten nicht selten in ein Spannungsverhältnis. Zu dessen Überbrückung ist die Optimierung der kooperationsbegründenden Verfahren ein wesentlicher Baustein. PPP kann als systematische Modernisierungsstrategie verstanden werden, die systemische Grenzen zwischen Markt und Staat teilweise integriert. Hybride Arrangements zwischen privatem und öffentlichem Sektor bergen ein strategisches Innovations- und Entwicklungspotential, das vom öffentlichen Sektor zu einer Steigerung der Effizienz der Bedienung von Gemeinwohlbelangen zu nutzen ist. Der durch die Vernetzung von öffentlichen und privaten Akteuren entstehende Intermediärbereich hat Bedeutung als Experimentierfeld und Steuerungsreserve.

Schließlich sollen auch internationale Kooperationsarenen nationaler Marktwirtschaften Untersuchungsgegenstand sein. Internationale Organisationen sind

im besonderen Maße Kooperationsarenen, da im internationalen Bereich eine Steuerung über Hierarchie mangels supranationaler Institutionen nicht möglich ist. Der gesamte Bereich internationaler Organisationen, ihrer Strukturen und Prozeduren ist bisher kaum von der Verwaltungswissenschaft analysiert worden. In der Forschung dominiert die disziplinär begrenzte Perspektive Internationaler Beziehungen, die internationale Organisationen wie beispielsweise der Welthandelsorganisation nicht als selbständige Akteure und Teile der öffentlichen Verwaltung, sondern lediglich als Werkzeuge in der Hand der Nationalstaaten betrachtet. In diesem Zusammenhang ist die Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen als Repräsentanten der Zivilgesellschaften umstritten. Während Wirtschaftsakteure bereits jetzt privilegierte Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Entscheidungen internationaler Organisationen haben, fordern zivilgesellschaftliche Nicht-Regierungsorganisationen bessere Beteiligungsmöglichkeiten in internationalen Organisationen. Vielfach wird davon ausgegangen, dass eine verstärkte Kooperation mit Nicht-Regierungsorganisationen den internationalen Organisationen einen Zuwachs an Legitimität verschaffen könnte. Das Forschungsprogramm soll dazu beitragen, das verwaltungswissenschaftliche Forschungsdefizit im Bereich internationaler Organisationen zu überwinden.

3.3.4 Projekte

3.3.4.1 Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)

3.3.4.1.1 Laufende Projekte

III/1. **Jansen/Barnekow/Stoll: „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“**

Laufzeit: 1.5.2005 bis 30.6.2009

Finanzierung: VolkswagenStiftung/Schwerpunktprogramm Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft

1. Hintergrund

Vor dem Hintergrund des Klimawandels wird der Umbau der Energielandschaft hin zu energieeffizienten und CO₂-armen Erzeugungsformen zur Herausforderung. Dieser Prozess ist wesentlich durch Interaktionseffekte zwischen den Eigenschaften der Innovationen, den Regulierungsmodi des Energiemarktes sowie den Innovationsstrategien der Akteure des Energiesektors gekennzeichnet. Alle drei Aspekte stehen im Mittelpunkt dieses Forschungsprojektes, das das FÖV Speyer in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) durchführt.

Energie- und klimaschutzpolitische Strategien sind in Deutschland vielfältig und teils gegenläufig. Zum einen wurde der Markt mit der Umsetzung der Liberalisierungsrichtlinie dereguliert, zum anderen wurde durch das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) oder Emissionshandelsvorschriften der Regulierungsrahmen erweitert. Zusätzlich betreibt der Bund eine

Förderungspolitik, die mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) Anreize für Investitionen in innovative Erzeugungsformen bietet. Ob und welchen Einfluss diese Mechanismen in Kombination auf die Diffusion spezifischer ökologischer Innovationen und die Investitionsneigung der Marktakteure haben, ist bisher noch nicht hinreichend empirisch geklärt.

Nicht nur die Entflechtung der verschiedenen Wertschöpfungsstufen (Unbundling), sondern auch durch die Einführung einer ex-ante Regulierung des Netzzugangs durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Jahre 2006 hat grundlegende Konsequenzen für die Strategien der Stadtwerke. Durch den Wandel der Wettbewerbsbedingungen und dem damit verbundenen erheblichen personellen und organisatorischen Aufwand ergeben sich Änderungen in der Prioritätensetzung und Wertschöpfungskette der Stadtwerke. Galt bisher die Verteilung von Energie als wichtigste Aufgabe der Stadtwerke, gerät nun auch die Energieerzeugung stärker in den Mittelpunkt. Während die Margen in Netzbereich rückläufig sind, bietet der Einstieg in die Erzeugung die Möglichkeit, sich von steigenden Großhandelspreisen und Vollversorgungsverträgen zu emanzipieren und Energie für den eigenen und Fremdbedarf kostengünstiger und effizienter zu erzeugen. Diese energiepolitische Entwicklung und die traditionelle Nähe zum Endkunden erklärt die Schlüsselrolle der Stadtwerke bei der Analyse der Diffusion von Innovationen im Bereich der Eigenerzeugung zu.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die zentrale Forschungsfrage der Untersuchung ist die nach den Bedingungen, unter denen Stadtwerke und deren Kunden in ausgewählte innovative Erzeugungstechniken (Erneuerbare Energien, KWK) und Dienstleistungen (Contracting) investieren. Für die Untersuchung setzen wir drei zentrale Schwerpunkte. Auf der Makroebene fokussieren wir die Auswirkungen der staatlichen Liberalisierungs- und Regulationsstrategien auf die Durchsetzung von ökologischen Innovationen. Welche Marktmechanismen unterstützen innovative technische und organisationale Lösungen, welche behindern diese? Darüber hinaus zielt das Projekt auch auf die Wechselwirkungen zwischen Wettbewerbsstrategien, (Re)-Regulierungsinstrumenten und der Förderung der von uns gewählten Innovationsfelder.

Aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht von besonderer Relevanz ist die Frage, welche Konsequenzen sowohl formalrechtliche als auch inhaltliche Privatisierungen von Stadtwerken (private Beteiligungen) einerseits, als auch ein möglicher Wandel des Selbstbildes von Stadtwerken, die sich mehr und mehr als unter Wettbewerbsbedingungen agierenden Unternehmen verstehen, haben. Können Stadtwerke eher als privatwirtschaftliche Akteure an der Seite großer Kooperationspartner im Energiemarkt oder als eigenständige kommunale Akteure innovative Strategien verfolgen? Die Untersuchung betont hier besonders die Einflüsse unterschiedlicher Werthaltungen und die Rolle von Informations- und Kooperationsnetzwerken.

3. Vorgehen

Im Rahmen des Projekts wurden Informationen von allen beteiligten Akteuren von Anlagenherstellern über die Stromerzeuger und -verteiler bis hin zu Kunden erhoben, um Koordinations- und Entscheidungsmechanismen angemessen zu bewerten. Als zentrales Forschungsinstrument diente die schriftliche Befragung der Stadtwerke zu ihren Innovations- und Kooperationsstrategien in einer Vollerhebung. Zusätzlich wurden im Projektverlauf Leitfadenterviews mit ausgewählten Kundengruppen (Krankenhäuser, Metzgereien), Energieversorgern der Nieder-, Mittel- und Höchstspannungsebene und Technologieanbietern geführt.

In der zweiten Projektphase wurden zunächst mittels Faktorenanalyse vier Erzeugungsstrategien ermittelt und dann anhand multivariater Verfahren die Effekte verschiedener Einflussfaktoren – wie Kooperations- und Unternehmensstrategien – auf die einzelnen Erzeugungsarten getestet. Zeitgleich erfolgte eine netzwerkanalytischen Auswertung der Daten der MARKUS-Datenbank der Kreditreform und die Erstellung von Beteiligungsmodellen, anhand derer nun die Einflüsse der großen Verbundnetzbetreiber analysiert werden können.

4. Erwartete Ergebnisse

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Analyse der Diffusionsprozesse ermöglicht eine Bewertung der vielfältigen energiewirtschaftlichen Mechaniken. Aus politischer Perspektive zeigen Anreizregulierungen die gewünschten Folgen bei ihren Adressaten. Stadtwerke, die in den Bereichen Erneuerbare Energien und KWK aktiv sind, messen der Einspeisevergütung durch EEG und KWKG eine sehr hohe Relevanz zu. Die gleichzeitige Aktivität in zwei oder drei Innovationsfeldern spricht dafür, dass die Energieversorger gerade im technischen Bereich Synergieeffekte nutzen können.

Eine getrennte Betrachtung der vier typischen Erzeugungsprofile von Stadtwerken (1) etablierte Verfahren ohne KWK, (2) Erzeugungstechniken auf der Basis von Erneuerbaren Energien, (3) BHKW-Technologien und (4) große, mittels fossilen Brennstoffen betriebenen KWK-Anlagen zeigt ein differenziertes Bild hinsichtlich der verschiedenen Einflussfaktoren. Während private Beteiligungen generell einen negativen Effekt auf das Engagement in den einzelnen Erzeugungsarten haben, wirken vertikale Kooperationen mit Verbundnetzbetreibern nur für den Einsatz von Erneuerbaren Energien hemmend. Bezüglich des Einsatzes von etablierten Erzeugungstechniken sowie von BHKW-Anlagen scheinen Kooperationen mit den Vorversorgern förderlich für den technologischen Wissenstransfer zu sein. Dagegen spielen horizontale Beziehungen mit Arbeitsgemeinschaften oder einzelnen anderen Stadtwerke, die durch ein hohes Maß an Vertrauen gekennzeichnet sind, gerade für den Einsatz von Erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle und können Investitionen in diese neuartigen Technologien begünstigen.

Auch ein gewandeltes Selbstbild der Stadtwerke bleibt nicht ohne Folgen für ihre Erzeugungsstrategien. Während eine traditionelle Ausrichtung in Form des Festhaltens an einer starken kommunalen Orientierung innovations-hemmend wirkt, engagieren sich Stadtwerke, die sich auf den neuen Wettbewerb einlassen, indem sie zum Beispiel moderne Vertriebsstrategien übernehmen und auch außerhalb des eigenen Netzes agieren, auch häufiger in der Realisierung von BHKW-Projekten.

Auf der Verbraucherseite kann mit Blick auf den öffentlichen Sektor für die Kundengruppe Krankenhäuser festgehalten werden, dass für sie die Nutzung der KWK-Technologie – nur im geringen Maße der Contracting-Verträge - vor dem Hintergrund steigender Energiepreise eine sehr hohe Relevanz besitzen. Ob bei den einzelnen Kundengruppen diese Versorgungslösungen zum Einsatz kommen, hängt maßgeblich von den Informationsmöglichkeiten und dem Wissenstransfer zwischen Stadtwerken und Kunden ab. Gerade für die Fleischereien wirkt sich ein enger Austausch mit den ortsansässigen Energieversorgern, die über eine starke Kundenorientierung verfügen, positiv auf das Betreiben einer eigenen KWK-Anlage aus. Im Unterschied hierzu erweist sich bei den Krankenhäusern ein enger Kontakt mit den Stadtwerken und ein starker kommunaler Einfluss als nicht förderlich für den Abschluss von Contracting-Verträgen oder den Bau einer eigenen KWK-Anlage. Möglicherweise spiegelt sich hierin das unterschiedliche Innovations- und Anspruchsniveau der beiden Kundengruppen. Während Fleischereien im engen Kontakt zu Stadtwerken mehr über Innovationsmöglichkeiten erfahren, sind Krankenhäuser mit starker kommunaler Orientierung, für die der Kontakt zu Stadtwerken eine wesentliche Wissensquelle darstellt, eher seltener zum Abschluss von Contracting-Verträgen oder dem Bau einer KWK-Anlage bereit.

5. Vorträge und Publikationen

Dorothea Jansen, Sven Barnekow, Katrin Ostertag, Karoline Rogge, Ulrike Stoll, Rainer Walz, Mike Weber, Stadtwerke zwischen Liberalisierungsdruck und Umweltzielen – Der Beitrag lokaler Stromversorger zu Diffusion von Klimaschutz- und Energieeffizienzinnovationen, in: Ulrich Wengenroth/Hagen Hof (Hrsg.), *Innovationsforschung – Ansätze, Methoden, Grenzen und Perspektiven*, Münster 2007; *Eberhard Bohne/Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt – Beiträge zum 2. Speyerer Energieforum „Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt“ vom 15. bis 16. September 2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 181, Berlin 2007; *Dorothea Jansen/Sven Barnekow/Ulrike Stoll*, *Innovationsstrategien von Stadtwerken – lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen*, FÖV Discussion Papers 41, Speyer 2007; *Dorothea Jansen*, Vortrag "The German Energy Sector under Liberalization Pressure – Sector Structure, Chances for the Diffusion of Energy Efficiency Technologies and Services, and Sector Persistency", gehalten im Rahmen der 7th International Summer Academy on Technology "Transforming the Energy System: The Role of Institutions, Interests & Ideas", 27. bis 31. August 2007, Deutschlands-

berg (Austria); *Sven Barnekow*, Vortrag "Facing the Dynamics of Institutional Change – An Analysis of socio-technical Transformations of Municipal Utilities", gehalten im Rahmen der 7th International Summer Academy on Technology "Transforming the Energy System: The Role of Institutions, Interests & Ideas", 27. bis 31. August 2007, Deutschlandsberg (Austria); *Katrin Ostertag/Nele Glienke/Karoline Rogge (ISI)/Dorothea Jansen/Ulrike Stoll/Sven Barnekow (FÖV)*, Vortrag "Local utilities, liberalisation and the EU Emission Trading Scheme: Emerging strategies and their determinants", gehalten im Rahmen der 6th Conference on Applied Infrastructure Research, 5. bis 6. Oktober 2007, Berlin (Deutschland).

III/2. S. Fisch/Horstmann/Bartz/Kutting: "Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Verwaltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der Bundesrepublik Deutschland"

Laufzeit: 15.2.2006 bis 30.11.2008

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Das Schulwesen gehört beinahe in allen Industriestaaten zum Handlungsbereich unbestrittener Staatsaufgaben, ist aber anderswo selten so eindeutig staatlich dominiert wie in Deutschland. Aufgrund dieser Grundformation fand in der Bundesrepublik lange keine nennenswerte Diskussion darüber statt, ob der Staat das Unterrichtswesen derart umfassend betreiben, finanzieren oder wenigstens regulieren muss. Seit den Vergleichsuntersuchungen im Bildungsbereich hat sich das geändert: Die bundesdeutsche Staatsschule garantiert offenbar weder Einheitlichkeit noch Chancengleichheit. Nun wird verstärkt über Änderungen der Steuerungsstrukturen und eine Ausweitung des privaten Engagements diskutiert. Überraschenderweise sind bislang von dieser Reformdebatte über die künftige Bildungsinfrastruktur die existierenden, grundgesetzlich garantierten Privatschulen als Alternative zum bzw. als Ergänzung des staatlichen Schulwesens ausgenommen.

Das Forschungsprojekt nimmt sich des Privatschulwesens in Deutschland als eines staatlich regulierten Systems an. Im Zentrum stehen die sogenannten Ersatzschulen, die staatlich anerkannte Abschlüsse vergeben können und vom Staat subventioniert werden. Ersatzschulen sind besonderer Kontrolle und anderen Beeinflussungsmechanismen unterworfen, so dass bei ihnen die Verflechtung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren besonders deutlich wird. Über diese Interaktion zwischen privaten und öffentlichen Akteuren wurde bis jetzt noch nicht systematisch gearbeitet. Vor dem Hintergrund der laufenden Reformdiskussion ist das Thema von hohem politischem und gesellschaftlichem Interesse. Durch das Vorhaben werden Kooperationsfelder zwischen geschichts-, verwaltungswissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Forschung eröffnet, die in interdisziplinärer Weise auch erziehungswissenschaftliche, bildungswissenschaftliche und politologische Fragestellungen einschließen.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt nimmt erstmals das Interaktionsgefüge zwischen ‚Gesellschaft‘ und öffentlicher Verwaltung am Beispiel der Privatschule in den Blick. Der Wandel von Regulierungsstrukturen in einem zentralen Politikfeld der Länder kann so unter sich wandelnden Umfeldbedingungen näher betrachtet werden. Weiter soll ein neuer Denkmittelzusammenhang von Bildung, Infrastruktur und Regulierungstheorie hergestellt werden. Im Einzelnen geht es um folgende größere Forschungsfragen:

1. Die Privatschulen trafen und treffen in ihrem Handlungsraum auf unterschiedliche Verwaltungskulturen in einem Politikfeld, das durch Wandel und rivalisierende Bildungskonzepte gekennzeichnet war und ist. Welche unterschiedlichen Leitbilder übertrugen die Schulaufsichten verschiedener Länder auf die Privatschulen?
2. Zweitens rückt das Projekt die privaten Akteure selbst ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Zwischen Verwaltung und Privatschulen herrscht dabei kein Gleichgewicht der Kräfte. Wie reagierten die Privatschulvertreter auf dieses Ungleichgewicht der Kräfte und welche Allianzen mit der Verwaltung gingen sie ein?
3. Aus einer Gemengelage aus grundrechtlichen Vorgaben und landesrechtlich normierten Bildungskonzepten bildeten sich je nach Land spezifische Regulierungsstrukturen staatlich-privater Verantwortungsteilung heraus, die sich allerdings typisieren lassen. Die derzeitige Debatte zu Regulierung und Deregulierung, Gewährleistungsverantwortung und Governance bewegt sich vor allem in den Referenzgebieten Telekommunikation, Energieversorgung und Verkehrsinfrastrukturen. Zu erarbeiten ist, inwiefern sich mit dem Zugriff auf das Privatschulwesens ein in diesem Diskurs kaum thematisierter Typ der Regulierung öffentlicher Güter erschließen lässt und welche Anregungen sich hieraus ergeben können.

3. Vorgehen

Das Vorhaben verbindet zum einen an der Beobachtung von historischen Akteuren und deren Handlungen orientierten Ansatz mit Perspektiven einer allgemeinen Strukturgeschichte. Empirisch wird vor allem mit Akten- und Archivmaterial sowie mit zeitgenössischer Literatur gearbeitet. Darüber hinaus werden Experteninterviews einbezogen.

Das Projekt greift auf einen integrativen Quellenbestand zurück: den der ‚Arbeitsgemeinschaft freier Schulen‘. Ausgehend von der Überlieferung der bundesweit organisierten Vereinigung ist es möglich, die Regulierung der Privatschulen in der Bundesrepublik als einen historischen Prozess zu untersuchen und gleichzeitig induktiv zu weiteren Problemfeldern vorzustoßen.

Zum anderen soll in verwaltungswissenschaftlicher und juristischer Perspektive der aktuelle Normenbestand (einschließlich der untergesetzlichen Bestimmungen) analysiert werden, der den Kooperations-, Koordinations- und Kontrollstrukturen der Ordnung des Privatschulwesens ihr Gepräge

gibt ; die Ergebnisse sind im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Debatte zum „Gewährleistungsstaat“ zu diskutieren.

4. Erwartete Ergebnisse

Durch das Projekt soll deutlich werden, wie die Bildungsverwaltung den 'Markt' der privaten Schulen beeinflusste und welche Strukturen hieraus erwachsen sind. Spielräume und Grenzen staatlicher Einflussnahme auf die Privatschulen sollen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sichtbar werden. Im größeren Zusammenhang können die Forschungsergebnisse einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der Entwicklung und der Entwicklungsperspektiven des modernen Staates und seiner Bildungsinfrastruktur leisten.

5. Publikation 2007/2008

Olaf Bartz, Regulierung des Privatschulwesens aus historischer Sicht und „Public Ecclesiastical Partnership“, FÖV-Discussion Papers Nr. 43, Speyer (im Druck).

III/3. *Knorr/Bellmann*: „Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing“

Laufzeit: 1.8.2007 bis 31.7.2009

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Staus, Umwelt- und Lärmbelastungen sowie Verkehrsunfälle gehören zwangsläufig zu den negativen Begleiterscheinungen des Straßenverkehrs. Traditionelle Ansatzpunkte, diese Probleme zumindest zu mildern, waren einerseits der aus öffentlichen Mitteln finanzierte Ausbau der Straßeninfrastruktur und andererseits eine intensive staatliche Subventionierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Keiner dieser Strategien war jedoch angesichts des ungebrochenen Wachstums des Straßenverkehrs und der zunehmenden staatlichen Finanzierungsengpässe dauerhaft Erfolg beschieden. Eine mögliche Alternative stellen nutzungsabhängige Entgelte (Maut) dar. Die Rolle des Vorreiters gebührt dabei dem asiatischen Stadtstaat Singapur, in welchem bereits 1975 eine City-Maut eingeführt wurde. Weitere Systeme bestehen u.a. in der Londoner Innenstadt, in Trondheim und Oslo (Norwegen), in Melbourne (Australien), in Toronto (Kanada) sowie Stockholm (Schweden). Hinzu kommt in einigen Staaten – entweder in Form einer Vignettenpflicht oder streckenbezogener Nutzungsgebühren – eine Mautpflicht für die Benutzung der Autobahnen, sei es generell für alle Pkw und Lkw (Italien, Frankreich, Spanien, Slowakei, Tschechien) oder nur beschränkt auf Lkw (u.a. Deutschland im Rahmen der Euro-Vignette). Schließlich werden Nutzungsentgelte für das Passieren eines bestimmten straßenbaulichen Objekts, einer Brücke oder eines Tunnels, erhoben (so etwa die Warnowquerung in Rostock).

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die theoretischen Grundlagen nutzungsabhängiger Entgelte im Allgemeinen bzw. komplexer Road Pricing-Systeme im Speziellen sind in der Literatur bereits ausführlich erörtert. Geprägt wird die Diskussion von der Ansicht, dass die Allokation der Straßenweginfrastruktur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet höchst ineffizient erfolgt und erhebliche negative Externalitäten verursacht. Ebenso sind die Grenzen der Finanzierbarkeit der traditionellen Lösungsansätze – beständiger Ausbau der Straßeninfrastruktur und umfassende Subventionierung des Öffentlichen Personennahverkehrs – mittlerweile erreicht. Prinzipiell stellen Road pricing-Systeme aus ökonomischer Perspektive ein sehr gut geeignetes Verfahren dar, die Allokationseffizienz substantiell zu steigern. Es ist dabei davon auszugehen, dass elektronische Mautsysteme vignettenbasierten Lösungen deutlich überlegen sind. Die verschiedenen Implementierungsversuche haben jedoch gezeigt, dass trotz der ökonomischen Vorteilhaftigkeit Straßenbenutzungsentgelte auf technische Hürden, politische Resentiments und Widerstände in der Öffentlichkeit stoßen. Es fehlt allerdings eine umfassende ökonomische Analyse sowohl der bislang eingeführten Road Pricing-Systeme als auch der bis dato gescheiterten Versuche, effiziente und effektive Road-Pricing-Systeme einzurichten.

3. Vorgehen

Das Projekt soll zur Klärung der genannten Forschungsfragen unter anderem eine empirische Analyse der verkehrslenkenden bzw. der möglicherweise verkehrsvermeidenden Effekte von Straßenbenutzungsgebühren beinhalten. Auf Grundlage der vor Ort bei den Betreibergesellschaften, Forschungseinrichtungen und den ÖPNV-Anbietern vorhandenen Primär- und Sekundärdaten werden vergleichende Fallstudien im Sinne detaillierter Stärken-Schwächen-Profile der unterschiedlichen Designs – beispielsweise von Vignettenlösungen und elektronischen Systemen – sowie ihrer jeweiligen Effizienzwirkungen erstellt. Darüber hinaus soll eine detaillierte institutionenökonomische Untersuchung der jeweiligen politischen und rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, welche in der Regel erhebliche Auswirkungen auf das Design, die Implementierung und den Betrieb von Road Pricing-Systemen haben, erfolgen. Speziell werden die Prinzipal-Agent-Theorie, die Vertragstheorie und die ökonomische Analyse des Rechts sowie die Ansätze der Neuen Politischen Ökonomie und der Rent seeking-Theorie Anwendung finden.

4. Erwartete Ergebnisse

Neben der Schließung der genannten Forschungslücken ist das primäre Ziel des Projektes die Ableitung tragfähiger und umsetzbarer wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen für das Design und die Umsetzung zukünftiger Road Pricing-Systeme sowie zur Erhöhung der Effektivität der bereits bestehenden Mautsysteme.

3.3.4.1.2 Abgeschlossenes Projekt

III/4. *Knorr/Jahn: „Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen“*

Laufzeit: 1.8.2005 bis 31.7.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Die Angebotsgüte von Verkehrsleistungen und ihr Preis beeinflussen zum einen die ökonomische Attraktivität von Produktionsstandorten maßgeblich mit. Zum anderen prägen sie maßgeblich die sektorale sowie die räumliche Struktur von Wirtschaftsprozessen. Verkehrspolitik zählt bis heute folgerichtig zu den Kernbereichen staatlicher Daseinsvorsorge.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten vollzog sich in Deutschland und den meisten anderen Mitgliedstaaten der EU allerdings auf Druck der Kommission nach dem Untätigkeitsurteil des EuGH ein grundlegender verkehrspolitischer Paradigmenwechsel. Bis zu diesem Zeitpunkt sahen es die meisten Mitgliedstaaten als unerlässlich an, das Verkehrswesen als wettbewerbspolitischen Ausnahmebereich zu behandeln, um ihre verkehrspolitischen Zielsetzungen zu erreichen – eine nicht selten allerdings inkonsistente Mixtur regional-, sozial-, umwelt-, industrie- und wachstumspolitischer Sollzustände. Erreicht werden sollten diese Ziele durch umfassende Regulierungen des Marktzutritts, des Marktaustritts, der Preisbildung und der Angebotsqualität. Vielfach, wie im Eisenbahnwesen und im Linienluftverkehr, wurde öffentlichen Unternehmen sogar ein Angebotsmonopol verliehen. Es wurde ergänzt um ein weiteres staatliches Angebotsmonopol bei sämtlichen Verkehrswegeinfrastrukturen.

Beide staatlichen Angebotsmonopole wurden in der jüngeren Vergangenheit in der EU jedoch zunehmend liberalisiert – ein Prozess, der in einigen Ländern durch eine (teilweise) Privatisierung der früheren staatlichen Angebotsmonopolisten flankiert wurde. Anzumerken ist jedoch, dass die Grade der Liberalisierung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten bis heute stark differieren. Grundsätzlich ist jedoch in allen Mitgliedstaaten der EU in wesentlichen Teilbereichen des Verkehrssektors eine Entwicklung weg von der staatlichen Leistungserstellung hin zu einer Gewährleistungsgarantie zu beobachten.

Trotz der in den vergangenen beiden Jahrzehnten erzielten Liberalisierungsfortschritte sind die Märkte des Verkehrswesens nach wie vor durch erhebliche Wettbewerbsverzerrungen gekennzeichnet. Diese betreffen nicht nur die intramodale Konkurrenz, sondern vor allem den Wettbewerb der einzelnen Verkehrsträger untereinander. Der offensichtlichen verkehrs-, umwelt- und regionalpolitischen Bedeutung dieser Fragestellungen zum Trotz stellt der Problembereich Wettbewerbsverzerrungen im Verkehr noch immer eine bedeutende Forschungslücke dar.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Im Rahmen dieses Forschungsprojekts zur Regulierung und Liberalisierung von Infrastruktur sollten die auf den Verkehrsmärkten bestehenden Wettbewerbsverzerrungen systematisch erfasst und bewertet werden. Den Schwerpunkt bilden Deutschland sowie die Länder der EU. Die Wettbewerbsverzerrungen und deren ökonomische und außerökonomische Ursachen sollen auf den drei Kernebenen Infrastruktur, Betrieb und externe Effekte untersucht werden. Im Anschluss daran sollte erörtert werden, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen sind, um die festgestellten Wettbewerbsverzerrungen auf den Verkehrsmärkten möglichst umfassend zu beseitigen.

3. Vorgehen

Die Erfassung bestehender Wettbewerbsverzerrungen auf den Verkehrsmärkten setzt den Einsatz verschiedener Analyseinstrumente voraus. Das Ausmaß direkter staatlicher Beihilfen konnte anhand öffentlich zugänglicher Primärquellen abgeschätzt werden. Die Erfassung der Volumina indirekter Beihilfen – insbesondere in Gestalt nicht internalisierter externer Kosten – sollte zum anderen durch Auswertung der zu dieser Thematik bereits verfügbaren wissenschaftlichen Studien erfolgen. Schließlich war es erforderlich sein, Begünstigungen einzelner Verkehrsträger bzw. Verkehrsunternehmen – z.B. aufgrund unterschiedlicher haftungs-, arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen – zu erfassen und qualitativ sowie quantitativ zu bewerten.

4. Erwartete Ergebnisse

Das Forschungsprojekt war von besonderer politischer Relevanz, da die zu untersuchenden Wettbewerbsverzerrungen hohe gesellschaftliche Wohlfahrtsverluste verursachen können. Das Projekt sollte daher den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, der öffentlichen Verwaltung und Verbänden etc. einen umfassenden Überblick über Art und Umfang der Wettbewerbsverzerrungen vermitteln und damit eine wichtige Kenntnislücke schließen sowie politisch umsetzbare Handlungsempfehlungen ableiten.

3.3.4.2 Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften

3.3.4.2.1 Laufende Projekte

III/5. *Ziekow/Siegel*: „Fehler im Vergabeverfahren“

Laufzeit: 1.11.2002 bis 31.7.2003; 1.1.2006 bis 30.9.2007;
1.1.2009 bis 31.3.2010

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge hat sich – wie kaum ein anderer Rechtsbereich – in jüngster Zeit von einem Randgebiet zu einem zentralen Bereich politischer Aufmerksamkeit entwickelt. Gründe hierfür dürften zum einen das im Vergaberecht besonders deutliche komplexe Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht, zum anderen der verstärkte Einsatz ökonomischer Steuerungsinstrumente zur Erzielung erwünschter Effekte sein. Vor diesem Hintergrund kann das Vergaberecht als nachgerade paradigmatisch für die Stellung der Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft gelten.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Untersuchung soll einen Beitrag zur Struktur und Einordnung neuer Verfahrenstypen zwischen privatem und öffentlichem Recht liefern. Das Projekt ist von Bedeutung zunächst für den Bundesgesetzgeber, dessen Ordnung des Vergaberechts in Umsetzung der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben im Hinblick auf seine Fehleranfälligkeit untersucht wird. Darüber hinaus soll allen Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befasst sind, eine Analyse zur Verfügung gestellt werden, welche die Fehleranfälligkeit von Vergabeverfahren verringern kann. Gegebenenfalls werden Vorschläge zur Fortentwicklung eines aufgabengerechten Fehlerfolgenrechts erarbeitet. Zudem soll der Gestaltungsprozess, den das Vergaberecht derzeit durchläuft, wissenschaftlich begleitet und beeinflusst werden.

3. Vorgehen

Das Projekt dient der normativ-rechtlichen Analyse aktueller Schnittstellen zwischen öffentlichen Stellen und privaten Akteuren. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragestellungen, bei denen die Grenzen zwischen diesen Beteiligten noch nicht abschließend festgelegt sind. So wurde in einem ersten Projektabschnitt untersucht, inwieweit öffentliche Auftraggeber trotz der grundsätzlichen Verankerung des Vergabeverfahrens im Zivilrecht an normative Vorgaben des öffentlichen Rechts gebunden bleiben. Aktuelle Projektabschnitte haben den sachlichen und personellen Anwendungsbe- reich des Vergaberechts zum Gegenstand, so etwa die Frage, inwieweit interkommunale Kooperationen dem Vergaberecht unterliegen können.

4. Ergebnisse

Zu den einzelnen Projektabschnitten wurden und werden jeweils die erzielten Forschungsergebnisse in den einschlägigen Fachzeitschriften oder in anderer Form veröffentlicht. Die bislang gewonnenen Ergebnisse sind bereits in weitem Umfang in Rechtsprechung und Literatur auf nationaler Ebene aufgegriffen worden. Darüber hinaus beeinflussen die gewonnenen Forschungsergebnisse auch die vergaberechtliche Entwicklung auf europäischer Ebene, was sich etwa in der Zitierung durch die Generalanwaltschaft vor dem EuGH oder in der Anforderung von Veröffentlichungen durch die Europäische Kommission äußert.

5. Publikationen 2007/2008

Jan Ziekow, Die Berücksichtigung sozialer Aspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Dargestellt am Beispiel der sog. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, Köln / Berlin / Bonn / München 2007; *Thorsten Siegel*, Die Behandlung gemischter Verträge nach dem neuen Vergaberecht, in: Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR), Heft 1/2007, S. 25-32; *Thorsten Siegel*, Effektiver Rechtsschutz und der Vorrang des Primärrechtsschutzes, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Heft 6/2007, S. 237-243; *Thorsten Siegel*, Der Vorrang der Öffentlichen Ausschreibung im Vergabewesen (gemeinsam mit Nils Otter und Mike Weber), in: Verwaltung und Management (V&M), Heft 2/2007, S. 94-103; *Thorsten Siegel*, Die Zwei-Stufen-Theorie auf dem Rückzug, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.), Heft 15/2007, S. 942-946; *Thorsten Siegel*, Zulassung von Nachverhandlungen im Vergabeverfahren?, in: InfrastrukturRecht (IR), Heft 11-12/2007, S. 302-307; *Jan Ziekow*, Das Vergaberecht als Waffe gegen Kinderarbeit?, in: Kommunaljurist 4 (2007), S. 281-288; *Jan Ziekow*, Die Wirkung von Bereichsausnahmen vom Vergaberecht – dargestellt am Beispiel sicherheitsrelevanter Vorhaben nach § 100 Abs. 2 lit. d GWB –, in: Vergaberecht 7 (2007), S. 711-721; *Thorsten Siegel*, Dienstleistungskonzessionen im Vergaberecht – Begriff, Anforderungen, Rechtsschutz, in: Becker u.a. (Hrsg.), Herausforderungen und Veränderungen im Öffentlichen Sektor IV, Mannheimer Schriften zur Verwaltungs- und Versorgungswirtschaft Band 12, Herbolzheim 2007, S. 119-125; *Thorsten Siegel*, Rechtssichere In-House-Geschäfte? Aktuelle Entwicklungstendenzen in der Rechtsprechung des EuGH, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2008; *Thorsten Siegel*, Die Grundfreiheiten als Auffangordnung im europäischen und nationalen Vergaberecht, in: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS) 2008, S. 66-73; *Jan Ziekow*, Städtebauliche Verträge zwischen Bauauftrag und Baukonzession, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) 2008, S. 137-145.

III/6. **Ziekow/Siegel: „Evaluation der Vergabep Praxis im Gebäudemanagement des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes Nordrhein-Westfalen“**

Laufzeit: 1.10.2007 bis 31.12.2008

Finanzierung: Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW)

1. Hintergrund

a) Anlass

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW), der für einen Großteil der Landesliegenschaften die Eigentümerfunktionen wahrnimmt, praktiziert im Zusammenhang mit dem Gebäudemanagement derzeit drei verschiedene Ausschreibungsmodelle: die vollständig integrierte Vergabe, die teilintegrierte Vergabe sowie die losweise Vergabe. Die Evaluation dient der Untersuchung, welches dieser drei Modelle unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten vorzugswürdig ist.

b) Forschungsbedarf

Es existieren bislang keine entsprechenden Untersuchungen zur Vergabep Praxis. Insbesondere sind die Auswirkungen unterschiedlicher Ausschreibungsmodelle auf den Wettbewerb noch nicht wissenschaftlich untersucht worden.

c) Eigene Vorarbeiten

- Analyse von Implementierung und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung in Baden-Württemberg,

Veröffentlichung (u.a.): *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer*, Dauer von Zulassungsverfahren – eine empirische Untersuchung zu Implementation und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung, Köln 2005.

- Evaluation des Zweiten Modellversuchs des Landes Nordrhein-Westfalen zur Befreiung von Vergaben der VOB/A erster Abschnitt,

Veröffentlichung (u.a.): *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Flexibilisierung des Vergabeverfahrens?, Evaluation des Zweiten Modellversuchs „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt“ des Landes Nordrhein-Westfalen, Baden-Baden 2007.

d) Finanzierung und Kooperation

Die Evaluation durch das FÖV wird vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) drittmittelfinanziert. Kooperationspartner ist das Institut für Site und Facility Management GmbH Münster.

2. Zielsetzung/Forschungsfragen

Die Untersuchung durch das FÖV soll ermitteln, welche Auswirkungen die drei Ausschreibungsmodelle auf den Wettbewerb und den Mittelstand haben und wie die Bieterstruktur in den drei Modellen jeweils beschaffen ist. Darüber hinaus wird untersucht, was die Gründe für die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung von Bietern an den betreffenden Verfahren sind und welche Auswirkungen die drei Modelle schließlich auf den Mittelstand insgesamt haben. Parallel zur Evaluation durch das FÖV wird vom Institut für Site und Facility Management GmbH Münster in einer Effizienzanalyse ermittelt, welche Auswirkungen die drei verschiedenen Ausschreibungsmodelle auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen haben.

3. Vorgehen

In einem ersten Schritt wird die konzeptionelle Basis der Evaluation erstellt. Die Grundlage hierfür bilden die dargelegten Forschungsfragen (s.o. 2.). Auf dieser Basis wird sodann ein Antwortraster für die zu evaluierenden Vergabeverfahren erstellt, in dem Bieterstruktur sowie mittelstandsfreundliche und -nachteilige Aspekte überprüft werden. Darüber hinaus erfolgt eine Befragung der (beteiligten und potentiellen) Bieter über die Gründe der Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung. Das Forschungsdesign orientiert sich dabei an den bereits am Forschungsinstitut erfolgreich durchgeführten empirischen Untersuchungen (s.o. 1.c).

4. Erwartete Ergebnisse

Ziel der Evaluation ist die vergleichende Bewertung der drei Ausschreibungsmodelle unter Effektivitätsgesichtspunkten. Erweist sich eines der drei Ausschreibungsmodelle als am effektivsten (bzw. am effizientesten), so soll die gesamte Vergabepraxis des BLB NRW auf dieses Modell umgestellt werden. Darüber hinaus können die im Land Nordrhein-Westfalen gewonnenen Erkenntnisse auf andere Bundesländer mit entsprechenden Arbeitsstrukturen übertragen werden.

3.3.4.2.2 Abgeschlossene Projekte

III/7. **Ziekow/Windoffer: „Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen“**

Laufzeit: 1.12.2003 bis 14.11.2004; 15.1.2005 bis 30.9.2005; 10.7.2006 bis 30.6.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

In Wissenschaft und Praxis findet der Begriff „Public Private Partnership“ (PPP) bzw. „Öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP) Verwendung für eine Vielzahl unterschiedlich ausgestalteter Kooperationen an der Schnittstelle zwischen Staat und Markt. Allerdings haben sich bisherige Versu-

che, das Phänomen PPP definitorisch zu erfassen, angesichts der Komplexität, der Mannigfaltigkeit und des steten Formenwandels kooperativer Aufgabenerfüllung als unergiebig erwiesen.

Richtet man den Blick sodann auf die Anforderungen an eine erfolgreiche Strukturierung und Steuerung von Kooperationsprozessen, so zeigt sich, dass der Erkenntnis, PPP als Prozess nur in ganzheitlicher und nachhaltiger Betrachtung gerecht zu werden, zwar zunehmend über eine Lebenszyklusorientierung Rechnung getragen wird. Bisherige veröffentlichte Darstellungen mit Leitfadencharakter bieten hier zwar eine wertvolle erste Orientierungshilfe, erschöpfen sich jedoch vielfach in einer gleichsam checklistenartigen Aufzählung einzelner Prozesselemente und vermögen daher nur begrenzt als Handreichungen für eine zielführende und folgerichtige Verfahrensstrukturierung zu dienen.

Die oben genannte Problemstellung zeigt zwei Desiderate der verwaltungswissenschaftlichen Forschung auf. Zum ersten sieht sie sich – als Voraussetzung der nachfolgenden Strukturierung – vor die Aufgabe gestellt, ein Set von Indikatoren zu erarbeiten, um PPP als Verfahrenstypus auf anderem Wege als über eine Begriffsdefinition identifizieren und abgrenzen zu können.

Zum zweiten ist es ihr angelegen, die Akteure der Partnerschaft, vornehmlich auf Seiten der öffentlichen Hand, zu einer zielorientierten Initiierung, Organisation und Stabilisierung des Kooperationsverhältnisses anleiten zu können.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Aus der o. g. Forschungslücke resultierten zwei Zielsetzungen: Erstens die Identifizierung und Abgrenzung von PPP mittels Indikatoren und zweitens die Entwicklung eines Prozessmodells, welches den gesamten Lebenszyklus des PPP-Vorhabens abbildet, die für eine erfolgreiche Projektsteuerung sowie zur Wahrnehmung staatlicher Gewährleistungsverantwortung maßgeblichen Erfolgskriterien integriert und hierbei auch parallelen oder phasenübergreifenden Abläufen Rechnung trägt. Ein wesentliches Augenmerk lag hierbei auf der umfassenden PPP-Folgenabschätzung in den frühen Phasen des PPP-Verfahrens.

Von zentralem Interesse waren somit die Beantwortung der Fragen, welche Merkmale den Verfahrenstypus PPP kennzeichnen, auf welche Weise öffentlich-private Kooperationen in der Praxis ablaufen und wie sie sich als Prozess zielführend steuern lassen.

3. Vorgehen

Zunächst wurde ein Positiv-/Negativkatalog von Indikatoren für PPP entwickelt. Sodann waren die Strukturelemente von Kooperationsprozessen in der Praxis durch Auswertung empirischer Studien, Sekundärliteratur und PPP-Leitfäden zu ermitteln. Es folgte eine eigene Definition der Lebenszyklusphasen von PPP-Projekten, die Herausarbeitung und Aggregation der Kriterien für eine erfolgreiche Prozesssteuerung und deren Einbet-

tung in ein schlüssiges Interaktionskonzept. Der Lebenszyklusansatz wurde zu einem visualisierten, die Erfolgsbedingungen integrierenden Modell zur Strukturierung und Steuerung des PPP-Prozesses fortentwickelt.

4. Ergebnisse

Das Forschungsprojekt trägt zur Konturierung des Phänomens PPP selbst sowie der Strukturen und Abläufe solcher Kooperationsarenen bei, denen ein Potential als systematische Modernisierungsstrategie zur Integration systemischer Grenzen zwischen Markt und Staat innewohnt. Um in diesem Sinne theoretisches Basiswissen und zugleich praktische Handlungsanleitungen bieten zu können, bedurfte es der notwendigen Abstraktion vom Einzelfall und einer modellhaften Veranschaulichung.

Strategisch soll das Projekt ferner eine wissenschaftliche Bündelungsfunktion für zahlreiche Aktivitäten von Bundesregierung, Landesregierungen und privater Wirtschaft übernehmen, um über Kooperationen und Drittmiteleinwerbung den Bereich PPP zu einer mit WiDuT verbundenen Service- und Transferstelle auszubauen. Ferner lässt sich das entwickelte Prozessmodell zur begleitenden Evaluation künftiger PPP-Vorhaben einsetzen.

5. Publikationen 2007/2008

Jan Ziekow/Alexander Windoffer, Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen, Baden-Baden 2008; *Alexander Windoffer*, Strukturierung und Steuerung von PPP, in: PPP-News, Newsletter des Vereins PPP in Hessen e.V., Ausgabe II-2008 (im Erscheinen).

III/8. *Bohne/Bugdahn*: „Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung“

Laufzeit: 1.6.2004 bis 30.4.2007

Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Bis vor wenigen Jahren haben internationale Organisationen kaum das Interesse der breiten Masse gefunden. Traditionell wird die Legitimität ihrer Entscheidungen von der Zustimmung ihrer Mitgliedstaaten abgeleitet. In den letzten Jahren sind internationale Organisationen allerdings zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Internationale Regelwerke wirken inzwischen deutlich auf nationale Regelungsbestände ein, und verkleinern die Handlungsspielräume von Nationalstaaten. Vor diesem Hintergrund kritisiert eine stetig wachsende Anzahl von Nichtregierungsorganisationen und Globalisierungskritikern sowohl die „undemokratischen“ Entscheidungsprozesse in den internationalen Organisationen, als auch deren häufig als problematisch wahrgenommenen Entscheidungsausgang.

Stellvertretend für viele internationale Organisationen steht die Welthandelsorganisation WTO, die 1995 durch das Marrakesh Abkommen geschaffen wurde. Nach zahlreichen Beitritten hat die WTO inzwischen 150 Mitgliedstaaten, von denen die Mehrzahl zu den Entwicklungsländern zählt. Die WTO hatte in den letzten Jahren größere Schwierigkeiten, Fortschritte bei der Handelsliberalisierung zu erreichen. 1999 und 2003 bildeten die gescheiterten Ministerialkonferenzen in Seattle und Cancún einen Schauplatz für spektakuläre Proteste von Nichtregierungsorganisationen.

Seit dem Ende der 90er Jahre beschäftigen sich Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen intensiv mit einer Reform der Welthandelsorganisation. Obwohl internationale Organisationen schon früh als internationale Verwaltungen beschrieben wurden, steht eine systematische Beschäftigung der Verwaltungswissenschaft mit internationalen Organisationen bis heute aus. Insbesondere wird bei der Analyse internationaler Organisationen kaum auf Bestände der Organisationstheorie zurückgegriffen. Diese hat sich daher weitgehend auf die Analyse von innerstaatlichen Organisationen, insbesondere der von korporativen Akteuren, konzentriert.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Ziel des Forschungsprojekts war die Beschreibung und Analyse der Welthandelsorganisation WTO unter Zuhilfenahme von Konzepten aus der Verwaltungswissenschaft, insbesondere der Organisationstheorie. Auf dieser Grundlage sollen tragfähige Reformvorschläge entwickelt werden.

In einem ersten Schritt wurde die WTO als Organisationstypus eingeordnet. Dazu wurden zunächst Idealtypen einer internationalen „corporate organization“ und einer „membership organization“ mit ihren Merkmalen entwickelt und einander gegenübergestellt. Welche Merkmale weist die WTO auf?

In einem zweiten Schritt wurden Defizite der WTO im Bereich der Effektivität, Chancengleichheit der Mitgliedstaaten und Gleichwertigkeit von Zielen (Equity) sowie von – empirisch wahrgenommener – Legitimität analysiert. Welche Defizite können bei der WTO wahrgenommen werden, und inwiefern stehen diese Defizite mit dem von der WTO vertretenen Organisationstypus in Verbindung?

In einem dritten Schritt wurden Problemlösungsansätze für die Welthandelsorganisation entwickelt. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die vorliegenden Organisationsmerkmale nicht nur das tägliche Funktionieren der WTO, sondern auch deren Reformfähigkeit entscheidend beeinflussen. Daher konnten Reformmaßnahmen nur unter Berücksichtigung rechtlicher und politischer Variablen entwickelt werden.

3. Vorgehen

Zunächst wurde die bestehende Literatur zu internationalen Organisationen im allgemeinen und zur Welthandelsorganisation im besonderen ausgewertet. Dabei wurden Organisationsmerkmale und Defizite der WTO im Bereich der Effektivität, Equity und Legitimität erfasst.

Zur Vertiefung wurden anschließend eine Reihe von Experteninterviews mit vier verschiedenen Akteursgruppen durchgeführt: (1) Angestellte des WTO-Sekretariats, (2) Repräsentanten von Mitgliedstaaten der WTO, (3) Vertreter von Nichtregierungsorganisationen sowie (4) anderen intergouvernementalen Organisationen.

4. Ergebnisse

Das Forschungsprojekt sollte Politik und Wissenschaft Kenntnisse über die WTO, ihr tatsächliches Funktionieren und ihre Reformmöglichkeiten vermitteln. Insbesondere für die Verwaltungswissenschaft hat das Projekt eine Pilotfunktion. Es sollte zeigen, dass Konzepte der Organisationstheorie für die Analyse internationaler Organisationen fruchtbar gemacht werden können. Eine Buchveröffentlichung ist in Vorbereitung.

5. Publikationen 2007/2008

Eberhard Bohne, Internationale Organisationen aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht am Beispiel der World Trade Organization, in: Sommermann/Magiera/Merten (Hrsg.), Festschrift für Siedentopf (erscheint demnächst).

3.3.4.3 Weitergeführtes Projekt

III/9. Merten/Koch: „Grundrechte in Deutschland und Europa“

Laufzeit: 15.4.2004 bis 14.11.2004; 15.1.2005 bis 14.6.2009

Finanzierung: Fritz Thyssen Stiftung

1. Hintergrund

In angemessenen Abständen bedarf es einer sorgfältigen und umfassenden Vergewisserung über den Grundrechtsbestand in Deutschland und in den Verfassungsordnungen der europäischen Staaten. Angesichts sich in Erscheinungsbild und Selbstverständnis rasant wandelnder Staatsfunktionen gewinnen die Grundrechte in ihren Dimensionen der Freiheitssicherung, der Leistungsgewähr und Teilhabe und nicht zuletzt als objektivierte Werteordnung sowie als Stifter verfahrensleitender Maßstäbe immer wieder neu zu bestimmende Bedeutung für das Handeln der öffentlichen Verwaltung.

Im Mehrebenensystem der Europäischen Union gesellen sich Verfassungs- und Grundrechtsordnungen in transnationalen Wirkungszusammenhängen zueinander und werden durch die Grundrechtserwartungen und Verfassungsentwürfe der supranationalen Ebene überlagert und zusammengebunden. Überdies tragen die völkervertragsrechtlichen Systeme erheblich dazu bei, Grundrechtsstandards als fundamentale Handlungs- und Gestaltungsanforderungen im jeweiligen Anwendungszusammenhang neu zu justieren und zu bestärken.

Die Herausforderungen, denen sich das moderne, supranational integrierte und fachlich stark ausdifferenzierte Verwaltungsrecht stellen muß, sind mit der Leistungsfähigkeit des Grundrechtssystems eng verbunden. Das Menschenbild, die Möglichkeiten in Naturwissenschaft und Technik, veränderte Lebens- und Umweltbedingungen, infrastrukturelle Herausforderungen lassen in vielen aktuellen Anwendungszusammenhängen die orientierende, maßstabsetzende Bedeutung der Grundrechte intensiv erfahrbar werden, und schon in der Diskussion um Grundrechtsinhalte, ihre Schutzbereiche und Grenzen werden Maßgaben für Gestaltung und Umsetzung von Staats- und Verwaltungsaufgaben erkennbar (beispielhaft → *Merten/Montoro Chiner*: Grundrechte und Verwaltungsverfahren im Bereich der Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften im spanisch-deutschen Vergleich).

Auch die Erwartungen an Integrationsfähigkeit und den bereits erzielten Integrationsgrad mitgliedstaatlichen Verfassungs- und Verwaltungsrechts nehmen weiter zu. Der „Europabürger“ bedarf angesichts immer engerer Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU auch in den Bereichen der inneren Sicherheit und der Justiz größerer Gewißheit um die Wahrung seiner Freiheitsrechte.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Ziel des Projekts liegt in einer in den verschiedenen Anwendungszusammenhängen des Verwaltungsrechts handhabbaren Bestandsaufnahme der Grundrechte samt in ihnen angelegter Entwicklungsperspektiven. Die Grundrechtssubstanz wird in 270 Einzelbeiträgen aufbereitet und wechselseitige Einflüsse, Entstehungs- und Wirkungsbedingungen eines „Jus Commune Europaeum“ werden sichtbar.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Zielsetzung sind Bestand und Entwicklungspotential der deutschen Grundrechtsordnung und der europäischen Staaten aufzuarbeiten. Wechselwirkungen ist intensiv nachzugehen. Die Konzeption des Gemeinsamen Marktes, die angestrebte Kohärenz Europas in den großen Infrastrukturaufgaben, die Probleme der sozialen Integration, Forschung, Wissenschaft und Bildung fordern Beiträge zur wechselseitigen und gemeinschaftlichen Grundrechtsentwicklung heraus. Auch wird Konsequenzen der Grundrechtsübernahme aus anderen Rechtskreisen für die Fortentwicklung des nationalen Verfassungsrechts sowie Implikationen für Rechtsgestaltung und Rechtsanwendung für und durch die öffentliche Verwaltung nachgegangen.

3. Vorgehen

Die Bestandsaufnahme wird in Handbuchform realisiert, angelegt auf zehn Bände. Die verlegerische Betreuung hat der C.F. Müller-Verlag, Heidelberg, übernommen. Die Handbuchkonzeption gibt Gewißheit, die Grundrechte in Deutschland und Europa sorgfältig und verlässlich in ihren dogmatischen Grundlagen und konkreten Anwendungsbezügen darzustellen. Das Handbuch arbeitet mit strikten, der deutschen Grundrechtsentwicklung entlehnten und erweiterten Fragestellungen und Aussagen zum gesamten

Spektrum der Herkunft, der Anwendungsbreite und den Entwicklungspotentialen grundrechtlicher Normen. Die aktuelle Bedeutung der Grundrechtsentwicklung für die Verwaltungspraxis wird herausgestellt, hinterfragt und bewertet.

Aus der unmittelbaren, dem Handbuch-Editionsprinzip verdankten Zusammenschau der Grundrechtskulturen und Verfassungsebenen ist der Rechts- und Verfassungsvergleich unter den Mitgliedstaaten und mit Blick auf die Europäische Union (unter Beachtung der Wechselwirkungen zum internationalen Raum) jederzeit verifizierbar und bildet Grundlagen zur Weiterentwicklung normativer Gestaltungskonzepte; neue grundrechtsbezogene Argumente auch für Integrationsstrategien – nicht zuletzt für das weitere Zusammenwirken in der Grundrechtsjudikatur - können so abgeleitet werden.

Hier entsteht ein zuverlässiges Hilfsmittel für die anstehende Vertiefung der Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union.

Das Projekt basiert auf den reichen grundrechtsdogmatischen Erfahrungen des Projektleiters, die in einer dichten Zahl von Vorpublikationen zum Ausdruck kommen, und darauf, daß für die rund 270 Einzelbeiträge mehr als 170 herausragende Staatsrechtslehrer, Europarechtswissenschaftler und Völkerrechtler als Autoren gewonnen wurden.

4. Ergebnisse

Ergebnisse des Projekts sind greifbar: Der Erste Band („Entwicklung und Grundlagen der Grundrechte in Deutschland und Europa“) des Handbuchs wurde im Jahr 2004 publiziert und der Öffentlichkeit in Gegenwart des deutschen Bundespräsidenten übergeben. Im Jahr 2006 folgte der Zweite Band („Allgemeine Lehren I“). Der Siebte Band (Halbband 2: „Die Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein“) ist Ende des Jahres 2007 erschienen; Halbband 1 „Die Grundrechte in Österreich“ folgt 2008. Die Bände III („Allgemeine Lehren II“) und VI („Europäische und internationale Grund- und Menschenrechte“, auch dieser in zwei Halbbänden) sollen im Jahr 2008 in Druck gehen. Von den Bänden IV („Grundrechte in Deutschland, Einzelgrundrechte I“) und V („Einzelgrundrechte II“) liegen über 50% der Beiträge in druckreifen Fassungen vor .

5. Publikationen 2007/2008

Detlef Merten/Hans-Jürgen Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. II: Allgemeine Lehren I; *Detlef Merten/Hans-Jürgen Papier* (Hrsg.), Grundsatzfragen der Grundrechtsdogmatik, Heidelberg 2007; *Detlef Merten*, Zur Würde des Staates, in: Otto Depenheuer / Markus Heintzen / Matthias Jestaedt / Peter Axer (Hrsg.), Staat im Wort. Festschrift für Josef Isensee, Heidelberg 2007, S. 123–134; *Detlef Merten*, Die Modernisierung der nationalen Verwaltungen: Der öffentliche Dienst, in: Siegfried Magiera / Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf,

Speyerer Forschungsberichte 252, Speyer 2007, S. 21–29; *Detlef Merten*, Eigentum und Eigenvorsorge. Einführung in das Thema und Zielsetzung der Tagung, in: Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier / Stiftung Gesellschaft für Rechtspolitik, Trier (Hrsg.), Bitburger Gespräche, Jahrbuch 2006/II, München 2007, S. 1–4; *Detlef Merten*, Einführung in das Tagungsthema, in: ders. (Hrsg.), Die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa. Schriften der Hochschule Speyer, Bd. 187, Berlin 2007, S. 9–12; *Detlef Merten/Hans-Jürgen Papier* (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. VII/2: Die Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein, Heidelberg 2007.

3.3.4.3.1 Abgeschlossenes Projekt

III/10. *Schäffer*: „Grundrechte in Österreich“

Laufzeit: 1.7.2002 bis 30.6.2007

1. Hintergrund

Rechts- und Staatswissenschaft müssen den langfristigen Wandel in Staat und Gesellschaft wahrnehmen und zur Bewältigung der daraus resultierenden Probleme beitragen.

Die Grundrechte sind eine unverlierbare Errungenschaft des Konstitutionalismus, sie befinden sich aber mit der sozialen Entwicklung in einem ständigen Bedeutungswandel und angesichts neuer Gefährdungslagen vor neuen Fragestellungen. Österreich war bei der Verankerung (gerichtlich) durchsetzbarer Grundrechte bahnbrechend (seit 1867). Heute hat Österreich infolge mehrmaliger staatsrechtlicher Umbrüche eine sehr komplizierte Grundrechtssituation: Österreich verfügt nicht nur über einen alten, aus verschiedenen Rechtsquellen mosaikartig zusammengesetzten Grundrechtskatalog, sondern es ist seit Jahrzehnten Mitglied aller bedeutenden Menschenrechtspakte (EMRK, UN-Pakte); diese Rechtslage ist schließlich ab 1995 durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union weiter verkompliziert worden. Die Europäische Grundrechte-Charta hat dem noch eine zusätzliche, in ihrer rechtlichen Tragweite noch nicht voll ausgeleuchtete Dimension hinzugefügt.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Das Projekt zielte auf eine moderne zusammenfassende Darstellung der Grundrechtssituation in Österreich. Dazu einige kurze Orientierungen:

- Im deutschen Sprachraum besteht eine gemeinsame geistige und kulturelle Tradition auf dem Gebiete der Grundrechte. Gleichwohl hat die Entwicklung der Grundrechtsgewährleistungen und die Durchsetzung subjektiver öffentlicher Rechte in Österreich und Deutschland unterschiedliche Wege genommen. Durch die Pflege rechtskultureller Kontakte ist es in der Grundrechtsdogmatik beider Länder zu gewissen Annäherungen gekommen.

- Die europäische Rechtsprechung (des EGMR in Straßburg und des EuGH in Luxemburg) und eine Art „Rechtsgespräch“ der Höchstgerichte in Europa Judikatur wirken in den nationalen Raum hinein. Dadurch wird das Grundrechtsdenken allgemein in die Richtung gemeinsamer europäischer Standards gelenkt. Möglicherweise führt dies langfristig zu einem neuen „ius commune europaeum“.

Gemeinsamkeiten und nationale Besonderheiten sowohl bei den allgemeinen Grundrechtslehren wie für die Einzelgrundrechte auszuloten, war ein weiteres Anliegen des vorliegenden Projektes.

- Die Darstellung der Grundrechte muss modern und realitätsbezogen erfolgen. Die Grundrechte stehen ja heute zum Teil vor neuen und unbewältigten Problemsituationen (z.B. was erfordert der Schutz des Lebensrechts angesichts von Bio- und Gentechnik; wie sind klassische Grundrechte, wie etwa persönliche Freiheit, Informationsfreiheit, Vereinsfreiheit angesichts neuer terroristischer Bedrohungen von Staat und Gesellschaft in Abwägungsentscheidungen zu bewerten).
- Hinsichtlich der Durchsetzung der Grundrechte ist nicht nur dem repressiven Rechtsschutz (Sanktionierung der GR-Verletzungen) Augenmerk zu schenken, sondern auch dem präventiven GR-Schutz.

3. Vorgehen

Dieses Projekt stellte die Grundrechtslage in Österreich in systematischer Weise dar.

Dabei verfasste der Projektleiter selbst einen wichtigen Teil der hierin vorgesehenen Beiträge als Autor (vor allem bezüglich der Allgemeinen Lehren der Grundrechte), die Einzelgrundrechte wurden von korrespondierenden Projektmitarbeitern bearbeitet.

Das vorliegende Projekt war ein selbständiges Vorhaben. Es wurde jedoch auf eine inhaltliche Koordination und komplementäre Abstimmung mit dem von Herrn *Merten* geführten Projekt „Grundrechte in Deutschland und Europa“ geachtet.

4. Erwartete Ergebnisse

- a) Das Projekt bietet erstmals nach Jahrzehnten eine in die Tiefe und in die Breite gehende Gesamtdarstellung der Grundrechte in Österreich .
- b) In der Darstellung wird (zum Zwecke der Rechtsvergleichung) sowohl hinsichtlich des systematischen Aufbaus als auch in der Art der dogmatischen Behandlung das „Gespräch“ mit der deutschen Grundrechts-Dogmatik gepflegt. Dadurch werden sowohl die Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten zur deutschen Rechtslage klar als auch die Querverbindungen und gegenseitigen Beeinflussungen sichtbar gemacht.

- c) Die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben – und dazu gehört auch Grundrechtsgewährleistung und Staatsaufgabenerfüllung unter Grundrechtsbeschränkung – muss fortlaufend an geänderte gesellschaftliche Probleme und Rahmenbedingungen angepasst werden. Gerade auf dem Grundrechtssektor müssen einem verhältnismäßig alten und komplexen Normengefüge Lösungen für Heute und Morgen abgewonnen werden. Man könnte daher gerade auf dem Sektor der Grundrechte vom Bedarf an „Nachhaltigkeit“ des Grundrechtsbewusstseins und der Grundrechtsgewährleistung im gesamten öffentlichen Raum sprechen. Dazu kann die Forschung durch eine problembewusste Darstellung Entscheidendes beitragen.

3.3.4.4 Perspektivplanung

Das Institut ist momentan dabei, die Ergebnisse der letzten Evaluation durch die Leibniz Gemeinschaft auszuwerten und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Dies erfordert möglicherweise auch eine Anpassung der Forschungsprogramme und der Strukturen der Sektionen. Deshalb kann zu diesem Zeitpunkt keine Perspektivplanung abgegeben werden. Stattdessen werden in diesem Jahresbericht nur geplante Projekte ausgewiesen, für die bereits ein Antrag bei einem FÖV-Gremium oder einem Drittmittelgeber vorliegt oder kurz vor der Vollendung steht. Informationen zum aktuellen Stand des Sektionsprogramms und der Perspektivplanung können der Homepage der Sektion [<http://www.foevspeyer.de/ueberuns/sektionen/sektion3forschungsprogramm.asp>] entnommen werden.

3.3.5 Arbeitskreise

Arbeitskreis „Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und gerichtsverbundene Mediation“

In der Sektion III („Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren“) besteht seit dem 1. Dezember 2003 ein Arbeitskreis zum Thema „Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und gerichtsverbundene Mediation“. Der Arbeitskreis (AK) verfolgt das Ziel, die in der Praxis vorfindlichen Ansätze zur Einführung der Mediation in die Verwaltungsgerichtsbarkeit wissenschaftlich zusammenzuführen und zu begleiten.

1. In der konstituierenden Sitzung am 1.12.2003 konnten seine Initiatoren, Univ.-Prof. Dr. *Rainer Pitschas* und Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, Direktor des FÖV, prominente auf dem Gebiet der Mediation tätige Experten aus Richterschaft und Wissenschaft begrüßen. Anschließend legten die Sitzungsleiter ihr wissenschaftliches Konzept für die Gestaltung des AK vor.
2. Die zweite Sitzung, zu der ergänzend zum Mitgliederstamm des AK auch Interessenten mit einschlägigen Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis und aus dem Bereich der Anwaltschaft eingeladen wurden, fand am 27./28. Januar 2005 statt.

3. Eine dritte Sitzung wurde mit der „2. Speyerer Führungswerkstatt“ am 24./25. September 2007 verbunden. Besprochen wurden die Eignung und Reichweite der Mediation im „Konfliktfeld öffentliche Verwaltung“.
4. Ein Termin für die vierte Arbeitskreissitzung ist in Vorbereitung. Hierfür sollen einerseits die Ergebnisse der Auswertung des Hessischen Modellprojekts zur verwaltungsrichterlichen Mediation im Bundesland Hessen, das vom Lehrstuhl Prof. Dr. Dr. h.c. R. Pitschas in Verbindung mit dem Hessischen VGH und Herrn Richter am Verwaltungsgericht H. Walther durchgeführt wird, abgewartet werden. Aus der empirischen Untersuchung erwarten sich die Arbeitskreisteilnehmer erste Erfahrungsberichte zu den Indikatoren, nach denen beurteilt wird, welche gerichtsanhängigen Fälle sich besonders für die Durchführung der Gerichtsmediation eignen würden. Zum anderen sollte die nächste Arbeitskreissitzung mit der Durchführung einer bundesweiten Weiterbildungsveranstaltung zum Rechtsprechungsmanagement in der Verwaltungsgerichtsbarkeit verbunden werden. Dabei würde im Vordergrund die Qualitätssicherung der richterlichen Arbeit stehen, die sich auch auf den Bereich einer (späteren) alternativen Richtermediation erstrecken müsste.

Veröffentlichungen: *Rainer, Pitschas*, Gefährdet die Mediation im öffentlichen Bereich den Rechtsschutz – Mediation: Ein unzulässiger Deal?, in: Zeitschrift für Konfliktmanagement, Jg. 6, Heft 6/2007, S. 187-189; *Rainer Pitschas*, Neue Öffentlichkeit und „Local Governance“ im Zeitalter der politischen Dezentralisierung – Aktualisierungsbedarfe der Kommunalverfassungen in Deutschland, in: Jan Ziekow (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik, Baden-Baden 2007, S. 61-81; *Rainer Pitschas*, Öffentlich-private Finanzierungs- und Kooperationsformen im Spannungsfeld zum Vorrangprinzip der freien Wohlfahrtspflege, in: Heike Hoffer/Kerstin Pionowski (Hrsg.), PPP: Öffentlich-private Partnerschaften. Erfolgsmodelle auch für den sozialen Sektor?, Berlin 2007, S. 8-16; *Rainer Pitschas*, Local Self Government and Encouragement of Citizen Commitment in the Civil Society of Germany, in: Eung Kyuk Park/Walter Kilz (Eds.), Good Local Autonomy & Governance, Seoul 2007, pp. 30-43; *Rainer Pitschas*, Gestão do valor público. Um conceito de governação pública baseado no valor entre a economia e o bem comum, en: Juan Mozzicafreddo/João Salis Gomes e João S. Batista (organizadores), Interesse Público, Estado e Administração, Lisboa 2007: Celta Editora, pp. 49-67.

3.3.6 Veröffentlichungen der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006

3.3.6.1 Publikationen

3.3.6.1.1 Monographien/Herausgeberschaften

Bohne, Eberhard/Jansen, Dorothea (Hrsg.), Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt – Beiträge zum 2. Speyerer Energieforum „Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt“ vom 15. bis 16. September 2005 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 181, Berlin 2007.

- Fisch, Stefan / Gauzy, Florence / Metzger, Chantal* (Hrsg.), Machtstrukturen im Staat in Frankreich und Deutschland / Les structures de pouvoir dans l'État en Allemagne et en France, Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historikerkomitees, Bd. 1, Stuttgart 2007.
- Fisch, Stefan / Gauzy, Florence / Metzger, Chantal* (Hrsg.), Lernen und Lehren in Frankreich und Deutschland / Apprendre et enseigner en Allemagne et en France, Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historikerkomitees, Bd. 2, Stuttgart 2007.
- Frenzel, Sabine*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik. Berlin 2007.
- Merten, Detlef*, Basta. Neue Aphorismen zu Staat und Recht, Individuum und Gemeinschaft, Heidelberg 2007.
- Merten, Detlef* (Hrsg.), Die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa. Schriften der Hochschule Speyer, Bd. 187, Berlin 2007.
- Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen*, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. VII/2: Die Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein, Heidelberg 2007.
- Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen*, Grundsatzfragen der Grundrechtsdogmatik, Heidelberg 2007.
- Pitschas, Rainer* (Hrsg.), Finanzreform in der gesetzlichen Krankenversicherung und Zukunft des Risiko-Strukturausgleichs, Frankfurt a. M. 2007.
- Pitschas, Rainer* (Hrsg.), Handel und Entwicklung im Zeichen der WTO – ein entwicklungspolitisches Dilemma, Berlin 2007.
- Pitschas, Rainer/Uhle, Arnd* (Hrsg.), Wege gelebter Verfassung in Recht und Politik. FS für Rupert Scholz zum 70. Geburtstag, Berlin 2007.
- Ziekow, Jan*, Öffentliches Wirtschaftsrecht, München 2007.
- Ziekow, Jan*, Die Berücksichtigung sozialer Aspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Dargestellt am Beispiel der sog. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, Köln / Berlin / Bonn / München 2007.
- Ziekow, Jan* (Hrsg.), Aktuelle Fragen des Fachplanungs-, Raumordnungs- und Naturschutzrechts 2006, Berlin 2007.
- Ziekow, Jan* (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik. Tagung aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften am 28. und 29. September 2006 in Speyer, Baden-Baden 2007.
- Ziekow, Jan/Windoffer, Alexander* (Hrsg.), Ein Einheitlicher Ansprechpartner für Dienstleister. Anforderungen des Vorschlags einer EU-Dienstleistungsrichtlinie und Gestaltungsoptionen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007.

3.3.6.1.2 Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

Bohne, Eberhard, Continental Divide - Europe and the US derive their security strategies from very different sources, *Internationale Politik (Global Edition)*, 8, No. 2, 2007, S. 48-54.

Bohne, Eberhard, Another perspective on the quality of EC environmental legislation, *Reactie op het artikel 'Better regulation for the EC environment on the quality of EC environmental legislation'* van L.Krämer in *M en R 2007-2, Milieu & Recht*, Jaargang 43, Nummer 4, 2007.

Koch, Christian, Rezension zu: Alois Riklin, *Machtteilung: Geschichte der Mischverfassung*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 2006, in: *ZStRom* 124 (2007), S. 443–452.

Ostertag, Katrin/Glienke, Nele/ Rogge, Karoline (ISI); Jansen, Dorothea/ Stoll, Ulrike/ Barnekow, Sven (FÖV), Vortrag "Local utilities, liberalisation and the EU Emission Trading Scheme: Emerging strategies and their determinants", 6th Conference on Applied Infrastructure Research, Conference Proceedings, 2007, TU Berlin (Deutschland). <http://www.infraday.tu-berlin.de/>

Pitschas, Rainer, Gefährdet die Mediation im öffentlichen Bereich den Rechtsschutz – Mediation: Ein unzulässiger Deal?, in: *Zeitschrift für Konfliktmanagement*, Jg. 6, Heft 6/2007, S. 187-189.

Pitschas, Rainer, Zur Rolle des „Patienten“ im Wandel des Gesundheitssystems. Stärkt die Gesundheitsreform 2007 die verfassungsverbürgte Patientenkompetenz?, in: *Vierteljahresschrift für Sozialrecht (VSSR)*, 25. Jg., Heft 5/2007, S. 319-344.

Pitschas, Rainer, Öffentliche Sicherheit durch Kriminalprävention – unter besonderer Berücksichtigung der Terrorismusabwehr, in: *KEISATSUGAKU RONSHU (The Journal of Police Science)*, Vol. 60, No. 8, August 2007 (in japanischer Sprache), S. 3-20.

Siegel, Thorsten, Die Behandlung gemischter Verträge nach dem neuen Vergaberecht in: *Zeitschrift Vergaberecht (VergabeR)*, Heft 1/2007, S. 25-32.

Siegel, Thorsten, Die Zwei-Stufen-Theorie auf dem Rückzug, in: *Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.)*, Heft 15/2007, S. 942-946.

Siegel, Thorsten, Effektiver Rechtsschutz und der Vorrang des Primärrechtsschutzes, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Heft 6/2007, S. 237-243.

Siegel, Thorsten, Zulassung von Nachverhandlungen im Vergabeverfahren?, in: *InfrastrukturRecht (IR)*, Heft 11-12/2007, S. 302-307.

Siegel, Thorsten/Otter, Nils/Weber, Mike, Der Vorrang der Öffentlichen Ausschreibung im Vergabewesen, in: *Verwaltung und Management (V&M)*, Heft 2/2007, S. 94-103.

Windoffer, Alexander, Die Implementierung einheitlicher Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Problemfelder und Anpassungsbedarf im nationalen Recht, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)* 26 (2007), S. 495-501.

Windoffer, Alexander, Einer für alles/Durch die Hintertür, in: 360 Grad - Fachmagazin für das Management im öffentlichen Sektor, Ausgabe 9, Heft 7/8/9/2007, S. 5-7.

Ziekow, Jan, Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz im System des deutschen Rechtsschutzes, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 26 (2007), S. 259-267

Ziekow, Jan, Abschied von der verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle von Bebauungsplänen? Ein Drama in mehreren Akten, in: Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht 38 (2007), S. 1169-1177.

Ziekow, Jan, Beginn des Abschieds vom einheitlichen Beamtenstatus? Bemerkungen zum Entwurf eines Beamtenstatusgesetzes, in: Die Personalvertretung 50 (2007), S. 344-352.

Ziekow, Jan, Das Vergaberecht als Waffe gegen Kinderarbeit?, in: Kommunaljurist 4 (2007), S. 281-288.

Ziekow, Jan, Die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie auf das deutsche Genehmigungsverfahrenrecht, in: Gewerbearchiv 53 (2007), S. 179-183, 217-225.

Ziekow, Jan, Die Wirkung von Bereichsausnahmen vom Vergaberecht – dargestellt am Beispiel sicherheitsrelevanter Vorhaben nach § 100 Abs. 2 lit. d GWB –, in: Vergaberecht 7 (2007), S. 711-721.

3.3.6.1.3 Aufsätze in Sammelwerken

Bohne, Eberhard, Umweltschutz in der Föderalismusreform, in: J. Pinnekamp (Hrsg.), 40. Esener Tagung für Wasser- und Abfallwirtschaft (14.-16.03.2007), Aachen 2007, S. 1/1-1/11.

Bohne, Eberhard, Einführung, in: Eberhard Bohne/Dorothea Jansen (Hrsg.), Strategien von Stadtwerken im liberalisierten Strommarkt, 2007, S. 9-11.

Fisch, Stefan, Anfänge des internationalen Austauschs in den Verwaltungswissenschaften. Deutschland und das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaften (IISA / IIAS) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Magiera, Siegfried / Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Symposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Speyerer Forschungsberichte Nr. 252, Speyer 2007, S. 175-189.

Fisch, Stefan, Die beiden Deutschen Sektionen des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften IISA/IIAS. Ein Beitrag zur Gründung der heutigen Deutschen Sektion vor fünfzig Jahren, in: Ziekow, Jan (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik. Tagung aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften am 28. und 29. September 2006 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 32, Baden-Baden 2007, S. 43-59.

Fisch, Stefan, Schwander, Rudolf [1868 – 1950], in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 23, Berlin 2007, S. 781-782.

- Fisch, Stefan*, Parastaatliche Strukturen in Deutschland. Eine historische Übersicht, in: Yante, Jean-Marie / Tallier, Pierre-Alain / Carnel, Sven / Pirlot, Vincent (dir.), *Des États dans l'État? Autonomie administrative et services publics décentralisés en Europe / States in the State? Administrative autonomy and decentralized public bodies in Europe / Staten in de Staat? Bestuurlijke autonomie en gedecentraliseerde opnebare instellingen in Europa*, *Miscellanea Archivistica. Studia*. 169, Bruxelles/Brussel 2007, S. 145-187.
- Fisch, Stefan/Gauzy, Florence/Metzger, Chantal*, Einleitung, in: *Fisch, Stefan / Gauzy, Florence / Metzger, Chantal* (Hrsg.), *Machtstrukturen im Staat in Frankreich und Deutschland / Les structures de pouvoir dans l'État en Allemagne et en France*, Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historikerkomitees, Bd. 1, Stuttgart 2007, S. 7-12.
- Fisch, Stefan/Gauzy, Florence/Metzger, Chantal*, Einleitung, in: *Fisch, Stefan / Gauzy, Florence / Metzger, Chantal* (Hrsg.), *Lernen und Lehren in Frankreich und Deutschland / Apprendre et enseigner en Allemagne et en France*, Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historikerkomitees, Bd. 2, Stuttgart 2007, S. 7-14.
- Jansen, Dorothea/Walz, Rainer/Barnekow, Sven/Ostertag, Katrin/Rogge, Karoline/Stoll, Ulrike/Weber, Mike*, Stadtwerke zwischen Liberalisierungsdruck und Umweltzielen - Der Beitrag lokaler Stromversorger zur Diffusion von Klimaschutz- und Energieeffizienzinnovationen, in: Ulrich Wengenroth/Hagen Hof (Hrsg.), *Innovationsforschung - Ansätze, Methoden, Grenzen und Perspektiven*, Münster 2007, S. 301-313.
- Koch, Christian*, Sozialverantwortung – eine Dimension für die rechtliche Ordnung des Welthandels? Zu den Schlußüberlegungen der Konferenz, in: Rainer Pitschas/Gerald Sander (Hrsg.), *Welthandel und Entwicklung/World Trade and Development*, 9. Internationales Speyer Forum 2004, Berlin 2007, S. 341–353.
- Merten, Detlef*, Die Modernisierung der nationalen Verwaltungen. Der öffentliche Dienst, in: Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), *Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung*, Symposium aus Anlaß der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, *Speyerer Forschungsberichte* 252, Speyer 2007, S. 21–29.
- Merten, Detlef*, Eigentum und Eigenvorsorge. Einführung in das Thema und Zielsetzung der Tagung, in: Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier/Stiftung Gesellschaft für Rechtspolitik, Trier (Hrsg.), *Bitburger Gespräche*, Jahrbuch 2006/II, München 2007, S. 1–4.
- Merten, Detlef*, Einführung in das Tagungsthema, in: ders. (Hrsg.), *Die Zukunft des Föderalismus in Deutschland und Europa*. Schriften der Hochschule Speyer, Bd. 187, Berlin 2007, S. 9–12.
- Merten, Detlef*, Zur Würde des Staates, in: Otto Depenheuer/Markus Heintzen/Matthias Jestaedt/Peter Axer (Hrsg.), *Staat im Wort*. Festschrift für Josef Isensee, Heidelberg 2007, S. 123–134.
- Pitschas, Rainer*, El derecho administrativo de la información. La regulación de la autodeterminación informativa y el gobierno electrónico, in: Javier Barnes (Edi-

tor), Innovación y Reforma en el Derecho Administrativo, Sevilla 2007, pp. 205-262.

Pitschas, Rainer, Gestão do valor público. Um conceito de governação pública baseado no valor entre a economização e o bem comum, en: Juan Mozzicafreddo/João Salis Gomes e João S. Batista (organizadores), Interesse Público, Estado e Administração, Lisboa 2007: Celta Editora, pp. 49-67.

Pitschas, Rainer, Local Self Government and Encouragement of Citizen Commitment in the Civil Society of Germany, in: Eung Kyuk Park/Walter Kilz (Eds.), Good Local Autonomy & Governance, Seoul 2007, pp. 30-43.

Pitschas, Rainer, Neue Öffentlichkeit und „Local Governance“ im Zeitalter der politischen Dezentralisierung – Aktualisierungsbedarfe der Kommunalverfassungen in Deutschland, in: Jan Ziekow (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik, Baden-Baden 2007, S. 61-81.

Pitschas, Rainer, Öffentlich-private Finanzierungs- und Kooperationsformen im Spannungsfeld zum Vorrangprinzip der freien Wohlfahrtspflege, in: Heike Hofer/Kerstin Piontowski (Hrsg.), PPP: Öffentlich-private Partnerschaften. Erfolgsmodelle auch für den sozialen Sektor?, Berlin 2007, S. 8-16.

Pitschas, Rainer, Verfassungsprobleme neuer Finanzierungsformen in der gesetzlichen Krankenversicherung, in: Rainer Pitschas (Hrsg.), Finanzreform in der gesetzlichen Krankenversicherung und Zukunft des Risiko-Strukturausgleichs, Frankfurt a. M. 2007, S. 105-129.

Pitschas, Rainer, Verfassungsvoraussetzungen für die Entstaatlichung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, in: Ulrich Becker/Franz-Xaver Kaufmann/Bernd v. Maydell (Hrsg.), Alterssicherung in Deutschland. FS für Franz Ruland, Baden-Baden 2007, S. 99-122.

Pitschas, Rainer, Regulierung der europäischen Kapitalmärkte durch die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten, in: Rainer Pitschas/Arnd Uhle (Hrsg.), Wege gelebter Verfassung in Recht und Politik. FS für Rupert Scholz zum 70. Geburtstag, Berlin 2007, S. 855-887.

Pitschas, Rainer, Sozialer Bundesstaat und Föderalismusreform, in: Hermann-Josef Blancke (Hrsg.), Die Reform des Sozialstaats zwischen Freiheitlichkeit und Solidarität, Tübingen 2007, S. 23-56.

Pitschas, Rainer/Gomez, Sofia Martinez, Influence of World Trade on Developing Countries under the Framework of the World Trade Organization, in: Rainer Pitschas (Hrsg.), Handel und Entwicklung im Zeichen der WTO – ein entwicklungspolitisches Dilemma, Berlin 2007, S. 15-20.

Siegel, Thorsten, Dienstleistungskonzessionen im Vergaberecht – Begriff, Anforderungen, Rechtsschutz, in: Becker u.a. (Hrsg.), Herausforderungen und Veränderungen im Öffentlichen Sektor IV, Mannheimer Schriften zur Verwaltungs- und Versorgungswirtschaft Band 12, Herbolzheim 2007, S. 119-125.

Windoffer, Alexander, Europäische KMU-Politik: Impulse für mehr Gründungsdynamik und Perspektiven für die Kammern?, in: Winfried, Kluth (Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2006, Baden-Baden 2007, S. 91-115.

Ziekow, Jan, Neue Entwicklungen des Rechtsschutzes im Umweltrecht, insbesondere das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz, in: Dokumentation zur 30. wissenschaftlichen Fachtagung der Gesellschaft für Umweltrecht e.V. Leipzig 2006, Berlin 2007, S. 73-100.

Ziekow, Jan, Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik, in: Ziekow, Jan (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik. Tagung aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften am 28. und 29. September 2006 in Speyer, Baden-Baden 2007, S. 11-12.

3.3.6.1.4 Weitere Veröffentlichungen

Jansen, Dorothea/ Barnekow, Sven/ Stoll, Ulrike, Innovationsstrategien von Stadtwerken – lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen, FÖV Discussion Papers 41, Speyer 2007.

3.3.6.2 Vorträge

Barnekow, Sven, Vortrag "Facing the Dynamics of Institutional Change - An Analysis of socio-technical Transformations of Municipal Utilities" gehalten im Rahmen der 7th International Summer Academy on Technology "Transforming the Energy System: The Role of Institutions, Interests & Ideas" vom 27. bis 31. August 2007 in Deutschlandsberg (Austria).

Bohne, Eberhard, Vortrag „Umweltschutz in der Föderalismusreform“ gehalten auf der 40. Essener Tagung für Wasser- und Abfallwirtschaft vom 14. bis 16. März 2007 in Aachen.

Bohne, Eberhard, Vortrag „Ten years of Transatlantic Policy Consortium“ gehalten auf dem TPC Colloquium „Adapting universities to the global society“ vom 9. bis 11. September in Bloomington (Indiana).

Fisch, Stefan, Vortrag „The Administration of Migration in Germany“ gehalten bei der Tagung der Groupe de Travail „Histoire de l'Administration“ des Institut International des Sciences Administratives als permanentes Mitglied der Gruppe in Pavia, April 2007.

Fisch, Stefan, Vortrag „Wie entsteht eine europäische Verwaltungskultur? / Mechanisms creating an European Administrative Culture“ auf Einladung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften bei der in Verbindung mit Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe, University of Applied Administrative Sciences (Kehl), Euro-Institut Kehl/Strasbourg, Ministry for European Affairs of Baden-Württemberg, pôle européen d'administration publique und EUROPA ZENTRUM Baden-Württemberg organisierten Tagung „The European Dimension of Administrative Culture“ in Strasbourg vom 15. bis 16. Mai 2007.

Fisch, Stefan, Vortrag „Deutschland, Österreich, die Schweiz und das IIAS“ auf Einladung der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft bei der Dreiländertagung (D, A, CH) am 18. Oktober 2007 in Salzburg.

Fisch, Stefan, Vortrag „Entstehung europäischer Verwaltungskultur“ bei der Ringvorlesung zum ‚Europäischen Verwaltungsraum‘ auf Einladung der Hamburger Ortsgruppe der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Universität Hamburg,

Jansen, Dorothea, Vortrag "The German Energy Sector under Liberalization Pressure - Sectore Structure, Chances for the Diffusion of Energy Efficiency Technologies and Services, and Sector Persistency", gehalten im Rahmen der 7th International Summer Academy on Technology "Transforming the Energy System: The Role of Institutions, Interests & Ideas" vom 27. bis 31. August 2007 in Deutschlandsberg (Austria).

Knorr, Andreas/Knedlik, Tobias, Vortrag „Vermögenspreisinflation“ gehalten beim 40. Internationalen Forschungsseminar Radein am 23. Februar 2007 in Radein/Italien.

Knorr, Andreas/Eisenkopf, Alexander, Vortrag „Transportation Infrastructure Planning in Europe – Pitfalls and Opportunities“ gehalten anlässlich der Second International Conference on Funding Transportation Infrastructure am 20. September 2007 in Leuven/Belgien.

Knorr, Andreas, Vortrag „The German Economy – Past, Present and Future“ gehalten am Shanghai Administration Institute am 30. Oktober 2007 in Schanghai/China.

Knorr, Andreas, Vortrag „Why Did Wal-Mart Fail In Germany?“ gehalten beim Expertenseminar „Globalization and the EU“ an der Hochschule Bremen am 1. Dezember 2007 in Bremen.

Margreiter, Klaus, Vortrag „Verwaltungssprache und ihre Reformen“ gehalten anlässlich des Linzer Kulturgeschichtetags am 11. September 2007 in Linz.

Margreiter, Klaus, Vortrag „On the Impact of Ennoblement in Early Modern Central Europe (1600-1800)“, anlässlich des Sixth Workshop on Early Modern German History/Deutsches Historisches Institut London, am 19. Oktober 2007 in London.

Ostertag, Katrin/Glienke, Nele/Rogge, Karoline (ISI)/Jansen, Dorothea/Stoll, Ulrike/Barnekow, Sven (FÖV), Vortrag "Local utilities, liberalisation and the EU Emission Trading Scheme: Emerging strategies and their determinants", gehalten im Rahmen der 6th Conference on Applied Infrastructure Research vom 5. bis 6. Oktober 2007 in Berlin.

Pitschas, Rainer, Vortrag „Öffentliche Sicherheit durch Kriminalprävention – unter besonderer Berücksichtigung der Terrorismusabwehr“, gehalten in Tokyo, Police Policy Research Center/National Police Academy, und in der School of Government, Kyoto-Universität, am 7. März 2007 und am 8. März 2007 in Japan.

Pitschas, Rainer, Vortrag „Patientenschutz im neuen Gesundheitssystem“ gehalten an der Universität Marburg/Forschungsstelle für Pharmarecht anlässlich der 10. Marburger Gespräche zum Pharmarecht am 14. März 2007 in Marburg.

- Pitschas, Rainer*, Vortrag „Financial Market Reforms in the People’s Republic of China“ gehalten im Rahmen des Seminars „Chinese Public Management and Administrative Modernisation“/ European Institute for Public Administration am 19. April 2007 in Maastricht/Netherlands.
- Pitschas, Rainer*, Vortrag „Die Rechtsverfassung der Bewertung von Leistungen durch den G-BA und das IQWiG: Information gegenüber Leistungserbringern und Patienten – Voraussetzungen und Haftung“ gehalten auf der Tagung „Die Rechtsverfassung der Bewertung von Leistungen durch den G-BA und das IQWiG“ am 26./27. April 2007 in Berlin.
- Pitschas, Rainer*, Vortrag „Gefährdet die Mediation den Rechtsschutz – Mediation: ein Deal?“, gehalten auf der Bundeskonferenz „Mediation in der Justiz – (R)Evolution in der Streitkultur?!“ / OLG Hamm u. a. am 13. Juni 2007 in Bielefeld.
- Pitschas, Rainer*, Vortrag „Frei – sozial – und sicher? ‚Sicherheit‘ als Rechts- und Verfassungsprinzip im Wandel moderner Staatlichkeit“ gehalten im Arbeitskreis Rechts- und Sozialphilosophie der Universität Heidelberg auf Einladung der Juristischen Fakultät am 2. Juli 2007 in Heidelberg.
- Pitschas, Rainer*, „Konflikte in und mit der öffentlichen Verwaltung: Herkömmliche Formen ihrer Bewältigung – oder: ‚Die Menschen stärken, die Sache klären‘ (v. Hentig)“, gehalten anlässlich der 2. Speyerer Führungswerkstatt (1.5)/DHV Speyer am 24. September 2007 in Speyer.
- Siegel, Thorsten*, Vortrag „Zulassung von Nachverhandlungen im Vergabeverfahren?“, gehalten auf der Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“ am 29. Juni 2007 an der Technischen Universität Berlin.
- Siegel, Thorsten*, Vortrag „Evaluation der Effektivität der unterschiedlichen Ausschreibungsmodelle des Bau- und Liegenschaftsbetriebs des Landes Nordrhein-Westfalen – Konzeption der Evaluation“ gehalten beim BLB NRW am 29. August 2007 in Düsseldorf.
- Siegel, Thorsten*, Vortrag „Zulassung von Nachverhandlungen – Erkenntnisse aus dem Modellversuch in Nordrhein-Westfalen“, gehalten für die Osnabrücker Forschergruppe Public Finance am 28. November 2007 vor der IHK Osnabrück-Emsland in Osnabrück.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie“ gehalten anlässlich des Informationsgesprächs des Verbands Region Rhein-Neckar und der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH am 16. Februar 2007 in Mannheim.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Anforderungen, Gestaltungsoptionen, Rechtsanpassungsbedarf“ gehalten anlässlich des Informationsgesprächs im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie am 6. März 2007 in München.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Anforderungen, Gestaltungsoptionen, Rechtsanpassungsbedarf“ gehalten auf der Sitzung der Projektgruppe Verwaltungsreform der Bayerischen Staatskanzlei am 6. März 2007 in München.

- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Gründung in sieben Tagen und Einheitlicher Ansprechpartner – Impulse aus Europa für mehr Gründungsdynamik“ gehalten auf dem 3. ISWA-Seminar 2007 „Mehr Unternehmergeist braucht das Land – Selbständigkeit als Chance“ am 17. April 2007 in Berlin.
- Windoffer, Alexander*, Impulsreferat „Kammern als einheitliche Ansprechpartner“ gehalten auf dem Kammerrechtstag 2007 des Instituts für Kammerrecht am 14. September 2007 in München.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Zugang zu Informationen privater Unternehmen, die öffentliche Aufgaben erfüllen“ gehalten auf dem Koreanisch-Deutschen Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow) am 15. September 2007 in Speyer.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Das System des einheitlichen Ansprechpartners“ gehalten auf dem 1. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht „Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – Chancen und Risiken für Deutschland“ der Universität Bayreuth (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Stefan Leible) am 28. September 2007 in Bayreuth.
- Windoffer, Alexander*, Vortrag „Bündelung von Dienstleistungen und Bürokratieabbau – Ein Blick auf die Herausforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie an die öffentliche Verwaltung“, gehalten auf der Tagung „Organisation komplexer Dienstleistungen“ der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen) am 18. Oktober 2007 in Speyer.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Abschied von der verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle von Bebauungsplänen?“ gehalten auf dem Symposium „Justizreform und Rechtsstaatlichkeit“ (wiss. Leitung Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten) am 1. März 2007 in Speyer.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie auf das deutsche Genehmigungsverfahren“ gehalten auf Einladung der Juristischen Gesellschaft zu Berlin am 7. März 2007 in Berlin.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Beschaffungswesen und IAO-Kernarbeitsnormen“, gehalten auf dem InWent-Workshop am 29. März 2007 in Dortmund.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Die rechtlichen Rahmenbedingungen verschiedener Beteiligungsformen“ gehalten auf dem Workshop des rheinland-pfälzischen Innenministeriums am 1. Juni 2007 in Mainz.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Soziale Aspekte im Vergabeverfahren“, gehalten auf dem Deutschen Vergaberechtstag 2007 am 14. Juni 2007 in Berlin.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Neuerungen des Prozessrechts“, gehalten auf Einladung der ARGE Verwaltungsrecht am 11. Juli 2007 in Mannheim.
- Ziekow, Jan*, Vortrag „Neue Entwicklungstendenzen im Verhältnis zwischen öffentlicher Verwaltung und Privaten bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben“ gehalten auf dem Symposium „Die Einbeziehung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben“, FÖV, am 15. September 2007 in Speyer.

Ziekow, Jan, Vortrag „Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz – Perspektiven aus Sicht der Verwaltungswissenschaft“, gehalten auf dem Kongress „Bürgernah und leistungsstark – moderne Verwaltung“ der rheinland-pfälzischen Landesregierung am 5. Oktober 2007 in Nassau.

Ziekow, Jan, Vortrag „Der Einheitliche Ansprechpartner – was die EU vorgibt“, gehalten auf dem Kongress „Einheitlicher Ansprechpartner für Unternehmen“, veranstaltet vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag am 5. November 2007 in Berlin.

Ziekow, Jan, Vortrag „Möglichkeiten der Ersetzung von präventiven Genehmigungserfordernissen im rheinland-pfälzischen Landesrecht durch Genehmigungsfiktionen“, gehalten auf dem Workshop „Genehmigungsfiktion, Servicegarantien und Selbstbindungsfristen“ des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministeriums am 15. November 2007 in Speyer.

3.4 Sektionsübergreifender Programmschwerpunkt: Das Integrationsprogramm der Verwaltungsforschung – Theoretische und methodische Grundlagen

Die Auseinandersetzung mit Theorien und Methoden ist allgemeiner Bestandteil der in den Sektionen betriebenen Forschungsprojekte. Jedoch erfordert der Auftrag zur Grundlagenforschung und die Lage der Verwaltungsforschung einen besonderen theoretischen und methodischen Programmschwerpunkt. Zwei Grundsituationen der Forschung sind zu verzeichnen: zum einen eine genuine Verwaltungsforschung, die – unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer über 100 Verwaltungsfakultäten und -institute – Erkenntnisse der Politischen Wissenschaft, der Managementlehre, der Organisationssoziologie und sonst der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften integriert; zum andern eine multidisziplinäre Verwaltungsforschung, die – signifikant in Deutschland – aus dem etablierten Fächerkanon von Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft heraus operiert. Das FÖV kann demgegenüber von seinen Anfängen an auf interdisziplinäre, auch transdisziplinäre Forschungsergebnisse verweisen. Heute wird das multidisziplinäre Forschungsverständnis in Europa dadurch herausgefordert, dass die auf dem Kontinent wie in Großbritannien tradierten Verwaltungsverhältnisse mit einem neuen öffentlichen Managerialismus konfrontiert sind, was entsprechend auch auf wissenschaftlicher Ebene aufgearbeitet werden muss. So stößt man im angelsächsischen Raum, aber auch an Plätzen wie Florenz, Leuven, Leiden, Oslo usw. auf wissenschaftliche Aktivitäten, die eher dem Typus genuiner Verwaltungsforschung zuzurechnen sind.

Das FÖV hat sich an dieser Art der Verwaltungsforschung vielfach beteiligt. Während aber andernorts interdisziplinäre und transdisziplinäre Forschungen mit einem gewissen Wissenschaftspragmatismus betrieben werden, muss man insbesondere in Deutschland mit verschärfter Theorie- und Methodenkritik rechnen, wenn man Disziplinengrenzen überschreitet. Es besteht mithin jenseits von Implikationen der Projektforschung der Bedarf, der Theorie- und Methodendiskussion ein sektorübergreifendes Forum zu geben. Der Ausgangspunkt ist dabei die Multidisziplinarität der Verwaltungswissenschaften. Der Weg sind interdisziplinäre Integrationsleistungen mit schwierigen theoretischen und methodischen Fragen, etwa: welches methodische Niveau muss erreicht sein, um jenseits einer spezifischen empirischen Sozialforschung von einer empirisch orientierten integrativen Verwaltungsforschung zu sprechen, oder, welche fächerübergreifenden Großtheorien – Systemtheorie, Diskurstheorie, Institutionentheorie – erweisen sich für integrative Erkenntnisse der öffentlichen Verwaltung als fruchtbar usw.? Entsprechend der deutschen Wissenschaftstradition wird für viele die interdisziplinäre Öffnung auch das Ziel eines Integrationsprogramms der Verwaltungswissenschaften sein. Andere mögen der alten Idee einer „Discipline-carrefour“ oder einer transdisziplinären Forschung jenseits der Naturwissenschaften anhängen. Aber auch das sind Fragen, die auf einem Theorie- und Methoden-Forum zu diskutieren sind. Mittelbar kommt ein solches Grundlagengespräch der Verwaltungspraxis zugute, denn das kulturelle Vorverständnis der öffentlichen Verwaltung ist nicht zuletzt wissenschaftsgeprägt, wie die Konfrontation von Legalismus und Managerialismus in der jüngsten Verwaltungsgeschichte belegt.

3.4.1 Symposienreihe: Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur

Im Rahmen des sektionenübergreifenden Forschungsschwerpunkts wird eine Symposienreihe in einem Projektverbund zum Thema „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“ durchgeführt. Die Symposienreihe steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* und Herrn Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*. Die Symposien finden im jährlichen Turnus abwechselnd in Potsdam und in Speyer statt. Sie teilen sich auf in

1. Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur,
2. Theoretische Aspekte einer legalistischen Verwaltungskultur,
3. Theoretische Aspekte einer zivilgesellschaftlichen Verwaltungskultur und
4. Theoretische Aspekte einer europäisch-pluralistischen Verwaltungskultur.

Vom 2. bis 3. November 2006 trafen sich die Mitglieder des interdisziplinär orientierten Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“, dem namhafte, mit dem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung befasste Wissenschaftler angehören, unter der Leitung von Herrn em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* (Speyer) und Herrn Prof. Dr. *Christoph Reichard* (Potsdam) zum ersten Symposium des Arbeitskreises mit dem Titel „Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltung“.

Nach der Begrüßung durch Herrn Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* (stellv. Direktor des gastgebenden Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer) sprachen am ersten Tag des Symposiums Herr em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* zum Thema „Verwaltungskulturen und Verwaltungswissenschaften“ und Herr Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Inhaber des Lehrstuhls für Public Management an der Universität Potsdam, zum Thema „Verwaltung aus der Sicht der Managementlehre“, denen sich Herr Prof. Dr. *Geert Bouckaert* (Leuven) mit einer international orientierten Betrachtung zum „Öffentlichen Managerialismus in Europa“ sowie Herr Prof. Dr. *Thomas Edeling* (Potsdam) mit nationalem Focus zum „Öffentlichen Managerialismus in Deutschland, insbesondere in öffentlichen Unternehmen“ anschlossen.

Am 3. November eröffnete Herr Prof. Dr. *Kuno Schedler* (St. Gallen) interessante Theoriezugänge zum öffentlichen Management aus Schweizer Sicht, dem Herr em. Prof. Dr. Dr. h.c. *Klaus Lüder* (Speyer) und Herr Prof. Dr. *Lothar Streitferdt* (Hamburg) zu den Aspekten des Modelldenkens zum öffentlichen Management folgten. Herr Prof. Dr. *Eckhard Schröter* (Friedrichshafen) befasste sich in seinem Beitrag mit einer demokratietheoretischen Kritik des Gegenstands „öffentlicher Managerialismus“. Den Abschluss des Symposiums, bei welchem sich den Teilnehmern in anregender interdisziplinärer Arbeitsatmosphäre nicht selten Querschnittseinblicke eröffneten und die von durchweg intensivem Dialog der Teilnehmer geprägt war, bildete ein Diskussionsgespräch zwischen Herrn Prof. Dr. *Hermann Hill* (Speyer), Herrn *Klaus Lüder* und Herrn Prof. Dr. *Werner Jann* (Potsdam) mit dem Titel „Die managerialistische Verwaltung aus Sicht der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

3.4.2 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe

Weiterhin hat sich im Mai 2006 eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe bestehend aus Ordentlichen Mitgliedern des FÖV aus verschiedenen in ihm vertretenen Disziplinen gebildet. Jedes Mitglied dieser Arbeitsgruppe verfasste ein Kurzpapier über Methoden und Ansätze seiner jeweiligen Disziplin zur Erforschung der öffentlichen Verwaltung und nannte mögliche Ansatzpunkte für eine inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit. Ziel ist, einen methodischen Rahmen für transdisziplinäre Verwaltungsforschung zu erarbeiten, der unter anderem auch die spezifischen Potenziale und Betrachtungsweisen der am FÖV angesiedelten Forschung herausstellt. Später soll dieser theoretische Rahmen auch in interdisziplinäre Projektverbünde einfließen und weiterentwickelt werden.

4. Programmungebundene Drittmittelforschung und Servicebereich

Im Rahmen des Servicebereichs für Drittmittelprojektbearbeitung können Drittmittelprojekte realisiert werden, die zwar eng mit der Institutsforschung verbunden sind, sich aber keinem der oben genannten Forschungsschwerpunkte zuordnen lassen. Damit kann das FÖV den ihm von seinen Trägern angetragenen und mit Sondermitteln finanzierten aktuellen Forschungsaufträgen nachkommen.

Daneben bestehen im organisatorischen Zusammenhang des Servicebereichs spezielle Service-Elemente. Diese sind mit der Forschung des Instituts eng verbunden. Sie tragen Wünschen der Praxis nach Beratung Rechnung, machen Erkenntnisse aus der Forschung für die Praxis nutzbar und vermitteln Anregungen für die Forschung.

4.1 Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)

Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* (ab 1.7.2007)

Referenten: Assessor iur. *Christian Jock*
Dipl. Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau*

WiDuT wurde auf Anregung des Institutsverwaltungsrates 1996 und der Verwaltungsmodernisierungskommission RLP als 1. Service-Einrichtung des FÖV als Dokumentations- und Transferstelle eingerichtet. Im Berichtszeitraum erfolgten aufgrund neuerer Entwicklungen Anpassungen im Aufgabenspektrum sowie eine Erweiterung der Aufgabenbereiche.

Online-Datenbank

Es werden weiterhin Modernisierungsvorhaben der Länder und Erfahrungen mit den Veränderungen zentral gesammelt und den WiDuT-Partnern über eine exklusive *Online-Datenbank* mit neuem Schlagwort-Katalog zugänglich gemacht. Dabei werden v.a. unveröffentlichte Entwürfe und Ergebnisse der Modernisierungsprozesse und der Implementationserfahrungen vorgehalten und kommuniziert. Des Weiteren werden kontinuierlich bereits vorhandene Dokumente digitalisiert und eingestellt.

Dokumentation für AK VI (IMK)

Der Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz hat WiDuT beauftragt, die Vorhaben, Projekte und Materialien der Verwaltungsmodernisierung in den Ländern zentral zu sammeln, vergleichend zu strukturieren und für Volltextabrufe verfügbar zu halten. Eine darauf aufbauende Dokumentation wird seitdem im 2-jahres-Rhythmus als FÖV-

Forschungsbericht publiziert. Die nächste Dokumentation wird im 3. Quartal 2008 erscheinen. WiDuT ist zudem an den einschlägigen Beratungen des Unterausschusses beteiligt.

Transfer-Veranstaltungen

Der regelmäßig und vergleichende Informations- und Erfahrungsaustausch (*Transfer i.e.S.*) wird weiterhin in den WiDuT-**Arbeitstagen** erreicht, die zu relevanten Modernisierungsfeldern stattfinden. Dabei werden auch neuere Erkenntnisse der verwaltungswissenschaftlichen **Forschung** und Erfahrungen der **Wirtschaft** einbezogen. Die Ergebnisse werden ausführlich dokumentiert und in den Transferkreislauf eingespeist.

Beratungsgegenstände der jüngeren WiDuT-Arbeitstagen waren z.B.:

- Verwaltung der Verwaltung: Steuerung und beispielhafte Organisation von Querschnittsaufgaben
- Gesetzesfolgenabschätzung – Erfahrungen und Perspektiven im In- und Ausland
- Personalrotation in der Praxis – Konzepte, Konflikte, Konsequenzen

Die 14. *WiDuT-Arbeitstagung* (2. Halbjahr 2008) wird sich dem Thema „*Fachaufsicht*“ widmen. Dabei sollen zum Zwecke des Informationsaustausches auch alle Bundesländer über ihre bisherigen Erfahrungen berichten.

Beratung

Seit der Neustrukturierung von WiDuT ist als dritter Bereich die *gezielte Beratung und Unterstützung* von Partnerinstitutionen hinzugekommen („3. Säule“). Hierbei werden sowohl individuelle Beratungen als auch aufwändigere Unterstützungen übernommen.

Tagungsberichte

WiDuT bietet seit 2007 zusätzlich seinen neuen Service „Tagungsberichte“ an. WiDuT ist hierfür auf einer Vielzahl von Tagungen vertreten. Ziel dabei ist es, nicht nur neue Impulse aufzunehmen und am Erfahrungsaustausch mitzuwirken, sondern auch in einem Bericht die bedeutsamsten Neuerungen aufzuarbeiten und zu analysieren.

Neue Kommunikations- und Lernwege

Aufgrund einer sich schnell und ständig verändernden Umgebung und des fortschreitenden demographischen Wandels ist heutzutage nicht mehr nur das Wissen an sich bedeutend, sondern auch der Zugang zu diesem sowie die Arten der

Vermittlung. Der Einsatz moderner Technologien bietet eine Vielzahl von attraktiven Möglichkeiten, um die heutige Informationsflut erfolgreich zu bewältigen sowie den nötigen Wissenstransfer bedarfsgerecht und transparent zu gestalten. Auch WiDuT möchte die beschriebenen Vorteile nutzen und hat sich daher diesem Thema angenommen. Ziel ist es, den Partnern wichtige Informationen für Ihre tägliche Arbeit noch anschaulicher und individueller aufzubereiten sowie Ihnen neue Kommunikations- und Lernwege zur Verfügung zu stellen. Derzeit werden hierzu verschiedene Konzepte evaluiert.

Zusätzliche WiDuT-Angebote

WiDuT *kommuniziert mit den Partnern* zusätzlich mittels

- dem Mitteilungsblatt / Newsletter „*inForm*“
- speziellen *Berichten und Beratungs-Protokollen*
- *Kurz-Expertisen und Literaturempfehlungen*
- *Vermittlung* von Ansprechpartnern
- *gezielten Workshops* zu aktuellen Modernisierungsvorhaben

Aktuelle Informationen finden Sie unter: www.foev-speyer.de/widut .

Veröffentlichungen:

Carsten Brenski / Armin Liebig (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz: Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2004/2005, Speyerer Forschungsberichte Nr. 250, Speyer 2007; *Carsten Brenski / Armin Liebig*, Verwaltungspolitik: Vom Begriff zur Reformpraxis, in: *Verwaltung & Management*, 13. Jahrgang, Heft 5/2007, S. 243.

4.2 Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen (AfV)

Die Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen wurde von em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages* gegründet. Seit Mitte der 80er Jahre führt Univ.-Prof. Dr. *Klages* Mitarbeiter-, Bürger-, Publikums- und Kundenbefragungen auf allen Ebenen der Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden, Körperschaften des öffentlichen Rechts) zusammen mit seinen Mitarbeitern durch. Nach ihrer Integrierung in das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer führt die Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen diese Tätigkeit im Sinne eines kontinuierlich verfügbaren Leistungsangebots für die öffentliche Verwaltung und mit einem verbreiterten Leistungsprofil fort.

⇒ Arbeitskonzept der Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen

Die Arbeitsstelle sieht es als ihre Aufgabe an, öffentliche Verwaltungen bei der Durchführung von Befragungen zu unterstützen. Ziel ist hierbei, möglichst repräsentative Ergebnisse mit möglichst hohem Informationsertrag bei gleichzeitig vergleichsweise geringen Kosten zu ermöglichen. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine möglichst enge Kooperationsbeziehung zwischen Auftraggeber und Arbeitsstelle anzustreben. In Zusammenarbeit mit den Verwaltungen sollen Befragungen durchgeführt werden, die unter professioneller Berücksichtigung wissenschaftlicher Qualitätsanforderungen und datenschutzrechtlicher Belange ein Maximum politischer und für das Management relevanter Informationen erbringen. Gleichzeitig sollen die Kosten möglichst gering bleiben. Es geht also um die Erreichung eines Preis-/Leistungsoptimums unter der Prämisse, dass die Erlangung steuerrelevanter Informationen die Grundintention jeder Befragung ist.

⇒ Leistungsprofil

Verwaltungen, welche die Dienste der Arbeitsstelle in Anspruch nehmen wollen, können gesondert oder im Rahmen komplexerer Paketlösungen die folgenden Leistungen angeboten werden:

- Beratung hinsichtlich der Positionierung von Befragungen in Modernisierungsprozessen;
- Beratung hinsichtlich der Planung, Anlage und Durchführung von Befragungen;
- Fragebogenentwicklung;
- Aufnahme von Daten auf elektronischen Datenträger (soweit nicht schon mit der Erhebung verbunden);
- Einfache Datenaufbereitung und –auswertung;
- Statistische Datenanalyse unter Anwendung verschiedener Verfahren (z.B. Faktoren- und Clusteranalysen, Regressionsanalysen etc.);
- Kausalanalytische Ergebnisinterpretation;
- Visualisierung von Ergebnissen mit Hilfe projektionsfähiger Tabellen, Charts und Schaubilder;
- Berichterstellung;
- Ergebnispräsentation;

- Umsetzungsberatung;
- Schulung von Umsetzern oder Umsetzungsberatern, Teammoderatoren etc.;
- Durchführung von Workshops im Vorfeld von und im Anschluss an Befragungen.

Die Arbeitsstelle ist darüber hinaus in der Lage, komplexere Modernisierungsabläufe zu beraten, (mit-) zu planen oder zu moderieren, soweit sie „interaktiver“ Natur sind, d.h. teamförmig und/oder beteiligungsintensiv ablaufende (Selbst-) Bewertungs-, Informations- und Meinungsbildungsprozesse einschließen und sich ggf. mit Befragungen verbinden. Als Beispiele können Selbstbewertungsworkshops, Organisationsanalysen, aufgabenkritische Organisationsdurchleuchtungen und Leitbildentwicklungen genannt werden.

1. *Wieland/Kellner*. Kommunales Vermögen: Erwerb, Bestand, Veräußerung
 Laufzeit: 1.2.2008 bis 31.1.2012
 Finanzierung: Forschungsinstitut

1. Hintergrund

Das kommunale Vermögen hat in den vergangenen Jahren in Bestand und Zusammensetzung einen starken Wandel erfahren. Finanzielle Engpässe der öffentlichen Hand haben zu umfangreichen Veräußerungen kommunaler Vermögensgegenstände geführt. Zusätzliche Impulse für Veräußerungen dieser Art gab die Privatisierung bisher von der öffentlichen Hand erfüllter Aufgaben. Speziell die Energieversorgung, der Betrieb von Krankenhäusern und die Abwasserentsorgung lagen in der Vergangenheit bei den Gemeinden. Mit der Entlassung dieser Aufgaben aus der öffentlichen Verantwortung ging regelmäßig ein Verkauf der zugehörigen Anlagen und Gebäude einher. Obgleich sich die Finanzlage der Kommunen in der jüngsten Vergangenheit aufgrund gesteigerter Steuereinnahmen stabilisierte, hat sich wenig an den an der fortschreitenden Reduzierung des kommunalen Vermögensbestandes geändert; die Entwicklung ist längst noch nicht abgeschlossen.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Die Rechtswissenschaft hat die beschriebenen Prozesse nur punktuell begleitet. Größere zusammenhängende Untersuchungen zum Erwerb, zur Verwaltung und zur Veräußerung von Vermögensgegenständen durch die Gemeinden unter den gegenwärtigen Voraussetzungen fehlen. Eine Untersuchung der jüngeren Entwicklung unter Auswertung neuerer finanzwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie die rechtliche Aufarbeitung der neuen Ausgangslage erweisen sich als Desiderate. Das Projekt will dazu beitragen, diese Lücke zu schließen.

Das hergebrachte Normenprogramm des kommunalen Vermögensrechts eignet sich nur noch bedingt, die kommunalen Vermögensverwaltung so-

wie die Veräußerungsprozesse zu steuern. Rechtliche Maßstäbe für die Behandlung kommunaler Tätigkeiten in diesem Bereich sind in erster Linie im gemeindlichen Haushaltsrecht und in den Gemeindeordnungen zu finden. Hier gilt die allgemeine Regel, dass Gemeinden Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht benötigen, zum Verkehrswert veräußern dürfen. Der Regelungsgehalt dieser Bestimmung ist jedoch durch die kommunalen Aufgabenveränderungen erheblich modifiziert worden. Zudem lassen sich neue Formen der Vermögensübertragung wie die vorgenannten „sale-and-lease-back“ Verträge und die Übereignung an juristisch eigenständige, aber kommunalbeherrschte Gesellschaften nicht sachgerecht erfassen.

Zur dogmatischen Weiterwicklung des kommunalen Vermögensrechts ist es zunächst notwendig, sich die aktuelle Ausgangslage und ihre Ursachen zu vergegenwärtigen. Bei genauerer Betrachtung sind die Gründe für die Vermögensreduktion nicht allein in der prekären kommunalen Finanzlage der vergangenen Jahre zu finden. Häufig war die Privatisierung öffentlicher Dienste Anlass, sich von solcher Infrastruktur zu trennen, die in der Vergangenheit zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben benötigt wurde. Anstöße für die Privatisierungstendenzen können dabei auch im internationalen Recht gefunden werden. So ist etwa im General Agreement on Trade in Services (GATS) eine fortschreitende Liberalisierung von Dienstleistungen vorgesehen.

Wertvolle Impulse für das kommunale Vermögensrecht verspricht eine vergleichende Untersuchung der Situation Deutschlands und der des Auslands. Es bietet sich an, Regelungsmuster anderer Rechtsordnungen mit denen des deutschen Kommunalrechts zu vergleichen. Hieraus können Schlüsse für dogmatische Innovationen und rechtspolitische Fortentwicklungen gezogen werden. Ein geeignetes Vergleichsland sind die Vereinigten Staaten, in denen die Privatisierung gemeindlicher Aufgaben bereits vor etwa 25 Jahren einsetzte und infolgedessen weiter vorangeschritten ist. Aufgrund der längeren Erfahrungen mit Privatisierungen kann die US-amerikanische Entwicklung Anregungen für eine Fortentwicklung des deutschen Kommunalrechts bieten.

3. Vorgehen

Da das Projekt in erster Linie juristische Zielsetzungen verfolgt, bedient es sich primär rechtswissenschaftlicher Methoden. Mit Hilfe der juristischen Dogmatik soll die geltende Rechtsordnung systematisch und begrifflich durchdrungen werden. Mittel der Rechtsdogmatik sind die Norminterpretation und die Füllung von Lücken im gesetzlichen Regelungsprogramm.

Weiterhin wird für das Projekt die Rechtsvergleichung nutzbar gemacht. Rechtsvergleichung bedeutet die vergleichende Gegenüberstellung nationaler Rechtsordnungen und eine Analyse ihrer Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Soweit sich im deutschen Recht normative Defizite auftun, wird das Forschungsprojekt untersuchen, ob sich die ausländischen Regelungsmodelle übertragen lassen.

Hierzu muss das Forschungsprojekt aber zunächst im Wege der funktionalen Rechtsvergleichung nach den Gründen für die unterschiedliche Ausgestaltung des Kommunalrechts in den nationalen Rechtsordnungen fragen. Die unterschiedlichen Regelungsmuster sollen offen gelegt werden. Dabei sind die divergierenden Aufgaben der Kommunen in den verschieden ausgestalteten föderalen Strukturen der USA und Deutschlands zu berücksichtigen.

4. Erwartete Ergebnisse

Privatisierungen kommunaler Versorgungs- und Dienstleistungen sowie finanzielle Schieflagen haben in den letzten Jahren die Wirkungsbedingungen für das Kommunalrecht grundlegend verändert. Die Steuerungswirkung des deutschen Kommunalrechts ist bezüglich der kommunalen Vermögensverwaltung zu schwach. Verbesserungsvorschläge in rechtsdogmatischer und rechtspolitischer Hinsicht lassen sich aus einem Rechtsvergleich mit den USA gewinnen.

Der Schwerpunkt des Projektes liegt in der dogmatischen Fortentwicklung des Kommunalrechts im Wege der Auslegung des geltenden Rechts. Wo die Interpretation an ihre Grenzen stößt, soll die Untersuchung mit der Formulierung konkreter rechtspolitischer Forderungen zur Optimierung von Rechtsvorschriften beitragen.

4.3 Drittmittelprojektbearbeitung im Servicebereich

1. *Fisch, S./Margreiter.* „Geschichte der europäischen Verwaltungssprachen und ihrer Reformen, 1750-2000: Vergleichende und transnationale Perspektiven“

Laufzeit: 1.5.2007 bis 30.4.2009

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

1. Hintergrund

Das Projekt untersucht die Bedeutung des Stils von amtlichem Schrifttum für die behördeninterne Kommunikation und zwischen Amt und Bevölkerung. Durch den Vergleich der langfristigen Entwicklung verschiedener europäischer Verwaltungssprachen kann deren Rolle für das Funktionieren eines bürokratischen Apparates und für die Kommunikation zwischen Staat und Bürgern ebenso beschrieben werden, wie die Einflüsse der politischen Kultur auf die Entwicklung der Administration. Auf der Basis der Analyse öffentlicher Kritik an der Amtssprache und insbesondere von Initiativen zu ihrer Reform sollen Informationen über die Prinzipien des administrativen Sprachgebrauchs sowie seine Rezeption gewonnen werden.

Verwaltungssprache ist ein genuin interdisziplinäres Thema von erheblicher politischer Relevanz. Historiker und Verwaltungswissenschaftler können den Stil von amtlichem Schrifttum und die Kommunikation innerhalb der Behördenhierarchie sowie zwischen Amt und Bevölkerung als Ausdruck einer spezifischen politischen Kultur und Verwaltungskultur untersuchen. Bisher fehlt allerdings ein vergleichender Blick auf einen längeren Entwicklungszeitraum, den dieses Forschungsprojekt in die aktuelle Diskussion einbringen will.

In der Analyse von Aktenstilformen und rhetorischen Mustern im behördlichen Schriftverkehr ermittelt die Verwaltungsgeschichtsforschung neue Evidenzen für die Rekonstruktion von Organisationsprinzipien und Verwaltungspraxis. Außerdem ermöglicht sie die Rückbindung der Verwaltungssprache an kulturelle Praktiken in anderen Bereichen: Die veränderten Kommunikationsformen innerhalb der Verwaltung korrespondierten mit Veränderungen der verbalen Interaktionsformen innerhalb der Familie und zwischen Gruppen.

2. Zielstellung/ Forschungsfragen

Es werden Projekte zur Reform der Verwaltungssprache und die öffentliche Kritik daran untersucht. Diese normativen Texte enthalten empirische Beobachtungen, mit denen der Reformbedarf der bestehenden Praxis begründet wird.

Verwaltungssprache kann als spezifische Kommunikationsform zur Bearbeitung von Anträgen, Eingaben und sonstigen Aufträgen verstanden werden. Die Resultate dieser stark formalisierten und rechtsförmigen Verfahren werden in einem weiteren Schritt an die Bürger bzw. an andere Behör-

den oder auch die Politik kommuniziert. Die dabei verwendete Sprache muss präzise sein und dadurch auf das selbst-referentielle, rechtsgebundene und hoch formalisierte Verfahren der administrativen Entscheidungsfindung abgestimmt sein. Gleichzeitig wird von der Verwaltungssprache erwartet, dass sie den Bürgern die Entscheidungen und Vorgaben der Verwaltung auf verständliche Art zugänglich macht. Als Fachsprache ist die Amtssprache daher eine Besonderheit, weil sie funktionale sprachliche Lösungen für rechtsförmige Entscheidungsprozesse ebenso bereitstellen muss, wie Hilfsmittel für die Kommunikation mit dem ‚Publikum‘. Sie ist ein Medium der Verschriftlichung und damit ein wesentliches Element der Rationalisierung des Verwaltungshandelns. Die Reformprojekte zur Amtssprache setzten sich daher immer mit diesen Anforderungen an eine Fachsprache auseinander, die einer komplexen, rechtsstaatlich verfassten und daher juristisch untermauerten Verwaltungstätigkeit entsprechen muss.

Einen weiteren Fokus bildet ferner das sich verändernde Beziehungsgefüge zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern. Diese Figuration hat sich seit dem 18. Jahrhundert mit der Entstehung des Rechtsstaates, mit dem Wandel von einem ordnenden zu einem gestaltenden und fürsorgenden Staat, mit neuen Herausforderungen durch Industrialisierung und Bevölkerungsvermehrung, Technisierung und der Integration von Nationalstaaten in supranationale politische Einheiten erheblich verändert. Diese Veränderungen wurden von intensiven Auseinandersetzungen über Verwaltungssprache begleitet.

3. Vorgehen

Zuerst wird ein Datenbankformat definiert, das neben den bibliographischen Daten auch analytische Kategorien enthält, mit denen die Reformprojekte dokumentiert werden können. Durch die Verwendung analytischer Kategorien können quantitative und vergleichende Analysen durchgeführt werden. Die Quellen werden in Archiven und Bibliotheken an wichtigen Verwaltungsstandorten in Deutschland, Frankreich und Österreich erhoben. Das Ziel dieses Arbeitsschrittes ist einerseits die Dokumentation der veröffentlichten Reformprojekte, andererseits die Sammlung dieser Schriften an der DHV.

Ausgehend von der Analyse der publizierten Reformprojekte werden die Aktivitäten der auf nationaler und internationaler Ebene tätigen Behörde, Vereine und Institute im Bereich der Verwaltungssprachreform untersucht. Hierdurch sollen die Beziehung zwischen Reformaktivitäten und Reformprojekten festgestellt und deren zentralen Akteure ermittelt werden.

4. Erwarteter Ertrag für Wissenschaft, Gesellschaft und Praxis

Eine vergleichende Studie der Amtssprache kann wichtige Einblicke in die politische Kultur (z. B. Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen), Verwaltungskultur (v. a. die Einstellung gegenüber Öffentlichkeit) und das jeweilige Staatsverständnis vermitteln. Die historische Analyse erweitert dieses analytische Schema um die Möglichkeit, die Bedeutung von jeweils

spezifischen Verwaltungstraditionen für die Implementation von Innovationen und für die Adaption der Verwaltungspraxis an eine neue politische Kultur verfolgen.

2. **Färber/Wieland/Richter: „Einkreisung kreisfreier Städte in Mecklenburg-Vorpommern“**

Laufzeit: 1.3.2008 bis 31.5.2008

Finanzierung: Land Mecklenburg-Vorpommern

1. Hintergrund

Im Rahmen ihrer Verwaltungsreform hatte die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns vorgesehen, die 6 kreisfreien Städte und 12 Landkreise zu 5 Großkreisen zusammenzufassen. Dieses Reformvorhaben wurde jedoch durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 26. Juli 2007 zu Fall gebracht. Nunmehr beabsichtigt die Landesregierung die Einkreisung der 4 kleineren kreisfreien Städte Greifswald, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar (die Behandlung der Landeshauptstadt Schwerin ist noch ungeklärt) unter ansonsten weitgehender Beibehaltung der bisherigen Verwaltungsstrukturen. Vor dem Hintergrund des genannten Urteils des Landesverfassungsgerichts und in Anbetracht des zu erwartenden Widerstands der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gegen ihre Einkreisung ist zu untersuchen, welche Auswirkungen (Vor- und Nachteile) sich durch die angedachte Reform auf das Land und die betroffenen Städte / Kreise ergeben.

2. Zielstellung / Forschungsfragen

Auf Wunsch des Auftraggebers verfolgt das Drittmittelprojekt drei Zielsetzungen. Schwerpunkt des Projekts stellt die Untersuchung der sich für das Land Mecklenburg-Vorpommern ergebenden Auswirkungen der Einkreisung der bislang kreisfreien Städte Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin, Stralsund und Wismar dar, wobei der in Teilen als „dramatisch“ einzuschätzenden demographischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern Rechnung zu tragen ist. Desweiteren ist ein überblicksartiger Vergleich mit ähnlichen Reformprojekten in den übrigen Bundesländern vorgesehen. Zuletzt wurde außerdem um eine Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen von Kreisgebietsreformen gebeten.

3. Vorgehen

Zunächst sind auf Basis eines vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellten Argumentationspapiers und der einschlägigen Literatur die für die Beurteilung der Einkreisungsmaßnahmen relevanten Bewertungskriterien zu erarbeiten. Diese werden sodann auf die fünf genannten Städte angewandt, wobei die hierzu benötigten Daten vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden. Die Untersuchung wird abgerundet durch Interviews mit Vertretern der betroffenen Städte und Kreise sowie ein „Benchmarking“ mit anderen Bundesländern.

4. Ergebnisse

Das Forschungsprojekt soll einen theoretisch fundierten Analyserahmen für die Beurteilung von Einkreisungsmaßnahmen bislang kreisfreier Städte entwickeln, auf dessen Grundlage Handlungsempfehlungen für die vom Land Mecklenburg-Vorpommern angedachte Verwaltungsreform abgeleitet werden.

3. Klages/Masser: „Mitarbeiterbefragung und CAF bei der EKHN“

Laufzeit: 1.4.2008 bis 30.4.2008

Finanzierung: Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)

Bei diesem Projekt geht es darum die beiden Modernisierungsinstrumente Selbstbewertung (der Qualität einer Organisation) und Mitarbeiterbefragung miteinander zu Verbinden. Das Instrument CAF (Common Assessment Framework, nähere Informationen unter: <http://www.caf-netzwerk.de>) wurde maßgeblich von den Speyerer Professoren *Klages* und *Hill* mitentwickelt und basiert u.a. auf dem Speyerer Qualitätswettbewerb. Die Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat im Jahr 2007 durch eine Bewertungsgruppe in einer Reihe von Arbeits-sitzungen eine Selbstbewertung durchgeführt. Diese umfasst eine Bewertung feststehender Themenfelder wie Personalmanagement und mitarbeiterbezogene Ergebnisse. Nun sollen die damaligen Ergebnisse durch eine Mitarbeiterbefragung verifiziert und intensiviert werden. Ziel ist es, mit Hilfe der auf der Basis der Selbstbewertung identifizierten Schwachstellen einen Fragebogen zu entwickeln, mit dessen Hilfe (sprich der Befragungsergebnisse) ganz konkrete, messbare Verbesserungen initiiert werden können. Diese Verzahnung der Instrumente CAF und Mitarbeitendenbefragung erscheint zwar als „auf der Hand liegend“, ist aber dennoch bislang nicht praktiziert worden. Das Projekt soll zeigen, dass die beiden Instrumente nutzbringend kombiniert werden können, ja eigentlich müssen.

4. Ziekow/Sicko: „Probleme der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie am Beispiel des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (Beratung)“

Laufzeit: 15.4.2008 bis 14.4.2009

Finanzierung: MWVLW Rheinland-Pfalz

1. Hintergrund

Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die am 28.12.2006 in Kraft getretene europäische Dienstleistungsrichtlinie (RL 2006/123/EG) binnen drei Jahren, d. h. bis zum 28.12.2009 umzusetzen. Innerhalb dieses knapp bemessenen Zeitrahmens sind eine Vielzahl von rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, die teilweise tiefgreifende Veränderungen in der Verwaltung des betroffenen Mitgliedstaates erfordern. Zu nennen sind hier beispielhaft nur die Verpflichtung zur Einrichtung des sog. einheitlicher Ansprechpartner oder die sämtliche

Landesministerien und Selbstverwaltungsträger betreffende Pflicht zur Überprüfung des gesamten dienstleistungsrelevanten materiellen und Verfahrensrechts auf Vereinbarkeit mit der Richtlinie und, soweit erforderlich, dessen Anpassung ebenfalls binnen der dreijährigen Umsetzungsfrist.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen richtete die rheinland-pfälzische Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des MWVLW ein. Zur Abdeckung des seitens der Landesregierung gesehenen dringenden Bedarfs für eine wissenschaftliche Begleitung und Beratung wurde eine entsprechende Zusammenarbeit mit dem FÖV vereinbart.

2. Zielstellung/Forschungsfragen

Bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in das deutsche Recht ist das komplexe Gesamtgefüge dieses EU-Rechtsakts mit seinen mannigfaltigen gemeinschaftsrechtlichen, verfassungsrechtlichen, (formell und materiell) verwaltungsrechtlichen sowie verwaltungswissenschaftlichen Bezügen und Wirkungen im Blick zu behalten und auch dem Auftraggeber beständig in Erinnerung zu rufen. Hierdurch sowie sowohl durch die wissenschaftliche Mitwirkung am Umsetzungsprozess als auch in der Wahrnehmung der Adressaten soll das FÖV als eine rein sachorientierte "neutrale Instanz" für den Auftraggeber im Umsetzungsprozess einen wichtigen Rückhalt bilden.

3. Vorgehen

Die wissenschaftliche Begleitung umfasst insbesondere

- die regelmäßige beratende Teilnahme an den Arbeitsgruppensitzungen und bei Bedarf an sonstigen Gesprächsterminen,
- auf Anfrage darüber hinausgehende Stellungnahmen zu Umsetzungsfragen im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie, sowie
- die Mitwirkung als Referent an Informationsveranstaltungen für die mit der Umsetzung, namentlich der Normenprüfung, befassten Verwaltungsbehörden.

Ein Schwerpunkt der bisherigen Beratungstätigkeit lag auf der wissenschaftsbasierten Erarbeitung eines Prüfrasters für die Normenprüfung, welches in der Folge auch seitens des Bundes und der übrigen Länder übernommen wurde. Hieran anknüpfend wird sich der künftige Wissenstransfer zunächst weiterhin zu einem wesentlichen Teil auf diese Säule des mit der Richtlinie verfolgten Programms zur Vereinfachung von Dienstleistungstätigkeiten konzentrieren. Die Implementierung des Rasters durch Ministerien, Kommunen, Kammern und weitere Stellen in Rheinland-Pfalz initiiierend, wird das Prüfraster auf mehreren Informationsveranstaltungen durch das FÖV anhand konkreter Gesetzeswerke in einer Präsentation mit anschließender Diskussion vorgestellt werden. Weiterhin werden die laufende Normenprüfung durch Stellungnahmen zu innerhalb oder außerhalb des Arbeitskreises erörterten prüfmethodischen und

inhaltlichen Anfragen sowie die mit den Ergebnissen der Normenprüfung verbundenen Rechtsänderungen fachkundig zu begleiten sein.

Parallel zur Unterstützung der Normenprüfung ist in einem zweiten Beratungsschwerpunkt die Expertise des FÖV zur Entscheidung über die Verortung des einheitlichen Ansprechpartners und den vielfältigen rechtlichen und organisatorischen Einzelfragen der Schaffung dieser neuartigen Institution einzubringen.

4. Ergebnisse

Die wissenschaftsbasierte beratende Tätigkeit dient der Optimierung der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Rheinland-Pfalz und, soweit die gewonnenen Erkenntnisse durch den Auftraggeber im Bund-Länder-Ausschuss kommuniziert werden, auch darüber hinaus. Primäres Ziel der Richtlinie ist die Hebung volkswirtschaftlicher Potentiale, die einen effektiven Bürokratieabbau sowohl auf Seiten der Dienstleister als auch auf Seiten der Behörden erfordern. In diesem Sinne durch die Beratung veranlasste zielführende Maßnahmen vermögen folglich einen entsprechenden Ertrag sowohl für die Verwaltung als auch für die Gesellschaft insgesamt zu zeitigen.

Zugleich resultiert ein potentieller Ertrag für die Wissenschaft aus der - publizistisch verwertbaren - Vertiefung gewonnener Erkenntnisse zu den rechtlichen und organisatorischen Fragestellungen der Implementierung der Richtlinie als Folge der Erörterung einschlägiger Probleme in Rahmen der Arbeitsgruppensitzungen oder Informationsveranstaltungen sowie der Erarbeitung sonstiger Stellungnahmen für den Auftraggeber.

5. Publikationen 2007/2008

Jan Ziekow/Alexander Windoffer (Hrsg.), Ein einheitlicher Ansprechpartner für Dienstleister. Anforderungen des Vorschlags einer EU-Dienstleistungsrichtlinie und Gestaltungsoptionen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007; *Alexander Windoffer*, Die Implementierung einheitlicher Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Problemfelder und Anpassungsbedarf im nationalen Recht, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)* 2007, S. 495-501; *Alexander Windoffer*, Einer für alles/Durch die Hintertür, in: *360 Grad - Fachmagazin für das Management im öffentlichen Sektor*, Ausgabe 9, Juli/August/September 2007, S. 5-7; *Alexander Windoffer*, Europäische KMU-Politik: Impulse für mehr Gründungsdynamik und Perspektiven für die Kammern?, in: *Winfried Kluth* (Hrsg.), *Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts* 2006, Baden-Baden 2007, S. 91-115; *Jan Ziekow*, Die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie auf das deutsche Genehmigungsverfahren, in: *Gewerbearchiv (GewArch)* 2007, S. 179-183, 217-225.

4. *Klages/Masser:* „Durchführung eines Führungskräftefeedbacks (FFB) beim Landesamt für Bürgerangelegenheiten und Ordnung Berlin unter Nutzung der im Rahmen des Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter entwickelten Methoden und Instrumente“

Laufzeit: 1.5.2008 bis 30.9.2008

5. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zählt seit jeher zu den zentralen Aufgaben des Forschungsinstituts. In seiner vorläufigen Stellungnahme zum Forschungsinstitut vom 22. Januar 1999 hat der Wissenschaftsrat hervorgehoben, dass das Institut mit seinen Forschungsreferentenstellen über ein spezifisches Instrument der Nachwuchsförderung verfügt, das jährlich im Durchschnitt zu etwa fünf Dissertationen führt. Auch die bisher geübte Begrenzung der Beschäftigungsdauer auf maximal zweieinhalb Jahre wurde unter dem Aspekt kurzer Promotionszeiten begrüßt.

Letzte Dissertationen:

- *Heide Klug*, Hochschulreformen und Informationssysteme. Organisation – Personen – Technik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 30. Juli 2007.
- *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*; 17. Februar 2006.
- *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*, 21. Januar 2006.
- *Sebastian Wolf*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Technische Universität Darmstadt, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Heidrun Abromeit, 6. Dezember 2005.
- *Stefan Werres*, Grundrechtsschutz in der Insolvenz, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, 12. September 2005.
- *Martin Schurig*, Politikfinanzierung in Frankreich, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*, 27. Juli 2005.
- *Andrea Nesseldreher*, Entscheiden im Informationszeitalter, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ. Prof. Dr. *Hermann Hill*, 26. Juli 2005.
- *Alexander Windoffer*, Die Klärungsbedürftigkeit und –fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 31. Januar 2005.

Letzte Habilitationen:

- *Jörn von Lucke*, Hochleistungsportale, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heinrich Reinermann*, 19. Juli 2007.

- *Gottfried Konzendorf*, Reform in der Übergangsgesellschaft – Ein Beitrag zur Theorie der Reform, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, 25. Januar 2005.
- *Christian Koch*, Verwaltungsrecht im Europäischen Verfassungsverband – auf dem Weg zu einem Recht der Integrationsverfahren, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Rainer Pitschas*, 19. Juli 2004.
- *Dieter Beck*, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen – Ein interaktionsanalytischer Zugang, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*, 14. Mai 2001.
- *Matthias Niedobitek*, Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge – Bund, Länder und Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera*, 24. Januar 2000.

6. Veranstaltungen

Das Institut stellt sich der Öffentlichkeit von Verwaltungswissenschaften und Verwaltungspraxis durch eigene Veranstaltungen, die sich durch ihre Forschungsorientierung vom Fortbildungsprogramm der Hochschule Speyer unterscheiden. Auch Experten aus der Praxis werden in die wissenschaftlichen Beratungen einbezogen.

Drei Formen kennzeichnen das Veranstaltungsprogramm: Forschungskolloquien, Forschungsseminare und in begrenztem Umfang Arbeitstagungen. Neben Veranstaltungen im nationalen Rahmen führt das Forschungsinstitut auch internationale Symposien und Tagungen durch.

6.1 Forschungskolloquien

In den institutsinternen Forschungskolloquien, die traditionell während der Vorlesungszeit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer an durchschnittlich fünf Terminen stattfinden, diskutieren alle Projektleiter und Projektleiterinnen und Projektbearbeiter bzw. Projektbearbeiterinnen nach etwa der Hälfte der Bearbeitungszeit eines Vorhabens ihren methodischen Ansatz und die bisherigen Forschungsergebnisse mit den Mitgliedern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts. Zusätzlich werden seit einigen Semestern neue Forschungsprojekte durch eine Kurzpräsentation zu Beginn der Projektlaufzeit vorgestellt.

Die Forschungskolloquien sind ein Instrument der interdisziplinären Vernetzung der Institutsarbeit. An den Kolloquien nehmen die Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats sowie als Gäste die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschule und gelegentlich Vertreter von Wissenschaft und Praxis teil. Regelmäßig werden auch ausländische oder sonstige auswärtige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem Gastvortrag eingeladen. Für die Mitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts dient das Kolloquium nicht nur dazu, sich frühzeitig der Kritik zu stellen und gegebenenfalls rechtzeitig Korrekturen vorzunehmen, sondern auch dem interdisziplinären Gespräch im Allgemeinen.

6.1.1 Wintersemester 2006/2007

Im Wintersemester 2006/2007 stand das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*. Folgende Forschungskolloquien fanden statt:

- 13.12.2006 Präsentation der Projekte:
Sommermann/von Bredow: „Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes“
Knorr/Jahn: „Predatory Pricing im Luftverkehr – Mythos oder Realität?“
- 03.01.2007 Präsentation der Projekte:
Färber/Otter: „Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“
Färber/Dalezios: „Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems“
- 10.01.2007 Präsentation der Projekte:
Siedentopf/Speer: „Der Europäische Verwaltungsraum und seine Anforderungen an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland“
Ziekow/Siegel: „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt: Begleitende Evaluation des zweiten Modellversuchs des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen“
- 16.01.2007 **Gastvortrag:**
 Dr. *Andreas Arndt*, Monopolkommission Bonn
 „Privatisierung der Deutschen Bahn“
 Präsentation des Projekts:
Jansen/Barnekow/Stoll: „Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor“
- 31.01.2007 Präsentation der Projekte:
Wirtz/Lütje/Schierz: „E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung“
Bohne/Bugdahn: „Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung“

6.1.2 Sommersemester 2007

Im Sommersemester 2007 stand das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*. Folgende Forschungskolloquien fanden statt:

- 20.06.2007 **Gastvortrag:**
 Ministerialdirektor a.D. *Klaus-Henning Rosen*
 „Zerfaserte Staatlichkeit und ‚good governance‘ – Regierungsberatung im Yemen zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

- 04.07.2007 Präsentation der Projekte:
Jansen/Heidler: „Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen“
Klages/Daramus/Masser: „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung“
- 11.07.2007 Präsentation der Projekte:
Ziekow/Windoffer: „Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen“.
König/Daimer/Finke: „Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“

6.1.3 Wintersemester 2007/2008

Im Wintersemester 2007/2008 stand das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*. Folgendes Forschungskolloquium fand statt:

- 29.01.2008 Präsentation der Projekte:
Wirtz/Ullrich: „e-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte“
Krücken/Blümel/Kloke: „Die Professionalisierung im deutschen Hochschulsystem“

6.1.4 Sommersemester 2008

Im Sommersemester 2008 steht das Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*. Folgende Forschungskolloquien finden statt:

- 21.05.2008 **Gastvortrag:**
 Dr. *Rick Vogel*, Universität Hamburg
 „Aufkommen und Verbreitung von New Public Management in Deutschland. Eine institutionalistische Analyse mit bibliometrischen Methoden“
- 04.06.2008 Präsentation der Projekte:
Jansen/Heidler: „Struktur und Evolution von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik“
Jansen/Semmet: „Das Politikfeld Forschung im europäischen Integrationsprozess“

- 11.06.2008 Präsentation des Projekts:
Krücken/Blümel/Kloke: „Universities as New Organisational Actors: On the Interrelations between Professional and Organisational Change in Higher Education Institutions in Germany“
- 18.06.2008 Präsentation der Projekte:
S. Fisch/Margreiter: „Geschichte der Verwaltungssprachen ca. 1750 bis ca 2000“
Klages/Daramus: „Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar“
- 02.07.2008 Präsentation der Projekte:
Knorr/Bellmann: „Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing“
Jansen/Hohn: „Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung – Bedingungen erfolgreicher Produktinnovationen“
- 16.07.2008 Präsentation der Projekte:
von Arnim/Király: „Whistleblower und Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung“
Mühlenkamp/Glückner: „Reform des kommunalen Haushaltsrechts; Rechtsvergleich Doppik“

6.2 Forum des akademischen Mittelbaus in Speyer (FAKS)

Das „Forum des akademischen Mittelbaus in Speyer“ (FAKS) bietet Speyerer Nachwuchswissenschaftlern an DHV und FÖV die Möglichkeit, interessante wissenschaftliche Themen, methodische Fragen und eigene Arbeiten jenseits der Lehrstuhl- bzw. Projektstätigkeit in ungezwungenem Rahmen zu diskutieren. Das FAKS wurde geleitet von Dr. *Thomas Horstmann* und Dr. *Sebastian Wolf*. Die Leitung liegt nunmehr bei Herrn *Christian Bauer*, M.A., Mag.rer.publ., Herrn *Albrecht Blümel*, M.A., und Frau *Larissa Veters*, M.A., Mag.rer.publ.

Bisher fanden FAKS-Sitzungen zu folgenden Themen statt:

- „Methoden der verwaltungswissenschaftlichen Disziplinen und Möglichkeiten einer interdisziplinären Synthese“ (25.10.2006)
- „Integrative Verwaltungswissenschaft und Interdisziplinarität“ (08.11.2006)
- „Auf dem Weg zu einer verwaltungswissenschaftlichen Methodik“ (22.11.2006 – Referenten: *M. Weber/N. Otter*)
- „Das Kriterium der Vergleichbarkeit: Anforderungen an die Europäische Implementationsforschung“ (06.12.2006 – Referentinnen: *B. Luetgert/P. Kempf*)
- „Gefährden Wahlcomputer die Demokratie?“ (24.01.2007 – Referentin: *S. Schiedermaier*)
- „Euratom – Annäherungen an ein unbekanntes Phänomen der europäischen Integration“ (07.02.2007 – Referent: *S. Wolf*)
- „Vergangenheitsaufarbeitung an der DHV“ (09.05.2007 – Zeitzeuge em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König*, interviewt von *T. Horstmann* und *S. Wolf*)
- „Die Evolution der Beziehungen zwischen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften ausgehend vom 17. Jahrhundert“ (27.06.2007 – Referent: em. Prof. Dr. *Carl Böhret*)

6.3 Veranstaltungen

6.3.1 Rückblick 2007

Workshop der Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“

Im Mittelpunkt des siebten internen Workshops der Forschergruppe „Governance der Forschung“, der am 15. und 16. Februar 2007 am FÖV Speyer stattfand, standen die Forschungspolitischen Thesen der Forschergruppe, die nationale und europäische Forschungsförderung, die Nutzung bibliometrischer Daten sowie organisatorische Fragen. Der Workshop markierte zudem den Auftakt der zweiten Förderphase (2006-2009) der interdisziplinären und ortsübergreifenden Forschergruppe, die seit 2003 durch die DFG gefördert wird. Die Organisation des Workshops übernahmen diesmal Frau Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (FÖV Speyer) sowie Herr PD Dr. *Ulrich Schmoch* (ISI Karlsruhe).

Die Vorbereitung der Forschungspolitischen Thesen der Forschergruppe stand ganz im Mittelpunkt des ersten Tages. Mit den Forschungspolitischen Thesen, die am 14. und 15. März 2007 auf einer Tagung in Berlin vorgestellt wurden (siehe Beitrag hierzu in dieser Ausgabe der FÖV-News), macht die Forschergruppe die Ergebnisse ihrer bisherigen Forschungen für die Wissenschafts- und Forschungspolitik nutzbar. Die Thesen der Forschergruppe sollen als Gestaltungsoptionen für eine zukünftige Governance von Wissenschaft und Forschung dienen.

Der zweite Tag des Workshops stand im Zeichen der nationalen und europäischen Forschungsförderung. Herr PD Dr. *Schmoch* referierte über die verfügbaren Statistiken und Indikatoren der nationalen Forschungsförderung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Der Vortrag verdeutlichte, dass hier noch erheblicher Forschungsbedarf besteht sowie viele „weiße Flecken“ erkundet werden müssen. Anschließend sprach Herr Prof. Dr. *Thomas Groß* (Universität Gießen) aus rechtswissenschaftlicher Perspektive über die Forschungsförderung in Frankreich. Beide Präsentationen zeigten, dass in Frankreich derzeit ein regelrechter Systemwechsel in der Wissenschafts- und Forschungspolitik zu beobachten ist. Über die europäische Forschungsförderung referierte Herr Prof. Dr. *Stefan Kuhlmann* (Universität Twente). Deutlich wurden hierbei signifikante Europäisierungstendenzen in der Forschungsförderung als auch Schwerpunktverschiebungen in den bisherigen Forschungsrahmenprogrammen der EU weg von der Industrieforschung hin zur universitären Forschung.

Dem Workshop ging das fünfte Doktorandentreffen der Forschergruppe voraus. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Teilprojekten präsentierten hier aktuelle Ergebnisse ihrer Promotionsprojekte. Dabei bot sich ausreichend Gelegenheit für eine interdisziplinäre Diskussion und einen informellen Austausch zwischen den Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern der Forschergruppe „Governance der Forschung“

Mehr Informationen über die Arbeit der Forschergruppe und die einzelnen Teilprojekte sind zu finden unter: www.foev-speyer.de/governance

**„Neue Governance für die Forschung“
wissenschaftspolitische Tagung der Forschergruppe „Governance der Forschung“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, 14.-15. März 2007**



Frau Prof. Dr. Jansen begrüßt die Teilnehmer

Die Forschergruppe „Governance der Forschung“ präsentierte am 14. und 15. März 2007 auf einer Tagung in Berlin die Ergebnisse ihrer bisherigen Forschung der wissenschaftspolitischen Öffentlichkeit. Die Tagung bildete den Abschluss der ersten Phase des interdisziplinären Forschungsprogramms der Forschergruppe, die seit 2003 durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. Zu den über 90 Teilnehmern zählten hochrangige Vertreter der

Wissenschaftspolitik aus Bund und Ländern, der Forschungsförderung sowie der Hochschulen und der außeruniversitären Forschung.

Auf dem Experten-Workshop am ersten Tag stellte die Forschergruppe ausgewählte Ergebnisse ihrer bisherigen Forschung vor und diskutierte diese mit den Teilnehmern. Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute* (Hamburg) behandelte in seinem Vortrag die Veränderungen der Governance-Strukturen der universitären Forschung und die hieraus folgenden normativen Konsequenzen. Im Anschluss präsentierte Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (Speyer) unter dem Titel „Die Arbeitsebene der Forschung: Latenz der Umsetzung neuer Governance und Wirkung auf die Leistungsfähigkeit“ empirische Ergebnisse aus ihrem Teilprojekt. Staatssekretär Dr. *Josef Lange* (Niedersachsen) und der Rektor der Universität Bielefeld, Prof. Dr. *Dieter Timmermann*, leiteten mit ihren Kommentaren die anschließende Diskussion ein, die von Prof. Dr. *Barbara Kehm* (Kassel) moderiert wurde.

Im zweiten Teil des Experten-Workshops befasste sich Prof. Dr. *Stefan Kuhlmann* (Twente) mit den Reformen in der außeruniversitären Forschung und den Chancen für ein Aufbrechen der Versäulung. Mit ihren Kommentaren lieferten Staatssekretärin *Dorothee Dzwonnek* (Rheinland-Pfalz) und Prof. Dr. *Dieter Fenske* (Karlsruhe) wiederum den Einstieg in die Diskussion. Die Teilnehmer diskutierten unter der Leitung von PD Dr. *Ulrich Schmoch* (Karlsruhe) auch die Frage des Leistungsvergleichs zwischen Wissenschaftsorganisationen mit verschiedenen Missionen, wobei Einigkeit über das Potential interinstitutioneller Kooperationen bestand.

Am zweiten Tag ging es zunächst um die Sicht betroffener Organisationen auf den aktuellen Reformprozess. Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. *Margret Wintermantel* sprach über „Die Folgen von Diversität im deutschen Hochschulsystem: Auswirkungen auf Leistungsprofile und Leistungsfähigkeiten von Universitäten“. Die anschließende Diskussion drehte sich vor allem um die internen Auswirkungen des populären Managementmodells in den Hochschulen. Mit dem Thema „Starre Säulen oder tragende Pfeiler? Die Rolle der außeruniversitären Forschungsorganisationen im Forschungssystem Deutschlands“ befasste sich der Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, Prof. Dr. *Jürgen Mlynek*. Der Schwerpunkt der anschließenden Diskussion lag auf den für Vernetzung und Kooperation in der Forschung notwendigen Rahmenbedingungen. Einigkeit bestand darüber, dass Universitäten durch offensive und sichtbare Kooperationen mit der außeruniversitären Forschung an Ansehen im internationalen Wettbewerb gewinnen könnten.



Frau Prof. Dr. Jansen präsentiert die Ergebnisse ihrer Forschung (von links nach rechts: Prof. Dr. Hans-Heinrich Trute, Prof. Dr. Barbara Kehm, Staatssekretär Dr. Josef Lange, Prof. Dr. Dieter Timmermann).

Den Höhepunkt der Tagung bildete die Vorstellung der „Forschungspolitischen Thesen“ der Forschergruppe durch Prof. Dr. *Uwe Schimank* (Hagen). Mit diesen Thesen will die Forschergruppe die Ergebnisse ihrer Forschung für die Wissenschafts- und Forschungspolitik nutzbar machen. Schimank betonte, dass es nicht Ziel der Thesen sei, einen Masterplan für den Umbau des deutschen Forschungssystems vorzulegen. Sie sollten vielmehr Gestaltungsoptionen für die politische Praxis aufzeigen und auf mögliche Fehlentwicklungen und Nachsteuerungsbedarf hinweisen. In seinem Vortrag griff Schimank einige der insgesamt 17 Thesen auf. So betonte er die Problematik heterogener und schlecht begründeter Indikatorensysteme für die Leistungsbewertung in der Forschung. Zudem bestehe die Notwendigkeit von Autonomie und Strategiefähigkeit der Akteure. Dies wiederum setze verlässliche politische und finanzielle Rahmenbedingungen für Hochschulen und die außeruniversitäre Forschung voraus. Ebenso dürfe ein lebendiger Wettbewerb nicht auf Oligopole hinauslaufen: Ein Auf- und Abstieg im Forschungssystem müsse weiterhin möglich sein. Dies setze eine Förderung auch von Forschung auf mittlerem Niveau voraus.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen *Jansen* (Moderation), *Schimank* und als Vertreter der Politik Ministerialdirigent *Peter Greisler* (Bundesministerium für Bildung und Forschung) sowie Staatssekretär Dr. *Hans-Gerhard Husung* (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin) teil. Die Forschungsförderung vertraten *Michael Schuster* (DFG) und Dr. *Wolfgang Rohe* (Stv. Generalsekretär des Wissenschaftsrats). Die Podiumsdiskussion ergab viel Zuspruch zu den Fragestellungen, Thesen und Ergebnissen der Forschergruppe. Großes Interesse bestand auch am zukünftigen Arbeitsprogramm der Forschergruppe, in dessen Rahmen die Folgen der Exzellenzinitiative und der Neugestaltung der europäischen Forschungsförderung untersucht werden sollen.

Die Tagung und die Thesen der Forschergruppe stießen auf hohe Resonanz in der wissenschaftspolitischen Öffentlichkeit. Auf vielfachen Wunsch hin plant die Sprecherin der Forschergruppe, Frau Prof. Dr. *Jansen*, daher für Sommer 2009 die Veröffentlichung eines Tagungsbandes. Unter <http://www.foev-speyer.de/governance> sind weitere Hintergrundinformationen zur Tagung zu finden.

Forschungskolloquium „Veränderungen in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung“

Anlässlich der Emeritierung von Prof. Dr. *Rudolf Fisch* fand am 15. Juni 2007 ein interdisziplinäres Forschungskolloquium unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* statt. Veränderungen in Organisationen wurden während des Kolloquiums unter sozialwissenschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen, politischen Gesichtspunkten betrachtet. Das Kolloquium gliederte sich in drei inhaltliche Schwerpunkte.

Der Vormittag begann mit einer theoretisch fundierten Orientierung über organisationale Veränderungen und mit Vorträgen von em. Prof. Dr. *Carl Böhret*, DHV Speyer, zu Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungspolitik und Prof. Dr. *Hans Peter Bull*, Universität Hamburg, über rechtliche Möglichkeiten und Grenzen der Innovationen im öffentlichen Sektor.

Im zweiten Teil konnten Methoden und Techniken, die speziell für Untersuchungen zu Veränderungen in Organisationen entwickelt wurden, zur Diskussion gestellt werden. Vortragende dazu waren Prof. Dr. *Dieter Frey*, Ludwig-Maximilians-Universität München, zu Gestaltung von Veränderungsprozessen – Fallstricke der Praxis, Prof. Dr. *Hans Georg Gemünden*, Technische Universität Berlin, über spezifische Einflussfaktoren auf den Erfolg von substanziellen Innovationen sowie Prof. Dr. *Siegfried Greif*, Universität Osnabrück, der mit dem „Change Explorer“ eine Methodenkombination vorstellte.

Abschließend wurden praktische Erfahrungen insbesondere beim Managen von Veränderungen in Wirtschaft und Verwaltung kritisch-pragmatisch erörtert. Prof. Dr. *Ingela Joens*, Universität Mannheim, stellte Forschungsergebnisse zu Fusionen und Akquisitionen und die Aufgaben für das Integrationsmanagement vor. Prof. Dr. *Walter A. Oechsler*, Universität Mannheim, arbeitete „gefährliche“ betriebswirtschaftliche Ansätze bei Veränderungen heraus und Prof. Dr. *Norbert Thom*, Universität Bern, berichtete über Wirkungsorientierung als Modernisierungsprinzip der Schweizerischen Verwaltung.

Das Kolloquium gipfelte in einer regen Abschlussdiskussion, die bei einem gemeinsamen Abendessen in der Taberna – zu dem Herr Prof. *Fisch* geladen hatte – fortgeführt wurde.

Villa Vigoni Tagung des Wissenschaftsmanagements 2007: Mitglieder der Forschergruppe „Governance der Forschung“ stellen Forschungsergebnisse vor

Die Forschergruppe „Governance der Forschung“ präsentierte auf der diesjährigen Villa Vigoni Tagung des Wissenschaftsmanagements vom 16. bis 18. Juli 2007 ausgewählte Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit. Thema der Tagung war die Europäische Forschungspolitik und deren Konsequenzen für nationale und internationale Kooperationen.

Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (FÖV Speyer), die als Sprecherin der Forschergruppe auch deren Arbeit koordiniert, stellte unter dem Titel „Competition for funding and effects on research and network strategies and on performance of research groups“ aktuelle Ergebnisse ihrer Forschung vor. Darüber hinaus waren

weitere Vertreter der ortsverteilten Forschergruppe, die seit 2003 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird, mit Vorträgen vertreten.

Prof. Dr. *Jürgen Enders* (Universität Twente) referierte über die Methode der offenen Koordinierung auf EU-Ebene und neue Governance-Muster in Forschung und Innovation. *Arne Pilniok* (Universität Hamburg) stellte unter dem Titel „The changing relationship between national and European research funding programmes and its influence on the governance of universities“ Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt von Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute* vor. Prof. Dr. *Dieter Sadowski* (Universität Trier) präsentierte aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit zu organisatorischen Bedingungen einer erfolgreichen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Tagungsteilnehmer untersuchten diesmal die Frage, welche Auswirkungen die neu ausgerichtete Forschungspolitik der EU mit ihren zahlreichen Initiativen auf das deutsche Wissenschafts- und Forschungssystem haben wird. Dabei wurde auch der Frage nachgegangen, ob der bestehende Referenzrahmen zwischen staatlichen Universitäten und Fachhochschulen einerseits und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie forschungsintensiven Unternehmen andererseits, unter diesen verändernden Rahmenbedingungen noch zukunftsfähig ist.

Wie bereits 2006 war die Villa Vigoni am Comer See Veranstaltungsort der Tagung. Das deutsch-italienische Zentrum, das seine Arbeit dem kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Italien widmet, bildete einen idealen Rahmen für angeregte Diskussionen zu den oben genannten Fragen. Die Tagung diente dem Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis. Dementsprechend nahmen zahlreiche Vertreter aus dem Wissenschafts- und Forschungsmanagement teil.

Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft förderte die Tagung auch dieses Jahr mit einer großzügigen Unterstützungsleistung. Zudem stand die Villa Vigoni Tagung 2007 ganz im Zeichen der Kooperation zwischen der Forschergruppe von Prof. Dr. *Dorothea Jansen* und dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) Speyer. Für 2008 ist eine Fortsetzung der Villa Vigoni Tagung des Wissenschaftsmanagements geplant. Prof. Dr. *Hanns H. Seidler*, Vorsitzender des ZWM Speyer, hat hiermit eine gute Tradition begründet.

Homepage der Forschergruppe: www.foev-speyer.de/governance

Transatlantische Tagung in Bloomington, Indiana/USA, vom 9. bis 11. September 2007

Das letzte Treffen des Transatlantic Public Policy Consortium (TPC), bei dem das 10-jährige Bestehen der Vereinigung gefeiert wurde, fand auf dem Campus der Indiana University in Bloomington statt. In diesem Rahmen sprach Prof. Dr. *Eberhard Bohne* über die in den Werten der Aufklärung wurzelnden Grundlagen der transatlantischen Beziehungen, die gegenwärtig durch vielfältige Formen des politischen und religiösen Fundamentalismus bedroht werden. Namhafte Wissenschaftler von beiden Seiten des Atlantik diskutierten des Weiteren zum Thema „Adapting Universities to the Global Society“. Hierzu hielt Prof. Dr. *Siegfried Magiera* einen Vortrag über „Quality Education and Training in Public Administration – The Contribution of Speyer University“. Vom Ministerium für Bildung, Wissen-

schaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz nahm Referatsleiter Dr. *Hans-Jürgen Blinn* teil, der über die Rolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung in der EU sprach. Das nächste Treffen des TPC findet in diesem Jahr in Erfurt statt. Bohne wird zum Thema „The Relationship Between Public Administration and Religion“ referieren.

Deutsch-koreanisches Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich

Unter der gemeinsamen Leitung des Präsidenten der Korea Public Law Association, Prof. Dr. *Jong Hyun Seok*, Dankook Universität, und des Direktors des FÖV, Prof. Dr. *Jan Ziekow*, fand am FÖV vom 13. bis 15. September 2007 ein deutsch-koreanisches Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich statt. Thema des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Korea Research Foundation geförderten Symposiums war „Die Einbeziehung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben“. Jedes der Einzelthemen wurde jeweils aus koreanischer und aus deutscher Sicht behandelt und anschließend vom gesamten Teilnehmerkreis intensiv diskutiert. So zeigten Prof. Dr. *Seok* und Prof. Dr. *Ziekow* „Neue Entwicklungstendenzen des Verwaltungsrechts“ auf, Prof. Dr. *Sung Soo Kim*, Hanyang Universität, und Prof. Dr. *Peter Baumeister*, Universität Mannheim, gingen der Frage „Public Private Partnership als neue Form der Erfüllung staatlicher Aufgaben?“ nach und Dr. *Kee-Hong Kang*, Korea Research Institute for Local Administration, und Prof. Dr. *Hans-Werner Laubinger*, Universität Mainz, untersuchten die „Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene“. Zur „Einbeziehung Privater durch Öffentlichkeitsbeteiligung in raumbedeutsame Planungsprozesse“ nahmen der Präsident der koreanischen Staatsrechtslehrervereinigung, Prof. Dr. *Hae Ryoung Kim*, Hankook Universität, und Prof. Dr. *Annette Guckelberger*, Universität des Saarlandes, Stellung; den „Zugang zu Informationen privater Unternehmen, die öffentliche Aufgaben erfüllen“ analysierten Prof. Dr. *Dong Soo Song*, Dankook Universität, und Dr. *Alexander Windoffer*, FÖV. Abgerundet wurde das Symposium durch Vorträge von Prof. Dr. *Ulrich Stelkens*, DHV Speyer, zur „Regulierung wirtschaftlicher Tätigkeit als Form der Einbeziehung privatwirtschaftlicher Tätigkeit in die staatliche Daseinsvorsorge – am Beispiel der Telekommunikationen“ und von Prof. Dr. *Wolf-Rüdiger Schenke*, Universität Mannheim, zur „Staatlichen Haftung für Fehlverhalten von Privaten, die in die Erfüllung staatlicher Aufgaben einbezogen sind“.

Anlässlich von Empfängen erläuterten der Rektor der DHV Speyer, Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*, Stellung und Aufgaben der DHV und der Oberbürgermeister der Stadt Speyer, *Werner Schineller*, die Geschichte und Entwicklung der Stadt. Bei einem Besuch des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg informierten sich die Teilnehmer über die Arbeitsweise des Gerichtshofs und wurden vom Präsidenten des EuGH, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Vassilios Skouris*, zu einem Gespräch empfangen. Intensiv diskutiert wurde ein Vortrag der Staatssekretärin im Ministerium der Justiz



des Landes Rheinland-Pfalz, *Beate Reich*, zu aktuellen rechtspolitischen Fragen.

Die Vorträge werden in einem im Verlag Duncker & Humblot erscheinenden Tagungsband veröffentlicht werden. Es ist geplant, die koreanisch-deutsche Kooperation nach Veranstaltungen in Mannheim 2005, Seoul 2006 und Speyer 2007 mit einem Symposium in Seoul im Jahre 2008 fortzusetzen.

Achter Workshop der Forschergruppe „Governance der Forschung“

Die nationale und europäische Forschungsförderung sowie deren Auswirkungen auf die Hochschul- und Forschungspolitik und die Ebene der Forschung standen im Mittelpunkt des achten internen Workshops der Forschergruppe „Governance der Forschung“, der am 20./21. September 2007 an der Universität Hamburg stattfand. Frau Prof. *Jansen* (FÖV & DHV Speyer) und Herr Prof. *Trute* (Universität Hamburg) übernahmen diesmal die Leitung der Veranstaltung.

Der erste Tag stand ganz im Zeichen der nationalen und europäischen Forschungsförderung. Zunächst führten Herr Professor *Trute*, Herr *Pilniok* (beide Universität Hamburg), Herr Professor *Groß* (Universität Gießen) sowie Herr Professor *Enders* (Universität Twente) mit ihren Präsentationen in die Governance-Mechanismen der EU-Forschungspolitik bzw. EU-Forschungsförderung ein. Hierauf folgten Präsentationen zur nationalen Forschungsförderung: Herr PD Dr. *Schmoch* (ISI Karlsruhe) referierte über Großbritannien, Frau *Wilden* (Universität Gießen) über Frankreich und Herr *de Boer* (Universität Twente) über die Forschungsförderung in den Niederlanden.

Im Zentrum des zweiten Tages standen neben der Vorstellung ausgewählter



Forschungsergebnisse aus den Teilprojekten organisatorische Fragen. Frau Prof. *Jansen* präsentierte Ergebnisse ihrer Forschung zur Differenzierung und Kooperation in Forschungsgruppen, Herr PD Dr. *Schmoch* und Herr *Schubert* (beide ISI Karlsruhe) sprachen über die Effizienzwirkung des New Public Managements in Universitäten. Frau Prof. *Kehm* (Universität Kassel) analysierte die Wirkung neuer Governance-Mechanismen am Beispiel der Mediävistik.

Frau Prof. *Pull* (Universität Tübingen) stellte Forschungsergebnisse zur Heterogenität und Performanz in DFG-Graduiertenkollegs vor. Im Anschluss folgten Kurzvorträge aus weiteren Teilprojekten: Herr Dr. *Heinze* (Universität Twente) referierte über Aufsichtsorgane deutscher Forschungseinrichtungen. Herr Dr. *Schneider* berichtete über den Projektstand im von Herrn Prof. *Sadowski* (beide Universität Trier) geleiteten Teilprojekt, das die Funktion der Förderung von Forschernachwuchs als lokales Kollektivgut untersucht.

Darüber hinaus erörterte die Forschergruppe zukünftige Forderperspektiven sowie die Möglichkeit einer neuen Forschungsagenda der Forschergruppe. Weitere Themen waren die Planung weiterer gemeinsamer Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen aus den Teilprojekten sowie die Aufnahme neuer Assoziationsprojekte. Das gemeinsame Abendessen am 20. September 2007 bot zusätz-



lich Gelegenheit, sich über die Arbeit in den neun Teil- und Zentralprojekten der ortsverteilten Forschergruppe auszutauschen.

Im Vorfeld des Workshops fand das fünfte Doktorandentreffen der Forschergruppe statt. Die Doktorandinnen und Doktoranden der Forschergruppe präsentierten hier ihre Dissertationsprojekte. Zusätzlich tauschten sich die Nachwuchswissenschaft-

lerinnen und Nachwuchswissenschaftler über die Möglichkeiten des interdisziplinären Arbeitens sowie organisatorische und praktische Fragen eines Dissertationsprojektes aus.

Mehr über die Arbeit der Forschergruppe und die einzelnen Teilprojekte finden Sie unter: www.foev-speyer.de/governance

Auftakt zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

Unter dem Titel „Bürgernah und leistungsstark – moderne Verwaltung in Rheinland-Pfalz“ fand am 5. Oktober 2007 in Nassau, der Geburtsstadt des dort vor 250 Jahren geborenen Freiherrn vom Stein, ein Kongress der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz zum Auftakt der geplanten Kommunal- und Verwaltungsreform statt. Vor zahlreichen Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Landesverwaltung und kommunalen Verwaltungen stellte zunächst der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz *Kurt Beck* in seinem Vortrag „Bürgernah und leistungsstark – moderne Verwaltung in Rheinland-Pfalz“ die Eckpunkte der geplanten Reform vor. Im Anschluss daran entwickelte der Direktor des FÖV, Prof. Dr. *Jan Ziekow*, unter dem Titel „Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz – Perspektiven aus der Sicht der Verwaltungswissenschaft“ Überlegungen zu verschiedenen Aspekten der anstehenden Reform. Weitere Stellungnahmen wurden u. a. vom Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau *Hendrik Hering* zur „Verfahrenserleichterung für Unternehmen“ sowie vom Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Sport *Roger Lewentz*, dem Oberbürgermeister der Stadt Speyer *Werner Schineller* und dem Präsidenten des Deutschen Landkreistages *Hans Jörg Duppré* zu „Herausforderungen und Chancen“ der Kommunal- und Verwaltungsreform abgegeben.

Speyerer Nachwuchskongress zur Wissenschaftsforschung

In der letzten Woche gingen zwei Nobelpreise an deutsche Wissenschaftler. Zugleich wird das deutsche Wissenschaftssystem als reformbedürftig empfunden. Viele Reformen des Wissenschaftssystems, nicht nur aufgrund des vielzitierten Bologna-Prozesses und der Föderalismusreform sind bereits in der Planung, manche wurden auch schon umgesetzt. Doch wie reagieren eigentlich die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf diese Veränderungen ihres Umfelds? Zur Diskussion vieler Aspekte aus dieser Fragestellung trafen sich am 11. und 12. Oktober 2007 Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die in allen Bereichen des Hochschul- und Wissenschaftsmanagements, der Wissenschaftsorganisation und des Wissenschafts-

rechts arbeiten, zusammen mit jungen Wissenschaftsmanagerinnen und Wissenschaftsmanagern in Speyer.

Die Tagung fand dieses Jahr erstmals statt. Unter dem Titel „Hochschulen und außeruniversitäre Forschung unter Reformdruck“ bot die Tagung jungen Doktorandinnen und Doktoranden sowie Postdocs die Gelegenheit, ihre Arbeiten einem breiten Fachpublikum aus der Gesamtheit derjenigen Disziplinen, die sich mit Wissenschaftsmanagement und Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftsrecht beschäftigen, vorzustellen. In insgesamt zwölf Sessions stellten insgesamt 32 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse aus den Teildisziplinen der Wissenschafts- und Hochschulforschung vor. Aufgrund der enorm positiven Resonanz auf den *Call for Papers* und der hohen Qualität der eingereichten Arbeiten hatten sich die Tagungsleiterinnen, Frau Prof. Dr. *Dorothea Jansen* (FÖV & DHV Speyer), Herr Prof. Dr. *Georg Krücken* (FÖV & DHV Speyer), Frau Dr. *Margrit Seckelmann* (FÖV Speyer) sowie Herr Prof. Dr. *Hellmut Wagner* (ZWM Speyer) entschlossen, die Blöcke jeweils parallel durchzuführen. Mit ihrer breiten und thematisch offenen Ausrichtung sollte die Tagung zur besseren interdisziplinären Vernetzung der in diesem Bereich forschenden Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler beitragen. Erfreulich war auch die Vielzahl der anwesenden Experten aus der Verwaltungspraxis, die die Ausführungen der jungen Wissenschaftler/innen aufmerksam verfolgten. Dabei ist auch zu erwähnen, dass viele der jungen Wissenschaftler/innen gleichzeitig im Wissenschaftsmanagement tätig sind, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in seinen Nachbarländern. So war insbesondere das Nachbarland Österreich, aber auch die Schweiz und die Niederlande, gut vertreten.



Die Begrüßung durch die Tagungsleitung

Aus der Fülle der vielen exzellenten Beiträge wählte die Jury, bestehend aus den Tagungsleiter/innen, die drei besten Vorträge aus, für die Preisgelder im Wert von 2000 Euro, 1000 Euro und 500 Euro ausgelobt worden waren, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung gestellt hatte, der die Tagung zusätzlich mit weiteren Mitteln finanziell unterstützt hatte. Die Andrea-von-Braun-Stiftung hatte darüber hinaus ein Preisgeld von 2000 Euro für den besten interdisziplinären Vortrag auf Grundlage eines eingereichten Manuskripts gestiftet.



Preisträger des ersten Preises, Dr. Thomas Heinze, (vorne links), Prof. Dr. Georg Krücken (stehend), Dr. Margrit Seckelmann (Mitte), Stefan Huber (am Pult), Ursula Mühle und Dr. Carsten von Wissel (rechts daneben) und den Preisträger des interdisziplinären Preises, Dr. Holger Braun-Thürmann (ganz rechts)

Die Preise wurden wie folgt vergeben: Den ersten Preis gewann Dr. *Thomas Heinze* von der Universität Twente (Niederlande) für einen Vortrag zum Thema „Institutionelle Rahmenbedingungen für kreative Forschung. Eine empirische Analyse der Felder Nanowissenschaft und Humangenetik“. Den zweiten Preis gewann *Arne Pilniok* von der Universität Hamburg mit seinem Beitrag zu „Auf dem Weg zu einem europäischen Forschungsförderverbund? Zur Governance der Vergemeinschaftung der Forschungsförderung“. Den dritten Preis schließlich bekam Frau *Christiane Mück* von der Universität Oldenburg für ihren Vortrag über „Bewältigung der Hochschulreformen durch die Wissenschaft? – Impulse aus der Hochschulförderung am Beispiel der Entwicklung von MBA-Programmen“. Der Preis für den besten interdisziplinären Vortrag wurde Dr. *Holger Braun-Thürmann* vom Wissenschaftszentrum Berlin für seinen Beitrag über „Das Management der zwei Ökonomien: Über die Verwertung wissenschaftlichen Wissens“ zuerkannt.

Die Preisgelder wurden feierlich am 22. Oktober 2007 auf dem vom ZWM Speyer veranstalteten „Tag des Wissenschaftsmanagements 2007“ in Braunschweig überreicht. Alle Preisträgerinnen und Preisträger erhielten zusätzlich ein Publikationsangebot für die Zeitschriften „Hochschulmanagement“ und „Wissenschaftsmanagement“. Drei der vier preisgekrönten Beiträge erschienen in Heft 1, 2008, der Zeitschrift „Hochschulmanagement“.



In den Pausen ergab sich die Gelegenheit zur „Vernetzung“

Die Diskussionen im Anschluss der Vorträge, die Kaffeepausen und das gemeinsame Abendessen im Domhof Speyer am 11. Oktober 2007 boten den Teil-

nehmerinnen und Teilnehmern zusätzlich Gelegenheit, sich kennen zu lernen und sich bezüglich ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu vernetzen.

Dabei wurde ein Wunsch immer wieder geäußert: Dieses Forum fortzusetzen, denn es wurden nicht nur Preise und produktive wissenschaftliche Kontakte, sondern darüber hinaus auch Freundschaften unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestiftet.

6.3.2 Ausblick auf die nächste Berichtsperiode (2008)

WiDuT-Tagung

Im 2. Halbjahr 2008 soll eine WiDuT-Arbeitstagung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. *Hill* zum Thema „Fachaufsicht“ stattfinden. Im Mittelpunkt werden dabei Vorträge von Experten sowie der Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmern stehen. Hierbei sollen neue Ideen entwickelt und die künftige Zusammenarbeit im Netzwerk konkretisiert werden.

7. Nationale und internationale Beziehungen

Das Forschungsinstitut unterhält zahlreiche Kontakte zu in- und ausländischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen. So ist das FÖV Teil einer Vielzahl von Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene. Es pflegt institutionalisierte Beziehungen zu einer Vielzahl in- und ausländischer Forschungseinrichtungen, richtet Tagungen mit internationalem Teilnehmerkreis aus und wird von Delegationen ausländischer Forschungseinrichtungen oder auch Regierungsstellen besucht, die sich über die Arbeit des Instituts und den Stand der Forschung informieren. Zur Pflege nationaler und internationaler Beziehungen tragen überdies Gastvorträge, der Aufenthalt von Gastforschern am Institut sowie Vorträge von Mitgliedern des Instituts im In- und Ausland über ihre Forschungsergebnisse bei.

7.1 Aufbau und Pflege von Netzwerken

Einen zentralen systematischen Ansatz zur Vernetzung mit externen Forschern bildet die Einrichtung von Arbeitskreisen (s.o. 3.1.5, 3.2.5 und 3.3.5). Im Kontext der Gründung des Zentrums für Wissenschaftsmanagements (s.u. 8.2) steht die Etablierung einer ortsverteilten Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“, die von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen* koordiniert wird (s.o. Projekt I/5. und I/15. unter 3.1.4.1.1).

Im Hinblick auf die Verwaltungspraxis besteht mit der von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* geleiteten Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (s.u. 4.1) seit 1996 ein Netzwerk aus Kooperationspartnern in den Staatskanzleien, Innenministerien und Finanzministerien der Länder. Dieses setzt sich zusammen aus den jeweiligen Modernisierungsbeauftragten, mit denen WiDuT kommuniziert und im Rahmen seiner Transferaufgabe u.a. durch die regelmäßige Veranstaltung von Arbeitstagen die Behandlung modernisierungsrelevanter Fragestellungen initiiert, koordiniert und moderiert.

Das FÖV wirkt an internationalen Forschungsaktivitäten und wissenschaftlichen Tagungen im Rahmen des *Transatlantic Policy Consortium (TPC)* mit. Das TPC ist ein Netzwerk von derzeit knapp 40 europäischen und nordamerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, das im Jahr 1998 gegründet wurde und dessen Mitglieder je zur Hälfte aus den USA und der Europäischen Union kommen. Seit September 2004 ist der Leiter der Sektion III, Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, Chairman des *TPC Research Committee*. Das TPC veranstaltet jährlich eine wissenschaftliche Tagung in den USA oder Europa.

In diesem Jahr findet ein Treffen vom 01.-03. Juni in Erfurt statt, welches dazu dient, die Themen und Veranstaltungsorte für die 2009 und 2010 stattfindenden wissenschaftlichen Tagungen festzulegen. *Bohne* wird zum Thema „The Relationship Between Public Administration and Religion“ referieren. Der vierte Band der *Transatlantic Public Policy Series* zum Thema der letzten Tagung „*Adapting Universities to the Global Society*“ ist in Vorbereitung.

7.2 Kooperationsvereinbarungen

Das FÖV ist über eine am 25. Januar 1996 unterzeichnete Kooperationsvereinbarung mit dem *Forschungszentrum Karlsruhe* – Technik und Umwelt verbunden. Damit wurde die bereits vorher bestehende intensive Zusammenarbeit auf eine förmliche Grundlage gestellt. Formen der Zusammenarbeit sind insbesondere die Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte und wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zudem finden jährlich gemeinsame Forschungskolloquien statt, im Jahre 2002 zum Thema „Wissenschaftsmanagement“. Ergänzt wird die Vereinbarung aus dem Jahre 1996 durch einen am 7. Oktober 2002 unterzeichneten Kooperationsvertrag auf dem Gebiet des Wissenschaftsmanagements.

Das Forschungsinstitut hat am 14. Mai 2003 einen Kooperationsvertrag mit dem *Landtag Rheinland-Pfalz* unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichten sich das FÖV und die Landtagsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz zu einer engen Zusammenarbeit inhaltlicher und personeller Art. Dritte Vertragspartei ist die DHV Speyer. Im Rahmen des Kooperationsvertrags werden auch die Kontakte zu weiteren in- und ausländischen Parlamenten intensiviert. In Zusammenhang mit der Kooperationsvereinbarung steht auch eine Verstärkung der Kontakte zur Historischen Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz.

Seit April 2004 kooperiert die von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* geleitete Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (s.u. 4.1) mit dem Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz. Hierdurch soll die von WiDuT betriebene Dokumentation zur Verwaltungsmodernisierung mittels Online-Datenbank um aktuelle Materialien und Dokumente des Unterausschusses erweitert werden. Zudem wird auf dieser Grundlage im 2-Jahres-Rhythmus (erstmalig in 2004) eine länderübergreifende Dokumentation der Modernisierungsprozesse in den Verwaltungen des Bundes und der Länder als Speyerer Forschungsbericht herausgegeben. Die neueste Ausgabe des Berichts zu den Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund im Zeitraum 2006/2007 soll im August dieses Jahres erscheinen. Die exklusiv für die Kooperationspartner von WiDuT eingerichtete Datenbank bietet mittlerweile Zugriff auf fast 1400 Dokumente zur Verwaltungsmodernisierung, viele im Volltext, und ist damit wesentliches Service-Element von WiDuT.

Mit der *Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona* (Spanien), besteht seit 1987 ein Abkommen über Zusammenarbeit, das sich auf die gegenseitige Information über die Forschung auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, die regelmäßige Veranstaltung gemeinsamer Seminare und anderer wissenschaftlicher Veranstaltungen über die öffentliche Verwaltung sowie den Austausch von Mitarbeitern und Veröffentlichungen erstreckt. Das 10. Gemeinsame Seminar soll im Jahr 2009 stattfinden. – Regelmäßige Kontakte unterhält das Forschungsinstitut auch zum *Instituto Nacional de Administración Pública (INAP)* in Madrid, das dem spanischen Ministerium für öffentliche Verwaltung angegliedert ist. Die wissenschaftliche Verbindung findet vor allem im Rahmen von Tagungen und dem systematischen Austausch von Publikationen statt.

Auch zum *Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften*, Brüssel (Belgien), dessen Mitglied das FÖV ist, unterhält das Forschungsinstitut enge Beziehungen. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König* war bis 2001 Vizepräsident des Instituts und übt gegenwärtig das Amt des Vizepräsidenten der Deutschen Sektion aus. Im Rahmen der Zusammenarbeit finden regelmäßig gemeinsame Tagungen statt, so die Tagung der Deutschen Sektion des IIAS unter der wissenschaftlichen Leitung des FÖV-Ehrenmitglieds Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* (Präsident der Deutschen Sektion des IIAS, zugleich Ehrenmitglied des FÖV) und des Direktors des FÖV, Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, vom 28. bis 29. September 2006 in Speyer zum Thema „Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik“ (dazu auch 5.3).

Über die Leiterin der Sektion II, Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, kooperiert das FÖV mit der *Association of Local Public Economic Studies (ALPES)*, Ferrara (Italien). Im Rahmen der Zusammenarbeit fand im Herbst 2002 ein von der Volkswagen-Stiftung geförderter und von Univ.-Prof. Dr. *Färber*, der Koordinatorin der deutschen Gruppe der Vereinigung, wissenschaftlich geleiteter internationaler Workshop zum Thema „Reforms of local fiscal equalization in Europe“ statt.

Enge Kontakte mit der *Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation* in Moskau bestehen seit 1995. Im November 1996 wurde eine formelle Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Themen Verwaltungsstrukturen und –verfahren im Zentralstaat und den Teilgebieten (einschließlich des öffentlichen Dienstrechts), Staatsaufgaben in der sozialen Marktwirtschaft sowie die Europäische Integration und internationale Kooperation.

Die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hat unter Beteiligung des Forschungsinstituts im Mai 1989 mit der *Universität Wuhan, Wuchang, Hubei* (Volksrepublik China) eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden Informationen und Veröffentlichungen ausgetauscht und finden gegenseitige Gastforscheraufenthalte statt. – Eine Kooperationsvereinbarung mit der *Graduate School of Public Administration der Dongguk-Universität* in Seoul (Südkorea), die gleichlautend zu der mit der Universität Wuhan abgeschlossenen ist, trat im Dezember 1989 in Kraft. Die Kooperation lebt durch wechselseitige Besuche mit einem intensiven Informationsaustausch einschließlich von Fachvorträgen. – Im Juni 1997 wurde eine Kooperationsvereinbarung mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der *Universität Hanyang*, Seoul (Südkorea) geschlossen.

Eine wichtige Kooperation zum asiatischen verwaltungswissenschaftlichen Kontext unterhält das FÖV seit Dezember 2004 zum *Korea Institute of Public Administration (KIPA)*. An dieser Kooperation sind auch weitere Institute, insbesondere aus dem asiatischen Raum, beteiligt. Das hohe Ansehen, das das FÖV im Rahmen dieser Kooperation genießt, äußerte sich beispielsweise auch darin, dass das FÖV als einziges westeuropäisches Forschungsinstitut zu einer Internationalen Konferenz zum Thema „*Civil Service Reform*“ eingeladen wurde, die am 7. und 8. Juni 2006 in Seoul durch das *Korea Institute of Public Administration (KIPA)* mit Vertretern diverser *National Institutes of Public Administration* durchgeführt wurde. Das Ordentliche Mitglied des FÖV Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas* vertrat das Institut und hielt einen Vortrag zum Thema „Civil Service System Reform in

Germany – Strengthening Professionalism and Leadership in the Era of Governance“.

Seit 1992 pflegen Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinrich Siedentopf* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* eine enge Zusammenarbeit mit dem thailändischen Staatsrat (bis 1997) und der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (seit 2000). Im Rahmen der sechs Dialogseminare mit dem thailändischen Staatsrat begleiteten sie als deutsche Experten zugleich die Ausarbeitung des 1996 verabschiedeten thailändischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und nahmen an den konzeptionellen Vorüberlegungen der Schaffung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit teil. Diese hat mittlerweile im März 2001 ihre Arbeit aufgenommen. Im September 2003 besuchten der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtshofs mit Richterkollegen das Forschungsinstitut, wo der fachliche Austausch auf der Grundlage von Vorträgen fortgesetzt wurde. – Ein Teil der Vorträge der deutschen Teilnehmer, die im Rahmen der Dialogseminare gehalten wurden, sind in den „Speyerer Forschungsberichten“ 122, 129, 142 und 180 dokumentiert. – Nach dem Besuch einer Delegation von Funktionsträgern des *vietnamesischen Nationalen Instituts für öffentliche Verwaltung* (Hanoi) im Juli 1993 entwickelte sich eine Zusammenarbeit mit dieser Einrichtung sowie dem vietnamesischen Justizministerium. Die Kooperation konkretisiert sich vor allem in Gastforscheraufenthalten, in der Teilnahme an Seminaren sowie in Vorträgen.

Am 28. September 2004 unterzeichneten Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* (in Vertretung des Direktors des Forschungsinstituts) und der Rektor der Brasilianischen Bundesuniversität Fluminense, Univ.-Prof. *Cícero Mauro Fialho Rodrigues*, einen Kooperationsvertrag, an dem auch die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer beteiligt ist. Der seit dem Jahr 2000 bestehende wissenschaftliche Austausch, der auf brasilianischer Seite von Bundesrichter Univ.-Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und auf Speyerer Seite von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* initiiert wurde, fand seitdem in wissenschaftlichen Veranstaltungen in Brasilien und Deutschland unter Einbeziehung der Justiz- und Verfassungsgerichtsbarkeit beider Länder, darunter ein Bundesverfassungsrichter und der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Gestalt. Nachdem zunächst eine Forschergruppe unter der Leitung der Universitätsprofessoren *Sommermann* und *Perlingeiro* in mehreren durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die brasilianische Partnerorganisation CAPES geförderten Seminaren systematisch rechtliche und verwaltungskulturelle Bedingungen eines effektiven Verwaltungsrechtsschutzes erarbeitet hatte, soll ab 2008 der Kreis der Forscher auf Professoren aus fünf europäischen und aus fünf amerikanischen Ländern erweitert und auf dieser verbreiterten Basis ein Musterkodex für den Verwaltungsrechtsschutz erarbeitet werden.

Eine kontinuierliche Forschungszusammenarbeit mit der Universität Buenos Aires und der argentinischen Vereinigung für Rechtsvergleichung besteht seit dem Jahr 2005 durch gemeinsame Vorhaben der Universitätsprofessoren *Karl-Peter Sommermann* und *Pedro Aberastury*, der auch an dem Projekt zur Erarbeitung eines Musterkodex für den Verwaltungsrechtsschutz (siehe vorigen Absatz) mitarbeitet. Zuletzt war Univ.-Prof. Dr. *Sommermann* im September 2007 zu einer Vortragsreise in Argentinien.

Seit dem Jahr 2006 werden jährlich auf deutscher Seite von Univ.-Prof. Dr. *Sommermann* geleitete Seminare mit kolumbianischen Wissenschaftlern der Universidad del Rosario, Bogotá, zu Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abgehalten. Das nächste Seminar, an dem auch der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universidad del Rosario, Herr Univ.-Prof. *Venegas*, sowie die ehemalige Präsidentin des kolumbianischen Staatsrats, Frau Univ.-Prof. *Sarria* mitwirken werden, findet im Oktober 2008 in Erfurt und Speyer statt.

Nach entsprechenden Vorbereitungen im Jahr 2006/2007 wurde die Projektzusammenarbeit mit der GTZ im Yemen fortgesetzt. In deren Mittelpunkt steht nach wie vor die Mitwirkung an der Beratung der jemenitischen Regierung zu einer Verwaltungsstrukturreform, die als Voraussetzung für die Bekämpfung der Korruption unverzichtbar erscheint. Dabei wird von jemenitischer Seite insbesondere die Kooperation des "National Institute for Administrative Sciences (NIAS)" mit dem FÖV gewünscht. Um diese Zusammenarbeit fortzusetzen, auf die u. a. die Aufnahme des NIAS in das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaft in Brüssel Anfang des Jahres 2008 mit zurückzuführen ist, besuchte die neu ernannte Präsidentin des Instituts, Frau Prof. *Waheeba Fare'e* mit einer Delegation sowie mit dem Projektbeauftragten Ministerialdirektor a. D. *K.-H. Rosen* am 20. Februar 2008 das FÖV. Der ganztägige Workshop, an dem auf Seiten des FÖV Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas* sowie Frau Dr. *Margrit Seckelmann* - unterstützt durch Herrn Dr. *K. Strohm* und Frau *Ch. Müller* von der DHV Speyer teilnahmen, diente der künftigen Planung der Zusammenarbeit beider Institute im Rahmen der angelaufenen jemenitischen Verwaltungsreform. Während dabei die DHV Speyer unter Mitwirkung der GTZ und der InWEnt an der Qualifizierung jemenitischer Verwaltungsangehöriger mitwirken soll, wird das NIAS ein gemeinsames Forschungsvorhaben mit dem FÖV initiieren sowie Professoren bzw. promovierte Mitarbeiter zur Entwicklung eigener Forschungslinien an das FÖV schicken. Die Finanzierung wird von jemenitischer Seite bzw. durch deutsche Förderorganisationen übernommen. Dabei soll die Orientierung an "Werten im Verwaltungshandeln" eine maßgebliche Rolle spielen.

7.3 Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung nimmt in jedem Jahr in- und ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die bereits über einige Forschungserfahrung (in der Regel nachgewiesen durch eine Promotion oder eine vergleichbare wissenschaftliche Qualifikation) sowie gute Deutschkenntnisse verfügen, als Gastforscher/innen auf. Über die Aufnahme der Gastforscher/innen, die von einem/einer der Speyerer Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen wissenschaftlich betreut werden, entscheidet der Institutsvorstand. Den Gastforschern und Gastforscherinnen steht die Infrastruktur des Instituts sowie der Hochschule, insbesondere die auch im internationalen Vergleich gut ausgestattete Bibliothek, zur Verfügung.

Im Jahr 2007 hielten sich eine Gastforscherin und folgende Gastforscher am FÖV auf:

Dr. *Maribel González Pascual*, Spanien

Prof. Dr. *Lewan Isoria*, Georgien

Dr. *Marta Oller Rubert*, Spanien

Prof. Dr. *Peter Becker*, Österreich

Prof. Dr. *Ricardo García Macho*, Spanien

Dr. *Cristina Fraenkel*, Italien

Dr. *Evgeny Kapoguzov*, Russland

Dr. *Pensri Wongsaree*, Thailand

Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva*, Brasilien

8. Strategische Partnerschaften

8.1 Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Der wichtigste strategische Partner des FÖV ist die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (DHV).

Als ausschließlich postuniversitäre Einrichtung nimmt die DHV Speyer die Aufgabe wahr, die Verwaltungswissenschaften in Ausbildung, Fortbildung und Forschung zu pflegen. Ihr obliegt die Ausbildung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes (Referendare/Referendarinnen), die Fortbildung von Führungskräften im öffentlichen Bereich und die Forschung über rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme internationaler, staatlicher und kommunaler Verwaltungen. Die Hochschule Speyer besitzt das Promotions- und Habilitationsrecht. Sie ist Mitglied der Hochschulrektorenkonferenz.

Die Hochschule wurde 1947 von der französischen Besatzungsmacht als Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften gegründet und 1950 unter ihrem heutigen Namen durch Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bestätigt. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Durch ein Rahmenabkommen von 1952 haben Bund und Länder die Hochschule in gemeinsamer Trägerschaft übernommen. Nach der Wiedervereinigung sind auch die neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dem Verwaltungsabkommen über die Hochschule beigetreten.

Die Inhaber der 17 Lehrstühle der Hochschule vertreten das Öffentliche Recht, die Verwaltungswissenschaft, die Wirtschaftswissenschaften sowie Neuere Geschichte, Empirische Sozialwissenschaften und Politikwissenschaft als Schwerpunkte. Ein 18. Stiftungslehrstuhl beschäftigt sich mit Fragen des Wissensmanagement. Darüber hinaus vermitteln leitende Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Führungskräfte der Wirtschaft als Honorarprofessoren/-professorinnen und Lehrbeauftragte angewandtes Verwaltungswissen. Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis hat sich nicht nur in der Lehre außerordentlich bewährt, sondern auch zu zahlreichen Anstößen für neue Forschungsarbeiten beigetragen.

8.2 Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)

Das Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM) ist eine gemeinsame Selbsthilfeeinrichtung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, Wissenschaftsförderorganisationen und engagierten Einzelpersonen, die sich in gegenseitiger Unterstützung der weiteren Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements annehmen. Im Vorfeld der Gründung des ZWM als eingetragener Verein am 30. April 2002 war das ZWM zunächst als Servicebereich des FÖV tätig.

Die Aktivitäten des ZWM werden von folgenden Zielen und Aufgabenfeldern geleitet:

Ziele

- Verbesserung der wissenschaftsadäquaten Rahmenbedingungen von Lehre und innovativer Forschung,
- Aufbau einer nationalen Plattform für Wissenschaftsmanagement in Speyer, die über Netzwerke in- und ausländische Expertinnen/Experten einbindet,
- Austauschbörse und Ansprechpartner für umsetzbare Forschungsergebnisse und Anwendungserfahrungen aus dem Bereich des Wissenschaftsmanagements.

Aufgaben

- **Ausbildung**

Angebot des einsemestrigen postgradualen Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement und eines zweisemestrigen Aufbaustudiums mit Schwerpunkt Wissenschaftsmanagement in Kooperation mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (DHV);

- **Weiterbildung in ausgewählten Themenbereichen**

Weiterbildung im Wissenschaftsmanagement für Führungs- und Nachwuchsführungskräfte verschiedener Ebenen;

- **Durchführung anwendungsbezogener Forschungsvorhaben**

Praxisorientierte Projekte auf wissenschaftlicher Grundlage auf Anregung und in Abstimmung mit den Partnern und in Zusammenarbeit mit Forschern aus dem Netzwerk des Zentrums;

- **Dokumentation, Wissenstransfer, Beratung sowie Publikationen von Forschungsergebnissen**

Aufbau einer digitalen Wissensbasis für Wissenschaftsmanagement mit z.B. Ansprechpartnern zu Theorie und Praxis des Wissenschaftsmanagements, Fallstudien und best practice-Beispielen;

- **Aufbau und Pflege von Netzwerken**

Etablierung von nationalen und internationalen Netzwerken zwischen Wissenschaftlern, Wissenschaftsmanagern und Wissenschaftsförderern, z.B. themenspezifische Netzwerke für virtuellen und persönlichen Erfahrungsaustausch;

- **Durchführung von Werkstattgesprächen und Tagungen**

Veranstaltungen zu aktuellen Themen des Wissenschaftsmanagements und Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich.

Mitglieder und Partner des ZWM

Die Mitglieder und nationalen und internationalen Kooperations- und Netzwerkpartner des ZWM stammen aus dem öffentlichen und privaten Sektor:

- Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftsförderorganisationen, Bildungs- und Wissenschaftsministerien des In- und Auslandes, des Bundes und der Bundesländer,
- hochschul- und forschungsbezogene Unternehmen,
- Wissenschaftsmanager und Forscher in öffentlichen, privaten und industriellen Forschungseinrichtungen.

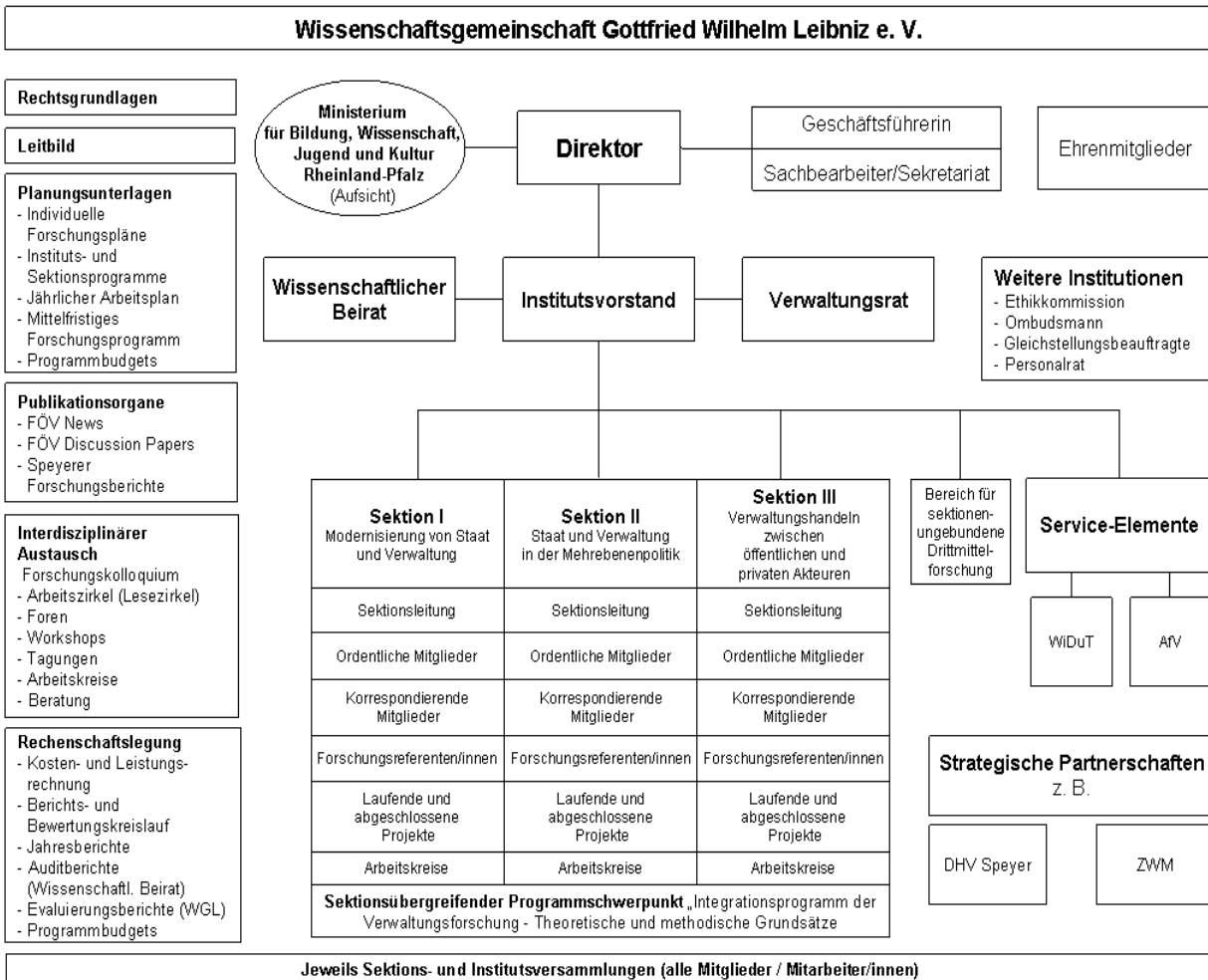
Zu den Mitgliedern gehören z.B. die Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit der Gründung mit 38 Mitgliedern ist die Zahl der institutionellen und persönlichen Mitglieder kontinuierlich gestiegen.

Das ZWM hat bisher folgende strategische Partnerschaften geschlossen: Für die Aus- und Weiterbildung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und für die Forschung mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Die mit einem Kooperationsvertrag manifestierte strategische Partnerschaft mit dem FÖV kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass die Geschäftsstelle des ZWM in Speyer angesiedelt ist. Ebenfalls mit einem Kooperationsvertrag wurde die internationale Zusammenarbeit mit EARMA – der European Association of Research Managers and Administrators mit Sitz in Brüssel besiegelt.

Das ZWM ist für weitere Kooperationen offen.

9. Statistischer Teil

9.1 Organisation



9.2 Finanzierung

Als der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) zugehörige Einrichtung wird das Forschungsinstitut vom Bund und den Ländern gemeinsam (jeweils 50 %) finanziert.

Angesichts der relativ geringen institutionellen Förderung ist das Forschungsinstitut auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen, um flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, aktuelle Fragen aufgreifen und in Projekten bearbeiten zu können. Die Drittmittelquote des Jahres 2007 belief sich, bezogen auf den Gesamthaushalt, auf rund 23 %. Nicht einbezogen sind dabei Einnahmen aus Verkäufen und Ähnlichem.

9.2.1 Gesamtbudget (in EURO)*

	Summe		Anteil am Gesamthaushalt	
	2007	2006	2007	2006
Institutionelle Förderung				
Bund	1.051.602	1.020.612	38,23 %	37,04 %
Länder	1.051.602	1.020.612	38,23 %	37,04 %
eigene Einnahmen	3.569	3.276	0,13 %	0,12 %
Drittmittel	643.941	711.182	23,41 %	25,80 %
Summe	2.750.714	2.755.682	100 %	100 %

* Gesamthaushalt: Institutionelle Förderung und Drittmittel.

9.2.2 Drittmittel 2007 aufgeteilt nach Zuwendungsgebern
(gerundet auf 1.000 EURO)

Drittmittelgeber	Summe	Anteil am Gesamthaushalt
EU	72	11,18 %
davon Projekte	72	11,18 %
davon Veranstaltungen	-	-
Drittstaaten	0	0
davon Projekte		
davon Veranstaltungen		

Drittmittelgeber	Summe	Anteil am Gesamthaushalt
Bund	75	11,65 %
davon Projekte	75	11,65 %
davon Veranstaltungen	–	–
Länder	118	18,32 %
davon Projekte	118	18,32 %
davon Veranstaltungen	-	-
Gemeinden	5	0,78 %
davon Projekte	5	0,78 %
davon Veranstaltungen	-	-
DFG	117	18,17 %
davon Projekte	104	16,15 %
davon Veranstaltungen	13	2,02 %
Stiftungen	246	38,20 %
davon Projekte	238	36,96 %
davon Veranstaltungen	8	1,24 %
Sonstige	11	1,70 %
davon Projekte	11	1,70 %
davon Veranstaltungen	–	–
gesamt	644	100 %

*9.2.3 Drittmittel 2007 aufgeteilt nach Arbeitsschwerpunkten
(gerundet auf 1.000 EURO)*

	EU	Dritt- staaten	Bund/ Länder/ Gemeinden	DFG	Stif- tungen	Son- stiges
Sektion I: Modernisierung in Staat und Verwal- tung	–	–	-	59	63	11

	EU	Dritt- staaten	Bund/ Länder/ Gemeinden	DFG	Stif- tungen	Son- stiges
Sektion II: Staat und Verwal- tung in der Mehr- ebenenpolitik	72	–	102	22	–	–
Sektion III: Verwaltungshan- deln zwischen öf- fentlichen und pri- vaten Akteuren	–	–	36	7	183	–
Servicebereiche	–	–	60	29	–	–

9.2.4 Haushaltsausgaben

	Summe		Anteil am Gesamt- haushalt	
	€ 2007	€ 2006	2007	2006
Personalausgaben	1.544.956	1.486.862	55,15 %	55,48 %
Sachausgaben	590.758	543.120	21,09 %	20,27 %
Investitionen	30.030	15.723	1,07 %	0,59 %
Haushaltstechnische Verrechnungen*	583.000	583.000	20,81 %	21,76 %
DFG	52.500	51.050	1,87 %	1,90 %
Summe	2.801.244	2.679.755	100 %	100 %

* anteilige Personalkosten für Verwaltungs- und Bibliotheksleistungen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

9.3 Personaldaten

9.3.1 Personalübersicht

Das Forschungsinstitut verfügte nach dem Stellenplan im Jahr 2007 über insgesamt 19 Stellen für wissenschaftliches und Leitungspersonal sowie vier Stellen für nicht-wissenschaftliches Personal.

Stellenplan 2007

Vergütungs- / Besoldungsgruppe	Anzahl (Soll)	Anzahl (Ist) ¹ (Stand: 31.12.2007)
<i>Stellenplan für wissenschaftliches und Leitungspersonal</i>		
TV-L E 15	1	1
TV-L E 14	7	2
TV-L E 13	11	14
abgeordnete Beamte	–	–
Zwischensumme	19	17
<i>Stellenplan für nicht-wissenschaftliches Personal</i>		
TV-L E 11	1	0
TV-L E 8	2	2
TV-L E 6/7	1	1
Zwischensumme	4	3
Summe	23	20

Weitere Beschäftigungsverhältnisse

Vertragsart	Wertigkeit	Anzahl (Ist)
<i>Drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (zum Teil nicht ganzjährig)</i>		
Dienstvertrag	BAT I b/TV-L E 14	1
Dienstvertrag	BAT II a/TV-L E 13	3
Dienstvertrag	BAT II a / 2 (TV-L E 13 / 2)	7
Dienstvertrag	Wissenschaftliche Hilfs- kraft	6
Werkvertrag	---	4

¹ Erfasst ist die Auslastung des Stellenplans. Die Anzahl der tatsächlich Beschäftigten liegt höher, da teilweise auch halbe BAT IIa-Stellen belegt wurden und drittmittelfinanzierte Stellen den Stellenplan nicht belasten.

9.3.2 Merkmale des wissenschaftlichen Personals
(Stichtag: 31. Dezember 2007)

	insgesamt	davon weiblich
höchste akademische Qualifikation		
Hochschulabschluss	21	7
Promotion	6	1
Habilitation	2	0
Ausbildung (Erststudium)		
Juristen	5	1
Verwaltungswissenschaftler	2	1
Ökonomen	5	1
Soziologen	9	4
Politologen	5	0
Historiker	1	0
Pädagogen	–	–
Sonstige	2	1
	29	8

Ausbildung getrennt nach Arbeitsschwerpunkten

	Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung	Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik	Sektion III: Verwaltungs- handeln zwischen öffentli- chen und priva- ten Akteuren	Service- Bereiche
Juristen	1	1	2	1
Verwaltungs- wissenschaftler	–	2	–	–
Ökonomen	3	1	-	1
Soziologen	6	–	2	1
Politologen	2	1	2	-
Historiker	–	–	-	1
Pädagogen	–	–	–	–
Sonstige	1	–	–	1

9.4 Stellenplanung für den Programmzeitraum*

	Bes.-Gruppe	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Verg.-Gruppe						
Referenten	TV-L E 15	1	1	1	1	1	1
	TV-L E 14	7	7	7	7	7	7
	TV-L E 13**	11	12	12	12	12	12
	Summe	19	20	20	20	20	20
Sekretariat	TV-L E 11	1	-	-	-	-	-
	TV-L E 8	2	2	2	2	2	2
	TV-L E 6/7	1	1	2	2	2	2
	Summe	4	4	4	4	4	4

* Die Drittmittelfinanzierung wurde in dieser Übersicht über die Planung der institutionell geförderten Stellen nicht berücksichtigt.

** Mit Zustimmung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur werden zwei weitere Stellen BAT II a (TV-L E 13) von 2007 bis 2008 aus Mitteln des FÖV finanziert, die dieses aus Overhead-Kosten gewonnen hat.

Anhang I:

Projektübersicht

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

Neue Formen von öffentlichem Management und Governance									
Laufende Projekte									
1.	Klages / Masser / Daramus	Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Verwaltungsmodernisierung	31.3.						
2.	Jansen / Hohn	Transformationspfade des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung – Wissens- und Technologietransfer in der Materialforschung. Merkmale und Bedingungen erfolgreicher Produktinnovation			28.2.				
3.	Klages / Masser / (Fallberg / Hayn)	Aufbau eines kennzahlen-gestützten Monitoring-systems für die Berliner Bürgerämter		31.1.					
4.	Jansen / Semmet / Pruisken	Forscherguppe „Inter-nationale Wettbewerbs-fähigkeit und Innovations-fähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Gover-nanceformen (Phase II)			30.11.				
5.	Jansen / von Görtz / Heidler	Organisationale, nationale und europäische Einflüsse auf die Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen			31.10.				
6.	Krücken / Blümel / Kloke	Professionalisierung im deutschen Hochschul-system	15.4.		14.4.				

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

Neue Formen von öffentlichem Management und Governance									
Laufende Projekte									
7.	Mühlenkamp / Glöckner	Analyse und Evaluation des neuen doppelhaushaltlichen kommunalen Haushaltsrechts	1.6. bis 31.8. -	1.7.		31.3.			
8.	Klages / Daramus	Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar	1.6.	31.7.					
9.	Mühlenkamp / Glöckner	Rechtsvergleich Doppik	1.9.	31.6.					
10.	Von Arnim / Király	Whistleblower und Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung		30.9.					
11.	Fisch, R. / Margies	Entwicklung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts für die Optimierung von Bescheiden und Informationsschreiben der Deutschen Rentenversicherung		1.4.	31.5.				
12.	von Arnim / Veters	„Public Integrity“ in Deutschland. Eine explorative Untersuchung zur Grundlegung eines theoretisch-methodischen Rahmenkonzepts für die Entwicklung rechtspolitischer Vorschläge zur Sicherung öffentlicher Integrität							

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

Neue Formen von öffentlichem Management und Governance									
Abgeschlossene Projekte									
13.	Fisch, R. / Beck / N.N.	Aufgaben für die öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhundert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung		30.9.					
14.	Fisch, R. / Margies	Bürgernahe Verwaltungssprache		28.2.					
15.	Wirtz / Lütje / Schierz	E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung		31.3.					
16.	von Arnim / Wolf	Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse			31.7.				

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion I: Modernisierung von Staat und Verwaltung

Folgenabschätzung									
Laufende Projekte									
17.	Färber/ Dalezios	Nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung im öffentlichen Dienst	1.4. —	31.3.					
18.	Wirtz / Ullrich / Mory	e-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte	1.4. —		31.3.				
19.	Fisch, R./ Margies / Winkler	Nachhaltige Modernisierung der Verwaltungskommunikation	1.6. —	29.2. 1.9.	30.11.				
20.	Ziekow/ Windoffer	Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit	1.7. —			30.6.			
21.	Färber / Funke / Walther	Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung		1.3. —		28.2.			
22.	Färber / Preller	Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst		1.3. —		28.2.			

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

Der Europäische Verwaltungsraum									
Laufende Projekte									
1.	König T./ von Hagen (ZEI Bonn)/ Bräuninger (Universität Konstanz)/ Luetgert (DHV)/ Mäder/ Treutlein (ZEI Bonn)	Europäische Integration und Politische Union: Eine politökonomische Unter- suchung der Unitarisie- rungsauswirkungen der Eu- ropäischen Union auf die Gesetzgebungen der Mit- gliedstaaten		31.1.					
2.	Siedentopf / Speer	Europafähigkeit als Re- formanforderung für den öf- fentlichen Dienst von Bund und Ländern		31.1.					
3.	Siedentopf / Sommer- mann / Speer	Entsendung deutscher öf- fentlich Bediensteter zur Europäischen Kommissi- onntsendung deutscher öf- fentlicher Bediensteter zur Europäischen Kommission		1.2. — 31.7.					
Der Europäische Verwaltungsraum									
Abgeschlossene Projekte									
4.	König / Daimer/ Finke	Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine ver- gleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union							

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion II: Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

5.	Sommermann / von Bredow	Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes							
Analyse und Vergleich föderaler Systeme									
Laufende Projekte									
6.	Färber / Baranova	Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa – eine empirische Untersuchung ausgewählter föderativer Steuersysteme in Europa und Russland im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Fortschritt der wirtschaftlichen Integration							
7.	Färber / Otter	Föderaler Wettbewerb und Wettbewerbsföderalismus: Grundzüge und Implikationen einer interjurisdiktionellen Wettbewerbsordnung in Deutschland und Europa“		29.2.					
Analyse und Vergleich föderaler Systeme									
Abgeschlossene Projekte									
8.	Färber / Dalezios	Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems		31.3.					
9.	Färber / Richter	Aufgabendezentralisierung in Nordrhein-Westfalen		23.1.- 22.4.					

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)									
Laufende Projekte									
1.	Jansen / Barnekow / Stoll	Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen im öffentlichen und privaten Sektor (Zweite Phase)			31.1.				
2.	S. Fisch / Horstmann / Bartz / Kutting	Der Kampf um die privaten Schulen. Öffentliche Verwaltung und Ersatzschulen als Interaktionsgefüge in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1975	15.2.		14.2.				
3.	Knorr / Bellmann	Möglichkeiten und Grenzen des Road Pricing	1.8.		31.7.				
Regulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung)									
Abgeschlossenes Projekt									
4.	Knorr / Jahn	Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen	31.7.						

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Sektion III: Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften									
Laufende Projekte									
5.	Ziekow / Siegel	Fehler im Vergabeverfahren	30.9. —			31.3. —			
6.	Ziekow / Siegel	Evaluation der Vergabepraxis im Gebäudemanagement des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes Nordrhein-Westfalen	—	31.12. —					
Öffentlich-private Kooperationsarenen in Marktwirtschaften									
Abgeschlossene Projekte									
7.	Ziekow / Windoffer	Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen	30.6. —						
8.	Bohne / Bugdahn	Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung	30.4. —						
Weitergeführtes Projekt									
9.	Merten / Koch	Grundrechte in Deutschland und Europa	—	14.6. —	15.6. —	14.6. —			
Abgeschlossenes Projekt									
10.	Schäffer / N.N.	Grundrechte in Österreich	—	30.6. —					

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Servicebereich

Laufendes Projekt									
1.	Wieland / Kellner	Kommunales Vermögen: Erwerb, Bestand, Veräußerung		1.2.				31.1.	

Projekt-Nr.	Projektleiter /-bearbeiter	Projektbezeichnung / Arbeitstitel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
-------------	----------------------------	-----------------------------------	------	------	------	------	------	------	------

Programmungebundene Drittmittelforschung

Laufende Projekte									
1.	S. Fisch / Margreiter	Geschichte der europäischen Verwaltungssprachen und ihrer Reformen, 1750-2000: Vergleichende und transnationale Perspektiven	1.5.		30.4.				
2.	Färber / Wieland / Richter	Einkreisung kreisfreier Städte in Mecklenburg-Vorpommern		1.3. — 31.5.					
3.	Klages / Masser	Mitarbeiterbefragung und CAF bei der EKHN		1.4. — 30.4.					
4.	Ziekow / Sicko	Probleme der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie am Beispiel des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (Beratung)		15.4. — 14.4.					
5.	Klages / Masser	Durchführung eines Führungskräftefeedbacks (FFB) beim Landesamt für Bürgerangelegenheiten und Ordnung Berlin unter Nutzung der im Rahmen des Monitoringsystems für die Berliner Bürgerämter entwickelten Methoden und Instrumente		1.5. — 30.9.					

Anhang II:

Übersicht über die in den letzten fünf Jahren abgeschlossenen Forschungsvorhaben

2003

1. *Wagner/Spindler*. „Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens des Landes Niedersachsen“ (Projektleiter: *Lüder/Behm*)
Veröffentlichung: *Klaus Lüder*, Dokumentation Eröffnungsbilanz – Pilotprojekt Stadt Uelzen –, Speyerer Forschungsberichte Nr. 231, Speyer 2003.
2. *Fisch*, S: „Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive“
Veröffentlichungen: *Wilfried Rudloff*, Politikberater und opinion-leader? Der Einfluß von Staatswissenschaftlern und Versicherungsexperten auf die Entstehung der Invaliditäts- und Altersversicherung, in: Stefan Fisch/Ulrike Haerndel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat. Berlin 2000, S. 93-119; *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168, Berlin 2004; *Wilfried Rudloff*, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren, in: Stefan Fisch/ders. (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 153-188; *Wilfried Rudloff*, Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik – Grundlinien in historischer Perspektive, in: Steffen Dagher/Christoph Greiner/Kirsten Leinert/Nadine Meliß/ Anne Menzel (Hrsg.), Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004; *Wilfried Rudloff*, Verwissenschaftlichung von Politik und Verwaltung? Politikberatung in den sechziger Jahren, in: Peter Collin/Thomas Horstmann (Hrsg.), Das Wissen des Staates. Wissensbasierte Organisation in Verwaltung und Regierung, Baden-Baden 2004; *Wilfried Rudloff*, Ansatzpunkte und Hindernisse der Hochschulreform in der Bundesrepublik der sechziger Jahre: Studienreform und Gesamthochschule, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 71-90; *Wilfried Rudloff*, Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des „Bildungsbooms“, FÖV Discussion Paper Nr. 19, Speyer 2005.
3. *Löhr*. „Prozessgrundrechte im europäischen Vergleich“ (Projektleiter: *Merten*)
Veröffentlichung in Vorbereitung.
4. *Pitschas*: „Neue Steuerungsmodelle in der öffentlichen Verwaltung und Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts“
Veröffentlichungen: *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung und lokale Demokratie, in: Verwaltung und Management 3 (1997), S. 260-265; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsrecht im funktionalen Wandel des spätmodernen Staates, in: R. Pitschas (Hrsg.), Entwicklungen des Staats- und Verwaltungsrechts in Südkorea und Deutschland, Berlin 1998, S. 171-186; *Rainer Pit-*

schas, Verwaltungsmodernisierung im Gegenlicht der rechtsstaatlich-demokratischen Amts- und Dienstverfassung, in: *Verwaltung und Management* 4 (1998), S. 324-331; *Rainer Pitschas*, Struktur- und Funktionswandel der Aufsicht im Neuen Verwaltungsmanagement, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 1998, S. 907-915; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung, Dienstrechtsreform und neues Personalmanagement, in: *Die Verwaltung*, Bd. 32 (1999), S. 1-19; *Rainer Pitschas*, Dienstleistungsverwaltung und serviceorientierte Rechtskonkretisierung, in: *Bayerische Verwaltungsblätter* 2000, S. 97-103; *Rainer Pitschas*, Verwaltungsmodernisierung im Rhythmus der Wirtschaftsentwicklung – eine Einführung, in: R. Pitschas (Hrsg.), *Integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht*, Berlin 2002, S. 15-18; *Rainer Pitschas*, Verantwortungskoooperation zwischen Staat und Bürgergesellschaft. Vom hierarchischen zum partnerschaftlichen Rechtsstaat am Beispiel des Risikoverwaltungsrechts, in: Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.), *Perspektiven der Verwaltungsforschung*, Berlin 2002, S. 223-267; *Rainer Pitschas/Christian Koch* (Hrsg.), *Staatsmodernisierung und Verwaltungsrecht in den Grenzen der europäischen Integrationsverfassung*, Baden-Baden 2002; *Rainer Pitschas*, Staats- und Verwaltungsmodernisierung als Wertkonzept des europäischen Rechts- und Sozialstaats, in: Rainer Pitschas/Christian Koch (Hrsg.), *Staatsmodernisierung und Verwaltungsrecht in den Grenzen der europäischen Integrationsverfassung*, Baden-Baden 2002, S. 13-25; *Rainer Pitschas*, Neues Verwaltungsrecht im partnerschaftlichen Rechtsstaat, in: Festschriftkomitee (Hrsg.), *Rechtsfragen der modernen öffentlich-rechtlichen Theorie*, Festschrift für Jong Hyun Seok zum 60. Geburtstag, Seoul/Korea 2003, S. 165-187; *Rainer Pitschas*, Reformas da Administração Pública na União Europeia. Porque necessitamos de mais ética no serviço público?, in: Juan Mozzicafreddo, João Salis Gomes/João S. Batista (organizadores), *Ética e Administração. Como Modernizar os Serviços Públicos?*, Oeiras/Portugal 2003, S. 31-46; *Rainer Pitschas*, Europäisches Verwaltungsverfahrensrecht und Handlungsformen der gemeinschaftlichen Verwaltungskooperation, in: Hermann Hill/Rainer Pitschas (Hrsg.), *Europäisches Verwaltungsverfahrensrecht*, Berlin 2004; *Rainer Pitschas*, Neues Verwaltungsrecht im partnerschaftlichen Rechtsstaat?, *DÖV* 2004, S. 231-238; *Rainer Pitschas*, Politische Dezentralisierung als Herausforderung an die kommunale Aus- und Weiterbildung, in: *Verwaltung und Management* 2004, S. 172-179; *Rainer Pitschas*, Mediation als Methode und Instrument der Konfliktmittlung im öffentlichen Sektor, in: *NVwZ* 2004, S. 396-403.

5. *Beck*: „Einsatz von entscheidungsunterstützenden Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen“ (Projektleiter: *R. Fisch*)

Veröffentlichungen: *Beck, Dieter*, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang, Wiesbaden 2001; *Beck, Dieter*, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben. Eine sozialpsychologische Perspektive, *Speyerer Vorträge* Nr. 67, Speyer 2002; *Beck, Dieter*, Das Verhältnis Verwaltung – Bürger in Deutschland. Sozialpsychologische Aspekte der Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen, in: H. Siedentopf (Hrsg.), *Neuntes Deutsch-Französisches Verwaltungskolloquium*, *Speyerer Arbeitshefte* Nr. 149, Speyer 2002; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Übersicht ausgewählter Verfahren und Werkzeuge zur Entscheidungsfin-

dung, in Richard Bessoth/Hans-Joachim Schmidt (Hrsg.), Schulleitung. Ein Lernsystem, Band 2: Haushalt/Planung, Lerneinheit 22.01, Übersicht ausgewählter Verfahren und Werkzeuge zur Entscheidungsunterstützung, Neuwied 2002; *Fisch, Rudolf/Beck, Dieter*, Entscheidungsfindung in der Administration, in: Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung, Berlin 2002, S. 103-125; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Zusammenarbeit in Organisationen. Eine sozialpsychologische Perspektive, in: Hermann Knödler/ Michael Harold Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Heidelberg 2003, S. 263-281; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Ein Entscheidungsdesign für politisch-administrative Aufgabenstellungen, in: Erich H. Witte (Hrsg.), Sozialpsychologie politischer Prozesse, Lengerich 2003, S. 206-234; *Beck, Dieter*, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben. Zur Sozialpsychologie von Erörterungsterminen, Teil 1: Praktische Theorien und Methoden zur Situationsanalyse, in: Verwaltung und Management, 8/2002, S. 101-108; *Beck, Dieter*, Verwaltungshandeln bei umstrittenen Großvorhaben. Zur Sozialpsychologie von Erörterungsterminen, Teil 2: Fallvergleich zweier unterschiedlich konflikthafter Erörterungstermine, in: Verwaltung und Management, 8/2002, S. 179-184; *Beck, Dieter/Fisch, Rudolf*, Fallstudien zu rationalem Entscheiden (Rezension), in: Personalführung, 35, 2, (2002), S. 72-73; *Koch, Stefan/Beck, Dieter*, Verwaltungspsychologie: Begriffsbestimmung und Forschungsgebiete, FÖV Discussion Paper Nr. 5, Speyer 2003; *Beck, D./Fisch, R.*, Entwicklung der Zusammenarbeit in Teams im Rahmen des Teamrollenansatzes von Belbin, in: S. Stumpf/A. Thomas (Hrsg.), Teamarbeit und Teamentwicklung, S. 317-340, Göttingen 2003; *Fisch, R./Beck, D.*, Teamdiagnose und -entwicklung im Rahmen des SYMLOG-Ansatzes, in: S. Stumpf/A. Thomas (Hrsg.), Teamarbeit und Teamentwicklung, S. 341-355, Göttingen 2003; *Fisch, R./Beck, D.*, Komplexes Entscheiden und Entscheidungshilfen, in: R. J. Schweizer/C. Jeanrenaud/S. Kux/B. Sitter-Liver (Hrsg.), Verwaltung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Probleme, Lösungswege. 20. Kolloquium (2001) der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, S. 331-341, Freiburg CH 2003; *Fisch, R./Beck, D.*, Verfahren und Werkzeuge zur Entscheidungsunterstützung, in: R. J. Schweizer/C. Jeanrenaud/ S. Kux/B. Sitter-Liver (Hrsg.), Verwaltung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Probleme, Lösungswege. 20. Kolloquium (2001) der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, S. 343-365, Freiburg, CH 2003; *Beck, Dieter/Best, Christoph/Fisch, Rudolf/Rother, Karl-Heinz* (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21, Berlin 2004; *dies.*, (2004). Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21 – Einführung und Übersicht, in: D. Beck/C. Best/R. Fisch/K.-H. Rother (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21, Berlin 2004, S. 17-21; *Beck, Dieter*, Sozialpsychologische Aspekte der Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen, in: D. Beck/C. Best/R. Fisch/K.-H. Rother (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21, Berlin 2004, S. 101-114; *Fisch, Rudolf/Beck, Dieter*, (2004). Ein sozialpsychologischer Bezugsrahmen für die gute Gestaltung politisch-administrativer Entscheidungsprozesse, in: Artur Benz/Heinrich Siedentopf/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung, Berlin 2004, S. 201-216; *Beck, Die-*

ter/Fisch, Rudolf, Einsatz entscheidungsunterstützender Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 235, Speyer 2005; *Fisch, Rudolf/Beck, Dieter* (Hrsg.), Komplexitätsmanagement in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung. Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen, Wiesbaden 2004.

6. *Knödler*. „Reformen in Russland: Ansätze und Perspektiven für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ (Projektleiter: *Duwendag*)

Veröffentlichungen: *Hermann Knödler*, Deutsche Direktinvestitionen, Wachstum und Strukturwandel in Russland, in: Dieter Duwendag (Hrsg.), Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden 2002, S. 169-190; *Hermann Knödler*, Deutsche Direktinvestitionen, Wachstum und Strukturwandel in Russland (Übersetzung auf russisch), in: Nachrichten der Universität für Wirtschaft und Finanzen Sankt Petersburg, Heft 3/2002, S. 43-61; *Hermann Knödler*, Bedeutung und Potential ausländischer Direktinvestitionen fuer die Russische Volkswirtschaft (Übersetzung auf russisch), in: Wissenschaftliche Nachrichten der Ökonomischen Fakultät der Humanistischen Universität der Gewerkschaften Sankt Petersburg, Heft 7/2002, S. 42-47; *Hermann Knödler*, Regionale Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen der Industrie: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen im Vergleich, in: Hermann Knödler/Michael Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Festschrift für Dieter Duwendag, Berlin 2003, S. 283-308; Abschlussbericht in Vorbereitung.

7. *Franz*: „Voraussetzungen der Online-Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichung: *Arne Franz*, Der Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung und Bürgern – Typisierungen, Charakteristika, Auswirkungen auf die Modellierung von Kommunikationsangeboten, FÖV Discussion Papers Nr. 14, Speyer 2004.

8. *von Arnim*: „Parteipolitisierung der Verwaltung?“

Veröffentlichungen: *Hans Herbert von Arnim*, Der Staat als Beute? Politikfinanzierung und Ämterpatronage (Teil 1), in: WechselWirkung & Zukünfte, Mai/Juni 2002, S. 14-23; *Hans Herbert von Arnim*, Den Staat zur Beute gemacht? Ämterpatronage und mangelnde Verfolgungsbereitschaft der Justiz (Teil 2), in: WechselWirkung & Zukünfte, Juli/August 2002, S. 30-34; *Hans Herbert von Arnim*, Wer kümmert sich um das Gemeinwohl? Von der Auflösung der politischen Verantwortung im Parteienstaat, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 2002, S. 223-232; *Hans Herbert von Arnim*, Das Parteienkartell lähmt die Republik. Zwölf Thesen zum Zustand der Republik, in: Die Welt vom 27.7.2002

9. *Bauer*: „Überwachung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen“

Veröffentlichungen: *Hartmut Bauer*, Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten und zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen – WpÜG, Abschnitt 2 – Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanz-

dienstleistungsaufsicht für den Wertpapierhandel (§ 4 Aufgaben und Befugnisse, § 5 Beirat, § 6 Widerspruchsausschuss, § 7 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Inland, § 8 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland, § 9 Verschwiegenheitspflicht), in: Bruno Kropff/Johannes Semler (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 9 (im Erscheinen); *Hartmut Bauer*, Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten und zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen – WpÜG, Abschnitt 6 – Verfahren (§ 40 Ermittlungsbefugnisse der Bundesanstalt, § 41 Widerspruchsverfahren, § 42 Sofortige Vollziehbarkeit, § 43 Bekanntgabe und Zustellung, § 44 Veröffentlichungsrecht der Bundesanstalt, § 45 Mitteilungen an das Bundesaufsichtsamt, § 46 Zwangsmittel, § 47 Kosten), in: Bruno Kropff/Johannes Semler (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 9 (im Erscheinen); *Hartmut Bauer*, Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten und zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen – WpÜG, Abschnitt 7 – Rechtsmittel (§ 48 Statthaftigkeit, Zuständigkeit, § 49 Aufschiebende Wirkung, § 50 Anordnung der sofortigen Vollziehung, § 51 Frist und Form, § 52 Beteiligte am Beschwerdeverfahren, § 53 Anwaltszwang, § 54 Mündliche Verhandlung, § 55 Untersuchungsgrundsatz, § 56 Beschwerdeentscheidung; Vorlagepflicht, § 57 Akteneinsicht, § 58 Geltung von Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozessordnung), in: Bruno Kropff/Johannes Semler (Hrsg.), *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 9 (im Erscheinen).

10. *Fisch*, S: „Staat, Politik und Verwaltung in Deutschland und Frankreich seit 1850“

Veröffentlichungen: „Bulletin des Deutsch-Französischen Komitees für die Erforschung der deutschen und französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“/ Bulletin du Comité Franco-Allemand de recherches sur l'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIXème et XXème siècles; Mit-herausgeber seit 1997, zuletzt erschienen Nr. 15/2002; Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert/Sociétés d'après-guerre en France et en Allemagne au 20e siècle. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Ilja Mieck und Pierre Guillen, München 1998; Deutschland – Frankreich – Rußland. Begegnungen und Konfrontationen/La France et l'Allemagne face à la Russie. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Ilja Mieck und Pierre Guillen, München 2000; *geplant*. Machtstrukturen im Staat: Organisationen und Personen/Les structures de pouvoir en France et en Allemagne: Les institutions et les hommes. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Stefan Fisch, Florence Gauzy und Chantal Metzger, erscheint voraussichtlich 2004; *geplant*. Apprendre et enseigner en Allemagne et en France/Lernen und Lehren in Deutschland und Frankreich. Im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees herausgegeben von Stefan Fisch, Florence Gauzy und Chantal Metzger, erscheint voraussichtlich 2004.

11. *Pitschas*: „Elektronische Kommunikation und Informationsgesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzrechts“

Veröffentlichungen: *Rainer Pitschas*, Geben moderne Technologien und die europäische Integration Anlass, Notwendigkeit und Grenzen des Schutzes personenbezogener Informationen neu zu bestimmen?, in: Verhandlungen des 62. Deutschen Juristentages, Bd. II/1 (Sitzungsberichte), München 1998, S. M 9 – M – M 74; *ders.*, „Sicherheitspartnerschaften“ der Polizei und Datenschutz, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 24/2000, S. 1805-1815; *ders.*, Die Reform des Datenschutzrechts in Deutschland, in: *Ders./Shigeo Kisa* (Hrsg.), Internationalisierung von Staat und Verfassung im Spiegel des deutschen und japanischen Staats- und Verwaltungsrechts, Berlin 2002, S. 327-336.

2004

1. *Frenzel*: „Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik“ (Projektleiter: *Bohne*)

Veröffentlichungen: *Eberhard Bohne*, Chancen und Risiken der Regulierung im Energiemarkt aus umweltpolitischer Sicht, in: Minister für Wirtschaft des Saarlandes u. a. (Hrsg.), 2. Saarländischer Energietag – Energie, Europa '93 und die Regionen, Saarbrücken 1993, S. 34-47; *Eberhard Bohne*, Eine Strombörse mit Umweltinstrumenten für eine preis- und umweltgerechtere Stromversorgung, in: DVBl. 1994, S. 829-835; *Eberhard Bohne*, Grundzüge einer wettbewerbs- und umweltorientierten Reform des energierechtlichen Ordnungsrahmens der Stromwirtschaft, in: Wolfgang Hoffmann-Riem/Jens-Peter Schneider (Hrsg.), Umweltpolitische Steuerung in einem liberalisierten Strommarkt, Baden-Baden 1995, S. 140-206; *Eberhard Bohne*, Liberalisierung des Strommarktes als Organisationsproblem, in: Klaus Lüder (Hrsg.), Staat und Verwaltung, Fünfzig Jahre Hochschule der Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 122, Berlin 1997, S. 211-248; *Eberhard Bohne*, Probleme der Liberalisierung des Strommarktes, in: Dokumentation des zweiten rheinland-pfälzischen Energiesymposiums zum Thema „Energiecontrolling/ Energiemanagement“ am 18.09.1997, Ökologische Gespräche, Band 11, Speyer 1997, S. 19-42; *Eberhard Bohne*, Liberalisierung der Energiemärkte: Rechts- und verwaltungswissenschaftliche Perspektiven, in: Wolfgang Barz/Anke Hülster/Klaus Kraemer/Wolfgang Ströbele (Hrsg.), Energie und Umwelt, Münster 1998, S. 233-254; *Eberhard Bohne* (Hrsg.), Kommunen im wirtschaftlichen Wettbewerb, Wiesbaden 1999; *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik- Neubestimmung der Aufgabenbereiche von Staat und Wirtschaft, Speyerer Energieforum am 14. und 25. Juni 2002, ZNER 2002, S. 304-306; *Eberhard Bohne/Sabine Frenzel*, Formale und informale Ordnung des Zugangs zum Strommarkt, in: Reinhard Hendler/Peter Marburger/ Michael Reinhardt/ Meinhard Schröder (Hrsg.), Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 2003, Band 71, 2003, S. 363-448; *Eberhard Bohne*, Ordnungspolitische Probleme im Strommarkt, in: *ders.* (Hrsg.), Neubestimmung ordnungspolitischer Aufgaben des Staates im Strommarkt, 2003, S. 1-10; *Sabine Frenzel*, Stromhandel im liberalisierten Strommarkt, in Reiner Förster/Eberhard Oehler/Siegfried Schwab/Hanspeter Stihl (Hrsg.), Verwaltungs- und Versorgungsbetriebe,

Mannheimer Schriften zur Verwaltungs- und Versorgungswirtschaft, Bd. 8, 2003, S. 173-186; *Eberhard Bohne*, Im Regulierungswahn, in: Infrastruktur-Recht, Heft 8 und 9/2005, S. 170-175; *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Berlin 2007.

2. *Oertel/Windoffer*. „Dauer von Zulassungsverfahren“ (Projektleiter: *Ziekow*)

Veröffentlichungen: *Jan Ziekow*, Zügige Verwaltungsverfahren, in: ders. (Hrsg.), Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Berlin 1998, S. 59-95; *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer*, Dauer von Zulassungsverfahren, Verwaltung und Management 2002, S. 324 ff.; *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, Beschleunigung von Zulassungsverfahren. Empfehlungen zur Optimierung von Organisationen und Verfahren am Beispiel des Landes Baden-Württemberg, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Schriftenreihe der Stabsstelle für Verwaltungsreform, Bd. 25, Stuttgart 2004; *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, Dauer von Zulassungsverfahren. Eine empirische Untersuchung zu Implementation und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung, Verwaltungswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 19, Köln/Berlin/München 2005.

3. *Schurig*: „Die Besoldung und Versorgung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes und die Ausgestaltung der Politikfinanzierung in der Europäischen Union“ (Projektleiter: *von Arnim*)

Veröffentlichungen: *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The Statute for Members of the European Parliament, FÖV Discussion Papers No. 4, Speyer 2003; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Das Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments, Deutsches Verwaltungsblatt 2003, S. 1176-1186; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The Statute for Members of the European Parliament, zur Veröffentlichung eingereicht bei einer englischsprachigen wissenschaftlichen Zeitschrift; *Hans Herbert von Arnim*; Political Finance: Checks and Abuses. Current Problems and New Developments, FÖV Discussion Papers No. 6, Speyer 2003; *Hans Herbert von Arnim*, Politikfinanzierung: Zwischen Notwendigkeit und Missbrauch, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2003, 1076-1080; *Hans Herbert von Arnim*, Political Finance: Checks and Abuses. Current Problems and New Developments, zur Veröffentlichung angenommen von einer englischsprachigen wissenschaftlichen Zeitschrift; *Hans Herbert von Arnim*; A Salary of 9.035 Euros for Members of the European Parliament?, FÖV Discussion Papers No. 7, Speyer 2004; *Hans Herbert von Arnim*, 9.035 Euro für EU-Abgeordnete?, Berlin 2004; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung, Münster 2004; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The European Party Financing Regulation, Hamburg 2004; *Hans Herbert von Arnim*, ‚Fraudulent and unacceptable?‘ The uncontrolled growth in allowances in the European Parliament, in: European Law Review, Oktober 2004, S. 698-710; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Das Finanzierungssystem von Beamten und sonstigen Bediensteten der EU, Veröffentlichung in deutscher

und englischer Sprache in Vorbereitung; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die Bezahlung und Versorgung von Mitgliedern der Kommission, des Gerichtshofes und des Rechnungshofes der EU, Veröffentlichung in deutscher und englischer Sprache in Vorbereitung; *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Abschlussbericht in Vorbereitung.

Im Rahmen des Projektes gehaltene Vorträge: *Hans Herbert von Arnim*, Parteienfinanzierung: Zwischen Notwendigkeit und Missbrauch, Vortrag beim Centre for European Constitutional Law in Athen am 14. Juni 2002 (wird veröffentlicht); *Volker Heydt*, Die Besteuerung des europäischen öffentlichen Dienstes, Vortrag im Forschungskolloquium am 8.1.2004 (wird veröffentlicht).

Aus dem Projekt hervorgehende Dissertation: *Martin Schurig*, Politikfinanzierung in Frankreich, Berlin 2006.

4. *Nesseldreher*: „Entscheiden im Informationszeitalter“ (Projektleiter: *Hill*)
Veröffentlichungen: *Hermann Hill*, Modernisieren im Mind Age, in: Hill (Hrsg.), Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie, 2001, S. 75-90; *Hermann Hill*, Electronic Government – Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002, S. 24-36; *Hermann Hill*, eGovernment – Mode oder Chance zur nachhaltigen Modernisierung der Verwaltung?, in: Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl) 2003, S. 737-744; Abschlussbericht in Vorbereitung.
5. *Amos*: „Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1947 bis 1949. Darstellung und Dokumentation“ (Projektleiter: *Fisch, S./Morsey*)
Veröffentlichung: *Heike Amos*, Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR 1946-1949, Darstellung und Dokumentation, Schriftenreihe Diktatur und Widerstand, Bd. 12, Münster 2006.
6. *Hohn*: „Transformationspfade und Leistungsfähigkeit des deutschen Systems der außeruniversitären Forschung“ (Projektleiterin: *Jansen*)
Veröffentlichungen: *Hans-Willy Hohn/Uwe Schimank*: Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt am Main/New York 1990; *Hans-Willy Hohn*: Kognitive Strukturen und Steuerungsprobleme der Forschung. Kernphysik und Informatik im Vergleich. Frankfurt am Main/New York 1998; *Hans-Willy Hohn*, Forschungspolitische Reformen im kooperativen Staat. Der Fall der Informationstechnik, Discussion Paper Nr. 21, Speyer 2005; Abschlussbericht in Vorbereitung.
7. *Daramus/Hayn/Masser*: „Mitarbeiterbefragung in der bundesdeutschen Zollverwaltung“ (Projektleiter: *Klages*)
Veröffentlichung in Vorbereitung: *Helmut Klages/Kai Masser*, Optimierung des Ertrags von Mitarbeiter/innenbefragungen, in: „die innovative verwaltung“; interner Abschlussbericht liegt vor.

8. *Frenzel*: „Ökologische Steuerreform: Energieintensive Prozesse / Energieaudit“ (Projektleiter: *Bohne*)

Abschlussbericht in Vorbereitung.

9. *von Lucke*: „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichungen: *Jörn von Lucke*: Governmental Portal, Departmental Portal und Life-Event-Portal – Portale für die öffentliche Verwaltung, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000, S. 7-22; *Peter Hallams/Jörn von Lucke*: Drei Portale aus Australien: GIC, TIGERS und Centrelink, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000, S. 40-56; *Heinrich Reinermann*: Portale – Tore zur Welt des Wissens, in: Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000, S. 1-6; *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke* (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000; *Jörn von Lucke*: Überlegungen zu Portalen für den öffentlichen Sektor in Deutschland – Eine einführende Portalstudie für das Bundesministerium des Innern, Speyer/Berlin 2000; *Jörn von Lucke*: Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung, in: Kurt Bauknecht/Wilfried Brauer/ Thomas Mück: Informatik 2001 – Wirtschaft und Wissenschaft der New Economy – Visionen – Wirklichkeit, Tagungsband der GI/OCG-Jahrestagung Wien 2001, Österreichische Computergesellschaft, Wien 2001, S. 293-300; *Heinrich Reinermann*: Internet Portals in Public Administration – The Readjustment of Information and of Administrative Practice, in: Bechmann, Gotthard/Krings, Bettina-Johanna/ Rader, Michael (Eds.): Across the Divide – Work, Organization and Social Exclusion in the European Information Society, Edition Sigma, Berlin 2003, S. 241-251; *Heinrich Reinermann*: Internetportale in der öffentlichen Verwaltung: Die Neuordnung von Informationen und Geschäftsprozessen, in: Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.): Perspektiven der Verwaltungsforschung – Beiträge zur Wissenschaftlichen Arbeitstagung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung vom 8. bis 10. Oktober 2001 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 154, Berlin 2002, S. 127-137; *Heinrich Reinermann*: Öffentlicher Dienst und Verwaltungsgenetik, in: Gerald Quirchmayr/Roland Wagner/ Maria Wimmer, Österreichische Computer Gesellschaft, Wien 2000, S. 139-172; *Heinrich Reinermann/ Jörn von Lucke*: „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“ – Einführende Gedanken, in: politik-digital, Politik und Neue Medien – Salto Portale, Redaktion politik-digital, Berlin 2002; Online: <http://www.politik-digital.de/netzpolitik/egovernment/speyer.shtml>; *Heinrich Reinermann*: Lebenslagenprinzip, in: Thomas Schildhauer (Hrsg.): Lexikon Electronic Business, München 2003, S. 194-196; *Ruth Schleicher/Jörn von Lucke*: Verwaltungsportale Made in Germany, in: Politik-digital.de, Politik und Neue Medien – Dossier: das Deutschland-Portal, Redaktion politik-digital (Ruth Schleicher), Berlin 2002; Online: <http://www.politik-digital.de/netzpolitik/egovernment/dtl3.shtml>; *Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke*: 6. Speyerer Qualitätswett-

bewerb: Die Preisträger und ihre Innovationen und Lösungen – Electronic Government, in: innovative Verwaltung – Fachzeitschrift für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 24. Jahrgang, Heft 12, Wiesbaden 2002, S. 26-27; Online: <http://www.dhv-speyer.de/Qualitaetswettbewerb/Qualitaetswettbewerb%20seit%201992/6.%20QW-Beschreibung-Preistraeger%202002.htm>; *Heinrich Reinermann*: Internationaler Erfahrungsaustausch zu E-Government – 5 Jahre „Microsoft Government Leaders Conferences“, in: Microsoft E-Government Newsletter, CeBIT-Ausgabe vom 11. März 2003; Online: <http://www.microsoft.com/germany/ms/business/government/initiativen/leaderconf.htm>; *Heinrich Reinermann*: eGov Thought Leaders Roundtable in Sophia Antipolis, in: Microsoft E-Government Newsletter vom 6. Juni 2003; Online: <http://www.microsoft.com/germany/ms/business/government/veranstaltungen/roundtable.htm>; *Jörn von Lucke*: Citizen-Relationship-Management über Hochleistungsportale der öffentlichen Verwaltung, in: Wolfgang Uhr/Werner Esswein/Eric Schoop (Hrsg.): Wirtschaftsinformatik 2003 – Medien – Märkte – Mobilität, Heidelberg 2003, S. 901-915; *Jörn von Lucke*: Vision eines elektronischen Dokumentensafes, in: Hinrich Bonin (Hrsg.): Zukunft von Verwaltung und Informatik – Festschrift für Heinrich Reinermann, Final – Technical Reports and Working Papers, 13. Jahrgang, Heft 4, Lüneburg 2003; *Arne Franz/Jörn von Lucke*: Vier Dimensionen – Vielfältiges Verhältnis Bürger – Verwaltung – Welche Rolle spielen die Bürger beim Electronic Government, in: Kommune21, 3. Jahrgang, Heft 12, Tübingen 2003, S. 20-21; *Jörn von Lucke*, Olympische Dimension – Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung, in: Kommune21 – eGovernment, Internet und Informationstechnik, 4. Jahrgang, Heft 5, Esslingen 2004, S. 18-19; *Jörn von Lucke*, Portale als zentraler Zugang zu E-Government-Diensten, in: Christoph Reichard/Michael Scheske/Tino Schuppan (Hrsg.), Das Reformkonzept E-Government – Potenziale – Ansätze – Erfahrungen, Buchreihe E-Government und die Erneuerung des öffentlichen Sektors, Band 1, Münster 2004, S. 79-94; *Jörn von Lucke*, Auszüge eines Interviews mit Florian Oel: Ärger mit Elise – Die neue Online-Jobvermittlung der Arbeitsagentur soll schneller und effektiver sein. Nur funktioniert sie nicht so recht, in: taz-die Tageszeitung, 15. Januar 2004, S. 6; Online: <http://www.taz.de/pt/2004/01/15/a0156.nf/text>; *Jörn von Lucke*, Auszüge eines Interviews mit Stefan Deges: TECHNOLOGIEPANNEN/ Mit dem Arbeitslosengeld II droht der nächste Flop – Beste Ideen auf Halde, in: Rheinischer Merkur, 30.09.2004, Nr. 40/2004, S. 11; Online: http://www.merkur.de/aktuell/wi/wp_044001.html.

2005

1. *Franz/Koch/Oertel/Windoffer*: „Überprüfung ausgewählter Aspekte des Vorschlags zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt KOM (2004) 2“ (Projektleiter: *Böhret/Grunow/Ziekow* [Koordination])

Veröffentlichung: *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow* (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 241, Speyer 2006.

2. *Bauer*: „Das demokratische Prinzip des Grundgesetzes vor den Herausforderungen der Europäisierung und der Globalisierung“

Hartmut Bauer, Europäisierung des Verfassungsrechts, JBl 2000, S. 750-763; *Hartmut Bauer*, Das Bestimmtheitsgebot für Verordnungsermächtigungen im Europäisierungssog – Zugleich ein Beitrag zu »gemeinschaftsrechtsspezifischen Verordnungsermächtigungen«, in: Hans-Joachim Cremer u.a. (Hrsg.), Tradition und Weltoffenheit des Rechts, Festschrift für Helmut Steinberger, Berlin u.a. 2002, S. 1061–1085; *Hartmut Bauer*, Internationalisierung des Wirtschaftsrechts: Herausforderung für die Demokratie, in: Hartmut Bauer u.a. (Hrsg.), Umwelt, Wirtschaft und Recht, Symposium aus Anlaß des 65. Geburtstages von Reiner Schmidt, Tübingen 2002, S. 69-88; *Hartmut Bauer*, Die Verfassungsentwicklung des wiedervereinten Deutschland, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Band I, Heidelberg 2003, S. 699-789; *Hartmut Bauer/Peter M. Huber/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005; *Hartmut Bauer*, Demokratie in Europa – Einführende Problemskizze, in: Hartmut Bauer u.a. (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005, S. 1–17; *Hartmut Bauer*, Kommentierung von Artikel 80 GG (Erlaß von Rechtsverordnungen), in: Horst Dreier (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 2. Aufl., Band II, Tübingen 2006, S. 1825-1871; *Hartmut Bauer*, Parlamentsverordnungen, in: Hartmut Bauer u.a. (Hrsg.), Wirtschaft im offenen Verfassungsstaat, Festschrift für Reiner Schmidt zum 70. Geburtstag, München 2006.

3. *Franz*: „Mobile Kommunikation – Anwendungsbereiche und Implikationen für die öffentliche Verwaltung“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichungen: *Arne Franz*, Mobile Kommunikation: Anwendungsbereiche und Implikationen für die öffentliche Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 238, Speyer 2005; *Arne Franz*, Mobile Kommunikation in öffentlichen Verwaltungen. Anwendungsbereiche, Implikationen und Zukunftsperspektiven, Studie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer in Zusammenarbeit mit Vodafone, Speyer u.a. 2005.

4. *Reichard*: „Outputbudgets als Steuerungsinstrumente im modernen Verwaltungsmanagement“

Veröffentlichung in Vorbereitung.

5. *Franz*: „Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgern im Informationszeitalter – Rahmenbedingungen, Gestaltungsperspektiven, Auswirkungen“ (Projektleiter: *Reinermann*)

Veröffentlichungen: *Arne Franz*, Der Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung und Bürgern: Typisierungen, Charakteristika, Auswirkungen auf die Modellierung von Kommunikationsangeboten, FÖV Discussion Paper Nr. 14, Speyer 2004; *Arne Franz/Jörn von Lucke*, Vier Dimensionen – Vielfältiges Verhältnis Bürger – Verwaltung, in: Kommune21, H. 12 (2003), S. 22-23; *Arne Franz*, Gibt es für kommunale Bürgerämter/Bürgerbüros einen dauerhaften Stellenwert im Konzept des „elektronischen Rathauses“?, Speyerer Arbeitsheft Nr. 160, Speyer 2003; *Heinrich Reinermann*, Das Elektronische

Rathaus, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften: Bürger und Kommunallverwaltung, 41. Jahrgang, Band 2, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2002, S. 61-82; *Heinrich Reiner mann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), Portale in der öffentlichen Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, Speyer 2000; *Heinrich Reiner mann*, Der öffentliche Sektor im Internet – Veränderungen der Muster öffentlicher Verwaltungen, Speyerer Forschungsberichte Nr. 206, Speyer 2000; *Heinrich Reiner mann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), Electronic Government in Deutschland, Ziele – Stand – Barrieren – Beispiele – Umsetzung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 226, Speyer 2002; *Jörn von Lucke*, Electronic Government – Regieren und Verwalten im Informationszeitalter, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Berlin 2002; *Heinrich Reiner mann*, Transformation zu Electronic Government, Vortrag am 12. Juni 2002 beim 1. E-Government-Kongress der Deutschen Telekom AG in Bonn.

6. *Kempf*: „Die Herausbildung eines gemeineuropäischen Verwaltungsverfahrensrechts“ (Projektleiter: *Sommermann*)

Veröffentlichungen: *Karl-Peter Sommermann*, Europäisches Verwaltungsrecht oder Europäisierung des Verwaltungsrechts? in: DVBl. 1996, S. 889-898; *ders.*, Konvergenzen im Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozeßrecht europäischer Staaten, in: DÖV 2002, S. 133-143; *Petra Kempf*, Die Herausbildung eines gemeineuropäischen Verwaltungsverfahrensrechts, Speyerer Forschungsbericht 2008 (Veröffentlichung in Vorbereitung).

7. *Trautmann*: „Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union“ (Projektleiter: *Magiera*)

Veröffentlichungen: *Magiera, Siegfried/Trautmann, Ramona*, Der Rechnungshof, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 101-104; Abschlussbericht in Vorbereitung.

8. *Hermonies*: „Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht“ (Projektleiter: *Hill*)

Veröffentlichungen: *Ulrich Keilmann/Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag – Vorläufige Bilanz eines bislang bundesweit einmaligen neuen Steuerungsmodells in Rheinland-Pfalz, in: Verwaltung und Management 2004, S. 306-310; Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags in Rheinland-Pfalz. Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005, Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Bd. 28, Mainz 2005; *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Frankfurt u.a. 2006.

9. *Rudloff*: „Wissenschaft, Politik und Bildungswesen in der Ära des bundesdeutschen Bildungsbooms (1957 bis 1974). Untersuchungen zur Wandlung eines Politikfeldes“ (Projektleiter: *S. Fisch*)

Veröffentlichungen: *Wilfried Rudloff*, Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit

der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 259-282; *Wilfried Rudloff*, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren, in: Stefan Fisch/ders. (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 153-188; *Wilfried Rudloff*, Ansatzpunkte und Hindernisse der Hochschulreform in der Bundesrepublik der sechziger Jahre: Studienreform und Gesamthochschule, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 71-90; *ders.*, Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik – Grundlinien in historischer Perspektive, in: Steffen Dagher/Christoph Greiner/Kirsten Leinert/Nadine Meliß/ Anne Menzel (Hrsg.), Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004; *ders.*, Verwissenschaftlichung von Politik und Verwaltung? Politikberatung in den sechziger Jahren, in: Peter Collin/Thomas Horstmann (Hrsg.), Das Wissen des Staates. Wissensbasierte Organisation in Verwaltung und Regierung, Baden-Baden 2004; Abschlussbericht in Vorbereitung.

10. *Bauer*: „Entwicklungsperspektiven des deutschen Föderalismus“

Veröffentlichungen: *Hartmut Bauer*, Zustand und Perspektive des deutschen Föderalismus aus Sicht der Wissenschaft, in: Michael Kloepfer (Hrsg.), Umweltföderalismus, Berlin 2002, S. 31-62; *Hartmut Bauer*, Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland – Zugleich ein Beitrag zum Wettbewerbsföderalismus, DÖV 2002, S. 837-845; *Hartmut Bauer*, Verfassungspoker im Bundesrat – Zur umstrittenen Bundesratsabstimmung vom 22. März 2002, RuP 2002, S. 70-82 (auch in: Hans Meyer (Hrsg.), Abstimmungskonflikt im Bundesrat im Spiegel der Staatsrechtslehre, Baden-Baden 2003, S. 119-133); *Hartmut Bauer*, Die Bundestreue: Prägender Grundsatz des deutschen Bundesstaatsrechts (in russischer Sprache), in: Kazanski Federalist, Nr. 1 (5), 2003, S. 21-35 (auch in: Konstituzionnoje Prawo: Wostochnoewropeskoje Obosrenie, Nr. 3 [44] 2003, S. 14-21; außerdem im Internet abrufbar unter <www.kazanfed.ru> [Stand: 01.04.2003]); *Hartmut Bauer*, Bundesstaatstheorie und Grundgesetz, in: Alexander Blankenagel, Ingolf Pernice, Helmuth Schulze-Fielitz (Hrsg.), Verfassung im Diskurs der Welt, Liber Amicorum für Peter Häberle zum 70. Geburtstag, Tübingen 2004, S. 645-680.

11. *Färber*: „Fiskalföderalismus im Vergleich“

Veröffentlichungen: *Gisela Färber*, Finanzverfassung, Besteuerungsrechte und Finanzausgleich, in: Gisela Färber/Stefan Fisch/Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), Föderalismus: Hält er noch, was er verspricht? Seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, auch im Lichte ausländischer Erfahrungen, Referate der 67. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 17. bis 19. März 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000, S. 125-166; *Gisela Färber*, Länderbericht Australien, in: Gisela Färber/Stefan Fisch/Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), Föderalismus: Hält er noch, was er verspricht? Seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, auch im Lichte ausländischer Erfahrungen, Referate der 67. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 17. bis 19. März 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000, S. 263-268;

Gisela Färber, Effizienzprobleme des Verwaltungsföderalismus; in: Die Öffentliche Verwaltung 2001, H. 12, S. 485-496; *Gisela Färber*, Effizienz zentralisierter und dezentralisierter Verwaltungen, in: Peter Pernthaler/Peter Bußjäger (Hrsg.), Ökonomische Aspekte des Föderalismus, Wien 2001, S. 105-138; *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, Paper Presented at the Annual Conference of the IPSA Research Committee „Comparative Federalism and Federation Research“, October 4th-7th, 2001 in Javéa, Spain, FÖV Discussion Paper Nr. 1, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2002; *Gisela Färber*, Local Government Borrowing in Germany, in: Bernard Dafflon (Hrsg.), Local Public Finance in Europe – Balancing the Budget and Controlling the Debt, Studies in Fiscal Federalism and State-Local Finance, ed. By Wallace E. Oates, Cheltenham, Northampton 2002, S. 135-164; *Gisela Färber/Annette Fugmann-Hesing/ Martin Junkernheinrich*, Reform der Gemeindefinanzen – ein Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2003; *Gisela Färber*, Perspektiven der europäischen Finanzverfassung; in: Hermann Knödler/Michael H. Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Festschrift für Dieter Duwendag, Heidelberg 2003, S. 209-222; *Gisela Färber*, Reform der Finanzverfassung: Was kann Deutschland von anderen föderativen Staaten lernen?, in: Wolfgang Franz/Klaus Adam (Hrsg.), Instrumente der Finanzpolitik – Grundlagen, Staatsaufgaben, Reformvorschläge, Festschrift für Rolf Peffekoven zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M 2003, S. 21-32; *Gisela Färber/Nils Otter*, Die öffentlichen Aufwendungen in den Funktionsbereichen „Allgemeine öffentliche Dienste“ und „Bildungswesen“, Länderreport für die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Forschungsprojektes „International Comparison of Cost of Administration“ im Auftrag des Instituts für Föderalismus, Innsbruck 2003, Manuskript; *Gisela Färber*, At the Misery of The German Financial Constitution, in: Arthur Gunlicks (Hrsg.), German Public Policy and Federalism – Current Debates on Political, Legal and Social Issues, New York, Oxford 2003, S. 47-64; *Gisela Färber*, Probleme des föderativen Systems in Deutschland und Europa, hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2004; *Gisela Färber*, Problems Related to the Economic Viability of Autonomous Arrangements, Centralism and Fiscal Federalism, in: Z. A. Skurbaty (Hrsg.), Beyond a One-Dimensional State: An Emerging Right to Autonomy?, Leiden/Bosten 2005, S. 83-102; *Gisela Färber*, Steuerungsziele und -instrumente im Finanzausgleich föderaler Staaten, in: Helfried Bauer/Margit Schratzenstaller (Hrsg.), Reform des Finanzausgleichs/öffentlichen Finanzmanagements – internationale Erfahrungen und Reformperspektiven für Österreich (erscheint demnächst); *Gisela Färber*, Aspekte einer bedarfsgerechten Steuerverteilung, in: Martin Junkernheinrich (Hrsg.), Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich – Theorie – Methodik – Instrumente, Berlin 2005, S. 69-90; *Gisela Färber*, Die Finanznot der Kommunen, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2004 – Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2004, S. 176-194.

12. *Färber*: „Räumliche Aspekte des föderativen Systems“

Veröffentlichungen: *Gisela Färber*, Neuere Ansätze des Subventionsabbaus: Grundideen, Erfahrungen des Auslands, Erfolgsbedingungen, in: *Gisela Färber/ Bernhard Seidel* (Hrsg.), Subventionsabbau: Führt eine andere Subven-

tionspolitik endlich zum Erfolg? Schnittpunkte von Forschung und Politik Bd. 3, hrsg. von der Gesellschaft für Programmforschung (GfP), Münster u.a. 2002, S. 25-54; *Gisela Färber*, Ein unzulängliches Instrument, in: Der Architekt – Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten Heft 3-4 2003, Kultur des Wohneigentums, S. 32-34; *Gisela Färber*, Die Eigenheimzulage verfehlt ihre Ziele; in: Finanzreport NRW 4/2003; auch veröffentlicht unter: <http://www.finanzreport.nrw.de/fr0304/red/contra.htm>; *Gisela Färber*, Wirkungen der Eigenheimzulage, in: Wohnungswirtschaft und Mietrecht 2003 Heft 4, S. 196-200; *Gisela Färber*, Federal Regulation of Local Tax Bases and Local Fiscal Equalisation in Germany, in: *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.). Reforms of Local Fiscal Equalisation in Europe, Papers Presented at the ALPES Conference 30.9.-2.10.2002 in Speyer, Speyerer Forschungsbericht Nr. 323, Speyer 2003, S. 401-428; *Gisela Färber* unter Mitarbeit von *Sandra Renn*, Wirkungen der Eigenheimzulage – Probleme der Subventionierung des Erwerbs von Wohnungseigentum durch die Eigenheimzulage, Schriftenreihe des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 192, Dortmund 2003; *Gisela Färber*, Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems; in: *Gisela Färber* (Hrsg.), Das föderative System in Deutschland – Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwirtschaftlicher Sicht, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. Nr. 224, Hannover 2005, S. 146-173; *Gisela Färber* mit Hans Pohle: Vorwort; in: *Gisela Färber* (Hrsg.), Das föderative System in Deutschland – Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwirtschaftlicher Sicht, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. Nr. 224, Hannover 2005, S. 1-9; *Gisela Färber*, Aspekte einer bedarfsgerechten Steuerverteilung, in: *Martin Junkernheinrich* (Hrsg.): Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich – Theorie – Methodik – Instrumente, Berlin 2005, S. 69-90; *Gisela Färber*, Föderale Wohnungspolitik – miteinander – gegeneinander – nebeneinander; in: *Paul Gans/Hans H. Nachtkamp* (Hrsg.), Wohnungspolitik und Wohnraumversorgung, Mannheimer Schriften zu Wohnungswesen, Kreditwirtschaft und Raumplanung 4/2005, S. 3-28; *Gisela Färber*, Die regionalen Auswirkungen dezentralisierter föderaler Steuersysteme – Probleme und Perspektiven für Deutschland und Österreich – in: *Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung Tübingen* (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2006 – Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2006.

13. *Otter*: „Fiskalföderalismus im Vergleich – Analysekonzept und ausgewählte Anwendungsfälle“ (Projektleiterin: *Färber*)

Veröffentlichungen: *Nils Otter*, Problems of Local Fiscal Equalization in Germany, in: *G. Färber/N. Otter* (Hrsg.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Speyerer Forschungsbericht Nr. 232, Speyer 2003, S. 429-448; *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Speyerer Forschungsbericht Nr. 232, Speyer 2003; *Nils Otter*, Grundzüge der deutschen Finanzverfassung, in: *H. Siedentopf* (Hrsg.), Zehn Jahre Deutsch-Französische Verwaltungskolloquien zwischen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration Straßburg/Paris, Speyerer Arbeitsheft Nr. 163, Speyer 2003,

S. 99-121; *Nils Otter/Thomas Döring*, Provision of Local Public Services Between Legal Regulations and Administrative Responsibilities – the Case of Germany, Philipps-Universität Marburg, Volkswirtschaftliche Beiträge Nr. 12/2003, Marburg 2003; *Nils Otter*, Föderalismus und Staatsaufgaben – Ein Analyserahmen zum Vergleich alternativer Möglichkeiten der Aufgabenverteilung im föderativen Staat, FÖV-Discussion Papers Nr. 10, Speyer 2004; *Gisela Färber/Nils Otter*, Reform der Finanzverfassung – eine vertane Chance?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 13-14/2005, 29. März 2005, S. 33-38; *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), *Spatial Aspects of Federative Systems*, Speyerer Forschungsbericht Nr. 242, Speyer 2005; *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, Paper Presented at the Annual Conference of the IPSA Research Committee „Comparative Federalism and Federation Research“, October 4th-7th, 2001 in Javéa, Spain, FÖV Discussion Paper Nr. 1, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2002; *Gisela Färber*, Centralism and Fiscal Federalism; in: *Antonio Chiesi/ Bruno Dallago/Jens Woelk* (Hrsg.), *Organising Cohabitation – The Trentino-South Tyrol Experience and Prospects for the Balkans* (erscheint demnächst); *Gisela Färber*, Reform der Finanzverfassung: Was kann Deutschland von anderen föderativen Staaten lernen?, in: *Wolfgang Franz/Klaus Adam* (Hrsg.): *Instrumente der Finanzpolitik – Grundlagen, Staatsaufgaben, Reformvorschläge*, Festschrift für Rolf Peffekoven zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M. 2003, S. 21-32.

14. *Böhret/Grunow/Ziekow/Brenski/Felder/Franz/Keivandarian/Koch/Oertel/ Reuter/Schmidt/Windoffer*: „Überprüfung ausgewählter Aspekte des Vorschlags zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt KOM (2004) 2“

Veröffentlichung: *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow* (Hrsg.), *Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen*, Speyerer Forschungsberichte 241, Speyer 2005.

15. *Siegel*: „Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt: Begleitende Evaluation des zweiten Modellversuchs des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen“ (Projektleiter: *Ziekow*)

Veröffentlichungen: *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, in: *Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), *Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt – 2. Modellversuch für Kommunen*, 1. Sachstandsbericht, 2004; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, in: *Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), *Befreiung von den Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt, 2. Modellversuch für Kommunen – 2. Sachstandsbericht*, 2005; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, *Zulassung von Nachverhandlungen im Vergabeverfahren? Rechtliche Rahmenbedingungen und erste Zwischenergebnisse des Zweiten Modellversuchs des Landes Nordrhein-Westfalen*, in: *Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (NZBau)* 2005, S. 22-28; *Thorsten Siegel*, *Lockerung es Nachverhandlungsverbots?*, in: *Pitschas/ Ziekow* (Hrsg.), *Vergaberecht im Wandel*, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 176, Berlin 2006, S. 171-191; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, in: *Innenmi-*

nisterium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt – 2. Modellversuch für Kommunen, Abschlussbericht, 2006.

2006

1. *Merten/Montoro Chiner*: „Grundrechte und Verwaltungsverfahren im Bereich von Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften im spanisch-deutschen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses von wissenschaftlichen Ausschüssen auf Inhalt, Gestalt und Überprüfbarkeit von Verwaltungsverfahren“

Veröffentlichungen: *Montoro María Jesús*, Seguridad jurídica, principio de cautela y comités científicos, in: Documentación Administrativa 265-266 (2003), S. 319-364; *Montoro, María Jesús*, Rechtssicherheit, Vorsorgeprinzip und wissenschaftliche Ausschüsse, in: Zeitschrift für Öffentliches Recht 59 (2004), S. 1 ff.; *Montoro, María Jesús u.a.* Document sobre el rebuig des Testimonis de Jehovà a les transfusions de sang. Ausgearbeitet von der Grup d'Opinió de l'Observatori de Bioètica i Dret; *Montoro, María Jesús*, Die Urteilsvollstreckung in der Verwaltungsprozessordnung 29/1998 vom 13. Juli 1998, in: Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Die Reform des Verwaltungsprozessrechts in Spanien, Speyerer Forschungsberichte Nr. 240, Speyer 2005; *Montoro, María Jesús*, Perspectivas de contraste ante el riesgo ecológico. Agentes que intervienen en la evaluación del riesgo. En especial, los comités científicos, in: M.J. Buxó y Maria Casado (Hrsg.) Riesgo y Precaución, Publicacions de la Residència d'Investigadors 2005; *Montoro, María Jesús*, Le norme tecniche ambientali e l'esperienza dell'ordinamento spagnolo, in: Stefano Grassi (Hrsg.), Governo dell'ambiente e formazione delle norme tecniche, Milano 2005.

2. *K. König*: „Regieren in der vorgeschrittenen Moderne“

Veröffentlichungen: *Klaus König u.a.*, Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept, Berlin 2002; *Klaus König*, Regieren als politisches Management und als öffentliche Governance, in: Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung, Berlin 2002, S. 201 ff.; *Klaus König*, Verwaltete Regierung, Köln u.a. 2002; *Klaus König*, Governance – Economic Governance – Corporate Governance, in: Hermann Knödler/Michael Stierle (Hrsg.), Globale und monetäre Ökonomie, Heidelberg 2003, S. 331 f.; *Klaus König*, Governance im Mehrebenensystem, in: Jürgen Bröhmer u.a. (Hrsg.), Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte, Köln u.a. 2005, S. 1461 ff.; *Klaus König*, Öffentliches Management in einer legalistischen Verwaltungskultur, in: Werner Jann u.a. (Hrsg.), Public Management, Berlin 2006, S. 23 ff.

3. *Klug*: Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen – Neue Governanceformen“ Phase I (Projektleiter: *Jansen*)

Veröffentlichungen: *Heide Klug/Dorothea Jansen*, Erster Schritt in die richtige Richtung. Diskussion um neue Governance der Forschung, in: Wissen-

schaftsmanagement, 4. Jg., Juli/August 2005, S. 6-8; *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, New York u.a. 2007; *Dorothea Jansen*, Innovation durch Organisation, Märkte oder Netzwerke?, in: Dirninger, C./ Pichler, Rupert/ Reith, Reinhold (Hrsg.), *Innovationskultur in historischer und ökonomischer Perspektive. Modelle, Indikatoren und regionale Entwicklungslinien*, Innsbruck 2006, S. 77-97; *Dorothea Jansen*, Governance of Research – Working towards Interdisciplinary Concepts, in: *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *New Forms of Governance in Research Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*, New York u.a. 2007, S. 109-133; *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe "Governance der Forschung" – Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung*. Speyer, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, 2007.

4. *Franke/Wald*: „Netzwerkstrategie und Netzwerkfähigkeit von Forschungsgruppen in Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ (Projektleiter: *Jansen*)

Veröffentlichungen: *Katinka Bartl*, Projektdokumentation: Stichprobenziehung, Erhebungsverfahren, Auswertungsverfahren, Daten, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Unveröffentlichtes Manuskript 2005; *Karola Franke/Andreas Wald*, Möglichkeiten der Triangulation quantitativer und qualitativer Methoden in der Netzwerkanalyse, in: Bettina Hollstein/Florian Straus (Hrsg.), *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden 2006; *Karola Franke/Andreas Wald/Katinka Bartl*, Die Wirkung von Reformen im deutschen Forschungssystem. Eine Studie in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Mikroökonomie, Speyerer Forschungsberichte Nr. 245, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer 2006; *Dorothea Jansen*, Networks, social capital and knowledge production, FÖV Discussion Paper No. 8, Speyer 2004; *Dorothea Jansen*, Governance of Research Networks, FÖV Discussion Paper No. 11, Speyer 2004; *Dorothea Jansen*, Innovation durch Organisationen, Märkte oder Netzwerke?, in: Christian Dirninger/Rupert Pichler/ Reinold Reith (Hrsg.), *Innovationskultur: Modelle – Indikatoren – Transfer*, Innsbruck 2006; *Dorothea Jansen*, Research networks – origins and consequences: Preliminary evidence from a study of astrophysics, nanotechnology and micro-economics in Germany, in: Max Albert (ed.), *Scientific Competition. Theory and Policy. Conferences on New Political Economy*, Vol. 24, (im Erscheinen); *Dorothea Jansen/Andreas Wald/Karola Franke/Ulrich Schmoch/Torben Schubert*, Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung – Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59. Jahrgang, Heft 1/2007, S. 125-149; *Andreas Wald*, Zur Messung von Input und Output wissenschaftlicher Produktion. Daten und Ergebnisse einer Untersuchung auf der Ebene von Forschungsgruppen, FÖV Discussion Paper No. 20, Speyer 2005; *Andreas Wald/Karola Franke/ Dorothea Jansen*, Governance Reforms and Scientific Production – Evidence from German Astrophysics, in: *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *New Forms of Governance in Re-*

search Organizations – Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, New York u.a. 2007, S. 213-232.

5. *Reichard*: „Evaluierung kommunaler Managementreformen in Deutschland – Ergebnissicherung nach 10 Jahren Reformaktivitäten“

Veröffentlichungen: *J. Bogumil, S. Grohs, S. Kuhlmann*, Ergebnisse und Wirkungen kommunaler Verwaltungsmodernisierung in Deutschland – Eine Evaluation nach zehn Jahren Praxiserfahrung. In: Bogumil, J./Jann, W./Nullmeier, F. (Hrsg.): Politik und Verwaltung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 37, Wiesbaden 2006, 151-184; *Christoph Reichard*, Neues Steuerungsmodell – Anspruch und Wirklichkeit. In: DIFU (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag. Berlin 2006, S. 183-197; *Christoph Reichard*, Die Stadt als Konzern: „Corporatization“ als Fortführung des NSM?, in: Jörg Bogumil u.a. (einschl. C. Reichard) (Hrsg.), Perspektiven kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Praxiskonsequenzen aus dem Neuen Steuerungsmodell, Berlin 2007, S. 55-64; *Jörg Bogumil* u.a. (einschl. C. Reichard) (Hrsg.), Perspektiven kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Praxiskonsequenzen aus dem Neuen Steuerungsmodell, Berlin 2007.

6. *Heiny/Ittner*. „Systemmängel in Politik und Verwaltung und Strategien zu ihrer Überwindung. Konzeptionelle Perspektiven, entwickelt an ausgewählten Bereichen“ (Projektleiter: *von Arnim*)

Veröffentlichungen: *Herbert von Arnim*, Der gekaufte Abgeordnete – Nebeneinkünfte und Korruptionsproblematik, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 25. Jg., Heft 3/2006, S. 249-254; *Hans Herbert von Arnim*, Nachamtliche Karenzzeiten für Politiker? Ein Kommentar zum Fall Gerhard Schröder, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 39. Jg., Heft 2/2006, S. 44-47; *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Korruption. Begriff, Bekämpfungs- und Forschungslücken, FÖV Discussion Paper Nr. 33, Speyer 2006; *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, FÖV Discussion Paper Nr. 35, Speyer 2006; 2., durchgesehene Aufl. Dezember 2006; 3., unveränderte Aufl. März 2007; *Hans Herbert von Arnim*, Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten. Konsequenzen nach der Neuregelung im Bund und dem Urteil des BVerG, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Jahrgang 60, Heft 11/2007, S. 1246-1249; *Hans Herbert von Arnim*, Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juli 2007, in: Die Öffentliche Verwaltung, Jahrgang 6, Heft 21/2007, S. 897-907.

7. *Daramus*: „Begleitende Evaluierung des ersten Durchlaufs des Bürgerhaushaltes im Bezirk Berlin-Lichtenberg“ (Projektleiter: *Klages*)

Veröffentlichungen: Interne Berichte: *Carmen Daramus*, Erste Befragung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der fünf dezentralen Bürger-

versammlungen zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2005; *Carmen Daramus*, Beobachtung der Sitzung des Redaktionsteams zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer, 2005; *Carmen Daramus*, Befragung und Beobachtung der zweiten zentralen Bürgerversammlung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Bürgerbefragung zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: Ergebnisse, Speyer 2006; *Carmen Daramus*, Zweite Befragung der Stadtverordneten des Bezirks Lichtenberg von Berlin: Ergebnisse, Speyer 2006; *Helmut Klages/Carmen Daramus*, „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin 2007, Speyerer Forschungsbericht Nr. 249, Speyer 2007.

8. *Daimer/Finke*: „Nationale Strukturen und Europäische Integration. Eine mehrstufige Zwei-Ebenen-Analyse des Verfassungsbildungsprozesses in der Europäischen Union“ (Projektleiter: *T. König*)

Veröffentlichungen: *S. Hug/T. Schulz*, Referendums in the EU's constitution building process, paper presented at the DOSEI Final Conference, 19-21 June 2005, Brussels 2005; *T. König* (ed.), Measuring and Analysing European Constitution Building. European Union Politics, Special Issue, 6/2005: 259-269; *T. König/S. Daimer/D. Finke*, Signing off on the Status quo? A Veto player Analysis of the European Constitution, paper presented at the DOSEI Final Conference, Brussels, 19-21 June 2005; *T. König/D. Finke*, Who is in the trap? Analysing European Constitutions-building in the Context of Eastern Enlargement, paper prepared for presentation at conference „Osterweiterung“, WZB 31st March to 1st April 2006; *T. König/S. Hug*, Policy-making Processes and the European Constitution: A Comparative Study of Member States and Accession Countries, London: Routledge 2006 (forthcoming); *G. Tsebelis*, Agenda Setting in the EU Constitution: From the Giscard Plan to the Pros Ratification (?) Document, paper presented at the DOSEI Final Conference, 19-21 December 2005, Brussels 2005.

9. *Junge*: „Die Formulierung nationaler Positionen – Eine vergleichende Studie zu europäischen Gesetzesvorhaben“ (Projektleiter: *T. König*)

Veröffentlichungen: *Christopher Achen*, Evaluating Political Decision making Models, in: Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen (Hrsg.), The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models, Cambridge 2006 (im Erscheinen); *Konstantin Baltz/Thomas König/Gerald Schneider*, Immer noch ein etatistischer Kontinent: Die Bildung nationaler Positionen zu EU-Verhandlungen, in: Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch, Interessenpolitik in Europa. Regieren in Europa, Band 7, Baden-Baden 2005, 283-309; *Dirk Junge/Thomas König*, What's Wrong with EU Spatial Analysis? Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches, eingereicht beim Journal of Theoretical Politics 2006; *Thomas König*, The Unit of Analysis and the Model Approach, Research Note, in: Journal of Theoretical Politics, 17 (3), 363-369, London 2005; *Thomas König/Dirk Junge* 2004. „The Art of Spatial Modelling. Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches in the Study of EU Legislative Politics“. Paper presented

at the ECPR General Conference, Budapest 7-10, 2005; *Thomas König/Björn Hörl/Sandra Lechner/Winfried Pohlmeier*, Bicameral Conflict Resolution in the European Union. An Empirical Analysis of Conciliation Committee Bargains, *British Journal of Political Science* 2006 (im Erscheinen); *Thomas König/Dirk Junge*, Die räumliche Modellierung von EU Entscheidungssituationen. Akteure, Dimensionen, Interessen, Stimmengewichte und die Natur des Politikraums, *FÖV-Discussion Papers* 25, Speyer 2006; *Thomas König/Dirk Junge*, Formal and Informal Council Decision Making: A Serious Contradiction?, Vortrag auf dem Workshop „Who Governs in the Council of Ministers?“, Robert Schumann Centre for Advanced Studies, Florenz, 19.-20. Mai 2006; *Thomas König/Sven-Oliver Proksch*, A Procedural Exchange Model of EU Legislative Politics, in: Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006, 211-238; *Thomas König/Sven-Oliver Proksch*, Exchanging and Voting in the Council: Endogenizing the Spatial Model of Legislative Politics, in: *Journal of European Public Policy*, 13 (5), 647-669, Oxford 2006; *Robert Thomson/Frans N. Stokman/Thomas König/Christopher Achen* (Hrsg.), *The European Union Decides: The Empirical Relevance of Policy Making Models*, Cambridge 2006.

2007

1. *Margies*: „Bürgernahe Verwaltungssprache“ (Projektleiter: *R. Fisch*) 28.2.

Veröffentlichungen: *Burkhard Margies*, „Fremdwörter“, Serie „Praxistipps Verwaltungssprache“. S. 49 in: *Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis*, 50. Jahrgang, Ausgabe 6; *Burkhard Margies*, „Höflichkeit“, Serie „Praxistipps Verwaltungssprache“. S. 49 in: *Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis*, 50. Jahrgang, Ausgabe 5; *Burkhard Margies*, „Fachbegriffe“, Serie „Praxistipps Verwaltungssprache“. S. 47 in: *Der Gemeinderat - Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis*, 50. Jahrgang, Ausgabe 4.

2. *Lütje/Schierz*: „E-Procurement in der öffentlichen Verwaltung“ (Projektleiter: *Wirtz*) 31.3.

Veröffentlichung: *Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Gerhardt Paul Schierz*, Elektronische Beschaffung in der Öffentlichen Verwaltung – Eine Analyse der Implementierungsbarrieren von e-Procurement in Kommunen –, *Discussion Paper* Nr. 34, Speyer 2006.

3. *Richter*: „Aufgabendezentralisierung in Nordrhein-Westfalen“ (Projektleiterin: *Färber*)

Daniel Richter/Gisela Färber, Aufgabendezentralisierung in NRW, Gutachten im Auftrag des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, Speyer Mai 2007.

4. *Bugdahn*: "Die Welthandelsorganisation – Institutionelle Reform und Entwicklung" (Projektleiter: *Bohne*)

Veröffentlichungen: *Sonja Bugdahn*, The World Trade Organization: Between Governments and NGOs, in: David Eaton (Hrsg.), The End of Sovereignty? A Transatlantic Perspective, Münster/Berlin/Hamburg/London 2006, S. 129-65; *Sonja Bugdahn*, Reforming the World Trade Organization: A Choice between Effectiveness and Equity?, FÖV Discussion Paper Nr. 28, Speyer 2006; *Eberhard Bohne*, Internationale Organisationen aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht am Beispiel der World Trade Organization, in: Sommermann/Magiera/Merten (Hrsg.), Festschrift für Siedentopf (erscheint demnächst).

5. *Windoffer*: "Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen" (Projektleiter: *Ziekow*)

Veröffentlichungen: *Jan Ziekow/Alexander Windoffer*, Public Private Partnership als Verfahren – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen, in: Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht 2005, 665 ff.; *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*: Die Vergaberechtpflichtigkeit von Partnerschaften der öffentlichen Hand, in: Vergaberecht 2005, 145 ff.; *Jan Ziekow*, Public Private Partnership – auf dem Weg zur Formierung einer intermediären Innovationsebene?, in: Verwaltungsarchiv 98 (2006), 626 ff.; *Jan Ziekow*: Die vergaberechtlich zulässige Vertragslaufzeit bei komplexen PPP-Modellen, in: VergabeR 2006, 702 ff.; *Jan Ziekow/Alexander Windoffer*, Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen, Baden-Baden 2008; *Alexander Windoffer*, Strukturierung und Steuerung von PPP, in: PPP-News, Newsletter des Vereins PPP in Hessen e.V., Ausgabe II-2008 (im Erscheinen).

6. *Jahn*: "Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen" (Projektleiter: *Knorr*)

Veröffentlichungen: *Andreas Knorr*, Verkehrspolitik: Die Entwicklung in (Nachkriegs-)Deutschland, in: M. Leschke/I. Pies (Hrsg.), Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart 2005, S. 73-98; *Andreas Knorr/Andreas Eichinger*, Die Bahnreform in Großbritannien – jüngste Entwicklungen und kritische Würdigung, in: J. Lange (Hrsg.), Weichenstellungen für die Bahn, Loccumer Protokolle 62/04, Rehberg-Loccum 2005, S. 49-84; *Andreas Knorr/Andreas Arndt*, Most Low-Cost Airlines Fail(ed). Why Did Southwest Airlines Prosper?, in: P. Forsyth/D. Gillen/O. G. Mayer/H.-M. Niemeier (Hrsg.), Competition versus Predation in Aviation Markets, Aldershot/Burlington 2005, S. 145-170; *Andreas Knorr*, Gemeinwohl und Daseinsvorsorge in der Infrastrukturpolitik, in: K. H. Hartwig/A. Knorr (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in der Infrastrukturpolitik, Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Heft 157, Göttingen 2005, S. 31-53.

7. Wolf: "Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten. Fortschritte und Hindernisse" (Projektleiter: *von Arnim*)

Veröffentlichungen: *Hans Herbert von Arnim*, Der gekaufte Abgeordnete – Nebeneinkünfte und Korruptionsproblematik, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 25. Jg., Heft 3/2006, S. 249-254; *Hans Herbert von Arnim*, Nachamtliche Karenzzeiten für Politiker? Ein Kommentar zum Fall Gerhard Schröder, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 39. Jg., Heft 2/2006, S. 44-47; *Sebastian Wolf*, Maßnahmen internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung auf nationaler Ebene, FÖV Discussion Paper Nr. 31, Speyer 2006; *Sebastian Wolf*, Die Modernisierung des deutschen Antikorruptionsstrafrechts durch internationale Vorgaben – Momentaufnahme und Ausblick, *Neue Juristische Wochenschrift*, 59. Jg., Heft 38/2006, S. 2735-2738; *Sebastian Wolf*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law by International Legal Provisions, in: *German Law Journal*, 7. Jg., Ausgabe 9/2006, S. 785-792; *Sebastian Wolf*, Internationalisierung des Antikorruptionsstrafrechts: Kritische Analyse zum Zweiten Korruptionsbekämpfungsgesetz, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 40. Jg., Heft 2/2007, S. 44-46; *Sebastian Wolf*, Modernization of the German Anti-Corruption Criminal Law: The Next Steps, in: *German Law Journal*, 8. Jg., Ausgabe 3/2007, S. 295-302; *Sebastian Wolf*, Kriminalisierung der Abgeordnetenbestechung: ein Paradigmenwechsel durch Internationalisierung?, in: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 56. Jg., Heft 2/2007, S. 161-165; *Sebastian Wolf*, Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 253, Speyer 2007.

8. *Beck*: "Aufgaben für die öffentliche Verwaltung im 21. Jahrhundert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung" (Projektleiter: *R. Fisch*) 30.9.

Fisch, R./Beck, D. (Hrsg.), *Komplexitätsmanagement. Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung*, Wiesbaden 2004; *Beck, D./Fisch, R.*, Einsatz entscheidungsunterstützender Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen, *Speyerer Forschungsberichte* Nr. 235, Speyer 2005; *Beck, D./Fisch, R.*, Zusammenarbeit in Organisationen – Eine sozialpsychologische Analyse, in: *H. Knödler/M. H. Stierle* (Hrsg.), *Globale und monetäre Ökonomie*, Heidelberg 2003, S. 263-281; *Fisch, R./Beck, D.*, Ein sozialpsychologischer Bezugsrahmen für die gute Gestaltung politisch-administrativer Entscheidungsprozesse, in: *A. Benz/H. Siedentopf/K.-P. Sommermann* (Hrsg.), *Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung*, Berlin 2004, S. 201-216; *Beck, D./Fisch, R.*, Dynamics of group role diversity in work teams, in: *A. P. Hare/E. Sjøvold/H. G. Baker/J. P. Powers* (Eds.), *Analysis of social interaction systems: SYMLOG research and applications*, Lanham, MD, 2005, pp. 17-34; *Dieter Beck/Stefan Koch/Rudolf Fisch*, *Verwaltungspsychologie – Ein wenig beachtetes Gebiet der Angewandten (Sozial-)Psychologie*, in: *E. H. Witte* (Hrsg.), *Perspektiven der Sozialpsychologie*, Lengerich 2005, S. 125-142; *Stefan Koch/Dieter Beck*, *Verwaltungspsychologie*, in: *Dieter Frey/Lutz von Rosenstiel/Carl Graf Hoyos* (Hrsg.), *Wirtschaftspsychologie*, Weinheim 2005, S. 382-387; *Fisch, R./Beck, D.*, *Veränderungsmanagement in Organisationen – Organisations-*

wissenschaftliche Grundlagen, in: Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.), Dokumentation des XXVI. Internationalen Gemeinschaftsseminars der deutschsprachigen Länder (DACH): „Veränderungsmanagement in der öffentlichen Verwaltung“, Eupen, Belgien, 25.5. – 28.5.2004; *Rudolf Fisch/Dieter Beck*, Organisationsgestaltung und Veränderungsmanagement. Die Organisationskultur als kritischer Erfolgsfaktor, FÖV Discussion Papers 37, Speyer 2006; *Rudolf Fisch*, Führungskräfte als Modernisierer: Ihre Vorstellungen, ihr Handeln, Speyerer Vorträge 87, Speyer 2007; *Rudolf Fisch/Dieter Beck*, Organisationskultur als kritischer Faktor des Veränderungsmanagements, in: Winfried Kluth (Hrsg.), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2006, Baden-Baden 2007, S. 117-138, *Dieter Beck/Rudolf Fisch*, Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im 21. Jahrhundert – Konsequenzen für die Organisationsgestaltung. Alltagspsychologische Vorstellungen und wissenschaftliche Ansätze über Organisationswandel und –design (in Vorbereitung); *Rudolf Fisch/Andrea Müller/Dieter Beck* (Hrsg.), Veränderungen in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung. Wiesbaden (in Vorbereitung).

9. *Daimler/Finke*: “Europa auf dem Weg zu einer Verfassung: Eine vergleichende Untersuchung der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union” (Projektleiter: *T. König*)

10. *von Bredow*: “Das Recht auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Rechtsprechungsraum: Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes” (Projektleiter: *Sommermann*)

Veröffentlichungen: *Karl-Peter Sommermann*, Funktionen und Methoden der Grundrechtsvergleichung, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. 1, Heidelberg 2004, S. 631-678; *Karl-Peter Sommermann*, Konvergenzen im Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht europäischer Staaten, in: DÖV 2002, S. 133-143; *Karl-Peter Sommermann*, Die Bedeutung der Rechtsvergleichung für die Fortentwicklung des Staats- und Verwaltungsrechts in Europa, in: DÖV 1999, S. 1017-1029; *Lippold Frhr. von Bredow*, Direito processual administrativo no contexto europeu – tutela administrativa sob influência do Direito Internacional Público e supranacional, in: Revista CEJ (Brasília) Nr. 27 (Okt.-Dez. 2004), S. 5-12; *Lippold Frhr. von Bredow*, Nationale Souveränitätsreserven in der Rechtsprechung von Conseil constitutionnel und Bundesverfassungsgericht (im Erscheinen); *Lippold Frhr. von Bredow*, La responsabilidad Internacional del Estado, in: Pedro Aberastury (Hrsg.), Responsabilidad del Estado, Buenos Aires 2007, S. 429-467; *Karl-Peter Sommermann*, Entwicklungsperspektiven des Rechtsstaates: Europäisierung und Internationalisierung eines staatsrechtlichen Leitbegriffs, in: S. Magiera/K.-P. Sommermann (Hrsg.), Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Berlin 2007, S. 75-90; *Karl-Peter Sommermann*, Das Recht auf effektiven Rechtsschutz als Kristallisationspunkt eines gemeineuropäischen Rechtsstaatsverständnisses, in: F.

Kirchhof/H.-J. Papier/H. Schäffer (Hrsg.), Rechtsstaat und Grundrechte. Festschrift für Detlef Merten, Heidelberg 2007, S. 443-461.

11. *Schäffer*. "Grundrechte in Österreich"

Schäffer, Heinz, Österreich und die Europäische Union – Erfahrungen und Leistungen des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, [im Themenheft „Die Stellung der Verfassungsgerichte bei der Integration in die Europäische Union (The Position of Constitutional Courts Following Integration into the European Union)“, Bled/Slowenien 30. September – 2. Oktober 2004] in: Zeitschrift für öffentliches Recht 60 (2005), S. 345-388; *Schäffer, Heinz*, Restitution von ehemaligem Habsburger-Vermögen? Zum Antrag auf Naturalrestitution von (Immobilien)Vermögen des ehemals bestandenen Familienversorgungsfonds des Hauses Habsburg-Lothringen in: Zeitschrift für Öffentliches Recht 60 (2005), S. 619-728; *Schäffer, Heinz*, Izkusnje avstrijskega ustavnega sodišča s pravnim sistemom Evropske unije [Experiences of the Constitutional Court of the Republic of Austria Concerning the EU Legal System] (Übersetzung ins Slowenische von Tomaž Longyka) in: REVUS (revija za evropsko ustavnost) 2005/3, S. 44-68; *Schäffer, Heinz*, Österreich und die Europäische Union. Erfahrungen und Leistungen des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, in: Arne Mavčič (Red), The Position of Constitutional Courts Following Integration into the European Union, International Conference Bled, Slovenia 30 September – 2 October 2004, Proceedings (Ljubljana: Ustavno sodišče Republike Slovenije 2005), S. 57-97; *Schäffer, Heinz*, Vom Beruf der Politik zur Gesetzgebung in unserer Zeit, in: *Heinz Schäffer* (Hrsg.), Evaluierung der Gesetze/Gesetzesfolgenabschätzung in Österreich und im benachbarten Ausland, Wien 2005, S. 9-28; *Schäffer, Heinz*, Allgemeine Argumentationsstrukturen in der Rechtsprechung europäischer Höchstgerichte, vor allem am Beispiel der Grundrechtsinterpretation der Verfassungsgerichtshöfe in Österreich und Italien, in: Szilágyi István/Paksy Máté (ed), *Ius unum, lex multiplex. Liber amicorum Studia Z. Péteri dedicata. Tanulmányok a jogösszehasonlítás, az államelmélet és a jogbölcselet köréből = Studies in Comparative Law. Theory of State and Legal Philosophy* [Péteri Zoltán-FS], Budapest 2005, S. 163-200; *Schäffer, Heinz*, Structures and Functioning of Administration in the New European Union (Conclusions) [Struktur und Funktionsweise der Verwaltung in der Neuen Europäischen Union Zusammenfassende Schlussbemerkungen – Schlusswort], in: Hartmut Bauer/Julia Iliopoulos-Strangas (Hrsg.), Die Neue Europäische Union, Erster Kongress der SIPE (in Kolymbari/Kreta), SIPE 1, Brüssel/Berlin/Athen 2005; *Schäffer, Heinz*, Der Verfassungsvertrag und die Reform des Rechtsetzungssystems in der EU, in: Roland Floimair (Hrsg.), Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Enquête des Salzburger Landtages 2. Mai 2005, Salzburg 2005, S. 23-38.

Anhang III:

**Übersicht über die in den letzten fünf Jahren
durchgeführten Verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagungen
und Forschungsseminare**

2003 Forschungskolloquium „Erfahrungen mit Methoden zur Handhabung komplexer Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung“

Forschungskolloquium vom 31. März bis 2. April 2003 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*/Privatdozent Dr. *Dieter Beck*)

10. WiDuT-Arbeitstagung

Zehnte Arbeitstagung der wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern am 30. Juni und 1. Juli 2003 zum Thema „Von der Information zur Kommunikation: Verwaltung in den Außenbeziehungen“ (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*)

Symposium: Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

Symposium am 27. und 28. Juni 2003 in Potsdam (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*/Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Potsdam)

Symposium „Demokratie in Europa“

Symposium vom 10. bis 12. Juli 2003 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bauer*/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*/Univ.-Prof. Dr. *Peter Michael Huber*)

2004 Workshop I der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Abstimmung des Erhebungsdesigns: Auswahl von Untersuchungseinheiten und Indikatorendiskussion“

Workshop vom 12. bis 13. Februar 2004 in Karlsruhe (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen* /Univ.-Prof. Dr. *Stefan Kuhlmann*, Enschede/PD Dr. *Ulrich Schmoch*, Karlsruhe).

Öffentliche Podiumsdiskussion „Politikfinanzierung in der Europäischen Union“ im Rahmen der Europawoche 2004

Podiumsdiskussion am 5. Mai 2004 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*).

Forschungskolloquium „Rechtsschutz in Brasilien, Argentinien und Deutschland im Vergleich“

Forschungskolloquium vom 24. bis 26. Mai 2004 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*/Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva*)

Workshop II der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Neue Governanceformen in der Forschung – Disziplinäre Theorieansätze, Schnittstellen, Integrationsmöglichkeiten“

Workshop vom 1. bis 2. Juli 2004 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*).

11. WiDuT-Arbeitstagung

Elfte Arbeitstagung der wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern am 27. und 28. September 2004 zum Thema „Personalrotation in der Praxis – Konzepte, Konflikte, Konsequenzen –“ (Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*)

Symposium: Arbeitskreis „Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

Symposium am 22. und 23. Oktober 2004 in Potsdam (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*/Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, Potsdam)

Forschungssymposium „Estado de Derecho y Tutela Judicial en América Latina – Rechtsstaat und Rechtsschutz in Lateinamerika“

Symposium am 5. November 2004 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Armin von Bogdandy* [Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht]/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Forschungssymposium „Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik“

Forschungssymposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag am 3. Dezember 2004 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*)

Veröffentlichung: *Jan Ziekow* (Hrsg.), Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik, Speyerer Forschungsberichte Nr. 243, Speyer 2006.

2005 Workshop „Stand und Perspektiven des Leistungsauftrages in Rheinland-Pfalz“

Workshop in Kooperation mit dem Landtag Rheinland-Pfalz und dem Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*)

Veröffentlichung: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags in Rheinland-Pfalz. Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005, Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Bd. 28, Mainz 2005.

Workshop III der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Verschränkung externer und interner Governance in der Forschung“

Workshop vom 17. bis 18. Februar 2005 in Kassel (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Barbara Kehm*, Kassel/Univ.-Prof. Dr. *Uwe Schimank*, Hagen/Univ.-Prof. Dr. *Jürgen Enders*, Enschede/Univ.-Prof. Dr. *Thomas Groß*, Gießen/Univ.-Prof. Dr. *Hans-Heinrich-Trute*, Hamburg).

Internationale Tagung „Spatial Aspects of Federative Systems“

Internationale Tagung in Zusammenarbeit mit der Akademie für Raumordnung und Landesplanung in der Zeit vom 23. bis 25. Februar 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*/Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Horst Zimmermann*/Univ.-Prof. Dr. *Bernard Dafflon*/Univ.-Prof. Dr. *Erich Thöni*)

Veröffentlichung: *Gisela Färber/Nils Otter* (Hrsg.), *Spatial Aspects of Federative Systems*, Speyerer Forschungsberichte Nr. 242, Speyer 2005.

Workshop „Empfiehl sich eine Reform der Atomverwaltung?“

Workshop in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 23. Mai 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Expertenworkshop „Neue Governance der Forschung – Steuerungsinstrumente in Theorie und Praxis“

Expertenworkshop der DFG-Forschergruppe „Governance der Forschung“ und des Zentrums für Wissenschaftsmanagement am 10. Juni 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

Akademische Feier

Am 21. Juni 2005 fand aus Anlass der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* eine Akademische Feier statt.

Veröffentlichungen: *Hans Peter Bull*, *Vom Auf- und Abbau der Bürokratie*, Vorträge des Forschungsinstituts 1, Speyer 2006; *Janbernd Oebbecke*, *Rechtswissenschaftliche Forschung und Verwaltung*, Vorträge des Forschungsinstituts 2, Speyer 2006.

Projekt-Konferenz: „Domestic Structures and European Integration. A multi-stage two-level analysis of constitution building in the European Union

Vom 20. bis 22. Juni 2005 fand in Brüssel die Abschlusskonferenz des DOSEI-Projekts statt.

Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung 2005 „Towards a European Research Area“

Verwaltungswissenschaftliche Arbeitstagung 2005 in der Zeit vom 19. bis 21. Oktober 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

12. WiDuT-Arbeitstagung: „Experimentelle Rechtsetzung: Gesetzesfolgenabschätzung – Erfahrungen und Perspektiven im In- und Ausland“

27./28. Oktober 2005 (Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*)

Symposium „Continuidad constitucional y protección judicial en América Latina – Verfassungskontinuität und Rechtsschutz in Lateinamerika“

Symposium am 28. Oktober 2005 (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

9. Gemeinsames Seminar mit der Escola d'Administració Pública de Catalunya

Vom 16. bis 18. November 2005 findet das 9. Gemeinsame Seminar mit der Escola d'Administració Pública de Catalunya in Speyer statt. Das Thema lautet „Aktuelle Probleme des Verwaltungsrechts im Zeichen der Europäisierung“ (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *María Jesús Montoro Chiner*/Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*)

Workshop IV der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Netzwerke und Leitbilder in ihrer Verflechtung mit Governancemechanismen der Außen- und Innensteuerung“

Workshop vom 17. bis 18. November 2005 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*)

2006 Erster Workshop im Projekt ‚Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung‘ mit den am Projekt beteiligten Modellkommunen

Am 14. Februar 2006 fand im Rahmen des Projektes ‚Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung‘ der erste Workshop mit den teilnehmenden Kommunen statt.

Workshop V der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Prinzipal-Agenten-Modelle zur Erklärung interner Governance von Universitäten am Beispiel von Graduiertenförderung und Einführung von NPM-Instrumenten“

Workshop vom 2. bis 3. März 2006 in Trier (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dieter Sadowski*, Trier/Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*).

13. WiDuT-Arbeitstagung: Verwaltung der Verwaltung

Am 13. und 14. März 2006 fand in Speyer die 13. WiDuT-Arbeitstagung mit dem Titel "Verwaltung der Verwaltung: Steuerung und beispielhafte Organisation von Querschnittsaufgaben" statt (Leitung: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*).

Symposium zur „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ anlässlich der Emeritierung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf

Professor Dr. Dr. h. c. *Heinrich Siedentopf* vollendete am 5. März 2006 sein 68. Lebensjahr und wurde daher mit Ablauf des 31. März 2006 emeritiert. Aus Anlass der Emeritierung veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung am 30. und 31. März 2006 ein internationales Forschungssymposium unter dem Generalthema „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“. (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

„Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“, Symposium aus Anlass der Emeritierung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. Detlef Merten

Aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten* zum 1. April 2006 veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer am 15. September 2006 ein Symposium unter dem Thema „Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“ (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

First European Summit on Modernizing Government

Vom 23. bis zum 25. August 2006 wurde in Speyer in Kooperation von DHV und FÖV eine internationale Sommerakademie „First European Summit on Modernizing Government“ für Vertreter europäischer Staaten aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*).

Forscherguppe GPEJ

Die Forschergruppe „Effektivität des Rechtsschutzes“ (GPEJ) mit gemeinsamen Seminaren und Workshops, gefördert von der DFG und der brasilianischen Partnerorganisation CAPES, traf sich bereits sechsten Mal vom 17.-20. September 2006, diesmal wieder am FÖV (Leitung: Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

Workshop VI der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Theoretische Integration der Forschungsergebnisse der ersten Phase und Schlussfolgerungen für die Praxis“

Workshop vom 26. bis 27. September 2006 in Karlsruhe (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*/PD Dr. *Ulrich Schmoch*, Karlsruhe/Univ.-Prof. Dr. *Stefan Kuhlmann*, Enschede/Univ.-Prof. Dr. *Uwe Schimank*, Hagen).

50. Jahrestagung der Deutschen Sektion des IIAS in Speyer

Am 28. und 29. September 2006 fand anlässlich des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) die Jahrestagung „Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik“ in Speyer statt. (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*).

Bilaterales Symposium mit Rechtswissenschaftlern der Universidad del Rosario (Bogotá, Kolumbien) zum Thema „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“

Am 16. und 17. Oktober 2006 fand in Speyer das Symposium „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“ statt. Die in spanischer Sprache durchgeführte Veranstaltung diente dem Ziel, den Status der Bürger im Verhältnis zur öffentlichen Gewalt aus unterschiedlichen Themenperspektiven zu beleuchten und im rechtsvergleichenden Dialog der beteiligten deutschen und kolumbianischen Rechtswissenschaftler gemeinsame Forschungsinteressen herauszuarbeiten (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*).

Symposium des Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“

Vom 2. bis 3. November 2006 trafen sich die Mitglieder des interdisziplinär orientierten Arbeitskreises „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“, dem namhafte, mit dem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung befasste Wissenschaftler angehören, zum ersten Symposium des Arbeitskreises mit dem Titel „Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltung“ (Leitung: em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* und Prof. Dr. *Christoph Reichard* (Potsdam)).

Forschungssymposium des Arbeitskreises Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Am 4. November 2006 kamen die Mitglieder des Arbeitskreises *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts* in Speyer zusammen. (Leitung: em. Prof. Dr. Dr. *Klaus König* und Prof. Dr. *Werner Jann* (Potsdam)).

2007 Workshop VII der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung – Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe ‚Governance der Forschung‘“

Workshop vom 15. bis 16. Februar 2007 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*/PD Dr. *Ulrich Schmoch*)

Wissenschaftspolitische Tagung der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zu den „Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung – Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe ‚Governance der Forschung‘“

Wissenschaftspolitische Tagung und Vorstellung der Forschungspolitischen Thesen der Forschergruppe „Governance der Forschung“ vom 14. bis 15. März 2007 in Berlin (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*).

Forschungskolloquium „Veränderungen in Organisationen – eine interdisziplinäre Herausforderung“

Workshop am 15. Juni 2007 anlässlich der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch* (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*)

Villa Vigoni Tagung des Wissenschaftsmanagements 2007 zum Thema „Die Europäische Forschungspolitik und ihre Konsequenzen für nationale und internationale Kooperationen“

Tagung vom 16. bis 18. Juli 2007 in Loveno di Menaggio (Como), Italien, ausgerichtet vom Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer e. V. und der Forschergruppe „Governance der Forschung“, gefördert vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Deutsch-koreanisches Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich

Workshop vom 13. bis 15. September 2007 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*/Univ.-Prof. Dr. *Jong Hyun Seok*)

Workshop VIII der Forschergruppe „Governance der Forschung“ zum Thema „Nationale und europäische Forschungsförderung. Auswirkungen auf die Hochschul- und Forschungspolitik sowie die Mikroebene der Forschung“

Workshop vom 20. bis 21. September 2007 in Hamburg (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*/Univ.-Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute*, Hamburg).

Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

Nachwuchswissenschaftlertagung zum Thema „Hochschulen und außeruniversitäre Forschung unter Reformdruck“

Tagung vom 11. bis 12. Oktober 2007 in Speyer (Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*/Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*/Dr. *Margrit Seckelmann*/Prof. Dr. *Hellmut Wagner*).

Anhang IV:
Rechtsgrundlagen

Auszug aus dem

**Landesgesetz über die Deutsche Hochschule für
Verwaltungswissenschaften Speyer (Verwaltungshochschulgesetz – DHVG)
vom 2. März 2004 in der Fassung des Ersten Gesetzes zur Änderung des
Verwaltungshochschulgesetzes vom 19. Oktober 2005
(GVBl. Rheinland-Pfalz 2005, S. 488)**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 67

Rechtsstellung und Aufgaben

(1) Bei der Hochschule besteht das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Es untersteht in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Rechtsaufsicht dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums und in Auftragsangelegenheiten der Fachaufsicht dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium.

(2) Dem Forschungsinstitut obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung; dies umfasst die Erschließung und Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

(3) Das Forschungsinstitut hat das Recht der Selbstverwaltung und das eigene Satzungsrecht im Rahmen der Gesetze. Es nimmt seine Aufgaben als eigene Angelegenheiten wahr (Selbstverwaltungsangelegenheiten), soweit sie nicht als staatliche Aufgaben zur Erfüllung im Auftrag des Landes übertragen sind (Auftragsangelegenheiten). Satzungen bedürfen der Genehmigung durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium.

§ 68

Mitglieder

(1) Das Forschungsinstitut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder.

(2) Die Ordentlichen Mitglieder werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat für die Dauer von fünf Jahren aus dem Kreis der auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesenen Wissenschaftler aus dem In- und Ausland berufen; Wiederberufung ist möglich. Die Berufung ist dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium anzuzeigen. Der Institutsvorstand entscheidet auf der Grundlage eines individuellen Forschungsplans des zu berufenden Mitglieds, der sich in das Forschungsprogramm des Forschungsinsti-

tuts einpassen muss. Die Ordentlichen Mitglieder sind zur Wahl des Institutsvorstands berechtigt und können in den Institutsvorstand gewählt werden.

(3) Die Korrespondierenden Mitglieder werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat für die Dauer von fünf Jahren berufen; Wiederberufung ist möglich. Korrespondierende Mitglieder können sein:

1. auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesene Wissenschaftler,
2. an in- oder ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen tätige Wissenschaftler anderer Disziplinen, welche die Verwaltungsforschung durch interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut fördern können, und
3. Praktiker, die bei der Fortentwicklung der Verwaltungswissenschaften mitwirken.

Die Korrespondierenden Mitglieder wirken beratend und unterstützend bei den Forschungsprojekten mit und sind Teil eines wissenschaftlichen Netzwerks, welches die Forschungsk Kooperation des Forschungsinstituts unterstützt.

§ 69 Organe

Organe des Forschungsinstituts sind der Institutsvorstand, der Direktor, der Institutsvorstandsrat und der Wissenschaftliche Beirat.

§ 70 Durchführungsbestimmungen

Das Nähere über Aufgaben und Organisation des Forschungsinstituts regelt der Ministerpräsident durch Rechtsverordnung.

**Landesverordnung
über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
vom 22. Dezember 2005**

(GVBl. Rh.-Pf. 2006, S. 16-18 zuletzt geändert am 19. Dezember 2006,
GVBl. Rh.-Pf. 2006, 438-440)

Aufgrund des § 70 des Verwaltungshochschulgesetzes vom 2. März 2004 (GVBl. S. 171), geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 2005 (GVBl. S. 488), BS 223-20, wird verordnet:

§ 1

Aufgaben

(1) Zur Förderung der Verwaltungsforschung (§ 67 Abs. 2 des Verwaltungshochschulgesetzes – DHVG –) pflegt das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Forschungsinstitut) die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen.

(2) Das Forschungsinstitut entwickelt unter der Verantwortung seiner Direktorin oder seines Direktors ein Leitbild und ein Forschungsprogramm, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte ergeben. Das Leitbild und das Forschungsprogramm werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat beraten und beschlossen. Das Forschungsprogramm ist jährlich fortzuschreiben. Darüber hinaus stellt das Forschungsinstitut einen jährlichen Arbeitsplan auf, aus dem sich der für die Forschungsleistungen erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergibt.

(3) Das Forschungsinstitut übernimmt neben eigenen Forschungsvorhaben im Rahmen seines Forschungsprogramms die Durchführung von Forschungsvorhaben auf Antrag derjenigen Gebietskörperschaften, die an der Finanzierung des Forschungsinstituts beteiligt sind, zu angemessenen Anteilen. Forschungsvorhaben für Dritte sind im Rahmen freier Kapazitäten möglich, sofern die Kosten für die Inanspruchnahme von Personal- und Sachmitteln vom Auftraggeber getragen werden.

(4) Das Forschungsinstitut fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen sowie in seiner Forschungstätigkeit die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Mainstreaming).

§ 2

Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten

(1) Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehören insbesondere

1. die Entwicklung des Leitbildes und des Forschungsprogramms,
 2. die Planung und Durchführung der Forschung,
 3. die Pflege und Entwicklung von Kooperationen mit deutschen und ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Netzwerken, insbesondere im europäischen Forschungsverbund,
 4. die Berufung Ordentlicher und Korrespondierender Mitglieder,
 5. die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
 6. die Weiterbildung des Personals,
 7. die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags,
 8. die Verwaltung eigenen Vermögens und
 9. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Aufgaben des Forschungsinstituts.
- (2) Die §§ 9, 74, 75 und 76 DHVG gelten für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 3

Institutsvorstand

- (1) Der Institutsvorstand besteht aus mindestens fünf Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern.
- (2) Die Mitglieder der jeweiligen Gruppe des Forschungsinstituts wählen aus ihrer Mitte die ihrer Gruppe angehörenden Mitglieder des Institutsvorstands für die Dauer von vier Jahren. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Institutsvorstands findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.
- (3) Die Mitglieder des Institutsvorstands sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
- (4) Der Institutsvorstand beschließt insbesondere
 1. das Leitbild und das Forschungsprogramm sowie den jährlichen Arbeitsplan
 2. die Tätigkeitsberichte des Forschungsinstituts,
 3. die Forschungsvorhaben und die Projektleitung,
 4. den Haushaltsvoranschlag und die Grundsätze der Mittelverteilung innerhalb des Forschungsinstituts (zum Beispiel das Programmbudget),
 5. die Institutsordnung,
 6. die Einstellung und den Einsatz von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie
 7. den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen.

§ 4

Direktorin oder Direktor

(1) Die Berufung der Direktorin oder des Direktors und der Stellvertretenden Direktorin oder des Stellvertretenden Direktors des Forschungsinstituts erfolgt auf Vorschlag des Institutsvorstands mit Zustimmung des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium aus dem Kreis der Ordentlichen Mitglieder. Die Amtsperiode entspricht der des Institutsvorstandes. Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt erfolgt eine neue Berufung für die verbleibende Amtsperiode.

(2) Die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts

1. leitet das Forschungsinstitut zusammen mit dem Institutsvorstand,
2. schlägt dem Institutsvorstand das Leitbild, das Forschungsprogramm und den jährlichen Arbeitsplan zur Beratung und Beschlussfassung vor,
3. trägt die Verantwortung für das Budget und das Personal des Forschungsinstituts,
4. bereitet die Beschlüsse des Institutsvorstands vor und führt sie aus,
5. vertritt das Forschungsinstitut nach außen,
6. führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte des Forschungsinstituts und
7. berichtet dem Institutsverwaltungsrat

(3) Bei der Erledigung der Aufgaben nach Absatz 2 wird die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer unterstützt. Soweit zur Erledigung dieser Aufgaben nicht eigene Personal- oder Sachmittel des Forschungsinstituts zur Verfügung stehen, kann sich das Forschungsinstitut im Einvernehmen mit der Rektorin oder dem Rektor der Hochschule des Personals und der sächlichen Einrichtungen der Hochschule bedienen. Das Nähere regelt ein zwischen Hochschule und Forschungsinstitut geschlossener Vertrag, der der Zustimmung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf.

(4) Die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts nimmt gegenüber dem Personal des Forschungsinstituts die Dienstvorgesetzten- und Arbeitgeberfunktionen wahr.

§ 5

Wissenschaftlicher Beirat

(1) Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Forschungsinstituts. Er unterstützt Evaluierungen des Forschungsinstituts.

(2) Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus mindestens drei und höchstens fünf nicht dem Forschungsinstitut angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die verschiedene Fachrichtungen des Forschungsinstituts vertreten sol-

len. Mindestens ein Mitglied soll seine berufliche Tätigkeit im Ausland ausüben. Die Mitglieder werden auf Vorschlag des Institutsvorstands von dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen. Eine erneute Berufung ist nur einmalig zulässig.

(3) Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 6

Institutsvorstandsrat

(1) Der Institutsvorstandsrat dient der Verbindung des Forschungsinstituts mit der Verwaltungspraxis und der Wahrung des gesamtstaatlichen Interesses aufgrund der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung des Forschungsinstituts nach Artikel 91 b des Grundgesetzes (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vom 28. November 1975 (Banz. Nr. 240 S. 4) in der jeweils geltenden Fassung. Er berät den Institutsvorstand, erörtert den jährlichen Arbeitsplan und vermittelt insbesondere den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis.

(2) Das Einvernehmen des Institutsvorstandsrats ist erforderlich bei

1. der Entwicklung des Leitbildes und des Forschungsprogramms,
2. der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags und
3. der Institutsordnung.

(3) Der Institutsvorstandsrat besteht aus

1. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Bundes,
2. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz, wobei ein Mitglied dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium und ein Mitglied dem für die Angelegenheiten der Rechtspflege zuständigen Ministeriums angehören muss, sowie
3. je einer Vertreterin oder einem Vertreter derjenigen Länder, die durch Erklärung gegenüber dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz dem Institutsvorstandsrat beitreten.

Die Mitglieder werden von den jeweils zuständigen Stellen des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums des Landes Rheinland-Pfalz sowie dem Institutsvorstand namentlich benannt. Vertretung und Stimmübertragung sind zulässig. Den Vorsitz führt das Mitglied, das dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz angehört; die Vertretung erfolgt durch das dem für die Angelegenheiten der Rechtspflege zuständigen Ministeriums des Landes Rheinland-Pfalz angehörende Mitglied. Die Direktorin oder der Direktor und die stellvertretende Direktorin oder der stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts sowie das vorsitzende Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Institutsvorstandsrats teil.

(4) Der Institutsvorstandsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

Personal, Finanzierung und Haushaltsgrundsätze

- (1) Das Personal des Forschungsinstituts steht im unmittelbaren Dienst des Landes Rheinland-Pfalz.
- (2) Das Forschungsinstitut wird gemäß der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung und der Ausführungsvereinbarung zu dieser Rahmenvereinbarung von den Vertragschließenden, vorbehaltlich der Entscheidungen der hiernach zuständigen Stellen gemeinschaftlich finanziert.
- (3) § 72 DHVG gilt für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 8

Institutsordnung

Das Nähere über Aufgaben und Organisation des Forschungsinstituts regelt eine Institutsordnung, die der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf.

§ 9

Übergangsbestimmung

- (1) Der bei In-Kraft-Treten dieser Verordnung im Amt befindliche Institutsvorstand bleibt bis zur erstmaligen Wahl des Institutsvorstands nach § 3 im Amt.
- (2) Der bei In-Kraft-Treten dieser Verordnung im Amt befindliche Geschäftsführende Direktor und dessen Stellvertretender Direktor bleiben bis zur erstmaligen Berufung der Direktorin oder des Direktors und der stellvertretenden Direktorin oder des stellvertretenden Direktors des Forschungsinstituts nach § 4 im Amt.

§ 10

In-Kraft-Treten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 10. Februar 2001 (GVBl. S. 54, BS 223-20-2), außer Kraft.

Mainz, den 22. Dezember 2005

Der Ministerpräsident

Kurt Beck

Institutsordnung
des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung
bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung gibt sich nach § 12 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 10. Februar 2001 (GVBl. 2001, S. 54) folgende Verfahrensordnung (Institutsordnung):

§ 1

Zusammensetzung des Institutsvorstandes

- (1) Der Institutsvorstand besteht aus mindestens fünf Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern.
- (2) Für die Mitglieder des Institutsvorstandes werden Abwesenheitsvertretungen gewählt.

§ 2

Verfahren des Institutsvorstandes

- (1) Der Institutsvorstand wird von seiner Direktorin oder seinem Direktor zu seinen Sitzungen schriftlich einberufen. Hierbei ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Der Institutsvorstand ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens zwei Mitglieder des Institutsvorstandes dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangen.
- (2) Die Einladung soll eine Woche vor dem Sitzungstermin den Mitgliedern des Institutsvorstandes zugegangen sein. In begründeten Ausnahmefällen kann die Ladungsfrist abgekürzt werden.
- (3) Jedes Mitglied des Instituts kann unter Beachtung der Fristen nach Abs. 2 schriftlich verlangen, dass eine näher bezeichnete Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen wird.
- (4) Falls kein Mitglied des Institutsvorstandes oder dessen Vertreter widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, in der Sitzung des Institutsvorstandes beraten und beschlossen werden.
- (5) Die Direktorin oder der Direktor kann weitere Personen um ihre Teilnahme an der Sitzung des Institutsvorstandes bitten, wenn dies wegen der zu behandelnden Angelegenheiten zweckmäßig erscheint.
- (6) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz in der Sitzung des Institutsvorstandes. Der Institutsvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Institutsvorstand beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder; über die Annahme und Durchführung der einzelnen Forschungsvorhaben beschließt er mit der Mehrheit der Zahl seiner Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Direktorin oder des Direktors.

(7) Über Angelegenheiten, die eine Sektion betreffen, darf nur nach Stellungnahme der betreffenden Sektionsleiterin oder des betreffenden Sektionsleiters oder seiner Stellvertreterin oder seines Stellvertreters entschieden werden.

§ 3 Umlaufverfahren, Dringlichkeitsentscheidungen

(1) Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Institutsvorstandes unterliegen und nicht bis zur nächsten Sitzung des Institutsvorstandes aufgeschoben werden können, sind von allen Vorstandsmitgliedern im schriftlichen Umlaufverfahren zu entscheiden. Im Umlaufverfahren kann die Entscheidung nur ohne Gegenstimme getroffen werden. In jedem Fall muss die Mehrheit der Vorstandsmitglieder zustimmen.

(2) Kann in einer Angelegenheit nach Absatz 1 wegen äußerster Dringlichkeit der Entscheidung ein Umlaufverfahren nicht durchgeführt werden, so kann die Direktorin oder der Direktor entscheiden (Dringlichkeitsentscheidung). Entscheidungen nach Satz 1 sind dem Institutsvorstand in der nächsten Sitzung mitzuteilen; er kann sie aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind.

(3) Die in § 2 Abs. 4 Nummern 1, 2, 4 und 5 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut genannten Angelegenheiten können nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein.

§ 4 Verfahren der Institutsversammlung

(1) Die Institutsversammlung wird von der Direktorin oder dem Direktor schriftlich einberufen. Die Ladungsfrist soll zwei Wochen betragen. Die Institutsversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Viertel der nach § 7 der Landesverordnung über das Forschungsinstitut Teilnahmberechtigten dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangt.

(2) Bei der Einberufung ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Falls kein Mitglied oder keine Mitarbeiterin oder kein Mitarbeiter des Instituts widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, beraten und beschlossen werden.

(3) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz der Institutsversammlung.

(4) Die Institutsversammlung kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden Empfehlungen gegenüber dem Institutsvorstand und der Direktorin oder dem Direktor aussprechen.

§ 5 Sektionen

(1) Jede Sektion entwickelt im Rahmen der Forschungsplanung des Instituts für ihren Forschungsschwerpunkt ein Programm, in das sich die Forschungsprojekte

der Sektion einfügen. Das Programm soll in regelmäßigen Abständen fortentwickelt werden.

(2) Die Sektionsleiterinnen oder Sektionsleiter koordinieren die Forschungsprojekte und Veranstaltungen der Sektion. Sie fördern die wissenschaftlichen Kontakte der Sektion mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie wissenschaftlichen Institutionen. Sie repräsentieren die Sektion und vertreten die Angelegenheiten der Sektion im Institutsvorstand. Der Institutsvorstand wählt für die Dauer seiner Amtszeit die Sektionsleiterinnen oder Sektionsleiter aus seiner Mitte und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter aus dem Kreis der Ordentlichen Mitglieder des Forschungsinstituts; auch die Direktorin oder der Direktor und die stellvertretende Direktorin oder der stellvertretende Direktor sind wählbar. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Institutsvorstands findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.

(3) Die Sektionsleiterinnen oder Sektionsleiter halten die Direktorin oder den Direktor über die Angelegenheiten der Sektion auf dem Laufenden.

(4) Forschungsreferentinnen oder Forschungsreferenten können im Einvernehmen mit dem jeweiligen Sektionsleiter neben ihren Forschungsaufgaben mit Aufgaben der Sektion betraut werden (Sektionsreferentinnen oder Sektionsreferenten).

§ 6

Direktorin / Direktor

(1) Die Direktorin oder der Direktor und seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter werden im Einvernehmen mit der Hochschule vom Institutsvorstand vorgeschlagen.

(2) Die Direktorin oder der Direktor wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer sowie Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter und ein Sekretariat unterstützt. Der Direktor ist Vorgesetzter der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers sowie der Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter, der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Sekretariats. Die wissenschaftliche Verantwortung der Projektleiterinnen oder Projektleiter bleibt unberührt.

§ 7

Mitwirkung des Wissenschaftlichen Beirats bei der Berufung von Mitgliedern

Vor der Berufung eines Mitglieds gibt der Institutsvorstand dem Wissenschaftlichen Beirat Gelegenheit zur Stellungnahme. Dazu informiert er den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats von der Berufungsabsicht.

§ 8

Projektleiterinnen / Projektleiter

(1) Jedes Forschungsprojekt wird von einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern des Instituts geleitet. Eine gemeinsame Projektleitung mit einer nicht dem Institut angehörenden Wissenschaftlerin oder einem solchen Wissenschaftler ist möglich.

(2) Die Projektleiterinnen und Projektleiter setzen die Projektbearbeiterinnen und Projektbearbeiter ihrer Eignung und Befähigung gemäß ein und treffen die notwendigen Maßnahmen, damit das jeweilige Projekt im vorgesehenen Zeitraum abgeschlossen werden kann. Der erfolgreiche Abschluss eines Forschungsprojekts wird durch Vorlage eines in der Regel zur Veröffentlichung vorgesehenen Abschlussberichts dokumentiert.

§ 9

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(1) Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind die auf den Planstellen des Instituts geführten oder aus Drittmitteln finanzierten Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten, die mit der Bearbeitung von Forschungsaufgaben betraut sind.

(2) Die Projektleiter arbeiten mit den Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten vertrauensvoll zusammen, um die erfolgreiche Durchführung des Projekts sicher zu stellen. Im Übrigen werden die Rechte und Pflichten der Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten vertraglich festgelegt.

§ 10

Arbeitstagungen und Forschungsseminare

(1) Das Institut führt unter der wissenschaftlichen Leitung von Mitgliedern des Instituts Arbeitstagungen und Forschungsseminare durch. Eine Kooperation mit anderen Einrichtungen sowie eine gemeinsame Leitung mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern ist möglich.

(2) Arbeitstagungen dienen der Vermittlung und Erörterung von Forschungsergebnissen unter Beteiligung einer größeren Fachöffentlichkeit. Forschungsseminare zielen auf die vertiefte Diskussion konkreter Forschungsprojekte oder aktueller Themen in einem begrenzten Teilnehmerkreis. Arbeitstagungen und Forschungsseminare sollen die Begegnung und den Austausch von Wissenschaft und Praxis fördern.

§ 11

Arbeitskreise

Für interdisziplinäre und längerfristige Fragestellungen können Mitglieder des Instituts Arbeitskreise einrichten, in denen unter Beteiligung auswärtiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und gegebenenfalls auch Praktikerinnen und Praktiker in regelmäßigen Sitzungen Forschungsthemen systematisch erörtert

werden. Die gemeinsame Leitung von Arbeitskreisen mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Praktikerinnen und Praktikern ist möglich. Die Arbeitskreise dienen insbesondere der Pflege eines Netzwerks von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in dem jeweiligen Forschungsgebiet. Die Ergebnisse der Arbeitskreise sollen veröffentlicht werden.

§ 12 Forschungskolloquien

In den Forschungskolloquien wird über die Zwischenergebnisse laufender Forschungsprojekte berichtet und diskutiert. Die Forschungskolloquien dienen der interdisziplinären Vernetzung der Institutsarbeit und der Vorstellung von Forschungsvorhaben der Gastforscher des Instituts. Auswärtige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können zu Gastvorträgen eingeladen werden.

§ 13 Veröffentlichung von Forschungsergebnissen

Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sind die beteiligten Mitglieder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die einen eigenen wissenschaftlichen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen und Mitautoren zu nennen. Falls keine Einigung erreicht werden kann, entscheidet der Institutsvorstand.

§ 14 Hoheitliche Forschung, Gemeinnützigkeit der entgeltlichen Auftragsforschung

(1) Die Institutsforschung unterscheidet sich in hoheitliche Forschung und in entgeltliche Auftragsforschung im Ressortbereich der Bundes- oder Landesbehörden sowie für Private.

(2) Der Bereich der entgeltlichen Auftragsforschung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(3) Zweck des Betriebs ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben im Bereich der wissenschaftlichen Erforschung staatlichen Verwaltungshandelns im Auftrag von Bund, Ländern, Gemeinden oder anderer Auftraggeber. Diese Projekte dienen der Hervorbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich des Verwaltungshandelns. Die im Rahmen der Forschungsprojekte gewonnenen Erkenntnisse sollen entweder über öffentlich zugängliche Projektberichte in einer der Publikationsreihen des FÖV oder in einem anerkannten Fachverlag, über wissenschaftliche Artikel, Tagungen, die Nachrichtenreihen oder die Homepage des FÖV der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

(4) Der Betrieb gewerblicher Art der entgeltlichen Forschungstätigkeit des FÖV ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(5) Mittel des Bereichs der gewerblichen Auftragsforschung des FÖV dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Sie sind in diesem Rahmen für den vom Mittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden. Die Mittel sind bei der für Haushaltsfragen zuständigen Stelle auf gesonderten Konten zu führen.

(6) Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung erhält bei Auflösung oder Aufhebung des Betriebs gewerblicher Art oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.

(7) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Einwerbung und Annahme von Drittmitteln darf nicht mit einer Beschaffungsentscheidung des Instituts in Zusammenhang stehen. Die rechtlichen und tatsächlichen Leistungsbeziehungen zwischen Drittmittelgeber und Forschungsinstitut sind zu dokumentieren und aufzubewahren.

§ 15 In-Kraft-Treten

Diese Institutsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft. Gleichzeitig tritt die Institutsordnung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 27. Juni 2001 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 17. September 2001, S. 1735f.) außer Kraft.

§ 16 Überprüfung

Vier Jahre nach dem In-Kraft-Treten prüft der Institutsvorstand, ob sich die Bestimmungen dieser Institutsordnung bewährt haben.

Speyer, den 7. Dezember 2004

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow
Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung
bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Die Institutsordnung wurde von der Staatskanzlei am 28. Dezember 2004 genehmigt.

Anhang V:

Personenverzeichnis

- Aberastury* 216
Arndt 199
von Arnim 7, 23, 30, 33, 41, 66, 69, 80, 93, 96, 97, 98, 99, 102, 103, 104

Baranova 125
Barnekow 19, 145, 148, 149, 170, 172, 174, 175, 199
Bartz 19, 149, 151
Bauer, C. 19, 141, 201
Bauer, H. 7, 110, 133, 134
Beck 73, 75, 99, 197
Beck, K. 209
Becker 16, 218
Bellmann 20, 151
Benz 36, 55, 57, 58, 96, 100, 101
Blinn 207
Blümel 20, 58, 60, 99, 104, 107, 200, 201
Bohne 8, 33, 141, 148, 160, 162, 168, 170, 171, 174, 199, 206, 213
Böhret 16, 197, 201, 205
Bouckaert 16, 180
Bräuninger 115
von Bredow 123, 134, 199
Brenski 184
Broß 96
Bugdahn 160, 199
Bull 18, 96, 205, 215
Buschor 17

Czada 95

Dafflon 8, 110

Daimer 120, 200
Dalezios 20, 82, 89, 128, 129, 130, 135, 137, 199
Daramus 21, 45, 62, 64, 97, 102, 103, 104, 200, 261, 262
Derlien 17, 96
Deubel 96
Döhler, M. 96
Dzwonnek 203

Ebling 34
Edeling 180
Eggensberger 32
Elsner 34
Engel 37

Fallberg 50
Färber 9, 20, 21, 27, 31, 33, 82, 89, 92, 104, 110, 125, 127, 128, 129, 130, 132, 133, 134, 135, 137, 138, 191, 199, 200, 215, 263
Finke 120, 200
Fisch, R. 9, 25, 41, 68, 73, 75, 85, 96, 98, 99, 133, 197, 205
Fisch, S. 10, 19, 24, 25, 141, 149, 169, 171, 172, 174, 175, 189
Fraenkel 218
Frank 34
Franke 57, 98, 101
Frenzel 169, 196
Fuhr 96
Funke 21, 89

García Macho 218
Gebauer 96

- Gerhards 32
 Glöckner 21, 60, 62, 64, 66, 97, 103
 Gökelmann 34
 González Pascual 218
 von Görtz 55, 105
 Grewe 17
 Grimm 96
 Grubert 34

 von Hagen 115
 Haritz 17
 Hauser 34
 Hayn 50
 Heidler 22, 55, 105, 200
 Heiny 102
 Heinze 96
 Hermonies 196
 Hilf 17
 Hill 10, 23, 25, 41, 96, 180, 182, 192,
 205, 212, 213, 214
 Hohn 22, 47, 105
 Horstmann 149, 201
 Hrbek 17
 Hübers 32
 Hug 122
 Hüper 96

 Isoria 218
 Ittner 102

 Jahn 153, 199
 Jann 95, 180
 Jansen 11, 19, 22, 28, 30, 33, 47,
 52, 55, 56, 57, 58, 94, 97, 98,
 100, 101, 103, 105, 106, 110,
 145, 148, 149, 168, 170, 171,
 172, 174, 175, 199, 200, 201,
 203, 204, 205, 206, 208, 210, 213
 Jock 23, 182
 Jug 32
 Jung 34
 Jungkind 32

 Kapoguzov 218
 Kellner 23, 133, 134, 138, 186
 Kempf 201
 Keseberg 34
 Király 23, 66
 Klages 11, 21, 26, 41, 45, 50, 51, 62,
 64, 97, 100, 103, 106, 185, 192,
 195, 200
 Kloke 24, 58, 104, 200
 Klug 196
 Knorr 11, 20, 141, 151, 153, 175,
 198, 199
 Koch, W. 34
 Koch, C. 24, 33, 162, 170, 172, 197
 Kohler-Koch 17
 König, K. 12, 41, 94, 95, 97, 180,
 201, 215
 König, T. 12, 96, 110, 115, 120, 122,
 123, 200
 Konukiewitz 96
 Konzendorf 197
 Krech 34
 Kropp 95
 Krücken 12, 20, 24, 41, 58, 60, 94,
 97, 98, 100, 106, 107, 200, 210
 Kutting 24, 149

 Lessau 25, 182
 Liebig 184

von Lucke 196

Lüder 180

Luetgert 115, 201

Lütje 78, 102, 199

Mäder 115

Magiera 13, 110, 118, 133, 135, 138,
139, 197, 206

Margies 25, 68, 75, 77, 78, 85, 98,
107, 108

Margreiter 25, 175, 189

Masser 26, 45, 50, 192, 195, 200

Merten 13, 24, 141, 162, 163, 164,
165, 166, 169, 172

Montoro Chiner 17, 163

Mory 26, 83

Mühlenkamp 13, 21, 41, 60, 64, 66,
96, 98, 100, 101, 103, 108, 133

Müller 217

Murswieck 95

Nesseldreher 196

Niedobitek 197

Nothnagel 32

Oebbecke 35

Oertel 157

Oller Rubert 218

Otter 27, 110, 127, 134, 139, 199,
201

Papier 17, 164, 165, 169

Perlingeiro Mendes da Silva 216,
218

Pitschas 14, 141, 167, 168, 169,
170, 172, 173, 175, 176, 197,
199, 215, 217

Pläßmann 34

Preller 27, 92

Pruisken 52, 106

Reich 34, 208

Reichard 17, 96, 97, 101, 180

Reinermann 196, 251

Richter 27, 130, 132, 191, 263

Rienauß 34

Roellecke 18

Rogge 148

Rosen 199

Schäffer 165

Schatz 95

Schedler 180

Schenker-Wicki 37

Schiedermaier 201

Schierz 78, 199

Schimanke 95

Schmitz 34

Schmoch 57

Schröter 180

Schurig 196

Schwarte 34

Seckelmann 28, 32, 210, 217

Semmet 28, 52, 106

Sicko 28, 192

Siedentopf 14, 29, 96, 110, 117, 118,
119, 133, 134, 136, 199, 216

Siegel 29, 134, 155, 156, 157, 170,
173, 176, 199

Sommermann 14, 29, 33, 95, 110,
118, 119, 123, 133, 136, 139,
140, 180, 199, 207, 216, 217

- Speer* 29, 117, 118, 119, 136, 139, 199
Stadelmaier 96
Stege 34
Steinmetz 34
Stelkens 15, 110, 207
Stockmayer 96
Stoll 30, 33, 145, 148, 149, 170, 172, 174, 175, 199
Stolleis 17
Streitferdt 180
Strohm 217
- Timmer* 34
Trautmann 135
Treutlein 115
Trute 15, 141, 203, 206, 208
- Ullrich* 30, 83, 200
- Vaubel* 17
Vetters 30, 41, 69, 98, 108, 201
Vogel 200
Vollmer 34
- Wagner* 210
Wahl 17
- Wald* 55, 57, 58, 98, 100, 101
Walther 31, 89
Walz 148
Weber 134, 148, 172, 201
Werres 196
Wewer 96
Wieland 15, 23, 27, 110, 134, 136, 137, 186, 191
Windoffer 31, 33, 87, 97, 98, 99, 101, 108, 109, 157, 158, 160, 169, 170, 171, 173, 176, 177, 194, 196, 200, 207
Winkler 85
Wirtz 16, 26, 30, 41, 78, 83, 97, 99, 102, 199, 200
Wolf 80, 81, 97, 99, 196, 201
Wollmann 17
Wongsaree 218
Wurster 34
- Zech* 34
Zeh 96
Ziekow 16, 28, 29, 31, 33, 87, 89, 97, 101, 102, 141, 155, 156, 157, 158, 160, 167, 169, 171, 174, 177, 178, 180, 192, 194, 199, 200, 207, 209, 215
Ziller 38, 118
Zimmermann 17

Anhang VI:

Speyerer Forschungsberichte

- Nr. 1 *Werner Hugger*, Der Test als Instrument zur Verbesserung von Gesetzen, Juni 1978 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 2 *Michael J. Seifert*, Indikatoren zur quantitativ-vergleichenden Organisationsforschung, 2 Bde., September 1978.
- Nr. 3 *Klaus König*, Integrative Tendenzen in der Verwaltungswissenschaft, Oktober 1978 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 4 *Michael Borchmann*, Abgrenzung von Staatsaufgaben gegenüber privaten Agenden seit 1815 nach der repräsentativen Literatur, März 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 5 *Heinrich Reinermann*, Die Informations- und Dokumentationsleitstelle „Verwaltung und Verwaltungswissenschaften“, März 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 6 *Heinrich Siedentopf/Karl-Rolf Schmid*, Personalbemessung in der Ministerialverwaltung, April 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 7 *Klaus König*, Social Sciences Knowledge in the Policy of Administrative Reforms, Juli 1979.
- Nr. 8 *Hartmut Picht*, Die Ziele des Europäischen Währungssystems aus der Sicht der EG-Staaten, Oktober 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 9 *Werner Jann/Eva Kronenwett*, Handlungsspielräume und Entscheidungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik Deutschland – untersucht am Beispiel der Förderung strukturschwacher Räume, Band 1, Band 2, November 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 10 *Werner Hugger*, Handlungsspielräume und Entscheidungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik Deutschland – untersucht am Beispiel des Gesundheitswesens, November 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 11 *Peter Fricke/Werner Hugger*, Test von Gesetzentwürfen – Voraussetzungen einer testorientierten Rechtsetzungsmethodik – Teil 1, Dezember 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 12 *Peter Fricke/Werner Hugger*, Test von Gesetzentwürfen – Experimentelle Methoden zur Unterstützung der Rechtsetzungspraxis – Teil 2, Band 1: Bericht, Band 2: Anlagen, September 1980 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 13 *Carl Böhret* (Hrsg.), Gesetzgebungspraxis und Gesetzgebungslehre – Ein Erfahrungsaustausch, März 1980; 2. Aufl. August 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 14 *Klaus König*, Verwaltungswissenschaften und Verwaltungsreformen, Oktober 1979 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 15 *Rolf Maier*, Hochschul- und Wissenschaftsverwaltung als Gegenstand der Verwaltungswissenschaft und der Fortbildung, Juni 1980 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 16 *Klaus König*, Developments of the intra-administrative Organization in the Federal Republic of Germany, November 1980.
- Nr. 17 *Bernd Janson*, Die Pflicht des Staates zur Bereitstellung von Ausbildungsstätten und ihre Grenzen, Dezember 1980 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 18 *Helmut Klages/Willi Herbert*, Staatssympathie. Eine Pilotstudie zur Dynamik politischer Grundeinstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Januar 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 19 *Jolanta Urbanowicz/Georg Adamowitsch*, Die Kader der öffentlichen Verwaltung in der Volksrepublik Polen – Organisation, Dienstrecht, Aus- und Fortbildung, Februar 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 20 *Hartmut Picht/Claus-Peter Matt*, Staatsverwaltung und Wirtschaftswachstum – Eine empirische Untersuchung staatlicher Verdrängungseffekte für die Bundesrepublik Deutschland 1960 – 1979, 2 Bände, April 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 21 *Rainer Eck*, Lebenssituation, Wertorientierung und politische Kultur – Ergebnisse der Grundausswertung einer Umfrage im Jahr 1979, April 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 22 *Klaus König/Michael Protz*, Encyclopaedia of Public Administration – An International and Integrative Conception, Report of a Workshop, Sept. 16 – 18, 1981, Dezember 1981 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 23 *Willi Blümel* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Enteignungsrechts, Juni 1982; 2. Aufl. Februar 1983.
- Nr. 24 *Ingo Heberlein*, Auswirkungen der Verwaltungsverfahrensgesetze auf die Dogmatik des Verwaltungsrechts, 2 Bände, August 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 25 *Michael Protz*, Administrative Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik – Länderberichte: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, August 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 26 *Klaus König*, Entwicklungspolitik und internationale Verwaltungsbeziehungen aus der Sicht der Aus- und Fortbildung, Oktober 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 27 *Werner Patzig*, Erfahrungen mit der Kodifizierung des Organisationsrechts im Landesverwaltungsgesetz von Schleswig-Holstein, Oktober 1982 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 28 *Gerhard Franz*, Wirtschaftslage, Aspirationsdynamik und politischer Anspruchsdruck in der Bundesrepublik Deutschland – Zeitreihenanalyse zur Veränderungsdynamik persönlicher und politischer Einstellungen im ökonomischen Wandel, Mai 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 29 *Detlef Merten/Ferdinand Kirchhof*, Quantitative Analyse der zentralen Rechtsnormen des Bundes und Bayerns, Juni 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 30 *Klaus König/Michael Protz-Schwarz*, Administrative Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik – Verwaltungsförderung und -ausbildung durch internationale Organisationen: Vereinte Nationen, Weltbank, OECD und Europäische Gemeinschaften, Juli 1983.
- Nr. 31 *Willi Herbert*, Anspruchsexplosion im Wohlfahrtsstaat? – Theoretische und empirische Analysen zur Anspruchsentwicklung –, Juli 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 32 *Bernd Rückwardt*, Wirtschaftlichkeit durch Privatisierung? – Problemaufriß und Materialauswertung –, August 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 33 *Klaus König*, Zum Konzept der Entwicklungsverwaltung, August 1983.
- Nr. 34 *Klaus König*, Evaluation als Kontrolle der Gesetzgebung, Dezember 1983 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 35 *Gerhard Franz*, Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und ökonomisches Verhalten in Zeiten öffentlicher Verschuldung – Beiträge zu einer Sozialpsychologie der Staatsverschuldung in demokratischen Regierungssystemen, Januar 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 36 *Karl-Heinz Dittrich*, Wertorientierungen, Zeitwahrnehmung und politischer Protest – Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Veränderung von Orientierungsmerkmalen, März 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 37 *Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Verwaltungsförderung: Historische Entwicklung und Verwaltung – Das Beispiel Preußens, März 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 38 *Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Verwaltungsförderung: Der sozialistische Weg – Das Beispiel der DDR, April 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 39 *Olaf-Sven Költzow*, Ausgaben und Personal der Flächenländer im Vergleich, Mai 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 40 *Francesco Capotorti/Ghita Ionescu/Heinrich Siedentopf*, L'Application de la Législation Communautaire par les Etats Membres, Mai 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 40 *Francesco Capotorti/Ghita Ionescu/Heinrich Siedentopf*, The Implementation of Community Legislation by Member States, März 1985.
- Nr. 41 *Wilfried Frankenbach/Heinrich Reinermann*, Benutzerorientierte und bürgerfreundliche Informationstechnik für kleinere Kommunalverwaltungen, Oktober 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 42 *Willi Blümel*, (Hrsg.), Teilbarkeit von Planungsentscheidungen, Dezember 1984; 2., unveränderte Aufl. September 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 43 *Klaus König/Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Die Stellung der Länder in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dezember 1984 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 44 *Michael G. Schimek*, Legitimierende und delegitimierende Einflüsse auf die Regierungspopularität – Eine Interventionsanalyse der Regierungspopularität der sozial-liberalen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 – 1981, Januar 1985.
- Nr. 45 *Carl Böhret*, Hochschulen und ihr Umfeld – Erfahrungen und Erwartungen im Meinungsspiegel, Januar 1985 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 46 *Klaus Lüder* (Hrsg.), Betriebswirtschaftliche Organisationstheorie und öffentliche Verwaltung – Einige neuere Erkenntnisse und Entwicklungen der Organisationstheorie mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für Verwaltungsorganisation, Januar 1985 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 47 *Hans F. Illy/Eugen Kaiser*, „Entwicklungsverwaltung“: Wandlungen im Selbstverständnis eines Forschungsbereiches, März 1985 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 48 *Klaus Lüder* (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven des öffentlichen Rechnungswesens, Januar 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 49 *Willi Blümel* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Planfeststellungsrechts, März 1986; 2., unveränderte Aufl. September 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 50 *Roman Loeser*, Die Bundesverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland – Bestand, Rechtsformen und System der Aufbauorganisation, 2 Bde., Februar 1986; 2. Aufl. Oktober 1987; 3., unveränderte Aufl. November 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 51 *Roman Loeser*, Organisationsgesetze vom ausgehenden Mittelalter zur Bundesrepublik Deutschland – Quellensammlung –, Oktober 1986; 2. Aufl. August 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 52 *Carl Böhret* (Hrsg.), Simulationsmodelle für die öffentliche Verwaltung – Erfahrungen und Entwicklungstendenzen, Juli 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 53 *Klaus König*, Zur Überprüfung von Rechtsetzungsvorhaben des Bundes, Juli 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 54 *Bernhard R. Scholz*, Bodenschutz zwischen Datenschwemme und Informationsdefizit – politisch-administrative Lösungsansätze, Oktober 1986 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 55 *Willi Blümel* (Hrsg.), Planfeststellung und Flurbereinigung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Januar 1987; 2. Aufl. Mai 1987; 3. Aufl. März 1988, 4., unveränderte Aufl. Oktober 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 56 *Helmut Klages/Joachim Braun/Peter Röhrig* (Hrsg.), Soziale Selbsthilfe – Entwicklungsperspektiven und Unterstützungsmöglichkeiten durch die Sozial- und Gesundheitspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden, April 1987; 2. Aufl. Februar 1988.

- Nr. 57 *Heimo Prokop*, Staatliches Problemlösungsverhalten und „Verwaltungskultur“ in Frankreich und Italien, September 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 58 *Erhard Blankenburg/Helmut Klages/Dieter Stempel* (Hrsg.), Überlegungen zu einer Strukturanalyse der Zivilgerichtsbarkeit, September 1987.
- Nr. 59 *Stefan Schmidt-Meinecke*, Bundesländer und Europäische Gemeinschaft – Entwicklung und Stand der Länderbeteiligung im Europäischen Einigungsprozeß –, September 1987; 2. Aufl. März 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 60 *Arthur Benz/Angelika Benz*, Dezentralisierungspolitik in Frankreich. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 61 *Arthur Benz*, Die Reform des Verhältnisses zwischen Staat und Lokalverwaltung in Großbritannien. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 62 *Joachim Jens Hesse/Arthur Benz*, „New Federalism“ unter Präsident Reagan. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 63 *Arthur Benz*, Anpassungsprozesse in der föderativen Staatsorganisation der Bundesrepublik Deutschland. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, November 1987 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- (Nr. 64) *Joachim Jens Hesse/Arthur Benz*, Staatliche Modernisierung im internationalen Vergleich: Analyseansatz und Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse. Teilstudie im Rahmen des Projektes „Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und föderalstaatliche Reaktion“, erschienen in: Joachim Jens Hesse/Arthur Benz, Die Modernisierung der Staatsorganisation. Institutionspolitik im internationalen Vergleich, Nomos: Baden-Baden 1990 (nur über den Buchhandel erhältlich).
- Nr. 65 *Willi Blümel* (Hrsg.), Bedarfsplanung – Planfeststellung – Immissionschutz, März 1988; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1988; 3., unveränderte Aufl. September 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 66 *Klaus König*, Developments in Privatization in the Federal Republic of Germany – Problems, Status, Outlook –, April 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 67 *Carl Böhret* (Hrsg.), Aspekte der öffentlichen Verwaltung und Verwaltungswissenschaften in Spanien – Aspectos de la Administración Pública y de las Ciencias Administrativas en España, Juni 1989; 2., unveränderte Aufl. Juni 1990.

- Nr. 68 *Gisela Färber*, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und Informationstechnik – Zukünftige Perspektiven und Implikationen für Staat und Verwaltung, September 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 69 *Volker Schlegel*, Bestimmungsgründe organisatorischer Entscheidungen in Stadtverwaltungen, Oktober 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 70 Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer / Kernforschungszentrum Karlsruhe – Abteilung für angewandte Systemanalyse – (Hrsg.), Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben. Zwischenergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes, 2 Bde., Dezember 1988.
- Nr. 71 *Klaus Lüder* (Hrsg.), Forschungskoooperation zwischen industriellen Unternehmen und Hochschulen, Dezember 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 72 *Klaus König*, Kritik öffentlicher Aufgaben, Dezember 1988 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 73 *Klaus Lüder/Hannes Streim/Christiane Hinzmann/Brigitte Kampmann/Günter Merschbächer/Ralph Otte*, Vergleichende Analyse öffentlicher Rechnungssysteme – Länderberichte.
- Band 1: *Streim/Lüder/Hinzmann*, USA, März 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 2: *Lüder/Otte*, Kanada, März 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 3: *Lüder/Otte*, Frankreich und Großbritannien, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 4: *Lüder/Streim/Kampmann*, Dänemark, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 5: *Streim/Kampmann*, Schweden, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993;
- Band 6: *Lüder/Merschbächer*, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, März 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993;
- Band 7: *Lüder/Kampmann*, Italien, Oktober 1992;
- Band 8: *Lüder/Kampmann*, Spanien, Oktober 1992; 2., unveränderte Aufl. Januar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom);
- Band 9: *Lüder*, Japan, März 1993.
- Nr. 74 *Konrad Littmann*, Finanzpolitik bei Bevölkerungsrückgang. Anmerkungen zu einer notwendigen Neuorientierung staatlicher Entscheidungen, März 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 75 *Willi Blümel* (Hrsg.), Planung und Sondernutzung von Straßen, Juni 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1991; 3., unveränderte Aufl. November 1995.

- Nr. 76 *Klaus Lüder*, Comparative Government Accounting Study – Interim Summary Report, März 1989; Revised Edition August 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 77 *Uwe Stehr*, Determinanten der Kreditvergabepolitik der internationalen Entwicklungsbanken, August 1989.
- Nr. 78 *Siegfried Magiera*, The Emergence of a „Europe of Citizens“ in a Community without Frontiers, August 1989.
- Nr. 79 *Carl Böhret/Rainer Kestermann/Mathias Reiser*, Folgenanalysen im verwaltungspolitischen Prozeß der Technikgestaltung, November 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 80 *Heimo Prokop/Reinhild Günther/Joachim Beuck*, Reaktionsmuster der öffentlichen Verwaltung angesichts von Ereignissen mit (bisher) unbekanntem Folgen, Dezember 1989, 2., unveränderte Aufl. August 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 81 *Matthias Niedobitek*, Pläne und Entwicklung eines Europas der Bürger, – Zwischenbericht –, Oktober 1989, 2., unveränderte Aufl. Mai 1992.
- Nr. 82 *Willi Herbert*, Bürgernahe Verwaltung als Leitbild öffentlichen Handelns – Einstellungen von Mitgliedern des höheren Dienstes der öffentlichen Verwaltung zu Staat, Politik und Gesellschaft, Dezember 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 83 *Klaus König/Nicolai Dose*, Klassifizierungsansätze staatlicher Handlungsformen – Eine steuerungstheoretische Abhandlung, Dezember 1989 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 84 *Heinz-Josef Sprengkamp*, Regierungszentralen in Deutschland. Bibliographie mit Annotierungen, Dezember 1989; 2., unveränderte Aufl. Februar 1992.
- Nr. 85 *Willi Blümel* (Hrsg.), Abweichungen von der Planfeststellung, Februar 1990; 2., unveränderte Aufl. November 1995.
- Nr. 86 *Karl-Peter Sommermann*, Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarates, März 1990; 2., unveränderte Aufl. Juli 1990 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 87 *Klaus König*, Zur Verfahrensrationalität einer kontraktiven Aufgabenpolitik, März 1990; 2., unveränderte Aufl. März 1994.
- Nr. 88 *Erhard Blankenburg/Christiane Simsa/Johannes Stock/Heimfrid Wolff*, Mögliche Entwicklungen im Zusammenspiel von außer- und innergerichtlichen Konfliktregelungen, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz, 2 Bde., September 1990; 2., unveränderte Aufl. Januar 1993.
- Nr. 89 *Klaus Lüder/Christiane Hinzmann/Brigitte Kampmann/Ralph Otte*, Vergleichende Analyse öffentlicher Rechnungssysteme – Querschnittsanalyse, Oktober 1990; 2., unveränderte Aufl. Februar 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom).

- Nr. 90 *Willi Blümel/Wolfgang Bernet* (Hrsg.), *Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsprozeßrecht*, Dezember 1990; 2., unveränderte Aufl. Juni 1992; 3., unveränderte Aufl. Januar 1994; 4., unveränderte Aufl. Oktober 1995; 5., unveränderte Aufl. März 1996.
- Nr. 91 *Wolfgang Bernet*, *Zur landes- und kommunalrechtlichen Entwicklung in der DDR*, Oktober 1990; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 92 *Wolfram Schmittel*, *Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens – Der Fall Negertalsperre. Teilstudie im Rahmen des Projekts „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“*, November 1990, 2., unveränderte Aufl. Juni 1991.
- Nr. 93 *Klaus Lüder*, *Die zentrale Rolle des Rechnungskonzeptes für die Ausgestaltung des öffentlichen Rechnungswesens*, Januar 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 94 *Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), *Verwaltungsgerichtsbarkeit – Umweltschutz – Kommunale Selbstverwaltung*, Referate des 7. deutsch-polnischen Verwaltungskolloquiums, Februar 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 95 *Willi Blümel* (Hrsg.), *Verkehrslärmschutz – Verfahrensbeschleunigung*, Februar 1991; 2., unveränderte Aufl. Februar 1995.
- Nr. 96 *Lutz Boden*, *Zum Entwurf einer Gemeindeordnung für Sachsen, – Anmerkungen aus gemeindeverfassungsrechtlicher Sicht –*, Dezember 1990; 2., unveränderte Aufl. Juni 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 97 *Klaus Lüder/Christiane Hinzmann/Brigitte Kampmann/Ralph Otte*, *Vergleichende Analyse öffentlicher Rechnungssysteme – Konzeptionelle Grundlagen für das staatliche Rechnungswesen mit besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland*, März 1991 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 98 *Hans Lühmann*, *Neuordnung des Amtshaftungsrechts im vereinigten deutschen Staat – Zurück zur Rechtswidrigkeit?*, April 1991; 2., erweiterte Aufl., September 1992; 3., überarbeitete Aufl. August 1994; 4. überarbeitete Aufl. Oktober 1995.
- Nr. 99 *Klaus König*, *Zur Transformation einer real-sozialistischen Verwaltung in eine klassisch-europäische Verwaltung*, April 1991; 2., unveränderte Aufl. April 1992; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1992; 4., unveränderte Aufl. Oktober 1996.
- Nr. 100 *Christine Landfried*, *Politikorientierte Folgenforschung – Zur Übertragung der Chaostheorie auf die Sozialwissenschaften*, Juni 1991; 2., überarbeitete Aufl. März 1992; 3., unveränderte Aufl. Februar 1993; 4., unveränderte Aufl. September 1994; 5., unveränderte Aufl. Juli 1996.

- Nr. 101 *Willi Herbert*, Wandel und Konstanz von Wertstrukturen, Juni 1991; 2., korrigierte Aufl. August 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom). Siehe Verzeichnis der selbständigen Verlagspublikationen im Anhang Nr. 91.
- Nr. 102 *Rainer Pitschas/Armin Iff*, Soziale Sicherung in Brasilien und Peru – Auswahlbibliographie mit Annotierungen und einer Einführung in das Entwicklungssozialrecht.
Seguridade Social no Brasil e no Peru – Bibliografia seletiva com anotações e uma introdução ao Direito Social de Desenvolvimento, Juni 1991, 2., unveränderte Aufl. September 1991.
- Nr. 103 *Thomas Petermann*, Von Bordeaux nach Istanbul – Öffentlichkeitsbeteiligung beim Bau eines Teilstücks der Autobahn A 98/A 861. Teilstudie im Rahmen des Projekts „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“, September 1991.
- Nr. 104 *Alexander Kurz*, Juristische Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Planung und Genehmigung umweltrelevanter Großvorhaben. Juristischer Schlußbericht im Rahmen des Projekts „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“, Oktober 1991; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1992; 3., unveränderte Aufl. November 1994.
- Nr. 105 *Willi Blümel* (Hrsg.), Verkehrswegeplanung in Deutschland, November 1991; 2., ergänzte Aufl. Februar 1992; 3., unveränderte Aufl. September 1993 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 106 *Karl-Peter Sommermann*, Die deutsche Verwaltungsgerichtsbarkeit, Oktober 1991; 2., durchgesehene Aufl. November 1991; 3., unveränderte Aufl. Mai 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 107 *Alexander Kurz*, Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen – normative und genehmigungsrechtliche Bestandsaufnahme –, Teilstudie im Rahmen des Projekts „Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen“, Oktober 1991; 2., durchgesehene Aufl. Februar 1992.
- Nr. 108 *Willi Blümel* (Hrsg.), Spezielle Aspekte der Autonomen Gemeinschaften in Spanien – Aspectos especiales de las Comunidades Autónomas en España, Februar 1992.
- Nr. 109 *Thomas Gensicke*, Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren – Vorstellung und Erläuterung von Ergebnissen einiger empirischer Untersuchungen in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1977 bis 1991, Teilstudie im Rahmen des Projekts „Beobachtung und Verknüpfung grundlegender Wertwandlungstendenzen gegenüber Staat, Politik und Gesellschaft“, April 1992, 2., unveränderte Aufl. Juni 1992; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1992 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 110 *Gisela Färber*, Revision der Personalausgabenprojektion der Gebietskörperschaften bis 2030 – Unter Berücksichtigung neuerer Bevölkerungsvorausschätzungen, der deutschen Einigung und der Beamtenversorgungsreform, April 1992; 2., unveränderte Aufl. November 1992;

- 3., überarbeitete Aufl. Februar 1995; 4., unveränderte Aufl. September 1995.
- Nr. 111 *Christiane Simsa*, Praxis und Zukunft der außergerichtlichen Regulierung von Verkehrsunfällen, September 1992; 2., unveränderte Aufl. März 1996.
- Nr. 112 *Markus Ohlhauser*, Regierung und Ministerialverwaltung in den deutschen Ländern – Bibliographie mit Annotierungen, Oktober 1992; 2., unveränderte Aufl. Februar 1994.
- Nr. 113 *Günter Gaentzsch*, Aufgaben der öffentlichen Verwaltung – Bestandsaufnahme und Kritik – (Veröffentlichung eines internen Berichts aus dem Jahr 1980), Oktober 1992; 2., unveränderte Aufl. Februar 1994; 3., unveränderte Aufl. April 1995; 4., unveränderte Aufl. April 1996.
- Nr. 114 *Willi Blümel/Helmut Klages/Ignaz Bender/Klaus Paffrath*, Delegation von Zuständigkeiten der Bundesländer auf die Hochschulen im Personalbereich – Auswertung der Gespräche mit den Wissenschafts- bzw. Kultusministerien der Länder –, Dezember 1992; 2., unveränderte Aufl. August 1993; 3., unveränderte Aufl. Februar 1994; 4., unveränderte Aufl. April 1996.
- Nr. 115 *Willi Blümel* (Hrsg.), Einschaltung Privater beim Verkehrswegebau – Innenstadtverkehr, Januar 1993; 2., unveränderte Aufl. März 1993; 3., unveränderte Aufl. Februar 1995.
- Nr. 116 *Willi Blümel*, Stand und aktuelle Probleme der Aus- und Fortbildung der öffentlichen Bediensteten in der Bundesrepublik Deutschland, November 1992; 2., unveränderte Aufl. Januar 1993; 3., unveränderte Aufl. Juni 1994; 4., unveränderte Aufl. März 1996.
- Nr. 117 *Willi Blümel/Siegfried Magiera/Detlef Merten/Karl-Peter Sommermann*, Verfassungsprobleme im vereinten Deutschland, Januar 1993; 2., durchgesehene Aufl. März 1993; 3., unveränderte Aufl. August 1993; 4., unveränderte Aufl. November 1994; katalanische Fassung siehe „Selbständige Verlagspublikationen“, Nr. 106.
- Nr. 118 *Willi Blümel/Ignaz Bender* (Hrsg.), Delegation Ministerien – Universitäten im Personalbereich. Auswertungsseminar am 18./19. März 1992, Februar 1993; 2., unveränderte Aufl. August 1993; 3., unveränderte Aufl. Februar 1994; 4., unveränderte Aufl. November 1994.
- Nr. 119 *Willi Blümel*, Aktuelle Probleme des Atomrechts, Februar 1993; 2., unveränderte Aufl. März 1993.
- Nr. 120 *Gisela Färber*, Subventionen vor dem EG-Binnenmarkt – Eine Bestandsaufnahme von nationalen Beihilfen und EG-Interventionen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien –, April 1993; 2., unveränderte Aufl. November 1994.
- Nr. 121 *Klaus König*, Zur innenpolitischen Agenda – Die amerikanische Bundesregierung am Beginn der neunziger Jahre, April 1993.

- Nr. 122 *Heinrich Siedentopf/Karl-Peter Sommermann/Christoph Hauschild*, The Rule of Law in Public Administration: The German Approach, Juli 1993; 2., unveränderte Aufl. September 1993; 3., unveränderte Aufl. September 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 123 *Dieter Duwendag/Thomas Gäckle*, Monetary Implications of Public Sector Borrowing in Germany, 1974 – 1989, Juli 1993.
- Nr. 124 *Thomas Gensicke*, Gesundheit in der modernen Gesellschaft – Empirische Analysen zum Lebensbereich „Gesundheit“ in der Bundesrepublik Deutschland, Juli 1993.
- Nr. 125 *Klaus Lüder/Brigitte Kampmann*, Harmonisierung des öffentlichen Rechnungswesens in der Europäischen Gemeinschaft, September 1993; 2., unveränderte Aufl. Mai 1994; 3., unveränderte Aufl. April 1995.
- Nr. 126 *Thomas Gäckle*, Stabilisierungsprogramme in den Reformstaaten Polen, CSFR und Ungarn, Juli 1993.
- Nr. 127 *Willi Blümel/Martin Pfeil* (Hrsg.), Neue Länderstraßengesetze, September 1993.
- Nr. 128 *Georg Smolka*, Die Auswanderung als politisches Problem in der Ära des Deutschen Bundes (1815-1866), November 1993; 2., korrigierte Aufl. Oktober 1995.
- Nr. 129 *Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann*, Law Reform and Law Drafting, Dezember 1993; 2., unveränderte Aufl. September 1994.
- Nr. 130 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Thomas Behrens*, Flexibilität der Hochschulhaushalte – Auswertung der Gespräche mit den Finanz- und Wissenschaftsministerien der Länder, November 1993; 2., durchgesehene Aufl. Februar 1994; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1995.
- Nr. 131 *Willi Blümel/Ignaz Bender* (Hrsg.), Flexibilität der Hochschulhaushalte. Auswertungsseminar am 14./15. Oktober 1993, Januar 1994; 2., unveränderte Aufl. August 1994.
- Nr. 132 *Wolfram Moersch*, Aus- und Fortbildungskonzept für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst in den neuen Bundesländern, Januar 1994; 2., überarbeitete Aufl. Juli 1994.
- Nr. 133 *Klaus König/Jan Heimann*, Vermögenszuordnung im Aufgabenzuschnitt des öffentlichen Sektors der neuen Bundesländer – Ein Zwischenbericht –, März 1994.
- Nr. 134 *Thomas Gäckle*, Vertiefung versus Erweiterung der EG – Einige handels- und integrationspolitische Aspekte –, April 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 135 *Dietmar Behrendt*, Aufgaben und Möglichkeiten der Mittelstandsförderung – am Beispiel von Mittelstädten, insbesondere der Stadt Suhl/Thüringen, Mai 1994; 2., unveränderte Aufl. Juli 1994.

- Nr. 136 *Gottfried Konzendorf* unter Mitarbeit von *Gabriele Fröhlich*, Heranalternde Gesellschaft – Selbständiges Leben im Alter, Empirische Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der über 57jährigen Bevölkerung der Stadt Speyer, Mai 1994; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1994.
- Nr. 137 *Thomas Drysch*, Politikfinanzierung in Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, Dezember 1994.
- Nr. 138 *Matthias Niedobitek*, Neuere Entwicklungen im Verfassungsrecht der deutschen Länder, Juni 1994; 2., unveränderte Aufl. August 1994; 3., unveränderte Aufl. November 1995.
- Nr. 139 *Heinrich Reiner mann*, Die Krise als Chance: Wege innovativer Verwaltungen, Juli 1994; 2., unveränderte Aufl. September 1994; 3., unveränderte Aufl. Oktober 1994; 4., unveränderte Aufl. Januar 1995; 5., unveränderte Aufl. Juli 1995; 6., unveränderte Aufl. Juni 1997 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 140 *Willi Blümel*, Die Planfeststellung, Zweiter Teil: Die Planfeststellung im geltenden Recht – Habilitationsschrift aus dem Jahre 1967 –, 2 Bde., August 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 141 *Dietmar Behrendt*, Aufgabenwandel und Personalstrukturanalyse am Beispiel der Stadt Suhl/ Thüringen, unter besonderer Berücksichtigung eines basalen Personalentwicklungskonzepts, September 1994 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 142 *Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann*, Modernization of Legislation and Implementation of Laws, September 1994; 2., unveränderte Aufl. Dezember 1994.
- Nr. 143 *Klaus Lüder*, Das Rechnungswesen der kanadischen Provinzen und Kommunen – Neuere Entwicklungen und Umsetzungserfahrungen, dargestellt am Beispiel der Provinz British Columbia –, September 1994.
- Nr. 144 *Jurij Starilow*, Neuere Reformansätze im russischen Dienstrecht, Rußland auf dem Weg zum Berufsbeamtentum, Zusammenfassung in russischer Sprache, November 1994; 2., unveränderte Aufl. Dezember 1994.
- Nr. 145 *Willi Blümel/Martin Pfeil*, Neuere Entwicklungen im Umwelt- und Verwaltungsverfahrenrecht, September 1995; 2., unveränderte Aufl. Februar 1997.
- Nr. 146 *Klaus König/Manfred Miller*, Materialien zur Organisation und Reform von Landesverwaltungen, Januar 1995; 2., unveränderte Aufl. Oktober 1995; 3., unveränderte Aufl. März 1997.
- Nr. 147 *Carl Böhret/Gottfried Konzendorf* (Hrsg.), Selbständiges Leben im Alter – Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis, Februar 1995; 2., unveränderte Aufl. November 1995.
- Nr. 148 *Heidrun Gleim-Egg*, Kommunikative Problembewältigung in Staat und Privatwirtschaft, Februar 1995; 2., unveränderte Aufl. April 1996.

- Nr. 149 *Manfred Miller*, Vorstudien zur Organisation und Reform von Landesverwaltungen, 2 Bde., Juni 1995; 2., unveränderte Aufl. November 1995; 3., überarbeitete Aufl. September 1998.
- Nr. 150 *Rudolf Fisch/Dieter Beck* (Hrsg.), Abfallnotstand als Herausforderung für die öffentliche Verwaltung: Entsorgung, Verringerung und Vermeidung von Sonderabfall, November 1995.
- Nr. 151 *Elke Löffler*, The Modernization of the Public Sector in an International Comparative Perspective: Concepts and Methods of Awarding and Assessing Quality in the Public Sector in OECD Countries, November 1995; 2., unveränderte Aufl. Mai 1996.
- Nr. 152 *Bang-Sik Lee*, Vergleich des Finanzausgleichs in Korea und der Bundesrepublik Deutschland, – Ansätze und Berechnungen zur Einführung eines Systems des horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Provinzen in Korea –, Oktober 1995.
- Nr. 153 *Olga Schabanowa*, Dynamik von Wertorientierungsprozessen in Rußland, November 1995.
- Nr. 154 *Thomas Gensicke*, Deutschland im Wandel, Sozialer Wandel und Wertewandel in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung, Dezember 1995; 2., korrigierte Aufl. April 1996.
- Nr. 155 *Klaus König*, Zur Kritik eines neuen öffentlichen Managements, Dezember 1995; 2., unveränderte Aufl. Februar 1997; 3., unveränderte Aufl. Februar 1998.
- Nr. 155 *Klaus König*, On the critique of New Public Management, Juni 1996.
- Nr. 156 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig*, Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich, – Erhebung und vergleichende Analyse zum Haushaltsvollzug in den Bundesländern –, Januar 1996.
- Nr. 157 *Willi Blümel* (Hrsg.), Planungsrechtliche Optimierungsgebote – Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung – Folgekosten, März 1996.
- Nr. 158 *Willi Blümel* (Hrsg.), Das spanische Verwaltungsrecht nach dem Reformgesetz von 1992 – El Derecho Administrativo Español según de la Ley 30/1992, Juni 1996.
- Nr. 159 *Klaus Lüder* (ed.), Recent Developments in Comparative International Governmental Accounting Research, Juni 1996.
- Nr. 160 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts I, Mai 1996.
- Nr. 161 *Klaus Mudersbach*, Die juristische Vorschrift als holistischer Text, November 1996.
- Nr. 162 *Rainer Pitschas/Jürgen Wedler*, Dezentrale Informationsordnung und „reflexives“ Informationsverwaltungsrecht – Konstitutionsrahmen, -bedingungen und -merkmale eines Informationsrechts der öffentlichen Verwaltung – (in Vorbereitung).

- Nr. 163 *Willy Zimmer*, Die Reformen des Ausländerrechts, des Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts in Frankreich und Deutschland, September 1996.
- Nr. 164 *Lucia Eckert*, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, April 1997.
- Nr. 165 *Rainer Pitschas/Rosemarie Peters*, Die Rolle der Sozialpartner im Europäischen Integrationsprozeß – Zur Rolle der Sozialpartner in den Bereichen soziale Sicherung und Beschäftigung unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Portugal, November 1996.
- Nr. 166 *Carl Böhret/Götz Konzendorf/Klaus G. Troitzsch*, Die naturwissenschaftliche, technische und medizinische Forschungslandschaft in Rheinland-Pfalz – Ergebnisse einer Befragung –, September 1996.
- Nr. 167 *Gabriele Homburg/Heinrich Reiner mann/Klaus Lüder*, Hochschul-Controlling, November 1996; 2., unveränderte Aufl. März 1997.
- Nr. 168 *Matthias Niedobitek*, Die Beziehungen der Europäischen Union zu Rußland, Januar 1997.
- Nr. 169 *Hans Herbert von Arnim*, Das neue Abgeordnetengesetz – Inhalt, Verfahren, Kritik und Irreführung der Öffentlichkeit –, Februar 1997.
- Nr. 170 *Willi Blümel* (Hrsg.), Die Straße als Mehrzweckinstitut, April 1997.
- Nr. 171 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig*, Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich – Auswertung der Gespräche mit den Finanz- und Wissenschaftsministerien der Länder –, Februar 1997.
- Nr. 172 *Helmut Klages*, Verwaltungsmodernisierung: „harte“ und „weiche“ Aspekte, Mai 1997; 2., unveränderte Aufl. März 1998; 3., unveränderte Aufl. Juni 1999.
- Nr. 173 *Klaus König* (Hrsg.), Ministerialorganisation zwischen Berlin und Bonn, August 1997; 2., unveränderte Aufl. März 1998.
- Nr. 174 *Elke Löffler*, The Modernization of the Public Sector in an International Comparative Perspective – Implementation Strategies in Germany, Great Britain and the United States –, Mai 1997; 2., unveränderte Aufl. März 1999.
- Nr. 175 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts II, September 1997.
- Nr. 176 *Maleika K. Grün/Benedikt Morsey*, Prospektive Gesetzesfolgenabschätzung zum Problembereich Somatische Gentherapie, August 1997.
- Nr. 177 *Carl Böhret/Peter Wordelmann* unter Mitarbeit von *Maleika K. Grün* und *Wilfried Frankenbach*, Lernmodell Virtuelle Zukunft – Experimentelle Politik im Planspiel TAU –, August 1997.
- Nr. 178 *Willi Blümel/Ignaz Bender/Wolfgang H. Lorig* (Hrsg.), Einwirkungen der Finanzminister auf den Hochschulbereich. Auswertungsseminar am 20./21. Februar 1997, Dezember 1997.

- Nr. 179 *Monika John*, Verwaltungsorganisation im Reformprozeß – Der Entwurf eines Landesorganisationsgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern –, Januar 1998.
- Nr. 180 *Heinrich Siedentopf/Christoph Hauschild/Karl-Peter Sommermann*, Implementation of Administrative Law and Judicial Control by Administrative Courts, April 1998.
- Nr. 181 *Helmut Klages*, Verwaltungsmodernisierung: „harte“ und „weiche“ Aspekte II., März 1998.
- Nr. 182 *Michael Harold Stierle*, Volkswirtschaften in der Globalisierung. Konzeptionelle Analyse der zentralen Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften, März 1998; 2., unveränderte Aufl. Januar 2002; 3., unveränderte Aufl. Februar 2005.
- Nr. 183 *Klaus König/Natascha Füchtner* (Hrsg.), „Schlanker Staat“ – Verwaltungsmodernisierung im Bund. Zwischenbericht, Praxisbeiträge, Kommentare, Mai 1998; 2., unveränderte Aufl. Juli 1999.
- Nr. 184 *Klaus König* (Hrsg.), Gesetzgebung und Regierung, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Waldemar Schreckenberger, September 1998.
- Nr. 185 *Willi Blümel* (Hrsg.), Straßenplanungen und Gesamtplanungen, Juni 1998.
- Nr. 186 *Eberhard Bohne/César Colino/Andrea E. Pandolfini*, The Evolution of Integrated Permitting and Inspections of Industrial Installations in the European Union: An Empirical Comparative Analyses of Existing and Emerging Integrated Permitting Procedures, Structures and Decisions in EU Member States, First Interim Report to the European Commission, Juli 1998 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 187 *Götz Konzendorf* unter Mitarbeit von *Tobias Bräunlein*, Verwaltungsmodernisierung in den Ländern – Überblick und Einblicke, September 1998; 2., unveränderte Aufl. November 1998; 3., unveränderte Aufl. Juli 1999; 4., unveränderte Aufl. April 2003.
- Nr. 188 *Hans Helbing*, Alternative Möglichkeiten der Neuordnung von Mittelbehörden, September 1998.
- Nr. 189 *Detlef Merten/Rainer Pitschas/Matthias Niedobitek*, Neue Tendenzen im öffentlichen Dienst, September 1998; 2., unveränderte Aufl. Februar 1999 (nur noch erhältlich als CD-Rom).
- Nr. 190 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts III, Oktober 1998.
- Nr. 191 *Detlef Merten* (Hrsg.), Der Staat am Ende des 20. Jahrhunderts, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Helmut Quaritsch, Oktober 1998.
- Nr. 192 *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Rechtsoptimierung mittels Gesetzesfolgenabschätzung: Waldgesetz Rheinland-Pfalz, Dezember 1998.

- Nr. 193 *Helmut Klages/Thomas Gensicke*, Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Januar 1999; 2., unveränderte Aufl. 2002.
- Nr. 194 *Olaf Schaefer*, Energiewirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Eine Literaturstudie zur Stellung der Kommunen in einem liberalisierten Energiemarkt, März 1999.
- Nr. 195 *Willi Blümel* (Hrsg.), Umweltgesetzbuch – Klagebefugnis, März 1999.
- Nr. 196 *Klaus König/Natascha Füchtner* (Hrsg.), Verwaltungsmodernisierung im Bund – Schwerpunkte der 13. Legislaturperiode, April 1999.
- Nr. 197 *Klaus König/R. Scott Fosler* (Hrsg.), Regionalization below State-Level in Germany and the United States, Juni 1999.
- Nr. 198 *Birte English/Rudolf Fisch*, Projektgruppen in der öffentlichen Verwaltung – Aktuelle Verbreitung, Chancen, Modernisierungsaspekte, September 1999; 2., unveränderte Aufl. Dezember 1999; 3., unveränderte Aufl. März 2002; 4., unveränderte Aufl. Mai 2004.
- Nr. 199 *Michael Harold Stierle*, Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit Südostasien im internationalen Vergleich: Eine empirische Analyse, Juli 1999.
- Nr. 200 *Willi Blümel/Hans-Jürgen Kühlwetter/Ralf Schweinsberg* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts IV, Oktober 2000.
- Nr. 201 *Gisela Färber/Silvia Stiller/Wolfgang Schaft*, Zur Einstellungspräferenz von BeamtInnen und Angestellten unter besonderer Berücksichtigung des Schulbereichs, Gutachten im Auftrag der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg, August 1999.
- Nr. 202 *Jurij Starilow*, Gerichtliche Verwaltungskontrolle im System des russischen Staats- und Verwaltungsrechts, Oktober 1999.
- Nr. 203 *Willi Blümel*, Fragen der Entwidmung von Eisenbahnbetriebsanlagen, Januar 2000.
- Nr. 204 *Thomas Gensicke*, Deutschland im Übergang – Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement, März 2000.
- Nr. 205 *Heinrich Reiner mann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), Portale in der öffentlichen Verwaltung, Internet • Call Center • Bürgerbüro, Februar 2000; 2., erweiterte Aufl. Juli 2000; 3., unveränderte Aufl. Mai 2002.
- Nr. 206 *Heinrich Reiner mann*, Der öffentliche Sektor im Internet – Veränderungen der Muster öffentlicher Verwaltungen –, Mai 2000; 2., unveränderte Aufl. September 2000.
- Nr. 207 *Klaus König/Elke Löffler* (Eds.), Accountability Management in Intergovernmental Partnerships, März 2000.
- Nr. 208 *Carsten Nemitz*, Erfolgsfaktoren für eine Reform politischer Systeme, April 2000.

- Nr. 209 *Klaus König*, Zur Managerialisierung und Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung, Juni 2000.
- Nr. 210 *Götz Konzendorf* (Hrsg.), Neuorganisation der Mittelinstanzen – Konzeptionen und Umsetzung, August 2000.
- Nr. 211 *Klaus König* (Hrsg.), Verwaltung und Verwaltungsforschung – Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert, August 2000.
- Nr. 212 *Klaus Lüder*, Entwicklung und Stand der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Australien, August 2000.
- Nr. 213 *Giovanna Landi*, Industrial Permitting and Inspections in Italy. Legal framework, procedures, environmental impact assessment and major accident prevention at the national level, in Emilia Romagna and in Lombardy (in Vorbereitung).
- Nr. 214 *Gisela Färber*, Theorie und Praxis kommunaler Gebührenkalkulation, Dezember 2000.
- Nr. 215 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Das Widerspruchsverfahren in Rheinland-Pfalz – Bestandsaufnahme, Probleme, Perspektiven –, Februar 2001.
- Nr. 216 *Alexandra Unkelbach*, Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien – Empirische und rechtliche Eckdaten des deutschen Gremienwesens auf Bundesebene –, Mai 2001.
- Nr. 217 *Ulrike Haerendel*, Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament, Februar 2001.
- Nr. 218 *Hans Herbert von Arnim/Stefan Brink*, Methodik der Rechtsbildung unter dem Grundgesetz. Grundlagen einer verfassungsorientierten Rechtsmethodik, Februar 2001.
- Nr. 219 *Klaus König/Markus Adam* (Hrsg.), Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, März 2001; 2., unveränderte Aufl. November 2005.
- Nr. 220 *Hermann Hill* (Hrsg.), Parlamentarische Steuerungsordnung, März 2001.
- Nr. 221 *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Gesetzliche Regelungen der Verfahrenskooperation von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange – Empirische Untersuchungen mit rechtlichen Einführungen –, Juni 2001.
- Nr. 222 *Angelika Benz/Natascha Füchtner* (Hrsg.), Einheit und Vielfalt – Verwaltung im Wandel, Mai 2001.
- Nr. 223 *Kai-Olaf Jessen*, Neuere Ansätze parlamentarischer Steuerung und Kontrolle, Oktober 2001.
- Nr. 224 *Helmut Klages/Kai Masser* (Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen [AfV]), Mitarbeiterbefragung in der Saarländischen Landesverwaltung – Befragung von 21 Dienststellen –, Mai 2002.

- Nr. 225 *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Folgen von Folgenforschung. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. Carl Böhret am 16./17. November 2001, Mai 2002.
- Nr. 226 *Heinrich Reiner mann/Jörn von Lucke* (Hrsg.), Electronic Government in Deutschland, Ziele • Stand • Barrieren • Beispiele • Umsetzung, Juli 2002.
- Nr. 227 *Peter Wordelmann* unter Mitarbeit von *Ariane Böttcher/Thomas Gregor/Jörg Regenaermel/Sylvia Veit*, Gesetzesfolgenabschätzung zum Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, Juli 2002.
- Nr. 228 *Heike Amos*, Zur Geschichte des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der (Deutschen) Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 1956/1962-2001, November 2002.
- Nr. 229 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Public Private Partnership – Projekte, Probleme, Perspektiven –, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern und der Initiative D 21, März 2003.
- Nr. 230 *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Aktuelle Fragen zu Verfassung und Verwaltung im europäischen Mehrebenensystem, April 2003; 2., unveränderte Aufl. Juli 2003.
- Nr. 231 *Klaus Lüder*, Dokumentation Eröffnungsbilanz – Pilotprojekt Stadt Uelzen –, April 2003.
- Nr. 232 *Gisela Färber/Nils Otter* (Eds.), Reforms of Local Fiscal Equalization in Europe, Oktober 2003.
- Nr. 233 *Carsten Brenski* (Hrsg.), im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2003/2004, Speyer, Mai 2005.
- Nr. 234 *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Guidelines on Regulatory Impact Assessment (RAI) – Leitfaden zur Gesetzesfolgenabschätzung (GFA), prepared for the Federal Ministry of the Interior and for the Ministry of the Interior of Baden-Wuerttemberg, Speyer, Dezember 2004.
- Nr. 235 *Dieter Beck/Rudolf Fisch*, Entscheidungsunterstützende Verfahren für politisch-administrative Aufgaben, Speyer, Januar 2005.
- Nr. 236 *Hans Herbert von Arnim* (Hrsg.), Politikfinanzierung in der Europäischen Union. Die Finanzierung von Parteien und Abgeordneten als Elemente der Europäischen Verfassung, Speyer, Februar 2005.
- Nr. 237 *Thomas König/Thomas Bräuninger*, Gesetzgebung im Föderalismus, Speyer, April 2005.
- Nr. 238 *Arne Franz*, Mobile Kommunikation: Anwendungsbereiche und Implikationen für die öffentliche Verwaltung, Speyer, Juni 2005.
- Nr. 239 *Heike Amos*, Der „Beratende Finanzausschuß für die französische Besatzungszone“. Aspekte seiner Tätigkeit 1946 bis 1948/49, November 2005.

- Nr. 240 *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Die Reform des Verwaltungsprozessrechts in Spanien – La Reforma del Proceso Contencioso-Administrativo en España, November 2005.
- Nr. 241 *Carl Böhret/Dieter Grunow/Jan Ziekow* (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, Januar 2006.
- Nr. 242 *Gisela Färber/Nils Otter* (Eds.), Spatial Aspects of Federative Systems, Dezember 2005.
- Nr. 243 *Jan Ziekow* (Hrsg.), Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik, März 2006.
- Nr. 244 *Helmut Klages* (Hrsg.), Aufbau eines Monitoringsystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Abschlussbericht, Mai 2006.
- Nr. 245 *Karola Franke/Andreas Wald/Katinka Bartl*, Die Wirkung von Reformen im deutschen Forschungssystem. Eine Studie in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Mikroökonomie, Juni 2006.
- Nr. 246 *Carl Böhret/Carsten Brenski/Martin-Peter Oertel* unter Mitarbeit von *Kathrin Böck*, Personalrotation in der Praxis. Konzepte – Konflikte – Konsequenzen, November 2006.
- Nr. 247 *Nils Otter*, Fiskalföderalismus im Vergleich – Möglichkeiten und Grenzen der Messung fiskalischer Dezentralität, Dezember 2006.
- Nr. 248 *Thomas König/Stephanie Daimer/Daniel Finke* (Hrsg.), Plebiszit und Ratifikation. Eine vergleichende Untersuchung von Referenden zur Europäischen Verfassung, Dezember 2006.
- Nr. 249 *Helmut Klages/Carmen Daramus*, 'Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg'. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin, März 2007.
- Nr. 250 *Carsten Brenski/Armin Liebig* (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2004/2005, Februar 2007.
- Nr. 251 *Thomas König/Lars Mäder*, Bürokratisierung oder Politisierung? Eine Untersuchung der Umsetzungseffekte von Europäischen Richtlinien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zeitraum von 1985-2003, Juni 2007.
- Nr. 252 *Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Symposium aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Juli 2007.
- Nr. 253 *Sebastian Wolf*, Der Beitrag internationaler und supranationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten, Oktober 2007.

- Nr. 254 *Klaus König/Christoph Reichard* (Hrsg.), Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur, Dezember 2007.
- Nr. 255 *Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser*, Das Bürgerpanel – Ein Weg zu breiter Bürgerbeteiligung, Januar 2008.
- Nr. 256 *Christian Jock* (Hrsg.), im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2006/2007, August 2008.
- Nr. 257 *Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Gerhardt Paul Schierz*, Electronic Procurement in der öffentlichen Verwaltung. Eine Analyse der Barrieren und Widerstände, November 2008.
- Nr. 258 *Kai Masser/Andra Stallmeyer/Jürgen Freund/Peter Krüger*, Entwicklung und Erprobung eines Monitoringsystems "Effizienz und Effektivität" Berliner Bürgerämter, Abschlussbericht zur 2. Projektphase 2006-2008, September 2008.

Anhang VII:

Selbständige Verlagspublikationen

1. *Peter Eichhorn/Heinrich Siedentopf/Bernd Adamaschek/Albrecht Graf von Ingelheim*, Effizienzeffekte der Verwaltungsreform. Exemplarische Ansätze einer Wirkungsanalyse der territorialen und funktionalen Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 20, Baden-Baden 1976.
2. *Carl Böhret/Marie Therese Junkers*, Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 55, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976.
3. *Rudolf Dieckmann*, Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung – unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 65, Berlin 1977.
4. *Hans-Werner Laubinger/Dieter Krause*, Gesetzesvollzug und Personalaufwand, Speyerer Arbeitshefte Nr. 2, Speyer 1977.
5. *Günter Epping*, Bodenmarkt und Bodenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 67, Berlin 1977.
6. *Carl Hermann Ule*, Rechtstatsachen zur Dauer des Verwaltungs-(Finanz-) Prozesses, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 69, Berlin 1977.
7. *Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Bewertungssysteme für den öffentlichen Dienst. Zur Problematik einer leistungs- und funktionsgerechten Bezahlung in der öffentlichen Verwaltung, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 25, Baden-Baden 1978.
8. *Hans-Werner Laubinger/Dieter Krause*, Schwerbehindertengesetz und Personalaufwand, Speyerer Arbeitshefte Nr. 16, Speyer 1977.
9. *Peter Eichhorn/Bernd Rückwardt*, Bibliographie zur öffentlichen Unternehmung 1967 bis 1976, Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 1, Baden-Baden 1978.
10. *Heinrich Reinermann/Gerhard Reichmann*, Verwaltung und Führungskonzepte. Management by Objectives und seine Anwendungsvoraussetzungen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 70, Berlin 1978.
11. *Berndt Rückwardt*, Koordination des Verwaltungshandelns. Grundlagen der Koordination, Koordinationsbedarf, Instrumente der Koordination, Anwendungsbeispiele, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 72, Berlin 1978.
12. *Rainer Koch*, Organisationsplanung für den Personalbereich. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Verwaltungsreformlehre, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 73, Berlin 1978.
13. *Frido Wagener* unter Mitarbeit von *Gerd Kirchhoff/Petra Petersen*, Forschungsprogramm Staatsorganisation, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation. Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 9, Baden-Baden 1979.
14. *Klaus König/Hero Kind*, Zur Weiterentwicklung des vertikalen Laufbahngefüges, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 12, Baden-Baden 1980.

15. *Carl Böhret/Werner Hugger*, Der Praxistest von Gesetzentwürfen – am Beispiel des Referentenentwurfs eines Jugendhilfegesetzes (JHG), Baden-Baden 1980.
16. *Bernd Janson*, Rechtsformen öffentlicher Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 55, Baden-Baden 1980.
17. *Albert Günther*, Probleme des Kreisfinanzsystems, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 80, Berlin 1980.
18. *Heinrich Reinermann/Herbert Fiedler/Klaus Grimmer/Klaus Lenk* (Hrsg.), Organisation informationstechnik-gestützter öffentlicher Verwaltungen, Informatik-Fachberichte, Bd. 44, Berlin/Heidelberg/New York 1981.
19. *Arthur Arieß Neubauer*, Organisationsentwicklung in der öffentlichen Verwaltung, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 330, Frankfurt am Main 1981.
20. *Axel Bürger*, Außenseiter in Spitzenpositionen der Staatsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland – England – USA, Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 273, Frankfurt am Main/Bern 1981.
21. *Erk Volkmar Heyen*, Otto Mayer – Kleine Schriften zum öffentlichen Recht, 2 Bde., Berlin 1981.
22. *Helmut Kern*, Monetäre Wirkungen der Staatsverschuldung – Konsequenzen für das Debt Management, Berlin 1981.
23. *Carl Böhret/Peter Franz*, Technologiefolgenabschätzung – Institutionelle und verfahrensmäßige Lösungsansätze, Frankfurt am Main/New York 1982.
24. *Carl Böhret/Werner Jann/Eva Kronenwett*, Handlungsspielräume und Steuerungspotential der regionalen Wirtschaftsförderung – Eine empirische Untersuchung anhand von Programmen in zwei Bundesländern. Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 67, Baden-Baden 1982.
25. *Frido Wagener/Bernd Rückwardt*, Führungskräfte in Ministerien, Baden-Baden 1982.
26. *Gerald E. Caiden/Heinrich Siedentopf* (ed.), Strategies for Administrative Reform, Lexington, Mass. 1982.
27. *Andreas Trümper*, Raumbezogene Planung im Großstadt-Umland-Bereich, Schriftenreihe der Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Bd. 8, Bonn 1982.
28. *Heinrich Reinermann* (Hrsg.), Referatedienst Staat und Verwaltung, Baden-Baden 1980 – 1982.
29. *Peter Fricke*, Modelle zur Institutionalisierung einer Gesetzeskontrolle – Darstellung und vergleichende Bewertung, Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Politikwissenschaft, Bd. 40, Frankfurt am Main 1983.

30. *Helmut Klages/Willi Herbert*, Wertorientierung und Staatsbezug – Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1983.
31. *Werner Jann*, Staatliche Programme und „Verwaltungskultur“, Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 49, Opladen 1983.
32. *Elmar Poschen*, Die ökonomischen Folgen der kommunalen Gebietsreform für die betroffenen Bürger und Unternehmen – Eine Untersuchung am Beispiel von ausgewählten Modellen in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe 'Kommunale Gebietsreform', Bd. II, 4, Baden-Baden 1983.
33. *Astrid Wender-Luetjohann*, Entscheidungsspiele in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, Opladen 1983.
34. *Herbert Sperber*, Erfolgsbedingungen der öffentlichen Entwicklungshilfe, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 21, Baden-Baden 1984.
35. *Ulrich Bauermeister*, Ökonomische und administrative Probleme der kommunalen Konzessionsabgabe: dargestellt am Beispiel der Elektrizitätsversorgung; Europäische Hochschulschriften, Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 572, Frankfurt am Main/Bern/New York 1984.
36. *Willi Blümel* (Hrsg.), Die Vereinheitlichung des Verwaltungsverfahrensrechts, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 93, Berlin 1984.
37. *Brita Steinbach-van der Veen*, Steuerinzidenz – Methodologische Grundlagen und empirisch-statistische Probleme von Länderstudien; Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 25, Frankfurt am Main/Bern/New York 1985.
38. *Heinrich Reinermann/Herbert Fiedler/Klaus Grimmer/Klaus Lenk/Roland Traunmüller* (Hrsg.), Öffentliche Verwaltung und Informationstechnik – Neue Möglichkeiten, neue Probleme, neue Perspektiven; Informatik-Fachberichte, Bd. 98, Berlin/Heidelberg/New York 1985.
39. *Albert Peters*, Ökonomische Kriterien für eine Aufgabenverteilung in der Marktwirtschaft – Eine deskriptive und normative Betrachtung für den Allokationsbereich; Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 26, Frankfurt am Main/Bern/New York 1985.
40. *Gerhard Franz/Willi Herbert*, Werte, Bedürfnisse, Handeln: Ansatzpunkte politischer Verhaltenssteuerung, Frankfurt am Main/New York 1986.
41. *Hans F. Illy/Klaus Schimitzek* (Hrsg.), Entwicklung durch Dezentralisierung? Studien zur Regional- und Kommunalverwaltung in der Dritten Welt, München 1986.
42. *Edda Müller*, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation, Opladen 1986.
43. *Arthur B. Gunlicks*, Local Government in the German Federal System, Duke University Press Policy Studies, Durham, N. C. 1986.
44. *Hans Herbert von Arnim/Dagmar Weinberg*, Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler, Bd. 59, Wiesbaden 1986.

45. *Jürgen Faltin*, Freigemeinnützige Krankenhausträger im System staatlicher Krankenhausfinanzierung, Köln/Berlin/Bonn/München 1986.
46. *María Jesús Montoro Chiner*, La funció pública en el federalisme Alemany; Col·lecció „ESTUDIS“ 7, Generalitat de Catalunya, Barcelona 1986.
47. *Helmut Klages/Gerhard Franz/Willi Herbert*, Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft – Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen, Frankfurt am Main/New York 1987.
48. *Roland Greve/Heinrich Reinermann*, Organisation der Datenverarbeitung in der Landesverwaltung von Baden-Württemberg; Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 2, Heidelberg 1987.
49. *Heinrich Reinermann*, Verwaltungsinnovation und Informationsmanagement. 105 Speyerer Thesen zur Bewältigung der informationstechnischen Herausforderung; 2. Neubearb. Auflage, Reihe Heidelberger Forum, Bd. 42; Heidelberg 1987.
50. *Dieter Duwendag*, Capital Flight from Developing Countries: Estimates and Determinants for 25 Major Borrowers; SUERF-Series Nr. 52 A, Tilburg 1987.
51. *Tschi-Ho Tschang*, Kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland (in koreanischer Sprache), Seoul 1987.
52. *Ferdinand Kirchhof*, Private Rechtsetzung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 98, Berlin 1987.
53. *Hans F. Illy/Wolfgang Schmidt-Streckenbach* (Hrsg.), Studenten aus der Dritten Welt in beiden deutschen Staaten, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 20, Berlin 1987.
54. *Hans F. Illy/Brun-Otto Bryde* (Hrsg.), Staat, Verwaltung und Recht in Afrika 1960-1985, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 99, Berlin 1987.
55. *Carl Böhret/Helmut Klages/Heinrich Reinermann/Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Herausforderungen an die Innovationskraft der Verwaltung, Opladen 1987.
56. *Heinrich Siedentopf/Khalid Shams et al.*, Local Initiatives for Decentralized Development – New Approaches in Asia and Pacific –, Asian and Pacific Development Centre, Vol. 1: The Overview, Kuala Lumpur 1987, Vol. 2: Case Studies, Kuala Lumpur 1987, Vol. 3: Country Studies, Kuala Lumpur 1988.
57. *Günter Merschbächer*, Öffentliche Rechnungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz – Bestandsaufnahme, Analyse und zweckorientierte Beurteilung, Hochschulschriften zur Betriebswirtschaftslehre, Bd. 54, München 1987.
58. *Joachim Braun/Peter Röhrig*, Praxis der Selbsthilfeförderung. Das freiwillige soziale Engagement am Beispiel von vier Städten, Frankfurt/New York 1987.

59. *Wolfgang Schmidt-Streckenbach*, Die Stellung der Länder in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 38, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1988.
60. *Gisela Färber*, Probleme der Finanzpolitik bei schrumpfender Bevölkerung, Frankfurt/New York 1988.
61. *Christoph Hauschild/Caridad Tharan*, Local Initiatives for Decentralized Development – New Approaches in Asia and Pacific –, Report of the Policy Meeting, 11th-16th October 1987, Asian and Pacific Development Centre, Kuala Lumpur 1988.
62. *Roman Loeser*, Das Bundesorganisationsgesetz, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 23, Baden-Baden 1988.
63. *Heinrich Reiner mann/Herbert Fiedler/Klaus Grimmer/Klaus Lenk/Roland Traunmüller* (Hrsg.), Neue Informationstechniken – Neue Verwaltungsstrukturen?, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 1, Heidelberg 1988.
64. *Roland Greve/Heinrich Reiner mann*, Organisation der Datenverarbeitung in der Kommunalverwaltung von Baden-Württemberg, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 4, Heidelberg 1988.
65. *Heinrich Siedentopf/Jacques Ziller* (Hrsg.), Making European Policies Work – The Implementation of Community Legislation in the Member States –, 2 Vol., London 1988.
Heinrich Siedentopf/Jacques Ziller (Hrsg.), L'Europe des Administrations? – La mise en oeuvre de la législation communautaire dans les États membres –, 2 Tomes, Bruxelles 1988.
66. *Gerhard Franz*, Sozialpsychologie politischer Legitimierung. Empirische Analysen zum Erscheinungsbild der Stimmungsdemokratie, Frankfurt/New York 1988.
67. *Hans Herbert von Arnim*, Wirtschaftlichkeit als Rechtsprinzip, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 536, Berlin 1988.
68. *Siegfried Magiera/Detlef Merten*, Bundesländer und Europäische Gemeinschaft, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 103, Berlin 1988.
69. *Gerhard Maier-Rigaud*, Umweltpolitik in der offenen Gesellschaft, Opladen 1988.
70. *Hans F. Illy/Eugen Kaiser/Klaus Schimitzek*, Lokale Verwaltungsinstitutionen und Selbsthilfemaßnahmen in Entwicklungsländern – Problemaufriß, Fallstudien, Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Förderung, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 90, München/Köln/London 1988.
71. *Dieter Duwendag* (Hrsg., Einführung), Europa-Banking; Bankpolitik im Europäischen Finanzraum und währungspolitische Integration, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 27, Baden-Baden 1988.
72. *Carl Böhret/Gabriele Fröhlich/Michael Hofmann* (unter Mitarbeit von *Ulrich Kienitz*), Zwischenbilanzierung der Fachhochschulausbildung des Bundes,

- Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Dienstrecht und Personalwirtschaft, Bd. 25, Baden-Baden 1989.
73. *Hans Herbert von Arnim* (Hrsg.), Finanzkontrolle im Wandel, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 105, Berlin 1989.
 74. *Gabriele Hippler/Hermann Haas/Gerhard Franz*, Führung und Arbeitsmotivation in Kommunalverwaltungen, Gütersloh 1989.
 75. *Siegfried Magiera* (Hrsg.), Das Europa der Bürger in einer Gemeinschaft ohne Binnengrenzen, Baden-Baden 1990.
 76. *Joachim Jens Hesse/Arthur Benz*, Die Modernisierung der Staatsorganisation – Institutionspolitik im internationalen Vergleich: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland; Baden-Baden 1990.
 77. *Heinz W. Kloos*, Landinformationssysteme in der öffentlichen Verwaltung, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 7, Heidelberg 1990.
 78. *Ralph Otte*, Konzernabschlüsse im öffentlichen Bereich – Notwendigkeit und Zwecke konsolidierter Jahresabschlüsse von Gebietskörperschaften dargestellt am Beispiel der Bundesverwaltung der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris 1990.
 79. *Carl Böhret*, Folgen. Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen 1990.
 80. *Klaus König* (Hrsg.), Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991.
 81. *Helmut Klages/Gabriele Hippler*, Mitarbeitermotivation als Modernisierungsperspektive, Gütersloh 1991.
 82. *Heinrich Reiner mann* (Hrsg.), Führung und Information, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 8, Heidelberg 1991.
 83. *Klaus Lüder* (Hrsg.), Staatliches Rechnungswesen in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund neuerer internationaler Entwicklungen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 108, Berlin 1991.
 84. *Klaus Lüder/Christiane Hinzmann*, Finanzieller Jahresbericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Prototyp) 1990 – Pilotstudie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Kooperation mit dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf/Speyer 1992.
 85. *Thomas Gäckle*, Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems zur Europäischen Währungsunion – Geld- und budgetpolitische Voraussetzungen, Baden-Baden 1992.
 86. *Helmut Gembries*, Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 4, Kaiserslautern 1992.
 87. *Matthias Niedobitek*, Kultur und Europäisches Gemeinschaftsrecht, Schriften zum Europäischem Recht, Bd. 14, Berlin 1992.
 88. *Heinrich Reiner mann*, Verwaltungsorganisatorische Probleme und Lösungsansätze zur papierlosen Bearbeitung der Geschäftsvorfälle – Die

- GGO I im Lichte elektronischer Bürosysteme –, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation (hrsg. vom Bundesministerium des Innern), Bd. 15, Bonn 1992.
89. *Hans-Peter Michler*, Rechtsprobleme des Verkehrsimmissionsschutzes, Düsseldorf 1993.
90. *Detlef Merten/Rainer Pitschas* (Hrsg.), Der Europäische Sozialstaat und seine Institutionen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 109, Berlin 1993.
91. *Willi Blümel/Hellmut Wagner* (Hrsg.), Technische und rechtliche Fragen der Stilllegung und Beseitigung nuklearer Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland – Fachtagung am 7./8. Mai 1992 in Karlsruhe, Baden-Baden 1993.
92. *Willi Herbert*, Wandel und Konstanz von Wertstrukturen, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 52, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1993.
93. *Christiane Hinzmann*, Neukonzeption staatlicher Rechnungslegung am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen, Schriftenreihe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 14, Ludwigsburg/Berlin 1993.
94. *Klaus König/Nicolai Dose* (Hrsg.), Instrumente und Formen staatlichen Handelns, Verwaltungswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 2, Köln/Berlin/Bonn/München 1993.
95. *Rainer Pitschas* (Hrsg.), Verwaltungsintegration in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 110, Berlin 1993.
96. *Carl Böhret*, Funktionaler Staat. Ein Konzept für die Jahrhundertwende?, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 53, Frankfurt am Main 1993.
97. *Gernot Biehler*, Die Bodenkonfiskation in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 nach Wiederherstellung der gesamtdeutschen Rechtsordnung 1990, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 647, Berlin 1994.
98. *Petra Hartmann*, Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft – unter besonderer Berücksichtigung neuartiger Kooperationsformen im Bereich der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik, Nomos Universitätsschriften Wirtschaft, Bd. 16, Baden-Baden 1994.
99. *Jürgen Cupei*, Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG durch UVP? – Eine vergleichende Analyse der Umsetzung der UVP-Richtlinie in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, Baden-Baden 1994.
100. *Willi Blümel/Rainer Pitschas* (Hrsg.), Reform des Verwaltungsverfahrenrechts, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 114, Berlin 1994.
101. *Siegfried Magiera/Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Das Recht des öffentlichen Dienstes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 17, Berlin 1994.

102. *Klaus Paffrath*, *Verwaltungsvereinfachung im Hochschulbau*, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Bd. 1551, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994.
103. *Willi Blümel* (Hrsg.), *Verkehrswegerecht im Wandel*, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 115, Berlin 1994.
104. *Alexander Kurz*, *Stillegung und Beseitigung nuklearer Anlagen*, Rechtliche Beurteilung unter besonderer Berücksichtigung des gestuften Genehmigungsverfahrens, Schriftenreihe Recht – Technik – Wirtschaft, Bd. 69, Köln/Berlin/Bonn/München 1994.
105. *Christoph Demmke*, *Die Implementation von EG-Umweltpolitik in den Mitgliedstaaten – Umsetzung und Vollzug der Trinkwasserrichtlinie –*, Schriftenreihe „Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft“, Bd. 171, Baden-Baden 1994.
106. *Willi Blümel/Siegfried Magiera/Detlef Merten/Karl-Peter Sommermann*, *Problemes constitucionals a l'Alemanya unificada*, Barcelona 1994.
107. *Klaus Lüder* (Hrsg.), *Öffentliches Rechnungswesen 2000*, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 117, Berlin 1994.
108. *Klaus König/Gunnar Folke Schuppert/Jan Heimann* (Hrsg.), *Vermögenszuordnung – Aufgabentransformation in den neuen Bundesländern*, Schriftenreihe „Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst“, Bd. 29, Baden-Baden 1994.
109. *Klaus König/Volker Meßmann*, *Organisations- und Personalprobleme der Verwaltungstransformation in Deutschland*, Baden-Baden 1995.
110. *Heinrich Reinermann* (Hrsg.), *Neubau der Verwaltung – Informationstechnische Realitäten und Visionen*, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 11, Heidelberg 1995.
111. *Hermann Hill/Helmut Klages* in Verbindung mit dem Deutschen Landkreistag (Hrsg.), *Kreisverwaltung der Zukunft – Vergleichende Untersuchung aktueller Modernisierungsansätze in ausgewählten Kreisverwaltungen (im Rahmen des Innovationsrings Kreisverwaltung der Zukunft)*, Düsseldorf 1995.
112. *Heike Kuhn*, *Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft*, Schriften zum Europäischen Recht, Berlin 1995.
113. *Brigitte Kampmann*, *Staatsverschuldung – Begrenzungskonzepte in der Kritik*, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 38, Baden-Baden 1995.
114. *Hermann Hill/Helmut Klages* (Hrsg.), *Trends in Public Sector Renewal: Recent Developments and Concepts of Awarding Excellence*, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 58, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995.
115. *Gisela Färber*, *Binnenmarktgerechte Subventionspolitik in der Europäischen Union: Strukturen, Normen und Defizite*, Reihe „Wirtschaftswissenschaften“, Bd. 31, Frankfurt a.M./New York 1995.

116. *Ulrich Wiek*, Politische Kommunikation und Public Relations in der Rundfunkpolitik, Eine politikfeldbezogene Analyse, Schriftenreihe „Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations und Kommunikationsmanagement“, Berlin 1996.
117. *Hermann Hill/Helmut Klages/Elke Löffler* (Hrsg.), Quality, Innovation and Measurement in the Public Sector, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 64, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1996.
118. *Petra Bülow*, Fortentwicklung des Verwaltungsverfahrensrechts unter besonderer Berücksichtigung des Planfeststellungsrechts, Rothenburg o.Tbr. 1996.
119. *Ulrich Cordes*, Das öffentliche Rechnungswesen: Datenquelle für den Staatssektor der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Wiesbaden 1996.
120. *Heike Amos*, Justizverwaltung in der SBZ/DDR: Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre, Arbeiten zur Geschichte des Rechts in der DDR, Bd. 1, Köln/Weimar/Wien 1996.
121. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren), Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalt- und Rechnungswesen, Heft 1, Stuttgart 1996.
122. *James L. Chan/Rowan H. Jones/Klaus Lüder* (Hrsg.), Research in Governmental and Nonprofit Accounting, A Research Annual, Vol. 9, Greenwich/Connecticut 1996.
123. *Sayed Klewitz-Hommelsen*, Ganzheitliche Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung und ihre Beschränkung durch den Datenschutz, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 15, Heidelberg 1996.
124. *Klaus König/Jan Heimann*, Aufgaben- und Vermögenstransformation in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe „Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst“, Bd. 34, Baden-Baden 1996.
125. *Günter Wilms*, Das Europäische Gemeinschaftsrecht und die öffentlichen Unternehmen – Die Kompetenz der Kommission aus Art. 90 Abs. 3 EG-Vertrag und ihre Anwendung auf die Elektrizitätswirtschaft, Schriftenreihe zum Europäischen Recht, Bd. 28, Berlin 1996.
126. *Thomas Behrens*, Globalisierung der Hochschulhaushalte, Neuwied/Kriftel/Berlin 1996.
127. *Götz Konzendorf*, Folgen der „Heranalternden Gesellschaft“ und Ansatzpunkte aktiver Politik – mit einer Fallstudie zur Mittelstadt Speyer, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 66, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1996.
128. *Klaus König/Heinrich Siedentopf* (Hrsg.), Öffentliche Verwaltung in Deutschland, Baden-Baden 1996/97.
129. *Thomas Ammelburger*, Strukturprobleme der Bestandskraftlehre – Reform des Verwaltungsverfahrensrechts –, Rothenburg o. Tbr. 1997.

130. *Rudolf Fisch/Dieter Beck* (Hrsg.), *Entsorgungsnotstand und Verwaltungshandeln, Fallbeispiele – Konzepte – Perspektiven, Ein multidisziplinärer Zugang, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 36, Baden-Baden 1997.*
131. *Andreas Graudin*, *Die Stellung der nationalen Minderheiten in den Verfassungen der baltischen Republiken und ihre einfachgesetzliche Umsetzung, Europäische Hochschulschriften, Reihe II Rechtswissenschaften, Bd. 2092, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1997.*
132. *Detlef Merten* (Hrsg.), *Die Stellung der Landesparlamente aus deutscher, österreichischer und spanischer Sicht, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 33, Berlin 1997.*
133. *Heike Amos*, *Auferstanden aus Ruinen ..., Die Nationalhymne der DDR 1949 bis 1990, Berlin 1997.*
134. *Sebastian Zieger*, *Verfahrensevaluation im Rahmen der Förderung innovativer Entwicklungsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen, Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Bd. 13, Berlin 1997.*
135. *Matthias Niedobitek*, *The Cultural Dimension in EC Law, London/The Hague/Boston 1997.*
136. *Klaus König/Angelika Benz* (Hrsg.), *Privatisierung und staatliche Regulierung: Bahn, Post und Telekommunikation, Rundfunk, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 39, Baden-Baden 1997.*
137. *Karl-Peter Sommermann*, *Staatsziele und Staatszielbestimmungen, Jus Publicum, Bd. 25, Tübingen 1997.*
138. *Willi Blümel/Rainer Pitschas* (Hrsg.), *Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozeß im Wandel der Staatsfunktionen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 121, Berlin 1997.*
139. *Ralph-Peter Rembor*, *Controlling in der Kommunalverwaltung. Koordination dezentraler Verantwortung, Wiesbaden 1997.*
140. *Rainer Pitschas/Juan Mozzicafreddo/José Manuel P. Leite Viegas/Rosemarie Peters/João S. Batista*, *Policies on Labour Relations and Social Dialogue in European Countries – The Portuguese and German Cases –, Baden-Baden 1997.*
141. *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, *Ko-Evolution von Gesellschaft und funktionalem Staat. Ein Beitrag zur Theorie der Politik, Opladen/Wiesbaden 1997.*
142. *Willi Blümel/Klaus König* (Hrsg.), *Verantwortung für die Forschung, Vorträge anlässlich des Festaktes zum 20jährigen Bestehen des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 23. September 1996, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 125, Berlin 1998.*
143. *Klaus Lüder/Christiane Behm/Ulrich Cordes*, *Praxiseinführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren) – Dokumentation*

- des Modellprojekts „Wiesloch“ –, Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 4, Stuttgart 1998.
144. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushaltswesens, Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 5, Stuttgart 1998.
 145. *Hans Herbert von Arnim*, Diener vieler Herren. Die Doppel- und Dreifachversorgung von Politikern, München 1998.
 146. *Bernd Pfeifer*, Probleme des spanischen Föderalismus, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 51, Berlin 1998.
 147. *Thomas Gensicke*, Die neuen Bundesbürger – Eine Transformation ohne Integration, Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 207, Opladen/Wiesbaden 1998.
 148. *Elke Löffler*, Verwaltungsmodernisierung im internationalen Vergleich – Meßkriterien und Implementationsstrategien in Deutschland, Großbritannien und den USA, Stuttgart/Berlin/Bonn/Budapest/Düsseldorf/Heidelberg/Prag/Sofia/Warschau/Wien/Zürich 1998.
 149. *Detlef Barth*, Brasiliens Verfassung und die Agrarreform: Agrarstruktur und Entwicklung. Die Agrarreform in Brasilien im Prozeß der Transformation unter besonderer Berücksichtigung der Verfassunggebung von 1987/88, Mettingen 1998.
 150. *Heike Amos*, Die Westpolitik der SED 1948/49 – 1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.
 151. *Rainer Pitschas* (Hrsg.), Die Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 129, Berlin 1999.
 152. *Christine Ahlgrimm*, Neugestaltung des öffentlichen Haushaltswesens auf der Grundlage des Ressourcenverbrauchs, Nomos Universitätsschriften: Recht, Bd. 317, Baden-Baden 1999.
 153. *Klaus König*, Verwaltungsstaat im Übergang. Transformation, Entwicklung, Modernisierung, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 41, Baden-Baden 1999.
 154. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren), 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Schriftenreihe des Innenministeriums Baden-Württemberg zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 6, Stuttgart 1999.
 155. *Hans-Christof Kraus*, Theodor Anton Heinrich Schmalz (1760-1831), Jurisprudenz, Universitätspolitik und Publizistik im Spannungsfeld von Revolution und Restauration, Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte: Ius Commune, Bd. 124, Frankfurt am Main 1999.
 156. *Wito Schwanengel*, Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen Ländern, Beiträge zum Beamtenrecht, Bd. 6, Berlin 1999.

157. *Klaus Lüder*, Konzeptionelle Grundlagen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (Speyerer Verfahren), Tokyo 1999 (in japanischer Sprache; deutsche Fassung siehe „Selbständige Verlagspublikationen“, Nr. 119).
158. *Jörn von Lucke*, Internet-Technologien in der gesetzlichen Rentenversicherung. Effizienzsteigerung und Kostensenkung durch Internet-Technologien am Beispiel gesetzlicher Rentenversicherungsträger, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 21, Heidelberg 1999.
159. *Alexander Willand*, Besoldungs- und Versorgungsstrukturen des Ministeramtes. Eine Untersuchung zu den Ministergesetzen in Bund und Ländern, Berlin 2000.
160. *Michael Harold Stierle*, Globalisierungsdefizite Deutschlands in den Wirtschaftsbeziehungen mit Südostasien. Ein internationaler Vergleich, Berlin 2000.
161. *Hellmut Wagner* (Hrsg.), Rechtliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung – Forschungsfreiheit und staatliche Regulierung –, Bd. 1: Freiheit von Wissenschaft und Forschung, Bd. 2: Allgemeine forschungsrelevante Regelungen, Bd. 3: Forschungsbereiche, Bd. 4: Ergebnisse und Materialien, Baden-Baden 2000.
162. *Hermann Hill/Hagen Hof* (Hrsg.), Wirkungsforschung zum Recht II – Verwaltung als Adressat und Akteur, Schriftenreihe Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 15, Baden-Baden 2000.
163. *Ilja Mieck/Pierre Guillen* (Hrsg.), Deutschland – Frankreich – Rußland, Begegnungen und Konfrontationen, La France et l'Allemagne face à la Russie, München 2000.
164. *Klaus König/Natascha Füchtner*, „Schlanker Staat“ – eine Agenda der Verwaltungsmodernisierung im Bund, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 45, Baden-Baden 2000.
165. *Klaus König/Klaus-Dieter Schnapauff* (Hrsg.), Die Deutsche Verwaltung unter 50 Jahren Grundgesetz. Europa – Bund – Länder – Kommunen, Forschungstagung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Verbindung mit der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften und dem Bundesministerium des Innern vom 13. bis 15. Oktober 1999 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 26, Baden-Baden 2000.
166. *Stefan Fisch/Ulrike Haerendel* (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland, Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 141, Berlin 2000.
167. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Bd. 194.1: *Bernhard von Rosenblatt*, Gesamtbericht; Bd. 194.2: *Helmut Klages/Hans-Joachim Braun*, Zugangswege in den neuen und alten Bun-

- desländern; Bd. 194.3: *Sybille Picot*, Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Stuttgart/Berlin/Köln 2000.
168. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Bernhard von Rosenblatt*, Volunteering in Germany. Results of the 1999 Representative Survey on Volunteering and Civic Engagement, München 2000.
169. *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Anerkannte Naturschutzverbände als 'Anwälte der Natur': Rechtliche Stellung, Verfahrensbeteiligung und Fehlerfolgen, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 139, Berlin 2000.
170. *Heinrich Reiner mann*, Regierung und Verwalten im Informationszeitalter – Unterwegs zur virtuellen Verwaltung, Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Bd. 22, Heidelberg 2000.
171. *Heinrich Reiner mann/Christian Rosskopf*, Merkantilismus und Globalisierung, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 168, Baden-Baden 2000.
172. *Matthias Niedobitek*, Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. Bund, Länder und Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Jus Publicum, Bd. 66, Tübingen 2001.
173. *Rudolf Fisch/Dieter Beck/Birte English* (Hrsg.), Projektgruppen in Organisationen. Praktische Erfahrungen und Erträge der Forschung, Schriftenreihe Wirtschaftspsychologie, Göttingen 2001.
174. *Klaus König/Heinrich Siedentopf* (eds.), Public Administration in Germany, Baden-Baden 2001.
175. *Wolfram Moersch*, Leistungsfähigkeit und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips: Eine rechtsdogmatische und rechtspolitische Studie, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 73, Berlin 2001.
176. *Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung, Beiträge zu einem Forschungssymposium des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung am 27. und 28. April 2000 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 145, Berlin 2001.
177. *Thorsten Siegel*, Die Verfahrensbeteiligung von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange. Eine Analyse der rechtlichen Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung der Beschleunigungsgesetzgebung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 146, Berlin 2001.
178. *Dieter Beck*, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang, Wiesbaden 2001.
179. *Carl Böhret/Götz Konzendorf*, Handbuch Gesetzesfolgenabschätzung (GFA). Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Baden-Baden 2001.

180. *Gerd Eckstein*, Regionale Strukturpolitik als europäischer Kooperations- und Entscheidungsprozeß, Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI Politikwissenschaft, Bd. 440, Frankfurt am Main 2001.
181. *Klaus König/Markus Adam/Benedikt Speer/Christian Theobald*, Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 151, Berlin 2002.
182. *Klaus König* (Hrsg.), Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2002.
183. *Karin Tondorf/Reinhard Bahnmüller/Helmut Klages* unter Mitarbeit von *Raimund Brenner*, Steuerung durch Zielvereinbarungen – Anwendungspraxis, Probleme, Gestaltungsüberlegungen, Schriftenreihe Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband 17, Berlin 2002.
184. *Ulrich Albertshauser*, Verselbständigung von Verwaltungsorganisationen als Modernisierungsstrategie?, Berlin 2002.
185. *Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung. Beiträge zur Wissenschaftlichen Arbeitstagung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung vom 8. bis 10. Oktober 2001 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 154, Berlin 2002.
186. *Wito Schwanengel*, Einwirkungen der Landesparlamente auf die Normsetzung der Exekutive. Verordnungsgebung unter Parlamentseinfluß, Beiträge zum Parlamentsrecht, Bd. 55, Berlin 2002.
187. *Dieter Duwendag* (Hrsg.), Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 46, Baden-Baden 2002.
188. *Thomas Steigleder*, Kontrollierte Selbstregulierung in der naturwissenschaftlich-technischen Forschung, Baden-Baden 2002.
189. *Elmar Döhler*, Autonome Besteuerungsrechte für Gliedstaaten und Gemeinden in ausgewählten föderativen Finanzverfassungen, INFER Research Edition, Vol. 7, Berlin 2002.
190. *Jörn von Lucke*, Regieren und Verwalten im Informationszeitalter, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 156, Berlin 2003.
191. *Heike Amos*, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003.
192. *Stefan Koch/Jürgen Kaschube/Rudolf Fisch* (Hrsg.), Eigenverantwortung für Organisationen, Schriftenreihe Wirtschaftspsychologie, Göttingen/Bern/Toronto/Seattle 2003.

193. *Dorothea Jansen/Mike Weber*, Zur Organisation des Gründungserfolgs. Eine organisationstheoretische Untersuchung des Erfolgs neu gegründeter Betriebe im Ruhrgebiet, Wiesbaden 2003.
194. *Holger Holzwart*, Der rechtliche Rahmen für die Verwaltung und Finanzierung der gemeinschaftlichen Strukturfonds am Beispiel des EFRE, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 96, Berlin 2003.
195. *Jan Ziekow* (Hrsg.), Verwaltungswissenschaften und Verwaltungswissenschaft. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 159, Berlin 2003.
196. *Hans Herbert von Arnim*, 9053 Euro Gehalt für Europaabgeordnete? Der Streit um das europäische Abgeordnetenstatut, Berlin 2004.
197. *Heinrich Siedentopf/Benedikt Speer* unter Mitarbeit von *Alexandra Unkelbach*, Auslandserfahrungen und Fremdsprachenkenntnisse in der Einstellungs- und Entsendepraxis des deutschen höheren Ministerialdienstes, Studie im Auftrag der „Berliner Initiative“, Robert Bosch Stiftung, Berlin 2004.
198. *Eberhard Bohne/Charles F. Bonser/Kenneth M. Spencer* (Hrsg.), Transatlantic Perspectives on Liberalization and Democratic Governance, Transatlantic Public Policy Series 1, Münster 2004.
199. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von den Vorschriften der VOB/A Erster Abschnitt, Düsseldorf 2004.
200. *Antje Draheim*, Probleme der finanzpolitischen Willensbildung in Europa. Eine kritische Analyse der europäischen Haushalts- und Finanzverfassung, Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 111, Frankfurt am Main 2004.
201. *Tobias Bräunlein*, Integration der Gesetzesfolgenabschätzung ins Politisch-Administrative System der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 86, Frankfurt am Main 2004.
202. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung, Recht: Forschung und Wissenschaft, Bd. 4, Münster 2004.
203. *Dieter Beck/Christoph Best/Rudolf Fisch/Karl-Heinz Rother* (Hrsg.), Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21. Beteiligungsformen als Strategien zur Planerstellung und -umsetzung in Wissenschaft und Praxis, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 166, Berlin 2004.
204. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The European Party Financing Regulation, Recht: Forschung und Wissenschaft, Bd. 5, Münster 2004.

205. *Rudolf Fisch/Dieter Beck* (Hrsg.), Komplexitätsmanagement – Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung, Wiesbaden 2004.
206. *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168, Berlin 2004.
207. *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, Beschleunigung von Zulassungsverfahren. Empfehlungen zur Optimierung von Organisationen und Verfahren am Beispiel des Landes Baden-Württemberg, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Schriftenreihe der Stabsstelle für Verwaltungsreform, Bd. 25, Stuttgart 2004.
208. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Befreiung von den Vorschriften der VOB/A Erster Abschnitt, 2. Modellversuch für Kommunen – 2. Sachstandsbericht, Düsseldorf 2005.
209. *Ulrike Haerendel* unter Mitarbeit von *Margit Peterle*, Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage, Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, hrsg. von Hansjoachim Henning und Florian Tennstedt, II. Abteilung: Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890), 6. Band, Mainz 2004.
210. *Jan Ziekow/Martin-Peter Oertel/Alexander Windoffer* unter Mitarbeit von *Mike Weber*, Dauer von Zulassungsverfahren. Eine empirische Untersuchung zu Implementation und Wirkungsgrad von Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung, Verwaltungswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 19, Köln/Berlin/München 2005.
211. *Arne Franz*, Mobile Kommunikation in öffentlichen Verwaltungen. Anwendungsbereiche, Implikationen und Zukunftsperspektiven, Studie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer in Zusammenarbeit mit Vodafone, Speyer u.a. 2005.
212. Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags in Rheinland-Pfalz. Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005, Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Bd. 28, Mainz 2005.
213. *Nils Otter*, Ökonomische Erkenntnisprogramme in der Finanzwissenschaft. Eine Analyse unter der methodologischen Konzeption von Imre Lakatos, Marburg 2005.
214. *Alexander Windoffer*, Die Klärungsbedürftigkeit und –fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 174, Berlin 2005.

215. *Hartmut Bauer/Peter M. Huber/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Demokratie in Europa, Schriftenreihe Verfassungsentwicklung in Europa, Bd. 1, Tübingen 2005.
216. *Heike Amos*, Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946-1949, Darstellung und Dokumentation, Schriftenreihe Diktatur und Widerstand, Bd. 12, Münster 2006.
217. *Margrit Seckelmann*, Industrialisierung, Internationalisierung und Patentrecht im Deutschen Reich 1871-1914, Schriften zur Europäischen Rechtsgeschichte, Band 201, Frankfurt am Main 2006.
218. *Eberhard Bohne*, The Quest for Environmental Regulatory Integration in the European Union: Integrated Pollution Prevention and Control, Environmental Impact Assessment and Major Accident Prevention. Comparative Environmental Law & Policy Series Volume 10, Alphen aan den Rijn 2006.
219. *Sebastian Wolf*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Baden-Baden 2006.
220. *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Frankfurt u.a. 2006.
221. *Rainer Pitschas*, Trusted Governance due to Public Value Management. Public Governance in Europe between Economization in Commonwealth: a Value-Based Concept of Public Administration, Speyerer Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Frankfurt a.M. 2006.
222. *Hans-Christof Kraus*, Englische Verfassung und politisches Denken im Ancien Régime 1689 bis 1789, Veröffentlichungen des deutschen Historischen Instituts London, Bd. 60, München 2006.
223. *Jan Ziekow/Thorsten Siegel*, Flexibilisierung des Vergabeverfahrens? Evaluation des Zweiten Modellversuchs "Befreiung von Vorschriften der VOB/A erster Abschnitt" des Landes Nordrhein-Westfalen, Schriften zum Wirtschaftsverwaltungs- und Vergaberecht, Bd. 11, Baden-Baden 2007.
224. *Jan Ziekow/Alexander Windoffer* (Hrsg.), Ein Einheitlicher Ansprechpartner für Dienstleister. Anforderungen des Vorschlags einer EU-Dienstleistungsrichtlinie und Gestaltungsoptionen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007.
225. *Dorothea Jansen* (Ed.), New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration, Dordrecht 2007.
226. *Jan Ziekow* (Hrsg.), Entwicklungslinien der Verwaltungspolitik. Tagung aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften am 28. und 29. September

2006 in Speyer, Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 32, Baden-Baden 2007.

227. *Siegfried Magiera/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa, Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. iur. Dr. rer. pol. Detlef Merten, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 131, Berlin 2007.
228. *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 186, Berlin 2007.
229. *Jan Ziekow/Alexander Windoffer*, Public Private Partnership – Struktur und Erfolgsbedingungen von Kooperationsarenen, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 8, Baden-Baden 2008.
230. *Jörn von Lucke*, Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung, Reihe: Wirtschaftsinformatik, Bd. 55, Lohmar/Köln 2008.
231. *Rainer Pitschas/Harald Walther*, Mediation im Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess, Beiträge der „Speyerer Mediationsinitiative“, Speyerer Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Bd. 5, Frankfurt am Main 2008.
232. *Heide Klug*, Hochschulreformen und Informationssysteme, Organisation - Personen – Technik, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 3, Baden-Baden 2008.
233. *Rudolf Fisch/Andrea Müller/Dieter Beck* (Hrsg.), Veränderungen in Organisationen – Stand und Perspektiven, Wiesbaden 2008.
234. *Klaus König*, Moderne öffentliche Verwaltung - Studium der Verwaltungswissenschaft, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 195, Berlin 2008.

Anhang VIII:

FÖV Discussion Papers

1. *Gisela Färber*, Efficiency Problems of Administrative Federalism, März 2002.
2. *Eberhard Bohne/Sabine Frenzel*, Formale und informale Ordnung des Zugangs zum Strommarkt, März 2003.
3. *Dorothea Jansen*, Supporting Newly Founded Firms – Personal and Professional Networks, Juli 2003.
4. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, The Statute for Members of the European Parliament, September 2003; 2. unveränderte Auflage Oktober 2003.
5. *Stefan Koch/Dieter Beck*, Verwaltungspsychologie: Begriffsbestimmung und Forschungsgebiete, September 2003.
6. *Hans Herbert von Arnim*, Political finance: Checks and Abuses Current problems and new developments, Dezember 2003.
7. *Hans Herbert von Arnim*, A salary of 9,053 Euros for Members of the European Parliament?, Speyer, Januar 2004.
8. *Dorothea Jansen*, Networks, social capital and knowledge production, Januar 2004.
9. *Kira Baranova*, Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa, Mai 2004.
10. *Nils Otter*, Föderalismus und Staatsaufgaben – Ein Analyserahmen zum Vergleich alternativer Möglichkeiten der Aufgabenverteilung im föderativen Staat, September 2004.
11. *Dorothea Jansen*, Governance of research networks, Oktober 2004.
12. *Rainer Pitschas*, Looking Behind New Public Management. „New“ Values of Public Administration and the Dimensions of Personnel Management in the Beginning of the 21st Century, Oktober 2004.
13. *Helmut Klages*, Wie marode sind die Deutschen? Ein empirischer Beitrag zur Mentalitätsdebatte, Oktober 2004.
14. *Arne Franz*, Der Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung und Bürgern. Typisierungen, Charakteristika, Auswirkungen auf die Modellierung von Kommunikationsangeboten, November 2004.
15. *Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser*, Vertrauensverlust in der Demokratie – Lösen Beteiligungsstrategien das Problem?, November 2004.
16. *Carl Böhret*, „Die Zukunft sieht als aus“ – Signale für die (Kommunal-)Politik aus der Übergangsgesellschaft, Dezember 2004.
17. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Die Besoldung und Versorgung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes und die Ausgestaltung der Politikfi-

- nanziierung in der Europäischen Union. Ein Bericht über Verlauf und Ertrag eines Forschungsprojekts, Speyer, Februar 2005.
18. *Hans Herbert von Arnim/Martin Schurig*, Remuneration and Financial Provision for Members of Civil Service and the Forms of Political Finance in the European Union – An Account of the Origin and Impact of a Research Project, Speyer, März 2005.
 19. *Wilfried Rudloff*, Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des „Bildungsbooms“, Speyer, Mai 2005.
 20. *Andreas Wald*, Zur Messung von Input und Output wissenschaftlicher Produktion. Daten und Ergebnisse einer Untersuchung auf der Ebene von Forschungsgruppen, Speyer, Mai 2005.
 21. *Hans-Willy Hohn*, Forschungspolitische Reformen im kooperativen Staat. Der Fall der Informationstechnik, Speyer, Juli 2005.
 22. *Eberhard Bohne*, Kriterien und institutionelle Voraussetzungen des Bürokratieabbaus, Speyer, Oktober 2005.
 23. *Eberhard Bohne*, EU and US Security Strategies from the Perspective of National and European Identities, Januar 2006.
 24. *Gisela Färber*, Haushaltsnotlagen in der deutschen Finanzverfassung – Ursachen, Abhilfe, Vermeidung –, Januar 2006.
 25. *Thomas König/Dirk Junge*, Die räumliche Modellierung von EU-Entscheidungssituationen. Akteure, Dimensionen, Interessen, Stimmengewichte und die Natur des Politikraums, Januar 2006.
 26. *Harald Dalezios*, Die regionale Inzidenz des deutschen Steuersystems. Theoretische Überlegungen zu Identifikation regionaler Unterschiede im Steueraufkommen und ihrer ökonomischen Determinanten, Februar 2006
 27. *Jason Dedrick/Kenneth L. Kraemer*, Is production pulling knowledge work to China? A study of the global computer industry.– Mit einer Einführung von Heinrich Reinermann, Februar 2006.
 28. *Sonja Bugdahn*, Reforming the World Trade Organization – a Choice between Effectiveness and Equity?, März 2006.
 29. *Andreas Knorr*, The Rail Liberalisation Index 2004 – A Critical Appraisal, März 2006.
 30. *Hermann Hill*, Nachhaltige Verwaltungsmodernisierung, Mai 2006.
 31. *Sebastian Wolf*, Maßnahmen internationaler Organisationen zur Korruptionsbekämpfung auf nationaler Ebene – Ein Überblick –, Mai 2006.

32. *Andreas Knorr*, Will 'Blacklists' Enhance Airline Safety?, Juli 2006.
33. *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Korruption. Begriff, Bekämpfungs- und Forschungslücken, Mai 2006; 2., durchgesehene Aufl. November 2006; 3., unveränderte Aufl. März 2007.
34. *Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Gerhardt Paul Schierz*, Elektronische Beschaffung in der Öffentlichen Verwaltung – Eine Analyse der Implementierungsbarrieren von e-Procurement in Kommunen –, Juli 2006.
35. *Hans Herbert von Arnim/Regina Heiny/Stefan Ittner*, Politik zwischen Norm und Wirklichkeit. Systemmängel im deutschen Parteienstaat aus demokratietheoretischer Perspektive, Oktober 2006, 2., durchgesehene Aufl. Dezember 2006; 3., unveränderte Aufl. März 2007.
36. *Sven Barnekow/Dorothea Jansen*, Local utilities coping with the transformation of the energy market and their role for the diffusion of climate friendly technologies, November 2006.
37. *Rudolf Fisch/Dieter Beck*, Organisationsgestaltung und Veränderungsmanagement. Die Organisationskultur als kritischer Erfolgsfaktor, November 2006.
38. *Karoline B. Jahn*, Instrumente, Probleme und Erfolgsaussichten der Regulierung von Entgelten für den Netzzugang nach dem Energiewirtschaftsgesetz, Dezember 2006.
39. *Dorothea Jansen*, Theoriekonzepte in der Analyse sozialer Netzwerke. Entstehung und Wirkungen, Funktionen und Gestaltung sozialer Einbettung, Februar 2007.
40. *Gisela Färber/Harald Dalezios*, Aufkommenswirkungen und finanzielle Risiken des Optionsmodells – Eine kritische Analyse des Vorschlags des Saarlandes –, September 2007.
41. *Dorothea Jansen/Sven Barnekow/Ulrike Stoll*, Innovationsstrategien von Stadtwerken – lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen, September 2007.
42. *Eberhard Bohne*, The politics of the ex ante evaluation of legislation, März 2008.
43. *Olaf Bartz*, Regulierung des Privatschulwesens aus historischer Sicht und „Public Ecclesiastical Partnership“, Mai 2008.
44. *Bernd W. Wirtz/Sebastian Ullrich/Linda Mory*, e-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte, Juni 2008.
45. *Andreas Knorr/Alexander Eisenkopf*, Road Infrastructure PPPs in Germany: Why Did the F-Modell Fail? Two Case Studies, September 2008.

46. *Alexander Eisenkopf/Andreas Knorr*, Transportation Infrastructure Planning in Europe – Pitfalls and Opportunities, Oktober 2008.
47. *Andreas Knorr/Andreas Eichinger/Alexander Eisenkopf*, Road Pricing in Practice – the London Congestion Charge, November 2008.

Anhang IX:

Vorträge

- Nr. 1 *Hans Peter Bull*, Vom Auf- und Abbau der Bürokratie, Januar 2006.
- Nr. 2 *Janbernd Oebbecke*, Rechtswissenschaftliche Forschung und Verwaltung, Januar 2006.

Direktor

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* (Tel.: 06232/654-385)

Geschäftsführerin

Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, M.A. (Tel.: 06232/654-387)

Sachbearbeiter

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug* (Tel.: 06232/654-380)

Sekretariat

Irene Eggensberger (Tel.: 06232/654-381)

Elisabeth Gerhards (Tel.: 06232/654-382)

Ursula Jungkind (Tel.: 06232/654-381)

Ruth Nothnagel (Tel.: 06232/654-383)